



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 102. Sitzung
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 9. Juni 2016, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Heinz Fromm (Beweisbeschluss Z-24)	4
- Dr. Hans-Georg Maaßen (Beweisbeschluss Z-14)	91

* Hinweis:

Die Korrekturen der Zeugen Fromm (Anlage 1) in das Protokoll eingearbeitet. Der Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen hat keine Korrekturwünsche übermittelt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Sensburg, Prof. Dr. Patrick Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Tim, Dr. Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Lischka, Burkhard Zimmermann, Jens, Dr.
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Allers, Fried-Heye Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian D.
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Linden, Alexander
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Jipp, Daniel Heinemann, Martin Kämmerer, Marie Neist, Dennis Pachabeyan, Maria Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Unterlöhner, Ulrike, Dr. von Bothmer, Gräfin Christina
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Beyer-Pollok, Markus Blidschun, Jürgen Arthur Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Hofmann, Christian Jurna, Tassilo Meyer, Till Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Rauch, Rüdiger Theis, Björn



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.35 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 102. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Vertreter der Öffentlichkeit und der Presse darf ich ganz herzlich begrüßen und bedanke mich auch heute wieder für die ausgiebige und umfangreiche Berichterstattung.

Nichtsdestotrotz darf ich einige Vorbemerkungen machen; die kennen Sie in der Regel schon - die meisten sind ja das eine oder andere Mal schon hier gewesen -, aber nichtsdestotrotz muss ich das sagen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- Heinz Fromm
(Beweisbeschluss Z-24)
- Dr. Hans-Georg Maaßen
(Beweisbeschluss Z-14)

Die Beweisbeschlüsse Z-24 und Z-14 stammen vom 08.05.2014. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen Herrn Fromm, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz a. D., und Dr. Maaßen, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Zunächst werden die Zeugen nacheinander öffentlich vernommen. Im Anschluss findet dann eine nichtöffentliche, gegebenenfalls eingestufte Sitzung für weitere Fragen statt.

Vernehmung des Zeugen Heinz Fromm

Als ersten Zeugen begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn Fromm. Ich freue mich, dass Sie zu uns gekommen sind. Ich stelle fest, dass Sie die Ladung ordnungsgemäß erhalten haben, Herr Fromm. Sie haben den Erhalt der Ladung am 24. Mai 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie dem Ausschuss für viele Fragen und dann Antworten Ihrerseits zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls dann gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, falls Sie dies für notwendig erachten. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Herr Fromm, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr



Nur zur dienstlichen Verwendung

aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, soweit das in Betracht kommen mag.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und dann die Befragung in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Weise fortsetzen kann. Dafür bräuchten wir dann eben einen Hinweis von Ihnen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Heinz Fromm: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, ihre Fragen an Sie zu stellen. Dies geschieht dann nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, jeweils eine Fraktion nach der anderen, immer reihum, und dann gibt es gegebenenfalls die nächste Runde oder eben mehrere weitere Runden. - Haben Sie zu diesem Prozedere Fragen?

Zeuge Heinz Fromm: Auch dazu keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Heinz Fromm: Ja. Mein Name ist Heinz Fromm. Ich bin 67 Jahre alt. Die ladungsfähige

Anschrift gilt weiter - die, die Sie verwendet haben -: Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln oder Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar. Okay, gut. Danke schön. - Und ich habe es gerade schon gesagt: Sie haben zu Anfang der Vernehmung - was jetzt der Fall wäre - die Möglichkeit, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also im Zusammenhang zum Beweisgegenstand vorzutragen, ohne durch Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen zu werden. Das ergibt sich aus § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes. Möchten Sie von diesem Recht des Eingangsstatements Gebrauch machen?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, vielen Dank. Das möchte ich tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeuge Heinz Fromm: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank für die Möglichkeit, dass ich zu Beginn im Zusammenhang vortragen kann zu den Punkten, von denen ich annehme, dass sie in Ihrem Interesse sind. Zunächst will ich einige Bemerkungen machen zur Spionageabwehr während meiner Amtszeit als Präsident des BfV vom Juni 2000 bis Juli 2012.

Der gesetzliche Auftrag der Spionageabwehr bestand und besteht auch heute noch darin, nachrichtendienstliche Aktivitäten ausländischer Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland aufzuklären und nach Möglichkeit zu beenden oder für deren Beendigung zu sorgen. Das galt und gilt seit der Wiedervereinigung grundsätzlich in Bezug auf alle ausländischen Dienste. Schon während meiner knapp zweijährigen Tätigkeit als Leiter des LfV Hessen Anfang der 90er-Jahre war mir von daher der Begriff „360-Grad-Blick“ begegnet. Die Praxis der Verfassungsschutzbehörden orientierte sich an Schwerpunkten. Das heißt, die Dienste von Partnerstaaten wie insbesondere den EU-Mitgliedern und anderen wichtigen Verbündeten wie den Vereinigten Staaten wurden nicht systematisch beobachtet,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sondern es wurde reagiert, wenn Umstände bekannt geworden waren, die auf eine nicht genehmigte nachrichtendienstliche Tätigkeit hindeuteten.

In einer Reihe anderer Fälle, in denen nicht nur erfahrungsgemäß, sondern wegen entsprechender Vorgaben seitens der jeweiligen Regierungen mit Spionage gegen und in Deutschland zu rechnen war, war eine kontinuierliche Bearbeitung notwendig. Die Ergebnisse dieser Bemühungen in all den Jahren sind in allgemeiner Form den jährlichen Verfassungsschutzberichten zu entnehmen. Über diese Praxis, die ich eben kurz beschrieben habe, bestand Einvernehmen nicht nur im Verfassungsschutzverbund - also zwischen Bund und Ländern -, sondern auch mit der politischen Führung. Dies hat Herr Minister de Maizière, soweit ich weiß, vor diesem Untersuchungsausschuss bestätigt. Soweit - nicht nur, aber auch - mit Blick auf Partnerstaaten vermutet werden musste, dass vor allem in Berlin, etwa aus Botschaften, Kommunikationsüberwachung stattfand, war uns klar, dass ein Nachweis solcher Praktiken nicht möglich sein würde. Konsequenz hieraus war deshalb, nicht allein die Mitarbeiter in den Behörden, sondern auch die Öffentlichkeit für diese Gefahr zu sensibilisieren. Gleiches ist im Übrigen immer wieder auch hinsichtlich der Gefahr elektronischer Angriffe geschehen.

Die Zeit meiner Tätigkeit - und ich komme jetzt zu einem zweiten Punkt - im Bundesamt für Verfassungsschutz war, von einer kurzen Anfangsphase abgesehen, seit dem 11. September 2001 sehr stark geprägt von einer zunehmenden Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Neue Befugnisse, zusätzliches Personal, Ertüchtigung im Bereich der Technik, Organisationsänderungen und eine intensivere Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene waren die wichtigsten Konsequenzen. Diese Konsequenzen sind dann sukzessive und mehr oder weniger erfolgreich umgesetzt worden.

Ich will auf zwei Dinge etwas näher eingehen, nämlich die internationale Zusammenarbeit und die Bemühungen um eine zeitgerechte technische Ausstattung. Zu Beginn meiner Amtszeit habe

ich eine ganze Anzahl bilateraler Kontakte zu ausländischen Diensten vorgefunden, die seit vielen Jahren bestanden und die vertrauensvoll und von gegenseitiger Unterstützung geprägt waren. Das gilt besonders für die US-amerikanischen Nachrichtendienste und selbstverständlich auch für die Partner in der Europäischen Union, wobei insofern zusätzlich eine informelle multilaterale Kooperationsplattform vorhanden war, der auch die Schweiz und Norwegen angehörten. Das alles hat sich nach meiner Einschätzung auch im weiteren Verlauf als nützlich und unverzichtbar erwiesen, aber es genügte den Anforderungen nach übereinstimmender Meinung - jedenfalls in den Behörden - nicht mehr, wie sich - - - also insbesondere den Anforderungen, die durch den 11.09. deutlich geworden waren.

Auf europäischer Ebene wurde daher die sogenannte Counter Terrorism Group, abgekürzt CTG, geschaffen und damit die Zusammenarbeit der europäischen Inlandsdienste durch verbindliche Regeln zur gegenseitigen Information und klare Arbeitsstrukturen deutlich verbessert. Auch die bilateralen Beziehungen wurden ausgebaut. Das galt vor allem für die amerikanischen Dienste, allerdings mit Ausnahme der NSA, zu der als SIGINT-Dienst kein unmittelbarer Kontakt zum BfV bestand. Partner der NSA war von deutscher Seite allein der BND, über den insoweit die Kommunikation, soweit sie stattfand, mit dem BfV auch zu laufen hatte. Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, war die Aufklärung der Anschlagplanungen der sogenannten Sauerland-Gruppe Anlass, die Möglichkeit eines direkten Kontakts zwischen BfV und NSA zu prüfen. Dabei ging es darum, zeitnah die dort gewonnenen Informationen zu erhalten, um sie gegebenenfalls dann auch in laufenden Operationen nutzen zu können. Das konnte schließlich nach längerer Zeit, nach Gesprächen mit dem BND erreicht werden mit der Maßgabe, dass der BND an dieser Kommunikation stets zu beteiligen war.

Beim Besuch des damaligen Leiters der NSA General Alexander im Januar 2011 wurde dann vonseiten des BfV der Vorschlag gemacht, einen festen Ansprechpartner der NSA zu benennen. Dem wurde Mitte 2011, soweit ich mich erinnere, auch entsprochen. Dem Verbindungsbeamten



Nur zur dienstlichen Verwendung

stand ab Anfang 2012 auf dem Gelände in Berlin-Treptow ein Raum zur Verfügung, der in der Regel wöchentlich für Besprechungen in Anwesenheit eines BND-Mitarbeiters genutzt wurde.

Nach meiner Erinnerung, die sich bei Einsicht in die mir zur Vorbereitung zur Verfügung gestellten Unterlagen bestätigt hat, wurde im Frühjahr 2011 seitens der NSA angeboten, zur Analyse von Daten aus der Kommunikationsüberwachung eine dort entwickelte Software mit dem Namen XKeyscore dem BfV zur Nutzung zu überlassen. Die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes gelangten im weiteren Verlauf zu der Einschätzung, dass dieses System, das im BND bekannt war und auch genutzt wurde, auch für uns hilfreich sein könnte bei der bis dahin unzureichenden Auswertung von Verbindungsdaten, die bei G-10-Maßnahmen anfallen. Ich bin dem gefolgt und habe nach einer längeren Prüfphase

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es wird immer noch geprüft!)

schließlich im Mai 2012 einem begrenzten, probeweisen Einsatz zugestimmt, der dann nach meiner Kenntnis später, nach Ende meiner Amtszeit, auch erfolgt ist.

Bei meiner Entscheidung war zweierlei klar:

Erstens. Der Betrieb des Systems sollte unter alleiniger Verantwortung des BfV in einem separaten Bereich erfolgen, zu dem Externe keinen Zugang hatten. Lediglich ein Techniker des BND war bei der Vorbereitung der Inbetriebnahme beteiligt.

Zweitens. Die Erwartung der NSA bestand erkennbar darin, mehr und qualitativ bessere Auswertungsergebnisse vom BfV zu erhalten. Das erschien mir normal und in der Konsequenz auch vertretbar, wobei mir von meinen Mitarbeitern berichtet wurde, dass den Amerikanern die in Deutschland geltende Rechtslage, insbesondere die Bestimmungen der § 19 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz und § 4 G-10-Gesetz, vermittelt worden seien.

Die damalige Situation - das möchte ich anfügen - war geprägt von einer fortbestehenden, sich allem Anschein nach weiter verschärfenden Gefahr, dass auch in Deutschland terroristische Angriffe stattfinden würden, und uns war bewusst, dass zur Verhinderung solcher Taten die Auswertung von Informationen aus der Kommunikationsüberwachung von besonderer Bedeutung war. Zwar stand seit 2010 eine neue G-10-Anlage mit dem Namen Perseus zur Verfügung, mit deren Planung und Einrichtung schon 2005 begonnen worden war. Aber auch diese durchaus leistungsfähige und erweiterbare Anlage war bereits 2010 den Anforderungen der Entwicklung der Kommunikation im Internet nicht mehr vollständig gewachsen.

Überwiegend mit Bordmitteln haben wir dann schon ab 2008 versucht, in einer Projektgruppe mit dem Namen „Neue Analysemethoden“, abgekürzt PG NAM, unsere Fähigkeiten zur Auswertung von Verbindungsdaten zu verbessern. Diese Bemühungen haben durchaus einen Mehrwert erbracht, gingen aber nur recht langsam voran, weil nicht genügend Fachpersonal vorhanden war. Die meisten Mitarbeiter im IT-Bereich waren durch parallel laufende anderweitige Projekte, wie eben Perseus und NADIS-neu, gebunden und standen nicht zur Verfügung. So erklärt sich, dass das Angebot der Amerikaner - sprich: der NSA - willkommen war.

Im Übrigen - das will ich auch noch sagen - ist gegenseitige Unterstützung unter Partnerdiensten nichts Ungewöhnliches. Auch das BfV hat des Öfteren solche Hilfe geleistet. Insbesondere Dienste aus den osteuropäischen EU-Staaten sind immer wieder auf unterschiedliche Weise mit Rat und Tat unterstützt worden, ohne dass dafür eine unmittelbare konkrete Gegenleistung erwartet worden wäre von unserer Seite. Vielmehr geschah das mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit dieser Dienste zu verbessern, und natürlich auch in der durchaus auch erklärten Erwartung, von den dann besseren Ergebnissen zu profitieren.

Lassen Sie mich drittens zum Ende meiner einleitenden Bemerkungen noch etwas sagen zu den Drohnenangriffen der Amerikaner in Afghanistan und Pakistan,



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und anderswo!)

wobei Anfang Oktober 2010 zwei deutsche Staatsangehörige getötet wurden. Zu diesen beiden Personen hatte das BfV gemäß § 19 Absatz 3 Verfassungsschutzgesetz dem amerikanischen Dienst zuvor Informationen, unter anderem auch Telefonnummern, übermittelt. Nachdem dies bekannt geworden war - also dieser Vorgang in Afghanistan, die Tötung -, ergaben sich Fragen und Zweifel, ob diese Telefonnummern zur Ortung der Opfer der Angriffe genutzt wurden. Der Umstand allein, dass dies gegebenenfalls eine Missachtung der mit der Übermittlung verbundenen Auflage gewesen wäre, die Informationen ausschließlich für nachrichtendienstliche Zwecke zu nutzen, konnte solche Zweifel selbstverständlich nicht ausräumen. Im BfV waren wir der Überzeugung,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Waren?)

dass sich Handynummern nicht zur exakten Ortung von Personen eignen. Etwas anderes war bis dahin meines Wissens auch von niemandem behauptet worden. Und angesichts der kritischen Diskussion, die sich in diesem zeitlichen Zusammenhang ergeben hatte, hielt ich es ausnahmsweise auch für angezeigt - auch mit Blick auf die im Amt zuständigen Mitarbeiter -, über die Vorgehensweise, auch die künftige Vorgehensweise des BfV durch die Fachaufsicht - sprich: das BMI - entscheiden zu lassen. Die Absicht, auch weiterhin Handynummern an ausländische Partner weiterzugeben, wurde zunächst mündlich und etwas später auch schriftlich gebilligt. Bis zum Ende meiner Dienstzeit sind mir keine Umstände bekannt geworden, die eine Änderung der beschriebenen Praxis erfordert hätten. Soweit meine Ausführungen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Da war schon sehr viel drin, was, glaube ich, Anknüpfungspunkte für uns darstellt. Einige Fragen hätte ich noch; ich vermute, die Kolleginnen und Kollegen auch.

Ich würde ganz gern anfangen einmal ganz grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit anderen Diensten. Mich würde interessieren: Mit welchen Diensten der Five-Eyes-Staaten hat denn der Verfassungsschutz im Untersuchungszeitraum zusammengearbeitet?

Zeuge Heinz Fromm: Mit welchen Diensten - - Ich habe das akustisch nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Mit welchen Diensten, mit welchen Sicherheitsbehörden hat der Verfassungsschutz im Untersuchungszeitraum zusammengearbeitet? Also, das bezieht sich nur auf die Five-Eyes-Staaten.

Zeuge Heinz Fromm: Ach so, die Five-Eyes-Staaten; das hatte ich nicht verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. Das ist der Untersuchungsgegenstand; deswegen fragen wir nicht links und rechts.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja. Ich hatte ja schon ausgeführt, dass die Zusammenarbeit mit den amerikanischen Diensten stattgefunden hat. Vorher - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das waren dann welche?

Zeuge Heinz Fromm: Das waren dann in erster Linie CIA und dann später, wie beschrieben, auch NSA, und natürlich gab es auch Kontakte zu den militärischen Diensten, die ja in Deutschland hier auch vorhanden waren, also durch Personal vertreten waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welche waren das?

Zeuge Heinz Fromm: Das war der Dienst der Armee, der Army; das war der Luftwaffendienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wahrscheinlich die Marine.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, die Marine - - kann ich mich jetzt gar nicht erinnern, dass ich selbst da



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal Kontakt gehabt hätte, aber Heer und Luftwaffe waren die beiden, die wohl nach meinem Eindruck am stärksten vertreten waren, obwohl die Kontakte dahin nicht sehr ausgeprägt waren. Wir hatten mit denen zu tun, vor allem weil sie uns um Sicherheitsüberprüfungen von Zivilpersonal immer wieder gebeten hatten. Das ist möglich und wird auch praktiziert. Das heißt, der Verfassungsschutz überprüft das in militärischen Liegenschaften angestellte Personal, bevor sie dort beginnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber vertiefte Zusammenarbeiten gab es da nicht; dass man gemeinsam Personen befragt hätte zum Beispiel.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nicht dass ich wüsste. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Schon gar nicht im Ausland.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nein, nicht dass ich wüsste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kommen wir zu den britischen Diensten. Hat man mit britischen Diensten zusammengearbeitet? Und wenn ja, mit welchen?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, das war eine sehr enge Zusammenarbeit mit dem britischen Inlandsdienst BSS, die gehörten ja auch zu - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie hieß der Dienst? - Entschuldigung. ISS?

Zeuge Heinz Fromm: BSS: British Security Service.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, alles klar, ja: BSS.

Zeuge Heinz Fromm: Und manche sagen MI5; das ist die alte Bezeichnung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm.

Zeuge Heinz Fromm: Und auch mit dem britischen Auslandsdienst, der hier auch durch einen Repräsentanten vertreten war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist der SIS dann? Oder welchen - -

Zeuge Heinz Fromm: Ja. - Ja, zu den übrigen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Andere noch?

Zeuge Heinz Fromm: - gab es auch Kontakte. Wir hatten Kontakte zu den Kanadiern, auch zu den Australiern - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde einmal noch bei den Briten nachfragen: Wir haben immer einen Dienst so im Blick; das ist der GCHQ.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, keinen direkten Kontakt zu meiner Zeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und BSSO auch nicht? Also der British Security Service Organisation. Das ist da auch nicht - -

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Okay. Also GCHQ und den nicht. Gut.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, und Australien, Kanada kann man vielleicht so gleich einschätzen. Die Kontakte gab es immer auch wieder im Einzelfall. Es gab auch Begegnungen von Zeit zu Zeit, wohl mehr mit den - jedenfalls was mich betrifft - Kanadiern als mit den Australiern, weil bei Reisen in die Vereinigten Staaten dann immer auch ein Besuch bei den kanadischen Kollegen dazugehörte, die ja in der Nachbarschaft waren. Und in Australien waren die Kontakte nicht so stark ausgeprägt; aber immer wieder im Einzelfall hat es Nachrichtenaustausch gegeben, und auch die Australier waren hier vertreten durch einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Diese Kontakte oder Zusammenarbeiten - - wie waren die



Nur zur dienstlichen Verwendung

denn irgendwie begründet? Wie waren die - - Gab es da Abkommen? Gab es da Verträge? Gab es da Kooperationsvereinbarungen, wie man da zusammenarbeitet? Oder wie funktioniert so was?

Zeuge Heinz Fromm: Nein. Das waren - wie ich es versucht habe auch anzudeuten - gewachsene Kontakte. Man hat also nicht jährlich irgendwelche Verträge, die mal geschlossen worden sind, erneuert und noch mal neu unterschrieben - das gab es nicht -, sondern das waren bestehende Verbindungen, die sich dann in Anbetracht der Sicherheitslage intensiviert hatten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn man jetzt Daten und Erkenntnisse austauscht, auf welcher Grundlage - auch rechtlichen Grundlage; da geht so meine Frage hin - erfolgt so was?

Zeuge Heinz Fromm: Auch das hatte ich kurz erwähnt, will es aber gerne noch mal sagen: Austausch von personenbezogenen Daten richtet sich nach § 19 Absatz 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes. Und ansonsten gibt es wenig Restriktionen, was etwa den Austausch von Einschätzungen angeht, allgemeiner Lagebilder und solcher Dinge. Also, das hat natürlich auch stattgefunden, und bei Kontakten mit manchen Nachrichtendiensten, die von uns sehr viel weiter entfernt waren, hat es sich auch darauf dann beschränkt, und es sind gar keine personenbezogenen Daten übermittelt worden. Aber hier in diesen Fällen, über die wir gerade reden, ist es natürlich permanent, fortlaufend zum Austausch personenbezogener Daten im Einzelfall gekommen, und jeder Einzelfall wurde dann nach § 19 Absatz 3 auch geprüft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie den § 19 Absatz 3 schon ansprechen: Dann besteht ja, glaube ich, auch eine Dokumentationspflicht für den Austausch von personenbezogenen Daten.

Zeuge Heinz Fromm: Ich habe das noch mal gesehen auch in den Akten: Die gibt es noch nicht immer; die gab es erst, ich glaube, seit 2011, weil man dann natürlich auch den Mitarbeitern Gelegenheit geben wollte, sozusagen sich abzusichern, und weil es für die Vorgesetzten wichtig

war, zu sehen, welche Erwägungen, welche Abwägungen stattgefunden haben, um das nachvollziehen zu können. Vorher - davon bin ich immer ausgegangen - hat eine solche Prüfung selbstverständlich auch stattgefunden, weil das Gesetz ja seit - wenn ich richtig informiert bin - 1991 gilt. Und ich habe überhaupt keinen Anlass, anzunehmen, dass damit sorglos umgegangen worden wäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mich interessiert natürlich auch, wann wie was dokumentiert wurde. Das ist für uns, für den Ausschuss, natürlich interessant nachzuvollziehen: Wann wurden wie welche Daten möglicherweise mit welchem Partnerdienst getauscht? Wenn das dokumentiert werden muss, dann muss es ja auch einen Nachweis darüber noch geben; deswegen interessiert uns das.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, klar. Seitdem es diese Dokumentationspflicht gab, wurde das vor Übermittlung der Informationen zu bestimmten Personen in die Akte geschrieben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Akte ist dann was? Ich kenne das nur aus dem juristischen Bereich; da gibt es eine Anwaltsakte, eine Ermittlungsakte, Gerichtsakte.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist die Personenakte, die Sachakte. Beides ist möglich: dass zu der Person eine Akte besteht, dass das dort vermerkt ist, und es gibt eine Sachakte zu dem Sachverhalt, zu dem Komplex.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. Zum Beispiel Anschlag oder terroristische Gefährdung.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja, genau. Bestimmte Gruppen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Diese Akten: Wie werden die gehandhabt? Werden die irgendwann vernichtet? Oder bleiben die immer?

Zeuge Heinz Fromm: Na, da gelten die üblichen Vorschriften.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, okay.

Zeuge Heinz Fromm: Fünf, zehn, fünfzehn Jahre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und da wäre dann auch drin vermerkt, wenn zum Beispiel personenbezogene Daten an einen Partnerdienst ausgeleitet worden wären.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gut, dann komme ich mal zu einem anderen Themenkomplex: XKeyscore. - Sie haben es ja auch schon angesprochen. Der Verfassungsschutz hat XKeyscore ausschließlich genutzt als was für ein Tool? Sie hatten es gesagt.

Zeuge Heinz Fromm: Ein Analysetool.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Analysetool. Weil das die klassische Erfassung - so hatte ich Sie verstanden - im G-10-Bereich nicht so gut konnte. Die konnte zwar auch analysieren, aber eben nicht so gut wie XKeyscore. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Heinz Fromm: So ist es, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Erfasst haben Sie aber weiterhin mit dem klassischen Erfassungstool.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war eine Eigenentwicklung.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, das war eine - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Perseus, nicht?

Zeuge Heinz Fromm: Perseus ist von einer externen Firma, die entsprechend überprüft worden war vorher natürlich, eingerichtet worden, installiert worden - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War eine deutsche Firma, ist ein deutsches - - für den - -

Zeuge Heinz Fromm: Ein deutsches Unternehmen, ja. Und wie gesagt: Diese Anlage war neu und wurde 2010 fertiggestellt. Und schon zu diesem Zeitpunkt war wegen der parallel laufenden, sehr schnellen Entwicklung - das muss ich Ihnen nicht erläutern -, im Bereich der Internetkommunikation insbesondere, es nicht mehr möglich, die Datenströme, die sich bei den Einzelüberwachungsmaßnahmen ergaben, so zu identifizieren, so zu analysieren, dass man sagen konnte: „Aha, der hat das und das und dann und dann getan, hat also“ - was weiß ich - „WhatsApp genutzt“. WhatsApp gab es meines Wissens - um ein Beispiel zu nennen - zu Beginn der Installation von Perseus überhaupt noch nicht. Also, solche Dinge konnte die Anlage nicht. Und wir haben das im Verlauf dieser Zeit auch gespürt; die Mitarbeiter haben gemerkt: Wir müssen etwas mehr tun, um diese Daten richtig bewerten, zutreffend bewerten zu können. - Und deswegen haben wir versucht, mit eigenen Mitteln hier etwas zu - ich darf das mal so despektierlich sagen - basteln, was uns einen besseren Einblick, eine bessere Bewertung ermöglicht hätte. Das ist auch geschehen, aber - ich wiederhole mich jetzt - die Möglichkeiten, die wir hatten, rein personell - auch finanziell, aber vor allem personell -, waren sehr, sehr begrenzt, weil eben zu diesem Zeitpunkt Perseus noch in der Entwicklung war, betreut werden musste, und vor allem NADIS-neu, ein Bund-Länder-Projekt, was sehr wichtig war, auch aus Bundessicht sehr wichtig war, erstens weil wir Verbesserungen uns erhofft haben, aber auch weil es eben ein gemeinsames Projekt von Bund und Ländern war. Und alle Augen, jedenfalls im Verfassungsschutzverbund oder auch in den Innenministerien waren auf das Gelingen dieses Projekts gerichtet. Das war sehr wichtig, und es konnte ja dann auch in der ersten Stufe im Frühjahr 2012 in Betrieb genommen werden. Das hat sehr viel Kraft gekostet, personelle Ressourcen verschlungen, und von daher konnten andere Dinge nicht so betrieben werden, wie wir das gerne gehabt hätten.

Die Frage, ob wir das überhaupt hätten leisten können, ein Instrument selbst zu schaffen, was den Anforderungen vollständig genügt, vermag ich nicht zu beantworten. Jedenfalls war es so,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass, als die Amerikaner dieses Angebot machten, meine Mitarbeiter aus den verschiedenen Bereichen sich das angeschaut hatten - - war die übereinstimmende Meinung dieser Mitarbeiter, dass das gut verwendbar sei für unsere Zwecke. Und deswegen haben wir das Angebot angenommen bzw. sind ihnen zunächst nähergetreten, haben das präsentieren lassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe noch so eine Verständnisanfrage: Wenn Perseus die Erfassung macht und man schnell erkannte - WhatsApp kommt dazu, haben Sie gesagt -: „Bei der Auswertung, Analyse, da sind wir nicht mehr auf dem Stand der Zeit“, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und XKeyscore konnte das, wie erfassen Sie denn dann mit Perseus das Richtige, was Sie hinterher auswerten und analysieren mit XKeyscore? Wenn - - Perseus müsste doch dann bei der Erfassung auch gar nicht richtig alles erfassen. Denen müssten ja die ganzen WhatsApp-Nachrichten durchhuschen, weil die gar nicht auf dem Stand von WhatsApp sind.

Zeuge Heinz Fromm: Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, da verstehe ich so diesen Bruch nicht, weil was ich gar nicht erfasse, kann ich ja nicht analysieren. Also, eigentlich hätte man ja sagen müssen: „Wir müssen bei der Erfassung die richtigen Dinge herauspicken, um dann bei der Analyse WhatsApp sichtbar zu machen“, was ja anscheinend ein Problem ist, oder? Ich verstehe es einfach technisch noch nicht.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ich verstehe es technisch auch nicht so, dass ich es Ihnen jetzt erklären könnte, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist schlecht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zeuge Heinz Fromm: - da wir offenbar beide Laien sind, was das betrifft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber - -

Zeuge Heinz Fromm: Das müsste Ihnen ein Techniker erklären.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte es - - Das machen wir ja. Ich dachte, Sie hätten es vielleicht auch gemacht.

Zeuge Heinz Fromm: Mir ist es immer so verständlich gemacht worden, dass die Verkehre, die von den Providern an das BfV ausgeleitet werden, alles enthalten, was da ist, dass die Anlage das auch aufnimmt, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Heinz Fromm: - dass die Anlage aber nicht alles erkennt, identifizieren kann, ganz allgemein gesprochen, und dass es dafür, um diese Datenmengen - ich darf das mal untechnisch so sagen - zu sortieren, vor sich ausgebreitet zu sehen - so würde ich das mal beschreiben; sozusagen, das ist dann geschehen, das ist dann geschehen, mit dem usw. - - Das hat die Anlage nicht gekonnt. Das konnte aber, so wie mir auch überzeugend berichtet worden ist, das amerikanische Instrument XKeyscore. Und deshalb sind wir dem nähergetreten. Ich war davon überzeugt, dass das eine richtige Entscheidung war, und habe - um mich auch da zu wiederholen - das auch gar nicht kritisch gesehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war jetzt auch gar nicht die Überlegung, dass das fehlerhaft oder kritisch sein könnte, sondern -

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nein, ich sage Ihnen so, wie ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - nur für das Verständnis halt, weil ich denke immer - - Aber ich verstehe es jetzt so, dass wie bei einer TKÜ zielgerichtet auf eine Person geschaut wird, und, ich sage mal, der hat irgendwo seinen Provider - 1&1 oder was weiß ich was - und sein ganzer Datenverkehr von seinem Rechner, wenn er zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hause das Ding anschaltet, wird erst mal vom Provider ausgeleitet, und dann muss geguckt werden: „Was ist denn in diesen Einsen und Nullen ein Internetseitenaufruf, ein YouTube-Video, eine E-Mail, ein Chatverlauf?“, wie auch immer. - Muss ich das so verstehen?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, so habe ich es jedenfalls verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn er mit seinem Laptop sich bei Starbucks einloggt, habe ich schon ein Problem wahrscheinlich.

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Heinz Fromm: Also, das müssten Sie andere fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich frage mich auch umgekehrt: Kriegt der Verfassungsschutz das hin, was er machen soll? Oder hinken wir technisch hinterher? Müssen wir den - -

Zeuge Heinz Fromm: Na ja - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Frage ist ja nicht nur Kritik, sondern auch: Was müssen wir vielleicht ertüchtigen hinterher?

Zeuge Heinz Fromm: Gut, das ist jetzt III des Untersuchungsauftrags, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, geht manchmal schnell hier.

Zeuge Heinz Fromm: - von dem ich sozusagen entbunden bin: Was muss man tun? - Aber es ist schon so: Die Leistungsfähigkeit war eingeschränkt, und das hat uns Sorgen bereitet; das ist doch klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Heinz Fromm: Wenn man etwas hat und es nicht richtig bewerten kann, dann ist das eine Situation, die einen beunruhigt, mit Blick auf

das, um was es geht, nämlich die Informationssammlung mit Blick auf mögliche Gefahren, auf Anschlagsgefahren. Und von daher haben wir natürlich jede Möglichkeit versucht zu nutzen, um hier diese Lücken zu schließen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und Sie hatten es auch beschrieben: Als diese Lücke festgestellt war - - Wie ist dann das jetzt entstanden? Sie hatten es gesagt, aber ich habe es nicht ganz verstanden. Sind Sie damals auf NSA bzw. BND und NSA zugegangen? Oder sind die zu Ihnen gekommen und haben gesagt: „Guckt doch mal, wir haben doch hier was. Warum krautet ihr vor euch hin mit der - -“

Zeuge Heinz Fromm: Also, was das Instrument angeht - XKeyscore -, ist nach meinem Wissen das Angebot von BND/NSA gekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Woher wussten die das, dass Sie mit Perseus noch nicht so richtig auf der Höhe der Zeit waren?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, also das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben die da einen direkten Zugang?

Zeuge Heinz Fromm: Also, natürlich, die Kollegen haben doch miteinander geredet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und die sagten - - Sagen wir mal, Ihre sagten: Ach, ein bisschen unbefriedigend so. Alles kriegen wir nicht raus von dem, was ausgeleitet worden ist. - Und dann haben die Kollegen von der NSA und dem BND gesagt: Vielleicht hätten wir da was; das funktioniert in der Auswertung gut, schaut euch das doch mal an.

Zeuge Heinz Fromm: Ich war nicht dabei. So wird es gewesen sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, -

Zeuge Heinz Fromm: So ungefähr jedenfalls.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - aber irgendwie ist es so.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Ja, so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann haben Sie irgendwann die Entscheidung getroffen: Das müssen wir mal testen.

Zeuge Heinz Fromm: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig. Und deswegen gibt es diesen Testlauf, Versuchslauf.

Zeuge Heinz Fromm: Ja. Das hat ja alles sehr lange gedauert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dauert immer noch, nicht?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, der Testlauf, aber der Beginn des Tests, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat auch schon gedauert, stimmt.

Zeuge Heinz Fromm: - also bis mit dem Test begonnen worden ist, hat es gedauert. Also, wenn ich das jetzt richtig vor Augen habe: 2011, im Frühjahr irgendwann, dieser Hinweis oder dieses Angebot, wenn Sie so wollen, etwas zu nutzen, was die Amerikaner schon haben, und die Bereitschaft der Amerikaner, das dann eben auch zur Verfügung zu stellen. Dann im weiteren Verlauf des Jahres 2011 der Einblick in die Möglichkeiten, die dieses System bietet, durch die Fachleute des BfV. Da ist eine Präsentation wohl erfolgt in Süddeutschland, wohl auch ein Treffen in Darmstadt. Und dann ist das bewertet worden, und man hat gemeinsam - also die zuständigen Abteilungen gemeinsam - eine Entscheidungsvorlage produziert, über die dann auch nach einer gewissen Zeit - - die nicht gleich wohl mir vorgelegt worden ist, sondern erst im Jahre 2012 dann. Mich hat das überzeugt, und ich habe das dann auch genehmigt; Datum weiß ich jetzt nicht mehr aus dem Kopf, müsste ich nachsehen, also, jedenfalls in 2012. Und wie ich gehört habe, hat dann

der sogenannte Probe-Wirkbetrieb kurz nach meinem Ausscheiden aus dem Amt begonnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber kann man denn so arbeiten? Ich meine, man stellt fest, man braucht in der Auswertung ein stärkeres Tool. Perseus leistet das nicht. Wie im Grunde die Zeit weitergegangen ist - - WhatsApp war Ihr Beispiel; finde ich, zu Recht. Und jetzt kommt man da nicht in die Puschen, bis heute nicht. Na, da würde ich ja die Krise kriegen. Also, entweder geht es nicht, dann weg damit, oder man setzt es im Wirkbetrieb ein, aber so - -

Zeuge Heinz Fromm: Also, die heutige Situation kann ich - ich bitte um Nachsicht - nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, aber ich frage auch nicht mit heute, aber ich frage, warum - - Den Teil, den Sie begleitet haben: Konnte man das nicht stärker anschieben? Ich meine, wenn es doch ein taugliches Tool ist, hätte ich gesagt: Her damit! - Also, wo klemmte es da?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, da waren natürlich einige Fragen zu klären, die vielleicht auch für technische Laien wie mich unmittelbar einsichtig sind, nämlich: Wo stellen wir denn das Ding hin? Wie sichern wir dieses Teil ab nach außen? Es gibt ja die Vermutung oder Befürchtung, dass die Amerikaner da irgendwas eingebaut haben könnten, das ihnen da nützt, um an die Rohdaten gewissermaßen zu kommen. All diese Dinge sind natürlich unter Sicherheitsaspekten im BfV geprüft worden, und ich kann sagen: Die IT-Sicherheit war immer sehr, sehr streng. Und ich gebe offen zu, mir kam das manchmal zu streng vor, aber selbstverständlich ist niemand auf die Idee gekommen zu sagen: Bevor wir nicht also diese Sicherheitsangelegenheiten wirklich überzeugend geprüft haben, zu einem Ergebnis gekommen sind, schmeißen wir die Maschine nicht an.¹ - So war das. Und deswegen hat das alles auch so lange gedauert.

1) Richtigstellung des Zeugen: "Wie aus dem Gesamtzusammenhang meiner Aussage ersichtlich ist, habe ich das Gegenteil zum Ausdruck bringen wollen, nämlich: alle

Beteiligten stimmen darüber überein, dass unabdingbare Voraussetzung für die Inbetriebnahme des Systems der Abschluss der Sicherheitsüberprüfung sei.", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Auf der anderen Seite muss man sehen, dass die Bemühungen, zu einer besseren technischen Ausstattung insgesamt zu kommen, natürlich liefen. Das kostet ja alles auch Geld. Wenn Sie sehen, dass allein Perseus, ich glaube, 45 Millionen gekostet hat - - Das ist für das Budget einer solchen Behörde schon auch eine ganze Menge. Gut, das ist für diesen Zweck speziell zur Verfügung gestellt worden, aber immerhin: Das war nicht einfach. Bei NADIS war es noch komplizierter. Da gab es zunächst grünes Licht vom Haushaltsgesetzgeber; dann wurden aus Gründen, die ich im Einzelnen gar nicht mehr genau weiß, die Mittel wieder gesperrt. Also, es ging nicht so voran, wie wir uns das gewünscht hätten. Das ist in gewisser Weise normal und ist hinzunehmen natürlich auch, aber es hat immer auch an Geld gefehlt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich verstehe das ja auch, wenn man es so theoretisch sagt. Ich verstehe es nicht im konkreten Fall. Also, ich kann nachvollziehen, warum man bei Perseus gesagt hat: „Jetzt brauchen wir bei der Auswertung was Besseres“, hat XKeyscore gefunden, hat die Entscheidung getroffen: „Wir wollen das.“ Und dann kommt man bis heute nicht aus dem Quark. Da steht so ein Rechner allein im einsamen Feld; dann wird mit einer Luftschnittstelle da was draufgepackt - echte Daten -, und irgendwie guckt man sich das an und wartet, dass da irgendwie der Clown rauskommt irgendwann. Entweder nutzt man das Ding oder nutzt es nicht, stellt es in den Keller mit einer Betonwand darum herum und einer Eisenverstärkung und irgendwie - - Aber es muss doch eine Lösung geben. Also, mich schockiert, dass das Ding so lange vor sich hin dümpelt, und ich verstehe nicht, warum das so lange braucht. Also entweder - - Ich meine, klar, man kann sich unheimlich viele Gedanken machen, aber man soll - - Also, die Szenarien kann man ja durchspielen. Dass der Amerikaner - - Wenn kein Kabel rein- oder rausgeht, wird er es schwer haben; da muss ich noch was abschirmen oder wie auch immer.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber da muss es doch Lösungen geben, die man innerhalb von

drei Monaten kriegt, und dann kann man das noch mal testen, und dann findet man entweder einen Fehler, ist es zu riskant, oder es ist kein Fehler. Aber wie kann so was so Jahre dauern? Das müsste doch eine politische Entscheidung irgendwann - - Sie müssen doch sagen: Wir kriegen regelmäßig Berichte, einmal im Jahr; das Ding steht da immer noch alleine im Testbetrieb, kommen aber Originaldaten rein - - Ich kann mir nicht erklären, warum man nicht sagt: Jetzt müssen wir mal irgendwann den gordischen Knoten - was auch immer der ist - durchschlagen.

Zeuge Heinz Fromm: Ich glaube nicht, dass *ich* Ihnen die Frage befriedigend beantworten kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich - -

Zeuge Heinz Fromm: Ich kann Ihnen nur sagen, was in der Zeit bis Mitte 2012 gewesen ist, und kann den Versuch machen, vielleicht untauglich, zu erklären, weshalb das von der ersten Präsentation irgendwann, was weiß ich, im Herbst 2011 noch gedauert hat bis Mitte 2012, bis dann endlich der sogenannte Probe-Wirkbetrieb begonnen hat. Das kann ich versuchen Ihnen zu erklären. Ich habe es ja auch versucht: Weil eine Fülle von Fragen, insbesondere eben auch Sicherheitsfragen, geklärt werden mussten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. Aber warum wurden die nicht geklärt?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, weil es wohl häufig Bedenken gab: Das geht nicht, und jenes geht nicht. Und wie kriegen wir die Daten da ran? - Ich weiß es nicht mehr; ich weiß das im Detail nicht. Mir ist jedenfalls immer wieder gesagt worden: Das dauert noch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Heinz Fromm: Und dann gab es in 2012 eine Entscheidungsvorlage für die Amtsleitung, und da habe ich einen Haken dran gemacht und war und bin seinerzeit davon ausgegangen: So, jetzt kann es losgehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit dem Probe-Wirkbetrieb.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Mit dem Probe-Wirkbetrieb, klar. Der muss natürlich zunächst stattfinden. Man kann nicht gleich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie lange war der denn geplant aus Ihrer Sicht?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, da gab es keine Planung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum?

Zeuge Heinz Fromm: Also, es ist mir nicht bekannt, dass wir gesagt haben - - Es war halt ein Probe-Wirkbetrieb; was weiß ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na ja. Ich frage jetzt gar nicht technisch; ich frage politisch.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn ich der Amtschef gewesen wäre bei so einer wichtigen Sache - - digitales Zeitalter, Perseus macht die Erfassung, neues Tool im Bereich der Auswertung; das hat jetzt ein Jahr gedauert bis die ganzen Techniker, IT-Sicherheitsleute alle gesagt haben: Okay, wir können in den Probe-Wirkbetrieb - -

Zeuge Heinz Fromm: Dreivierteljahr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Ich hätte doch mal irgendwie gefragt: „Wann kommen wir denn endlich damit in den Echtbetrieb? Und wie sieht das aus? Wie sieht so eine Übergangsphase aus? Wie lange testen wir?“ Musste da die Bundesbeauftragte für den Datenschutz kommen und sich das angucken?

Zeuge Heinz Fromm: Ich kann mich im Einzelnen nicht mehr daran erinnern. Mag sein, dass mal gefragt worden ist: „Wann sind wir denn endlich so weit?“, oder so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat es da Vorlagen an Sie gegeben?

Zeuge Heinz Fromm: Diesbezüglich?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Überhaupt diese ganze - -

Zeuge Heinz Fromm: Nein, also, kann ich mich nicht erinnern. Nein, sondern es gab diese Entscheidungsvorlage. Ich müsste nachsehen oder nachsehen lassen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sonst nichts?

Zeuge Heinz Fromm: - von wann die war. Und das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, da würde ich sagen, das war jetzt nicht hohe Priorität im Amt. Kann das sein?

Zeuge Heinz Fromm: Doch, durchaus. Also, das Thema hatte hohe Priorität, klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, aber mehr auf Zuruf auf dem Gang.

Zeuge Heinz Fromm: Wir hätten es ja lieber selbst getan, hatten aber das Gefühl, wir kommen nicht so schnell voran, wie wir möchten. Möglicherweise gibt es ja mittlerweile auch Eigenprodukte, die leistungsstärker sind; das weiß ich nicht. Jedenfalls war das damals die Situation, und deswegen habe ich, soweit ich mich erinnere, auch nicht sehr lange gezögert, um diesem Vorschlag, dieses Werkzeug einzusetzen, das uns von den Amerikanern zur Verfügung gestellt worden war, zuzustimmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Gucken wir mal, wie die Geschichte in Zukunft weitergeht.

Ich möchte noch einen anderen Bereich ansprechen. Da geht es auf den Punkt vielleicht zurück, den Sie so mit dem 360-Grad-Blick schon angesprochen haben. Sagt Ihnen der Begriff „Systemische Bearbeitung“ etwas?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nicht unmittelbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder „Systematische Bearbeitung“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: „Systematische Bearbeitung“, den habe ich selbst, glaube ich, benutzt, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah ja. Okay. - Und systema- -

Zeuge Heinz Fromm: Oder nein, ich habe gesagt: Kontinuierliche Bearbeitung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann nehmen wir „Kontinuierliche Bearbeitung“, im Endeffekt die Formulierung - - Was heißt „Kontinuierliche Bearbeitung“? Was betrifft das?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, „Kontinuierliche Bearbeitung“ meint: Es ist eine Daueraufgabe, sich mit bestimmten Phänomenen - ich sage das mal ganz allgemein, auch jenseits dieses Themas Spionageabwehr - ständig zu beschäftigen; das meint das. Und solche Fälle gab es und gibt es wohl, wo eine kontinuierliche, systematische Bearbeitung erfolgt ist oder noch erfolgt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das bezieht sich auf Themen, Ereignisse oder auch auf Staaten?

Zeuge Heinz Fromm: Das kann sich auf Themen und Ereignisse beziehen, ganz allgemein gesagt. Hier in diesem Zusammenhang bezieht es sich auf Staaten, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Heinz Fromm: - auf Dienste von Staaten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf Dienste von Staaten, okay. Klar, macht Sinn. - Die systematische Bearbeitung - jetzt muss ich so gucken, dass ich nicht außerhalb des Untersuchungsauftrags herausfrage - betraf in der Regel Staaten außerhalb des Untersuchungsauftrags, richtig?

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch - zumindest temporär - Staaten der Five-Eyes-Staaten?

Zeuge Heinz Fromm: Der?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Five Eyes.

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nie?

Zeuge Heinz Fromm: Auch nicht temporär.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das so angeordnet?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, das war die Praxis, die von niemandem infrage gestellt wurde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat das BfV oder haben die Mitarbeiter des BfV da einen Ermessensspielraum? Können die sagen: „Die Staaten nehmen wir jetzt in die systematische Bearbeitung, die nicht“? Oder wie machen die das?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, das wird auf Basis der bekannten Umstände entschieden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie werden die bekannt?

Zeuge Heinz Fromm: Die werden bekannt, indem - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dienstanweisung?

Zeuge Heinz Fromm: Um mal ein ganz einfaches Beispiel, was ich vorhin auch kurz angedeutet habe, zu sagen: Wenn zum Beispiel eine ausländische Regierung, der Regierungschef oder auch der Chef eines ausländischen Nachrichtendienstes, erklärt, was die Schwerpunkte der Tätigkeit sind, und wenn dann da gesagt wird: „Das ist die Aufklärung in Deutschland“, dann kann man davon ausgehen, dass es ernst gemeint ist. - Also so etwas, beispielsweise. Und im Übrigen: Die fortlaufend erzielten Ergebnisse aus solcher Aufklärung haben die Richtigkeit dieser Schwerpunktsetzung immer wieder bestätigt, und das Ausbleiben von Umständen bei anderen hat das in gleicher Weise bestätigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber diese Schwerpunktsetzung, wie erfolgt die, sodass die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitarbeiter das wissen? Also, ich bin Reservist bei der Bundeswehr. Ich packe nicht einfach meine Sachen und fahre nach Mali und sage: Ich habe im Fernsehen gesehen, da kriselt es jetzt. Hier bin ich. - Also, das würde wahrscheinlich auf Dauer ein ziemliches Durcheinander hier in unserem Land geben, wenn jeder so meint, er könne das machen, was gerade notwendig ist.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, natürlich ist das nicht willkürlich, wenn Sie das meinen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich frage mich nur: Gibt es da Erlasse? Gibt es, ich sage mal, Briefings? Also, wie läuft die Information von Ihnen runter, dass die Mitarbeiter wissen: „Wow, jetzt muss ich aber doch mal die NSA mit in den Blick nehmen, anders als wir es bisher gemacht haben, weil der Präsident sagt: ‚Da brennt es gerade aus irgendwelchen Gründen‘, die ich gar nicht mitgekriegt habe, weil ich den ganzen Tag Sudoku gespielt habe“?

Zeuge Heinz Fromm: Na ja, läuft ja normalerweise umgekehrt. Die Mitarbeiter sagen, was sie wissen, und machen Vorschläge im Hinblick auf die Konsequenzen daraus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Heinz Fromm: Und diese Vorschläge werden dann gebilligt oder eben nicht gebilligt, und das geschieht fortlaufend. Und daraus entwickelt sich - wenn Sie den Begriff gestatten - eine gewisse Spruchpraxis. Und so ist das eben, und das ist dann auch im Einzelfall - und in vielen Einzelfällen zusammengenommen, gibt es dann sozusagen auch ein System - dokumentiert. Und ich hatte auch erwähnt, dass wir auch die Öffentlichkeit über die wesentlichen Ergebnisse jedes Jahr im Verfassungsschutzbericht informiert haben. Und natürlich auch unsere vorgesetzte Dienststelle ist unterrichtet worden, wenn es Neuigkeiten in dem Zusammenhang gab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir geht es noch mal um diese Problematik „Systematische Bearbeitung“. Gibt es da irgendwo eine Erlasslage oder Vergleichbares, dass die Five-Eyes-Staaten nicht in die systematische Bearbeitung fallen?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, das gibt es nicht. Nicht dass mir - - Also, ich wüsste es nicht. Es mag sein, dass in irgendwelchen früheren Jahren so was mal vonseiten des Ministeriums geschrieben oder gesagt worden wäre. Mir ist das nicht bekannt, nein. Das war Geschäftsgrundlage, wenn Sie so wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. - Kennen Sie Echelon?

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagt Ihnen das was?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, erinnere ich mich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da ist ja auch ziemliche Kritik an Five-Eyes-Staaten geübt worden und an deren Praxis, richtig?

Zeuge Heinz Fromm: In der Öffentlichkeit ist solche Kritik geübt worden, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In dem Bericht auch, oder?

Zeuge Heinz Fromm: In dem Bericht des Europäischen Parlaments auch. Wir haben das seinerzeit - ich habe mir das noch mal angeschaut - mit dem Ergebnis überprüft, dass das kein Thema für die deutsche Spionageabwehr war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, da konnte man nichts Essenzielles rausziehen, wo Sie sagten: „Da müssen wir unsere gelebte Praxis verändern“?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber ist denn Echelon diskutiert worden im Haus?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, sicher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit welchem Ergebnis? Wie Sie es gerade sagten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Richtig, habe ich eben beschrieben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: „Spannend, aber für uns nichts drin.“

Zeuge Heinz Fromm: Dazu ist auch berichtet worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das „spannend“ habe ich jetzt dazugefügt. Entschuldigung.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, das ist auch berichtet worden natürlich, weil in solchen Fällen, wenn die öffentliche Diskussion losgeht, natürlich auch die Bitte regelmäßig geäußert wird im BMI, dazu Stellung zu nehmen. Das haben wir natürlich dann auch gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, weil ich so, von außen betrachtet - aber ich lerne da ja auch -, ein bisschen den Eindruck gewinne: Da war Echelon, da war der Bericht, da war die ganze Berichterstattung da drum herum, und dann denkt man: Mensch, das guckt man sich mal an, ob man da seine Sensibilität mit der systematischen Bearbeitung, mit dem systematischen Blick auch auf die Five-Eyes-Staaten nicht ändern müsse. - Sie sagten: Einen gewissen 360-Grad-Blick hatten wir immer. - Der Minister de Maizière hat nach den ganzen Veröffentlichungen von Edward Snowden und auch dann nach den Ereignissen um Markus R. gesagt: Wir müssen hier den 360-Grad-Blick schärfen. - Also, von daher - - Das scheint ja irgendwie dann Konsequenzen doch hervorzurufen, aber damals, nach Echelon, nicht.

Zeuge Heinz Fromm: Ich bin nicht in der Lage, hier einen Vergleich anzustellen - den können Sie möglicherweise anstellen -, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na, noch nicht. Deswegen frage ich.

Zeuge Heinz Fromm: - ob Echelon vergleichbar ist mit dem, was Herr Snowden berichtet hat. Ich denke wohl eher - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meinen Sie, Herr Snowden hat mehr berichtet?

Zeuge Heinz Fromm: Aus Laiensicht - ich bin ja jetzt Laie - kann man das wohl eher nicht vergleichen. Bei Echelon - das war ja, ich glaube, 2001 oder so, der Bericht - ging es um die Aufklärung des Satellitenfunkverkehrs. Mein Gott, was ist das gewesen? Das ist überhaupt kein Vergleich mit dem, um was es jetzt offenbar geht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also hier scheint schon richtig was dran zu sein, meinen Sie.

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht. Das ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Interessanter zweiter Satz nach dem ersten. Okay, gut. - Das Thema „Umflüge, Überflüge, Befliegung von Botschaften“, sagt Ihnen das was?

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat das was dann doch mit Echelon zu tun gehabt? Oder war das ganz unabhängig davon?

Zeuge Heinz Fromm: Also, den Zusammenhang kann ich nicht erkennen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Heinz Fromm: Das war Routine, wenn ich das richtig verstanden habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wieso, wenn Sie das richtig verstanden haben?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ich weiß nicht - das haben wir ja nicht selbst gemacht -, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay.

Zeuge Heinz Fromm: - ob es da irgendwelche Weisungen mal gab, das jetzt zu tun und nicht erst später.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer hat das gemacht?

Zeuge Heinz Fromm: Das hat der damalige BGS gemacht, weil die auch über das entsprechende Fluggerät und andere Möglichkeiten verfügen, die wir nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber der hat ja eigentlich gar nicht die Aufgabe, so was zu machen.

Zeuge Heinz Fromm: Das war abgesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, also die haben -

Zeuge Heinz Fromm: Amtshilfe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - im Auftrag gemacht; Sie sollten die Erkenntnisse kriegen.

Zeuge Heinz Fromm: Amtshilfe, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah. Weil Sie sagten: Das haben wir nicht gemacht. - Hätte ja auch sein können, dass das die Pfadfinder St. Georg waren, und Sie haben dann irgendwann die befragt. Also, die haben das schon in Ihrem Auftrag gemacht.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, zumindest in Absprache mit uns.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay.

Zeuge Heinz Fromm: Die unterstanden ja auch dem Bundesinnenministerium, also dem gleichen Ressort; von daher war das so abgesprochen, dass das geschieht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das hat immer schon stattgefunden, kann man sagen, oder - -

Zeuge Heinz Fromm: Soweit ich weiß. Ob es sehr regelmäßig war oder unregelmäßig, kann ich nicht sagen. Ich habe nicht zu jedem Flug einen Bericht bekommen, aber ich weiß, dass es stattgefunden hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber nicht verstärkt, ich sage mal, nach den Ereignissen Echelon, dass man gesagt hat: Jetzt müssen wir mal kontinuierlich noch mal scharf hingucken.

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war nicht. - Und sind da in der Zeit des Untersuchungsauftrags aus Ihrer Sicht irgendwelche Besonderheiten aufgetreten, wo Sie sagen können, da haben Sie bei den Five-Eyes-Staaten - leider können wir hier nicht die anderen feststellen - - da hat es Besonderheiten gegeben, wo Sie sagen: Oh, da waren wir jetzt besonders alarmiert; da sind Aufbauten, die müssen dieses oder jenes sein. - Hat es da besondere Ereignisse gegeben?

Zeuge Heinz Fromm: Also, diese - - Wir haben angenommen, dass auf verschiedenen Botschaftsgebäuden Anlagen installiert sind, die möglicherweise der Kontrolle des Mobilfunkverkehrs hier, vor allem in Berlin, dienen. Davon waren wir jedenfalls ausgegangen, ohne es belegen zu können. Deswegen war auch die Empfehlung immer, vorsichtig zu sein bei Gesprächen mit Mobilfunkgeräten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie mal so eine Anlage - natürlich nicht auf einer fremden Botschaft - gesehen, wie so was technisch überhaupt möglich ist? Haben Sie mal - - Nicht auf unserer Botschaft.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Haben Sie so ein technisches Gerät, so eine Vorkehrung mal irgendwie gesehen, -

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - mal selbst probiert so was?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gibt es das denn?

Zeuge Heinz Fromm: Das gibt es, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo?

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht, wo.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe es noch nicht gesehen.

Zeuge Heinz Fromm: Vielleicht gelingt es Ihnen ja, mal so was zu betrachten bei - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber wissen wir technisch, dass es so was gibt -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja, das wissen wir.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und wie so was grob aussehen muss?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, natürlich; das wissen wir.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, das wissen wir. Wir wissen, dass das groß sein muss, was das für Ausmaße hat.

Zeuge Heinz Fromm: Wie groß das sein muss oder sein kann und welchen Umkreis man damit abhören kann, das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber man könnte, wenn man umfliegt oder überfliegt, erkennen an einem gewissen Verschlag, wenn einer bestimmte Materialien verwendet: Das könnte so eine Einrichtung sein, die zum Abhören - - ein Schutz ist, wo eine Abhöreinrichtung drunter steht.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, man kann Indizien feststellen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sind denn da bei den Five-Eyes-Staaten entsprechende Indizien festgestellt worden? Oder hat man nur eben einen Bretterverschlag gesehen, der dafür geeignet ist, entweder so eine Anlage zu beherbergen oder aber auch vielleicht, was weiß ich was, den gelben Punkt zu sammeln?

Zeuge Heinz Fromm: Also, keine Bretterverschläge, aber Ähnliches. Also, mit schickeren Materialien, darf ich mal sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, Sie müssen jetzt nicht in die technischen Details gehen und irgendwie Geheimnisse verraten.

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich. Man kann auch nicht reingucken, aber auf der britischen Botschaft war eine - das habe ich mir auch dann mal auf einem Foto angesehen - Installation, so ist es ja dann wohl auch dargestellt worden; das sei etwas Künstlerisches. Das haben wir nie geglaubt,

(Christian Flisek (SPD):
Britische Kunst!)

aber wir konnten auch das Gegenteil nicht beweisen. Und was macht das für einen Sinn - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das geht nicht tiefer, als dass man sagt: Da steht was Schräges auf dem Dach; das könnte was verbergen. - Aber mehr kann man da nicht in die Tiefe gehen.

Zeuge Heinz Fromm: Nein. Also, soweit ich weiß.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Heinz Fromm: Fragen Sie möglicherweise Techniker.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht kann man da mal irgendwie auf so ein Sommerfest gehen, mal hochschleichen oder so. Keine Ahnung.

(Vereinzelt Heiterkeit -
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fähnrich Sensburg!)

Also, mich wundert, dass man da nicht mehr in die Tiefe geht. Also, wo komische Sachen auf dem Dach stehen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Die Konsequenz ist, dass wir sagen: Unsere Annahme, dass so etwas geschieht, wird durch diese Indizien bestätigt; Schlussfolgerung ist: Wir warnen alle, die überhaupt auf den Verfassungsschutz irgendwie hören. - Es gibt ja welche, die sagen: Mit euch will ich so gar nichts zu tun haben. - Das akzeptiere ich natürlich auch. Aber es gibt auch welche, die sagen: Aha, interessant; passe ich in Zukunft ein bisschen besser auf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut; das muss ich erst mal sacken lassen. Ich dachte, unsere Nachrichtendienste wissen viel mehr. Aber gut, das lasse ich mal sacken und eröffne die Frageunde jetzt - erst mal bedanke ich mich ganz herzlich, - und wir beginnen mit der Fraktion Die Linke, Frau Kollegin Renner, mit ihren Fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Fromm, ich hätte zwei Fragen zum Themenfeld XKeyscore-Software. Sie sagten vorhin, der BND habe dort die Technik eingerichtet, und dann hätte das BfV dort entsprechend die Anlage betrieben. Ist Ihnen denn bekannt, dass ein BND-Mitarbeiter die ganze Zeit während des Testbetriebes dabei war und auch Administrator der Anlage war?

Zeuge Heinz Fromm: Also, von „Administrator“ hatte ich nicht gesprochen. Aber den BND-Mitarbeiter, der bei der Installation, Vorbereitung geholfen hat, den habe ich in meinen einleitenden Bemerkungen bereits erwähnt. Das hatte den Grund, dass der BND, und dieser Mitarbeiter speziell, das System kannte, das ja beim BND wohl schon in Betrieb war, und dass deshalb der BND bereit war, um also die Dinge auch voranzubringen, diesen Mitarbeiter oder einen der kundigen Mitarbeiter zu uns abzuordnen, und dafür war ich auch dem Herrn Uhlrau recht dankbar, der damals der Kollege im BND war.

Martina Renner (DIE LINKE): Und war Ihnen auch bekannt, dass die Daten aus den G-10-Maßnahmen von Köln nach Berlin mithilfe eines BND-Kuriers transportiert wurden?

Zeuge Heinz Fromm: War mir nicht bekannt. Der Probe-Wirkbetrieb hat, wie ich schon erwähnt habe, nach meiner Zeit begonnen. Also, ich

nehme nicht an, dass vorher schon Daten transportiert worden sind; jedenfalls wusste ich das nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei den sicherheitsrelevanten Überlegungen zu XKeyscore, die ja zu begrüßen sind: Hat man auch darüber nachgedacht, auszuschließen, dass der BND-Mitarbeiter Daten aus dem BfV mitnimmt?

Zeuge Heinz Fromm: Der BND-Mitarbeiter war in der Zeit, als er im BfV war, wenn ich es richtig erinnere, Mitarbeiter des BfV, weil er dorthin abgeordnet war.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Heinz Fromm: Und dann durfte er natürlich auch - -

Martina Renner (DIE LINKE): Daten mitnehmen, wenn er wollte.

Zeuge Heinz Fromm: Na, nicht mitnehmen, sondern sehen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Martina Renner (DIE LINKE): Sehen. Aber als Administrator war er einer der wenigen, die auch Daten hätten aus dem System - -

Zeuge Heinz Fromm: Als Administrator sieht man die Daten; das ist richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und man kann sie auch dann als Einziger zum Beispiel speichern.

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre ja eine Fragestellung. - Ich würde gerne überwechseln tatsächlich zu dem Thema, das Sie auch genannt haben: „Datenweitergabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu islamistischen Reisegruppen“, und beginnen - - Sie sprachen davon, Ihnen seien zwei Fälle bekannt, in denen deutsche Staatsbürger durch bewaffnete Drohneneinsätze zu Schaden kamen. Andere Zeugen sprachen hier davon,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass mindestens sechs bis sieben Bürger aus Deutschland oder mit deutscher Staatsbürgerschaft, die auf solchen Listen zu islamistischen Reisegruppen standen, getötet wurden. Ist Ihnen diese - -

Zeuge Heinz Fromm: Sie haben mich möglicherweise missverstanden. Ich habe diese beiden Fälle erwähnt als Ausgangspunkt für die dann stattfindende Diskussion Anfang Oktober 2010.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und da hätte ich jetzt die Frage: Ist Ihnen bekannt, dass nach diesem Erlass aus dem BMI vom 24.11.2010, der schon am 11.11. mündlich gegenüber dem BfV ausgesprochen wurde, weitere Personen auf solchen Reiselisten durch Drohneneinsätze in dem pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet zu Schaden kamen?

Zeuge Heinz Fromm: Also, dass es fortlaufend Drohneneinsätze gegeben hat, das ist mir bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das war nicht meine Frage.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja, ich weiß schon.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage, ob nach dem Erlass weitere Personen auf diesen Reisegruppen durch Drohneneinsätze zu Schaden kamen.

Zeuge Heinz Fromm: Also, mir ist jedenfalls kein Zusammenhang bekannt, dass Personen zu Schaden gekommen wären in der Folgezeit, zu denen wir technische Daten, Kommunikationsdaten den Amerikanern geliefert hätten. Aber ich kann mich irren. Ich weiß es nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es wurden immer - das war insbesondere ja Anlass für den Erlass - mit den Personendaten Daten zu Telekommunikationsmitteln übersandt.

Zeuge Heinz Fromm: Aber nicht immer waren welche vorhanden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber zu den Personen, zum Beispiel Hattour und Barki, zu denen dann nach diesem Erlass die Daten übermittelt wurden, wurden auch die Telekommunikationsdaten übermittelt, und beide sind auch durch Drohneneinsätze gestorben. Und deswegen würde ich Sie gerne fragen - noch mal ein bisschen jetzt weiter zurück -: Wie hat man denn eigentlich gegenüber der US-amerikanischen Seite die Einhaltung der Zweckbindung überprüft? Gehen Sie davon aus - das wäre meine erste konkrete Frage -, dass zu allen Datenübermittlungen vonseiten der US-Behörden eine entsprechende schriftliche Erklärung eingeholt wurde?

Zeuge Heinz Fromm: Eine schriftliche Erklärung der Amerikaner?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wenn man Daten übergibt mit Telekommunikationsmitteln zu Personen, dass man sich von US-amerikanischer Seite bestätigen lässt, dass man die Zweckbindung einhält, dass die Daten nur zu nachrichtendienstlichen Mitteln verwandt werden dürfen, wie es ja unser Gesetz vorsieht.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, also, die bekommen diesen sogenannten Disclaimer jedes Mal mitgeliefert -

Martina Renner (DIE LINKE): Und müssen sie auch - -

Zeuge Heinz Fromm: - und bestätigen den Eingang.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und diese Eingangsbestätigung gibt es zu jeder Datenübermittlung.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Sicher? Wie wird das kontrolliert?

Zeuge Heinz Fromm: Na, ich habe das nicht kontrolliert. Das wäre ja wirklich eine Überforderung gewesen. Wie stellen Sie sich das vor? Es gab eine ganze Reihe - - fortlaufend Übermittlungen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und ich kann nicht jedes Mal die Empfangsbestätigung kontrollieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen gerne eine Datenübermittlung vom 24.08.2010 in einem stillen Vorhalt zeigen, bei der Daten in Washington händisch übergeben wurden und bei der es keine Empfangsbestätigung gibt - zu solchen Reisegruppen, und auf dieser Reisegruppe befinden sich auch Personen, die später durch Drohneneinsätze getötet wurden.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann können Sie sich das ja mal ansehen.

Zeuge Heinz Fromm: Ich kann mir das gerne ansehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist zum Zeigen - nur als Information -, -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Heinz Fromm: Verstehe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - Sie sollten nur nicht daraus zitieren, weil wir ja noch in öffentlicher Sitzung sind. Es ist nur, um einen Sachverhalt kenntlich zu machen.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wir können nicht daraus öffentlich zitieren.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
blättert und liest darin)

Zeuge Heinz Fromm: Wo ist das? Hier?

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Da fehlt leider das Datum; das ist uns in einer anderen Unterlage nachgereicht worden. - Das ist an die CIA gegangen. Und das ist alles, was wir zu der Liste, die im Nachgang dort eingehftet ist, finden.

Zeuge Heinz Fromm: Also, das ist eine Kurzmitteilung, sehe ich hier, und eine Liste, die zum großen Teil geschwärzt worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist das, was Sie mir zeigen wollten?

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und zu dieser fehlt eine Eingangsbestätigung der US-amerikanischen Seite. - War das denn üblich, solche Daten per Hand in Washington zu übergeben? Oder wie hat man das normalerweise gemacht?

Zeuge Heinz Fromm: Normalerweise wurden, was die Amerikaner betrifft, solche Schriftstücke entweder elektronisch hierher nach Berlin zu JIS - sagt Ihnen was, nehme ich an -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: - übermittelt. Oder wenn gerade eine Begegnung war, hat man das ausgehändig gegen Empfangsbescheinigung.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Heinz Fromm: Und wenn jemand zufälligerweise - oder auch nicht - eine Reise in die USA gemacht hat, hat er natürlich so etwas auch mitgenommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Was bedeutet es, wenn die Empfangsbescheinigung fehlt für § 19 III BVerfSchG in dem Falle?

Zeuge Heinz Fromm: Was das bedeutet?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Dass ein Fehler gemacht worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Und wer hat das zu verantworten?

Zeuge Heinz Fromm: Der, der den Fehler gemacht hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Gibt es kein Controlling im BfV, dass man zum Beispiel darauf achtet, dass die Prüfung nach § 19 III oder diese Zweckbindung auch schriftlich dokumentiert wurden? 15 Jahre wird das ja aufgehoben.

Zeuge Heinz Fromm: Ich nehme an, dass das kontrolliert worden ist. Aber möglicherweise gab es auch bei der Kontrolle einen Fehler, dass jemand das nicht bemerkt hat; das kann sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es denn diese Abwägungsprüfung nach § 19 III zu jedem Fall der Datenübermittlung? Es müssen ja die persönlichen Interessen des Betroffenen, aber auch die Interessen der Bundesrepublik Deutschland geprüft werden bei dieser Datenübermittlung. Da müssten doch zu jeder dieser Datenübermittlungen die Abwägungsüberlegungen hinterlegt sein, oder?

Zeuge Heinz Fromm: Ich hatte vorhin schon berichtet, dass die schriftliche Niederlegung solcher Abwägungsgründe erst seit 2011 vorgesehen war.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist aber dann noch in unserem Untersuchungszeitraum.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Und die müssten sich also zu jedem solcher Übermittlungsvorgänge finden.

Zeuge Heinz Fromm: Davon gehe ich aus, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn diese schriftlichen Darlegungen sich nicht auffinden lassen würden, was würde dies bedeuten?

Zeuge Heinz Fromm: Das bedeutet, dass ein Fehler gemacht worden ist,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Schon wieder!)

ein Weisungsverstoß, wenn Sie es noch schärfer haben wollen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage mal ganz kurz nur für das Protokoll, damit wir hinterher die Fundstelle haben von dem gerade zitierten Dokument. Das war eben gerade MAT A BfV-17, Tagebuchnummer 231/16. - Richtig?

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Nur dann ist es im Protokoll. Damit wir hinterher nicht recherchieren: Was ist denn da der stille Vorhalt gewesen?

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie muss man diese Weisung durch Herrn Romann aus dem BMI verstehen aus dem November 2010? In der heißt es - wir können das gerne noch mal vorlesen, weil das ist nur NfD -:

BMI stimmt der Übermittlung der Daten an die genannten Länder grundsätzlich zu. Vor einer Übermittlung ist sicherzustellen, dass die Listen keine Daten enthalten, die unmittelbar für eine geographische Ortung in der in Rede stehenden Region verwendet werden können.

Welche Daten dürfen danach nicht mehr übermittelt werden?

Zeuge Heinz Fromm: Na, zum Beispiel GPS-Daten, also Positionsdaten, dürften nicht übermittelt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Daten zum Aufenthaltsort von Personen: Der befindet sich in dieser Stadt, besucht dort regelmäßig dieses öffentliche Internetcafé, trifft regelmäßig diese Kontaktpersonen. - Sind das zur Ortung geeignete Daten?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, würde ich nicht so sehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind Telefonnummern geeignet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Hatte ich schon gesagt: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Schließen Sie aus. Bis heute? Was ist Ihr Kenntnisstand?

Zeuge Heinz Fromm: Heute - - Zu heute äußere ich mich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ende Ihrer Dienstzeit, 2012?

Zeuge Heinz Fromm: Da habe ich das so gesehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Bis Juni oder Juli 2012.

Zeuge Heinz Fromm: Bis Juli 2012.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, was Gerätenummern sind, IMEI-Nummern?

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind diese geeignet?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, man kann die Telefonnummer da ermitteln, also die eigentliche Telefonnummer kann man feststellen, wenn man die - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn jemand die SIM-Karte wechselt.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und ist das im Zusammenhang mit Lokalisierung -

Zeuge Heinz Fromm: Es ist das Gleiche.

Martina Renner (DIE LINKE): - von Relevanz?

Zeuge Heinz Fromm: Die gleiche Bewertung.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Also außer GPS kannte das BfV keine andere Methodik.

Zeuge Heinz Fromm: Meine Fantasie reicht nicht aus, um - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wie ortet denn das - - Also, wir gehen ja davon aus zum Beispiel, dass das BfV Ortungstechnik kennt, weil es sie selbst im Inland einsetzt.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): IMSI-Catcher zum Beispiel.

Zeuge Heinz Fromm: Richtig, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es mobile IMSI-Catcher durch unsere Nachrichtendienste in der Region Pakistan/Afghanistan?

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre eine interessante Frage, oder?

Zeuge Heinz Fromm: Das kann so sein, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Nutzt das BfV IMSI-Catcher im Ausland?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, natürlich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und der BND?

Zeuge Heinz Fromm: Entzieht sich meiner Kenntnis.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da meldet sich die Bundesregierung - - nicht mehr. - Gut.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber das gibt mir den Hinweis auf die abgelaufene Zeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann machen wir nachher weiter, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fraktion in der ersten Runde. Es beginnt jetzt die Fraktion der SPD mit Herrn Kollegen Flisek.

Christian Flisek (SPD): Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. - Herr Fromm, auch von unserer Seite erst mal guten Tag! Ich mache mal jetzt gleich weiter an der Stelle, wo die Frau Kollegin Renner aufgehört hat; das ist dieser berühmte Romann-Erlass, November 2010. Wenn man den so liest, dann entsteht der Eindruck, dass jetzt hier per Erlass eine Praxis unterbunden werden soll, die vorher stattgefunden hat oder möglich war zumindest. Also konkret - das ist ja gerade vorgetragen worden - soll sichergestellt werden, dass die Listen keine Daten enthalten, die unmittelbar für eine geografische Ortung verwendet werden können. Ist das eine richtige Interpretation, dass man sagt: „Dieser Erlass macht nur dann Sinn, wenn er etwas abstellt, was vorher stattgefunden hat“?

Zeuge Heinz Fromm: Die Interpretation ist nicht richtig, sondern der Erlass bestätigt das, was auch vorher praktiziert worden ist. Und der Grund dafür, dass wir ausnahmsweise - muss ich wirklich sagen: ausnahmsweise - das BMI seinerzeit gebeten haben, diese Praxis zu bestätigen oder eben auch nicht, also eine Entscheidung zu treffen, ob diese Praxis so richtig war oder insbesondere ob sie so fortgesetzt werden konnte - - Diese Absicht, also das BMI um eine solche Entscheidung zu bitten, ging auf die Diskussion über die genannten Fälle zurück. Es hat Behauptungen gegeben im Anschluss an diese Ereignisse, an die Tötung dieser beiden Personen, dass die Übermittlung von Mobilfunknummern die Ortung einer Person ermöglicht. Wir haben das nie angenommen, waren aber mit Blick auf diese Diskussion durchaus auch unsicher, ob man das so würde fortsetzen können, wenn ein solcher Verdacht oder eine solche Vermutung geäußert wird. Und deswegen war ich dafür und habe das auch so entschieden, dass wir das Ministerium da einbinden.

Das war selten der Fall, dass es auf solche Weise geschieht. Normalerweise findet eine fortlaufende gegenseitige Information statt, insbesondere natürlich in Richtung des BMI, und darin besteht dann die Abstimmung; man weiß von-

einander, was geschieht und geschehen soll. Natürlich gibt es auch Erlasse, aber eine solche Absicherung, um die wir da gebeten hatten - - das ist eher ungewöhnlich gewesen, aber es schien mir erforderlich, um auch den Mitarbeitern Sicherheit zu geben, dass sie dies so praktizieren können, wie sie das bisher auch getan haben. Dieser Nachrichtenaustausch war für uns von großer Bedeutung, weil er natürlich nicht nur in eine Richtung ging, sondern wir haben ja auch von der amerikanischen Seite sehr viele nützliche Informationen bekommen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben keine Drohnen!)

- Ja, ja, das ist richtig; wir haben aber eine Aufgabe hier im Inland zu erfüllen, Herr Ströbele.

Christian Flisek (SPD): Ja, Fragen stelle ich jetzt, nicht der Herr Ströbele.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, pardon.

Christian Flisek (SPD): Der kommt eventuell später noch mal selber dran.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz bestimmt sogar!)

- Habe ich keinen Zweifel. - Ich lese mir natürlich diesen Satz jetzt auch noch mal genau durch, und dann taucht eben dieses Wort „unmittelbar“ auf. Und wenn ich mir knappe Erlasse angucke, dann sage ich: Wenn das alles auch in Rechtsprache gehalten ist, dann hat jedes Wort Bedeutung.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und wenn ich „unmittelbar“ lese, dann denke ich: Ja, dann gibt es vielleicht als Gegensatz dazu den Begriff „mittelbar“ auch. Das bedeutet, es kann natürlich sein, dass bestimmte Daten, die man übergibt oder übermittelt, unmittelbar nicht geeignet sind, aber sozusagen beim Empfänger angereichert werden können



Nur zur dienstlichen Verwendung

und damit mittelbar durchaus in der Lage sind, eben jemanden sehr genau zu orten mit allen Möglichkeiten, die sich daraus ergeben. Und das wäre ja, wenn man diesen Erlass genau liest, nicht davon umfasst.

Zeuge Heinz Fromm: Also, Sie müssten Herrn Romann fragen, ob er solche Gedanken gehabt hat, als er es formuliert hatte.

Christian Flisek (SPD): Ja, Herr Romann hat viele Gedanken gehabt, aber die waren auch alle nicht ganz klar in diesem Punkt.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, und ich kann natürlich nicht im Nachhinein in den Kopf von Herrn Romann von Oktober [sic!] 2010 hineinschauen; das ist klar.

Christian Flisek (SPD): Darf ich Sie kurz unterbrechen, Herr Fromm? - Jetzt muss ich allerdings natürlich schon sagen: Wenn Sie sagen: „Dieser Erlass ist deklaratorisch, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): - und er bestätigt eigentlich von seinem Sinn und Zweck nur eine bereits bestehende Praxis, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): - die im Zweifel abgestimmt war zwischen dem von Ihnen verantworteten Haus und dem BMI“, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): - dann bedeutet das ja: Wir müssen jetzt gar nicht ausforschen, was im Kopf vom Herrn Romann vorgeht, sondern wir müssen einfach nur jetzt mal von Ihnen erläutert bekommen: Was war diese Praxis? Waren auch Fälle ausgeschlossen, die eventuell mittelbar zu einer solchen Lokalisierung hätten führen können - ja oder nein?

Zeuge Heinz Fromm: Daran kann ich mich nicht erinnern. Es ist natürlich denkbar, dass die Informationen, die von uns geliefert worden sind, Teil

einer Gesamtinformation werden, die dann geeignet ist, so einen gezielten Angriff zu fliegen, natürlich. Um auf das vorherige Gespräch oder die Frage von Frau Abgeordneten Renner zurückkommen: Wenn ich jetzt sage: „Jemand wohnt in dem kleinen Ort XY“,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das vierte Haus von rechts! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

dann ist das natürlich ein Schritt zu einer möglichen Lokalisierung, und wenn ich dann noch sage: „Der verkehrt in der Teestube Z“, dann ist das ein weiteres Teil, und wenn dann jemand anderes, der solche Sachen vorhat, noch zusätzliche Informationen hat, dann ist das möglicherweise so, dann ist das eine mittelbar nutzbare Information; so könnte man das betrachten.

Und hier in dem Wort „unmittelbar“ liegt natürlich eine Einschränkung in gewisser Weise, indem man sagt: Also, Dinge, die direkt genutzt werden können, die dürft ihr nicht übermitteln. - Was das sein könnte - - also, GPS-Daten natürlich. Was das sonst noch sein könnte, weiß ich nicht. Und von daher hat das Wort „unmittelbar“ natürlich eine Bedeutung, weil wenn Sie sagen: „Es ist verboten, Informationen zu liefern, die auch nur mittelbar geeignet wären oder sein könnten“, dann dürften Sie nicht mal einen Namen übermitteln und nicht die Information: „Der ist jetzt dorthin gereist“, weil auch diese Information wieder ergänzt werden kann durch solche, die eine Ortung ermöglichen würden. Also von daher macht es schon Sinn, so zu formulieren.

Christian Flisek (SPD): Also, ich kann Ihren Gedankengang nachverfolgen. Das Beispiel, das Sie jetzt genannt haben, dass Sie sagen, ich dürfte dann noch nicht mal einen Namen liefern - muss ich jetzt offen sagen -, überzeugt mich auf Anhieb jetzt nicht, weil ich sage: Wenn wir über Ortung reden, dann hat das natürlich von der Zweckrichtung der Daten noch mal eine andere Qualität, als wenn ich sage: Ich gebe jetzt Daten wie einen Namen preis. - Mit einem Namen kann ich zunächst einmal gar nichts anfangen, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Gut, okay.

Christian Flisek (SPD): - aber sei's drum. - Ich würde ganz gerne unter dem Aspekt, was Sie jetzt gerade dargelegt haben - - dass man eben sagt: Ja, „unmittelbar“, dieser Begriff in dieser Weisung hat eine Bedeutung, und Datenübermittlungen, die eben mittelbar einen Beitrag leisten können, dass es eben zu einer Ortung kommt mit allen Konsequenzen, sollen eben auch nicht umfasst sein.

Ich würde jetzt gerade mal gerne einen Switch machen zur Rechtslage, so wie Sie das in Ihrer Zeit auch als Präsident verstanden haben, weil das ist ja auch Gegenstand teilweise schon gerichtlicher Erörterungen gewesen. Was heißt das konkret für die Datenübermittlung? Darf jetzt das BfV im Rahmen seiner Ermächtigungsgrundlagen alles übermitteln, solange keine konkreten Anhaltspunkte dafür bestehen, dass diese Daten dann zu völkerrechtswidrigen gezielten Tötungen durch US-, andere Dienste eingesetzt werden? Oder ist es so, dass man - das wäre jetzt aus meiner Sicht die einzige mögliche Alternative - nur diese Daten übermitteln darf, wenn man mit völliger Sicherheit ausschließen kann, dass diese Daten auch für solche Zwecke verwendet werden können? Wie interpretieren Sie die Rechtslage, in der Sie sich bei solchen Datenübermittlungen bewegen?

Zeuge Heinz Fromm: Also, ich kann mich nicht qualifiziert zu völkerrechtswidrigen Handlungen äußern und hier bestimmte Kategorisierungen vornehmen. Also, ich kann nicht sagen, was da völkerrechtswidrig gewesen ist oder ob das in Ordnung gewesen ist.

Christian Flisek (SPD): Darauf zielt ja auch die Frage nicht, sondern meine Frage zielte auf den Rechtsrahmen für Datenübermittlungen und damit einhergehende Schutzpflichten des deutschen Staates gegebenenfalls gegenüber deutschen Bürgern.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, natürlich. - Wir durften nicht Daten übermitteln, von denen wir annehmen mussten, dass sie zu unangemessenen Folgen für den Betroffenen führen könnten. Und da

ist zunächst mal zu sagen: Wir haben die Mitteilung, die Informationsübermittlung, mit der Auflage versehen, diese unsere Informationen nur für nachrichtendienstliche und nicht - das würde ich jetzt noch mal herausstellen - für exekutive Zwecke zu nutzen.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie sprechen den Disclaimer jetzt an.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, genau.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Und ich gehe davon aus - und muss davon ausgehen, wenn ich überhaupt Zusammenarbeit auf Dauer haben will -, dass man sich aufseiten des Partners an diese Vorgabe hält; das ist schon mal mein Grundverständnis und meine Grundvoraussetzung für Datenübermittlung. Wenn ich Erkenntnisse bekomme, dass gegen diese Auflage, wenn Sie so wollen, verstoßen wird, wenn ich das belegen kann, dann ändert sich die Art und Intensität meiner Nachrichtenübermittlung. Solche Informationen habe ich aber nicht bekommen. Ob es solche Informationen jetzt gibt, weiß ich nicht. Ich habe solche Informationen nicht gehabt, konnte also nicht sagen, dass diejenigen, denen wir unsere Informationen gegeben haben, gegen die Auflagen verstoßen haben, also, gegen den Inhalt des sogenannten Disclaimers.

Christian Flisek (SPD): Darf ich da gerade mal nachfragen?

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): In diesem Disclaimer gibt es ja auch einen Vorbehalt. Da heißt es ja unter anderem:

Wir behalten uns vor, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

Also, wenn ich so mal jetzt ins Unreine spreche, eine Art Nachprüfungsklausel. Hat man davon jemals Gebrauch gemacht nach Ihrer Kenntnis?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Ob man davon jemals Gebrauch gemacht hat - sehr dezidiert und womöglich schriftlich -, weiß ich nicht, ist mir nicht erinnerlich. Ich selbst habe das nicht getan. Ob Mitarbeiter, insbesondere in Anbetracht einer solchen Diskussion, wie sie Anfang Oktober 2010 stattgefunden hat, mit den Partnern, mit Vertretern der Partnerdienste darüber gesprochen haben, weiß ich nicht. Kann sein, mag sein.

Christian Flisek (SPD): Aber wäre es nicht - - Also, dieser Disclaimer nach unseren Informationen ist ja seit 2008 in der Praxis, vielleicht vermutlich sogar schon vorher.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, den gibt es - - Da bin ich jetzt unsicher, das zu beantworten.

Christian Flisek (SPD): Also, es gibt eine DV „Ausland“ des BfV, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): - die verorten wir irgendwo 2008. Eventuell ist diese Praxis schon vorher gelebt worden; vielleicht ist es erst dann dokumentiert worden.

Zeuge Heinz Fromm: Ich denke, ja. Also, ich kenne es eigentlich nur so; aber welche Form das hatte vorher, das müsste ich erfragen.

Christian Flisek (SPD): Na, jedenfalls: Die Fälle, die wir hier vor allen Dingen auch konkret im Auge haben, sind natürlich Fälle, die sozusagen dann, wenn man diesen Disclaimer hätte leben wollen, Anlass hätten geben können, mal nachzufragen. Dazu finden wir wenig.

Zeuge Heinz Fromm: Dazu kann ich nichts sagen.

Christian Flisek (SPD): Ich hätte gehofft, dass Sie dazu was sagen können.

Zeuge Heinz Fromm: Aber ich verstehe, dass Sie auf die Idee kommen, ja.

Christian Flisek (SPD): Na ja, es ist halt ein zentraler Rückversicherungsmechanismus, der zentrale bei der Datenübermittlung, dass man eben

hier mit so einer Klausel eine Zweckbindung, die deutschem Recht entspricht oder entsprechen soll, anfügt und das auch unter diesen Nachprüfvorbehalt stellt. Und angesichts der Tatsache, dass wir in diesem Land natürlich ausgehend von bestimmten konkreten Ereignissen dann ja auch eine nicht ganz unsensible politische Diskussion führen, stelle ich mir die Frage: Wieso wird dann von dieser Gelegenheit nicht Gebrauch gemacht, auch um es beispielsweise mal zu dokumentieren, um mal vielleicht von den amerikanischen Partnern eine Stellungnahme zu bekommen, die man dann beispielsweise nicht unbedingt einem Untersuchungsausschuss, aber dem Parlamentarischen Kontrollgremium zeigen könnte, die ja ähnliche Fragen haben wie wir?

Zeuge Heinz Fromm: Also, ich kann nur sagen: Mir ist nicht bekannt, dass das geschehen ist. - Das mag man bedauern; ich kann es aber nicht ändern, dass es so ist. Jedenfalls meines Wissens ist das nicht geschehen. Vielleicht gibt es solche Fälle, und mir sind sie nicht bekannt, also dass Mitarbeiter gefragt haben und womöglich das auch vermerkt haben. An eine Anregung etwa aus dem Parlament, das zu tun, kann ich mich jedenfalls nicht erinnern - außer jetzt die von Ihrer Seite, die ich allerdings nicht mehr umsetzen kann.

Christian Flisek (SPD): Würden Sie mir denn zustimmen - wenn wir jetzt noch mal zurückgehen zu dieser Weisung und noch mal zu diesem Begriff „unmittelbar/mittelbar“, zu dem Begriffspaar -, dass es natürlich schon dann bei der Frage: „Welche Qualität haben die Daten, die ich da übermittle?“ und ich sozusagen sage: Na, sie dürfen nicht die Qualität haben, dass sie unmittelbar - ja, so verstehe ich es -

Zeuge Heinz Fromm: Ohne Weiteres.

Christian Flisek (SPD): - ohne jede weitere Anreicherung, ohne jedes weitere Zutun - - sind diese Daten geeignet, eine Lokalisierung konkret zu ermöglichen, um einen entsprechenden exekutiven, tödlichen Einsatz dann zu veranlassen, dass man aber dann, wenn man sozusagen über das breite Feld dessen, was mittelbar ein Beitrag ist, mit Anreicherung - - dass man dann irgendwo



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Vorstellung konkret haben müsste über die Kapazitäten auch des anderen Partners? Ich meine, die haben ja auch ihre Quellen, die haben zig Quellen, die haben Kooperationen mit allen möglichen Ländern, und für die ist es, so wie sie aufgestellt sind, vielleicht ein Leichtes dann, solche Daten auf so ein Qualitätsniveau zu heben, dass es dann eben möglich ist. Hat man da Vorstellungen von gehabt, wie das in der Praxis lief, im Austausch? Hat man mal sich zeigen lassen bei den Besuchen: „Was habt ihr konkret mit unseren Daten gemacht? Wie läuft das? Zeigt uns das mal!“?

Zeuge Heinz Fromm: Das ist ja die gleiche Frage, die Sie vorhin schon anders formuliert hatten.

Christian Flisek (SPD): Ja, manchmal tue ich das; manchmal tue ich das.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ist ja auch unbenommen. - Ich kann diese Frage so nicht beantworten. Ich weiß es nicht, ob so was geschehen ist. Aber die Frage - -

Christian Flisek (SPD): Aber bei Ihren Besuchen war das nie eine Rolle - -

Zeuge Heinz Fromm: Bitte?

Christian Flisek (SPD): Bei Ihren Besuchen hat das nie eine Rolle gespielt.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, bei meinen Besuchen nicht. Das weiß ich mit Gewissheit, und ich kenne auch keine Informationen von Mitarbeitern, die etwa so etwas berichtet hätten.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Heinz Fromm: Aber noch mal: Man müsste jetzt Fälle bilden - nicht? -, wenn Sie sagen: Was ist unmittelbar und was ist mittelbar geeignet? Wenn Sie - um auf das Beispiel zurückzukommen - sagen, ein kleiner Ort, bestimmte Lokalität und dann noch eine Uhrzeit, wenn man das alles von uns geliefert hätte, dann wäre das im Bereich „unmittelbar“. Aber wir wollen ja keine Fälle lösen hier, die wir uns selber ausdenken, sondern die Situation betrachten, so wie

sie war. Wir haben überhaupt keine Kenntnisse gehabt bis zu dieser Diskussion - also, da gab es auch keine Kenntnisse, aber die Vermutung -, dass die Übermittlung von Nummern, Handynummern eine Ortung ermöglichen würde. Niemand vor Herbst 2010 hat das jemals, jedenfalls nach meinem Wissen, behauptet.

Christian Flisek (SPD): Mhm.

Zeuge Heinz Fromm: Und dann kam diese Diskussion mit diesen Mutmaßungen - so darf ich das mal sagen -: Es könnte doch sein. - Das war der Grund, weshalb wir das BMI gebeten hatten, das noch mal zu bestätigen, dass wir das auch weiterhin hätten tun dürfen. C'est tout.

Christian Flisek (SPD): Ja. Jetzt steht in dem Disclaimer drin: Weitergabe nur mit unserer Zustimmung.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): Verstehen Sie das so, wenn, ich sage mal, die NSA das an die CIA zum Beispiel theoretisch geben würde, also auch innerhalb eines Landes verschiedene Dienste, das wäre sozusagen eine solche zustimmungspflichtige Weitergabe?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, das würde ich nicht so sehen.

Christian Flisek (SPD): Aha.

Zeuge Heinz Fromm: Die Dienste waren für uns eine Einheit. Aber die Nutzung für nicht nachrichtendienstliche Zwecke, das war mit Sicherheit nicht erlaubt.

Christian Flisek (SPD): Also, um das zu sortieren, von Ihrem Verständnis her: Wenn Sie das an welchen Dienst auch immer in die USA geben, dann ist der Austausch zwischen Diensten in diesem Land keine Weitergabe, die in irgendeiner Weise einer Zustimmung bedurft hätte.

Zeuge Heinz Fromm: So habe ich das - ich habe das jetzt nicht im Detail geprüft - immer verstanden. Und wir haben ja auch die Zulieferung an



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Amerikaner in Berlin, an diese zentrale Stelle, die ja alle amerikanischen Dienste vertritt, immer auch dorthin geleitet mit diesem Disclaimer, ohne zu sagen: „Also, an diesen oder jenen militärischen Dienst dürft ihr das nicht weitergeben“, sondern das gehörte den amerikanischen Diensten dann, und die konnten es für nachrichtendienstliche Zwecke nutzen, und für nichts anderes. Für was anderes hätte es unserer Einwilligung bedurft, etwa auch wenn es zur Strafverfolgung genutzt wird. Das ist umgekehrt häufig der Fall, dass wir etwas bekommen, wollen es weitergeben an die Polizei - -

Christian Flisek (SPD): Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten gleich wechseln.

Christian Flisek (SPD): Eine Frage hätte ich noch. - Da steht ja:

Die Informationen dürfen nur zu nachrichtendienstlichen Zwecken genutzt werden.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): Jetzt steht aber da eben: „Weitergabe“. Jetzt haben Sie gesagt: „... eine Einheit“ - also wenn die NSA das an die Luftwaffe gibt, eine Einheit in den USA - „zur Abwehr konkreter Terrorismus- ...gefahren“, nicht? Das ist auch drin. So, das heißt - -

Zeuge Heinz Fromm: Nicht an die Luftwaffe - um das zu korrigieren -, sondern an den Nachrichtendienst der Luftwaffe.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, das ist was anderes.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, das ist mir klar. Aber ich habe es jetzt so verkürzt, ja? Sie haben das ja im Eingang geschildert, mit wem es da auch Kooperationsbeziehungen gibt. Also an den Nachrichtendienst der Luftwaffe beispielsweise -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): - hätte es keiner Zustimmung bedurft zur Abwehr konkreter terroristischer Gefahren. - Da würden Sie aber sagen, das wäre so ein exekutiver Schlag, würde darunter zu subsumieren sein. Oder was verstehen Sie unter „Abwehr konkreter terroristischer Gefahren“?

Zeuge Heinz Fromm: Das ist eine Einschränkung dahin gehend, dass die Gefahr konkret sein muss zunächst mal und nicht irgendwie -

Christian Flisek (SPD): Abstrakt.

Zeuge Heinz Fromm: - ja, so eine allgemeine -

Christian Flisek (SPD): Ja, keine abstrakte Gefahr.

Zeuge Heinz Fromm: - abstrakte Gefahr.

Christian Flisek (SPD): Also, das ist ja eine sicherheitsrechtliche Kategorie „konkrete Gefahr“, genau.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja. Richtig, richtig. Also, es muss sich um einen Sachverhalt handeln, aus dem heraus für bestimmte Rechtsgüter des Empfängers - -

Christian Flisek (SPD): Unmittelbar bevorsteht.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, nicht unmittelbar bevorsteht, aber sich konkret etwas Schädigendes ergeben könnte, natürlich in einem zeitlichen Zusammenhang. So würde ich das sehen.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, gut.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist die Einschränkung, die darin enthalten ist und die meines Erachtens auch dem Gedanken des § 19 Absatz 3 folgt oder entspricht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

Christian Flisek (SPD): Werden wir noch mal drauf zurückkommen. - Danke erst mal.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Fromm, guten Tag! - Ich will noch mal auf die Frage zu sprechen kommen, die jetzt hier schon ein paarmal bewegt wurde, und vielleicht wiederhole ich auch eine Frage, die Herr Flisek schon gestellt hat; aber ich habe es in der sozusagen zentralen Problematik noch nicht ganz begriffen. Also, Sie hatten diese Frage, ob nicht auch eine Mobilfunknummer ausreicht, um eine Person zu lokalisieren, im Jahr 2010. Die wollten Sie klären. Und wie haben Sie die geklärt?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, dann haben Sie das falsch verstanden. Ich wollte nicht die Frage klären, ob das geht oder nicht, sondern ich wollte wissen, ob es Erkenntnisse gibt, die dafür sprechen, dass es geht, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Heinz Fromm: - und ob es vielleicht woanders solche Erkenntnisse gibt. Und in meinem Hause war niemand vorhanden, der gesagt hätte: Oh, das könnte stimmen, weil ... Das gab es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und dann haben Sie aber das Ministerium kontaktiert -

Zeuge Heinz Fromm: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und haben denen den Fall geschildert: Hier geht das Gerücht, nur mit einer Handynummer könnte man jemanden aufspüren und töten.

Zeuge Heinz Fromm: Na, das brauchte ich ja nicht zu schildern; das wussten die ja auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, von wem ging denn die Initiative aus?

Zeuge Heinz Fromm: Von mir oder vom BfV, wenn Sie so wollen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und hatten Sie dann direkt Kontakt zu Romann, oder wie ist es gelaufen?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, es gab immer direkten Kontakt zum damaligen Abteilungsleiter Schindler und, ich glaube, der für Terrorismus zuständige Gruppenleiter - - Also, ich glaube - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und wie ist es jetzt genau passiert?

Zeuge Heinz Fromm: Und mit Herrn Romann gab es auch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. „Also da ist dieses Problem, von dem du doch auch Bescheid weißt“ und so.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Was ist denn jetzt mit den Nummern, können wir die weitergeben?“

Zeuge Heinz Fromm: Na ja, es war ja ein Gegenstand in parlamentarischen Gremien, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon klar, aber - -

Zeuge Heinz Fromm: - und da war auch das BMI vertreten und hat das live mitbekommen, ja, was an Diskussionen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt wissen wir aber immer noch nicht, wie die Frage geklärt wurde, Herr Fromm. Also, wie wurde es jetzt ge- - Was ist passiert?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, passiert ist, dass wir uns hingesetzt haben und haben über die Gespräche, die natürlich da auch geführt worden sind hinaus - - dass diese Frage gestellt oder - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie da im Internet gegoogelt: „Was kann eine Drohne im Jahr 2010?“, oder wie wurde das geklärt, die Frage?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Ich? Ich habe selbst nicht gegoogelt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Sondern googeln lassen oder - -

Zeuge Heinz Fromm: Das gehört nicht zu meinen - - Möglicherweise haben die Mitarbeiter, die da beteiligt waren, auch gegoogelt. Das weiß ich nicht. Sondern es ist mir gesagt worden: „Das ist eine Diskussion, die hier stattfindet. Wir haben das bisher gemacht. Sollen wir, dürfen wir, können wir das weitermachen?“ Das war keine läppische Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Tat.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, auch für die Mitarbeiter nicht. Nicht nur für mich, etwas weiter weg von - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, aber gerade weil es keine läppische Frage war, Herr Fromm - - Und ich bin so ungeduldig, weil ich immer nur acht Minuten habe.

Zeuge Heinz Fromm: Ach so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätte ich 17 oder 27, würde ich hier in Gelassenheit - - ja? Aber ich frage seit dreieinhalb Minuten gefühlt, siebeneinhalb Minuten und weiß immer noch nicht, wie Sie die Frage geklärt haben. Wer hat was gemacht, um diese Frage zu klären?

Zeuge Heinz Fromm: In meinem Haus ist nach meiner Kenntnis nichts soweit getan worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Also, man hat nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben nichts getan, genau. Und den Eindruck habe ich eben auch - -

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nein. Langsam, langsam, langsam, langsam.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Heinz Fromm: Nach meinem Wissen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut - -

Zeuge Heinz Fromm: Ob jemand sich noch mal gekümmert hat um Informationen, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Also, Sie wissen nicht, ob jemand was getan hat.

Zeuge Heinz Fromm: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und warum haben Sie dann weitergemacht?

Zeuge Heinz Fromm: Weil ich die Bestätigung hatte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, genau. Aber ob der irgendwas gemacht hat, das wissen Sie auch nicht.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, natürlich nicht. Ich kann ja nicht das Ministerium kontrollieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, genau. Ja, „natürlich nicht“, weiß ich nicht, also, Herr Fromm.

Zeuge Heinz Fromm: Doch, also bitte. Ich bin doch als nachgeordneter Behördenleiter nicht in der Lage, das Ministerium zu kontrollieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber ich dachte, als Behördenleiter, Präsident eines solchen Hauses, kann man mal sagen: „Du Romann, wie hast du denn das geklärt? Warum ist denn das okay?“, ja? Also, ich meine, man redet doch miteinander. Aber sei es drum.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Weiß ich nicht mehr, ob da geredet worden ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich nehme das zur Kenntnis. - Ist denn der konkrete Anwendungsfall mal besprochen worden: „Eine Drohne hat einen IMSI-Cat- - Oder: „Eine Drohne ist dazu in der Lage, eine Triangulationsortung vorzunehmen nur mit einer Handynummer und fliegt da so eine Bahn, und dann ortet die eine Person ziemlich präzise, fliegt da hin, guckt mit der Kamera, schießt eine Hellfire-Rakete auf die Person oder die Leute und so“? Wäre das noch nach Ihrer Wahrnehmung, rechtlichen Einschätzung unmittelbar, oder wäre das schon mittelbar? Weil es ja nicht nur die Handynummer, sondern auch eine Drohne und eine Kamera braucht, oder - -

Zeuge Heinz Fromm: Ich hatte solche Informationen über solche technischen Kombinationen, IMSI-Catcher usw., zur damaligen Zeit nicht, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es etwas - -

Zeuge Heinz Fromm: - und ganz offensichtlich, ganz offensichtlich auch nicht das Ministerium.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Was ich getan hätte, wenn ich diese Informationen gehabt hätte, ist eine extrem hypothetische Frage, auf die ich nicht antworte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist, Herr Fromm, ob nicht Sie bzw. Herr Romann bzw. das Bundesinnenministerium, bevor Sie sagen: „Das ist okay, das weiterzugeben“, nicht eine Aufklärungspflicht hatten, sich mal technisch schlauzumachen - das ist die Frage -, oder ob Sie aus dem hohlen Bauch heraus, ohne noch nicht mal gegoogelt zu haben [sic!], sagen: Nein, geht weiter so; ich habe da keine Kenntnisse. - Das ist eben die entscheidende Frage, ob es nicht eine Pflicht gibt Ihres Hauses oder des Bundesinnenministeriums,

diese technische Frage zu klären, bevor man fröhlich Daten weitergibt, vor allen Dingen wenn man den Aufriss schon mal macht im Jahr 2010 und den Gedanken hat: Es gibt ein Problem.

Und ich finde es hochgradig beunruhigend - das darf ich Ihnen an der Stelle vielleicht mal sagen -, dass eben offensichtlich niemand irgendwie ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, mal einen Techniker eingeladen hat, mal zu einer Rüstungsmesse in Dubai gefahren ist und sich mal so ein Drohnending angeguckt hat: „Was kann man da eigentlich heutzutage machen?“, sondern offenbar hat man einfach weitergemacht.

Zeuge Heinz Fromm: Also, mir ist das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, korrigieren Sie das.

Zeuge Heinz Fromm: Natürlich kann man im Nachhinein eine solche Vorwurfssituation konstruieren. So würde ich das mal bewerten, was Sie gesagt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na.

Zeuge Heinz Fromm: Doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also.

Zeuge Heinz Fromm: Mir ist gesagt worden - und das ist auch dann später immer so erklärt worden -: Mithilfe einer Handynummer kann man nur einen größeren oder kleineren Radius kontrollieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat das gesagt?

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht mehr. Das war damals sozusagen Allgemeinwissen, und meine Leute haben mir das wahrscheinlich auch gesagt. Und ich nehme an, das war auch der Erkenntnisstand im Ministerium. Ob man im Nachhinein betrachtet noch mal hätte ein Gutachten machen können oder zu Rüstungsmessen - wo sollten wir denn hinfahren? - in die Arabischen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Emirate oder so - - Das scheint mir doch etwas weiter hergeholt zu sein.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man auch im Internet sehen!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Aber wenn die Frage auftaucht - und es ist eine technische Frage - - Ich halte mich zurück, Ihnen persönlich den Vorwurf zu machen, weil es stimmt: Es gibt da Hierarchien, und Sie haben es ja für notwendig befunden, jemanden zu finden, der Ihnen sagt, schriftlich: Nein, das ist schon in Ordnung so; das könnt ihr weitermachen. - Und dann haben Sie erst die Sachen weitergegeben. Aber die Frage ist eben: Wie wurde diese relevante Frage geklärt? Und ich habe den Eindruck, sie wurde gar nicht geklärt.

Ich frage die Frage mal andersrum: Könnte es sein, dass die Konsequenz aus dem Schluss, dass eben selbst eine Mobilfunknummer zur präzisen Ortung einer Person und damit auch zur Tötung einer Person führen könnte - - dass die Konsequenzen aus diesem Umstand dazu hätten führen können, dass man gar nicht mehr kooperieren kann in dem Bereich und dass man aufgrund dieser Konsequenz gesagt hat: „So genau wollen wir es gar nicht wissen“?

Zeuge Heinz Fromm: Das kann ich nicht bestätigen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber auch nicht ausschließen?

Zeuge Heinz Fromm: Das kann ich nicht ausschließen; das ist eine Hypothese.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das stimmt.

Zeuge Heinz Fromm: Und von daher: Was gewesen wäre, wenn, das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal eine ganz andere Frage mit XKeyscore und den Daten, die man da - - Also

einmal - - Vorhin wurde gesagt, Perseus dient auch der Erfassung. Ich habe das immer so verstanden, dass das BfV überhaupt nicht selbst erfasst, sondern Sie bekommen ausschließlich Daten aus G-10-Maßnahmen von Telekommunikationsunternehmen.

Zeuge Heinz Fromm: Ja. Und die erfassen wir für das Amt. Ist eine Frage nach Begrifflichkeit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Also, wir schnorcheln nicht in der Gegend rum und erfassen irgendwas und sortieren das dann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind nirgendwo an der Glasfaser -

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und sammeln selbst Daten. Sie bekommen das ausgeleitet oder auf Festplatten oder - -

Zeuge Heinz Fromm: Das wird ausgeleitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir gleich wechseln.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Letzte Frage: Was haben denn die USA bzw. der Bundesnachrichtendienst dafür gewollt, dass die Ihnen dieses schöne Tool gegeben haben?

Zeuge Heinz Fromm: Also, der Bundesnachrichtendienst war für uns ein deutscher Partner, und mit denen hatten wir nicht das Problem, dass, wenn wir denen was geben, sie von uns was wollten oder umgekehrt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nun gehört das halt nicht dem Bundesnachrichtendienst, sondern das gehört - -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ich will nur mal aus diesem Thema den BND rausnehmen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Der hat da aber eine Rolle gespielt.

Zeuge Heinz Fromm: Der hat eine Rolle gespielt, natürlich, zwangsläufig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Was den ausländischen Dienst angeht, habe ich versucht, kurz, gebe ich zu, in meinen einleitenden Bemerkungen schon etwas zu sagen. Es war ein normaler Vorgang, dass man einem Partner Hilfe anbietet, in dem Fall eben durch ein solches Tool.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber sie wollten doch was haben.

Zeuge Heinz Fromm: Die Amerikaner?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Natürlich. Die haben erwartet, dass unsere Auswertungsergebnisse besser werden, dass wir ihnen mehr würden sagen können zu einzelnen Sachverhalten, weil wir - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie ihnen Daten geben, die Sie mit XKeyscore behandelt haben. Das war die Erwartung.

Zeuge Heinz Fromm: Dass wir besser auswerten und die Auswertungsergebnisse dann den Amerikanern, so wie bis dahin auch schon praktiziert, geben und dass das mehr und qualitativ besser sein wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Technik gegen Daten.

Zeuge Heinz Fromm: Technik gegen Informationen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Technik gegen Informationen.

Zeuge Heinz Fromm: Gegen Informationen, und mit Informationen ist gemeint, Auswertungsergebnisse -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: - nicht Rohdaten -, damit da kein Missverständnis entsteht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Fromm, guten Tag auch von unserer Seite! - Ich muss jetzt doch noch mal zu dem Thema zurückkommen, das der Kollege von Notz vor XKeyscore mit Ihnen besprochen hat, das Thema Handydaten und was man damit tun kann. Ich hatte das bislang so verstanden, dass man im Jahr 2010 beim BfV der Auffassung war, dass man die Handydaten, die weitergegeben werden, nicht zu gezielten Tötungen nutzen kann. Das habe ich richtig verstanden?

Zeuge Heinz Fromm: Das haben Sie richtig verstanden. Und ich darf dann gleich ergänzen: Auch danach bin ich davon ausgegangen oder sind wir davon ausgegangen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und es gab auch keinen Anlass für Sie, das zu hinterfragen oder daran zu zweifeln oder das zu überprüfen?

Zeuge Heinz Fromm: So ist es, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann hatten wir ja den Vorgang um den sogenannten Romann-Erlass. Wir haben hier gehört, dass es dabei vor allem darum ging, dass das BfV erstmals nicht nur ein einzelnes Datum oder Daten zu einer Person übermitteln wollte, sondern dass es um eine ganze Liste ging und dass man deswegen sich an das BMI gewandt hat. Ist das richtig so? Können Sie sich daran erinnern?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Das ist nicht meine Erinnerung. Also, für mich aus meiner Wahrnehmung war der Bericht, den wir dann geschrieben haben, veranlasst durch diese kritische Debatte. Ob in den Köpfen von irgendwelchen Mitarbeitern auch die Vorstellung herrschte: „Jetzt machen wir da listenweise schon die Übermittlung; das müssen wir dann auch mal dem BMI zur Kenntnis geben und um Zustimmung bitten“, das weiß ich nicht. Ich hätte das von mir aus jedenfalls so nicht gemacht. Also, wenn ich gesagt hätte: „Wir schicken denen jetzt Listen“, dann hätte ich das vielleicht gesagt, auf Arbeitsebene das übermittelt, und wenn dann jemand was dagegen gehabt hätte, hätte er sagen können: Ach, macht das doch auch künftig im Wege der Einzelinformation. - Also, das wäre für mich kein Grund gewesen, das Ministerium in dieser Weise einzubinden, sondern für mich war, um es noch mal zu wiederholen, die Diskussion über dieses Ereignis der Grund dafür, zu sagen: Also, da möchte ich schon ganz gerne eine Absicherung auch haben, auch für meine Leute.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, also, der Zeuge Dettmer, der am 12. Mai hier war, hat eben auch das als einen der Gründe angeführt, nämlich die öffentliche Diskussion und dass man eben eine Art Handlungssicherheit für die Mitarbeiter haben wollte. Dann würden Sie das auch so sagen.

Zeuge Heinz Fromm: So kann man das formulieren.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gesagt, für Sie hätte es jetzt keinen Unterschied gemacht, ob es eine Liste ist oder ob es Einzelübermittlungen sind. Wieso nicht? Weil man da eben auch den Disclaimer beifügt und das ansonsten keine Änderung ist zu der vorigen Praxis?

Zeuge Heinz Fromm: Ja. Ist einfach praktikabler. So schien es uns jedenfalls.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hat Herr Dr. Romann in der letzten Sitzung hier auch gesagt, dass er mit Ihnen vorab, also bevor er das dann schriftlich ja genehmigt hatte, auch telefoniert hat und über das Thema Datenübermittlung und

Lokalisierungsfähigkeit - - zu sprechen. Können Sie sich an das Telefonat erinnern?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja. Ich habe das auch in den Akten noch mal gesehen, meinen kurzen handschriftlichen Vermerk, bei dem mir aufgefallen war, dass ich den offenbar irgendwo unterwegs gefertigt habe, weil der so ein bisschen - -

Nina Warken (CDU/CSU): Wer hat da wen angerufen?

Zeuge Heinz Fromm: Ich meine, Herr Romann hat mich angerufen.

Nina Warken (CDU/CSU): Kam es öfter vor, dass auch solche Erlasse vorher dann zwischen dem Präsidenten unmittelbar und einem Referatsleiter im BMI abgestimmt werden?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, aber mit Herrn Romann habe ich schon immer mal telefoniert.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber war es dann allgemein üblich, dass das BfV vor der Datenweitergabe, die ja eigentlich auch klar geregelt ist im Gesetz, die Zustimmung des BMI einholt, oder war das jetzt dann schon eine Ausnahme?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, habe ich ja gesagt: Das war wirklich eine Ausnahme.

Nina Warken (CDU/CSU): Sonst war das eigentlich - -

Zeuge Heinz Fromm: Nein, das war unsere Verantwortung und auch meine natürlich.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann kann ich das so zusammenfassen, dass sich aber die Weisungslage auch durch den Erlass tatsächlich nicht geändert hat, sondern Sie die Klarstellung für die Mitarbeiter bekommen haben, die Sie wollten; aber an der, sage ich mal, tatsächlichen Praxis hat sich nichts geändert. Ist das so richtig?

Zeuge Heinz Fromm: So ist es, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die - - Der Zusatz, den Herr Dr. Romann da dann gemacht hat, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

eben sicherzustellen war, dass die Listen - - Also, es ging in seinem Erlass dann schon auch um Listen. Also, tatsächlich hat dann die Anfrage eben auch die Übermittlung im Rahmen von Listen schon auch beinhaltet. Und er hat dann ja geantwortet, dass sicherzustellen war, „dass die Listen keine Daten enthalten, die unmittelbar für eine geographische Ortung in der in Rede stehenden Region verwendet werden können“. Was war dann aus Ihrer Sicht noch mal konkret der Grund für diese Einschränkung, obwohl es ja eigentlich vorher schon so gemacht wurde, wie ich Sie verstanden habe? War das dann auch nur eine Klarstellung, oder warum hat er das noch mal genau in den Erlass reingeschrieben?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, das hatte für mich auch deklaratorische Bedeutung, aus meiner Sicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, nichts Neues.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nichts Neues.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Wir haben ja schon den Bereich XKeyscore auch jetzt gestreift gehabt. Der Kollege von Notz hat Sie auch noch mal gefragt, warum denn die NSA ein Interesse daran hatte, dass auch Sie XKeyscore nutzen im BfV. Jetzt hatten Sie auch in Ihrem Eingangsstatement schon gesagt: Es ist natürlich auch für die NSA besser gewesen, wenn Sie bessere Erkenntnisse gewinnen konnten. - Gab es aus Ihrer Sicht weitere Motive der NSA, Ihnen die Software zu geben?

Zeuge Heinz Fromm: Die waren für mich nicht erkennbar. Und ich habe das auch nicht angenommen. Wenn es etwas noch gegeben hätte, was an Erwartungen da vorhanden war, dann hätten die das wohl auch gesagt. Und man hätte mit Sicherheit uns nicht etwas zugemutet oder zumuten wollen, was wir nicht hätten tun dürfen. Das war mit ausländischen Diensten sehr häufig Gesprächsgegenstand, dass wir auf die deutsche Rechtslage hingewiesen haben, die lang und breit erläutert haben, damit erst gar nicht irgendwelche Vorstellungen entwickelt werden, wir könnten dieses oder jenes tun, was sie gerne hätten. Das war eigentlich durchgängig der Fall, und ich

nehme an, auch in diesem Fall war es so. Und alles, was ich wusste über die Gespräche mit der NSA - - hat das Thema „Rechtssituation in Deutschland, Grenzen der Möglichkeiten des BfV“ immer auch eine wesentliche Rolle gespielt.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben vom Zeugen Folker Berfuß erfahren, dass die Software erstmals im Rahmen eines Treffens mit dem NSA-Chef im Januar 2011 angeboten wurde. Er wisse jetzt nicht aktiv, wer vonseiten des BfV da teilgenommen hat, meinte aber, wenn schon der NSA-Chef da ist, wird wohl auch unser Chef bei dem Treffen dabei gewesen sein. Können Sie sich an das Treffen erinnern? Waren Sie da - -

Zeuge Heinz Fromm: Nein, das kann ich nicht. Ich kann mich an den Bericht über das Treffen erinnern. Aber ich war wohl verhindert; ich war nicht dabei. Ich habe davon dann erfahren, natürlich. Es war ja ein sehr hochrangiger Besuch. Ich habe Herrn Alexander nicht getroffen. Und die Software ist auch dort nicht angeboten worden in dem Gespräch, soweit ich weiß, sondern dieses Angebot kam dann ein paar Monate später nach meiner Kenntnis. In dem Gespräch ging es allgemein um eine Intensivierung der Zusammenarbeit. Und von BfV-Seite ist dann - das ist mir noch in Erinnerung - auch der Wunsch geäußert worden, einen direkten Ansprechpartner benannt zu bekommen. Aber bei dem Gespräch selber war ich nicht da.

Nina Warken (CDU/CSU): Wer war dann da dabei seitens des BfV?

Zeuge Heinz Fromm: Seitens des BfV war der, ich glaube, Herr Rogner dabei, den Sie ja auch hier kennengelernt haben, wohl noch ein Abteilungsleiter Technik - müsste ich jetzt nachsehen -, und die Delegation des BfV, wenn Sie so wollen, hat geleitet der frühere und damals schon ehemalige Vizepräsident Herr Remberg. Mit dem hatten wir nach seine Pensionierung einen Vertrag abgeschlossen. Der war Beauftragter für internationale Angelegenheiten und hat sich um solche Dinge dann entweder unterstützend oder auch selbst direkt gekümmert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): War seitens des BND auch jemand dabei, bei dem Gespräch?

Zeuge Heinz Fromm: Davon gehe ich aus, ja. Ich weiß das jetzt nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Der Dr. Rogner sagte uns dann auch in seiner Vernehmung, dass, bestätigend das, was Sie sagen, nach seiner Erinnerung das konkrete Angebot zur Überlassung von XKeyscore erst im Herbst 2011 auf Sachbearbeiterebene unterbreitet worden war. Also im Oktober 2011 bot die NSA erstmals an, dem BfV die Software XKeyscore zur Nutzung zu überlassen, dann gab es Überprüfungen und erste Gespräche, und genau im September 2013 habe ja dann der Proof of Concept gestartet werden können. Ist das auch dann Ihre Erinnerung, wie es dazu gekommen ist? Oder können Sie uns schildern, wie es dann war?

Zeuge Heinz Fromm: Also, das, was ich erinnere und was ich noch mal aufgefrischt habe auch durch Einblick in die Akten, ist so, dass im Herbst - also das, was Herr Rogner sagt - 2011 es dazu gekommen ist, zu Gesprächen auf Fachebene und auch zu einer Präsentation dann danach wohl. Das war im Herbst 2011. Und das Angebot kam schon vorher. Also, das allgemeine Angebot „Wir haben hier was, das könnte für euch was sein“, das ist auf - meinetwegen - Sachbearbeiterebene, Referatsebene, Referatsleiter-ebene oder so kommuniziert worden. Das habe ich dann auch erfahren und habe gesagt: Wenn das was taugt, können wir uns das angucken. - Und so ist das dann weitergegangen.

Nina Warken (CDU/CSU): War Ihnen auch da schon bewusst, dass der BND die Software ja auch nutzt? Und haben Sie dann mit dem BND auch darüber gesprochen, welche Erfahrungen es da gibt zum Beispiel?

Zeuge Heinz Fromm: Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, was ich da für Gespräche geführt habe. Ich weiß nur, dass ich auch mit Herrn Uhr-lau, den ich ja regelmäßig getroffen habe, darüber immer mal gesprochen habe. Die Gespräche an-sonsten, also die Gespräche, die konkreten Inhalt hatten, sind von den Fachleuten geführt worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie sich dann auch mal informiert, wie genau die Funktionalität der Software ist, was insbesondere der techni-sche Mehrwert ist, was es Ihnen als BfV bringt, über das hinaus, was Sie bereits an Technik ha-ben, oder haben Sie sich das berichten lassen?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja, das ist mir berichtet worden nach den Gesprächen dann in, ich nehme an, Darmstadt und dann später in, ich glaube, Bad Aibling, wo dann die Präsentation stattfand. Danach ist berichtet worden mit dem Ergebnis: Das könnte uns helfen, das taugt was. Das ist ein gutes Werkzeug offensichtlich. Der Sa-che sollten wir weiter - - die Sache sollten wir weiter verfolgen. - Das war das Ergebnis. Und dann habe ich gesagt: Na ja, dann macht mal.

Nina Warken (CDU/CSU): Was genau - wenn Sie es vielleicht noch ein bisschen konkretisieren können - war dann der Mehrwert? Schnellere Analyse? Bessere Analyse?

Zeuge Heinz Fromm: Mehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Mehr - -

Zeuge Heinz Fromm: Bessere Analyse, ja, qualita-tiv bessere Analyse - ich habe versucht vorhin, das noch zu beschreiben mit meinen Mitteln, die ich als Nichttechniker zur Verfügung habe -: also bestimmte Dinge besser identifizieren zu können, Internetprotokolle erkennen zu können, weniger Inhalte lesbar machen zu können, sondern zu se-hen, wer nutzt was und wer hat Kontakt wann mit wem und so; diese Dinge, die von unserer Anlage nur unzureichend dargestellt werden konnten, weil sie eben auf diese moderneren For-men der Kommunikation noch nicht eingerichtet war, dass wir das mit diesem Instrument besser können würden. Und das schien mir plausibel. Mehr kann ich ja nicht machen. Und deswegen habe ich dem zugestimmt, und es ist dann ent-sprechend weitergelaufen.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, es hat sich nicht um eine bessere Datenerfassung und um die Teil-nahme an einem internationalen Netzwerk zur Erfassung von Daten gehandelt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Ich kann dazu nur sagen: Natürlich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Nur weil es in der Presse ja auch so - -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja, ich habe das auch gelesen zu meiner Verwunderung. Natürlich nicht. Wer will denn, um das noch mal zu sagen, als Leiter einer solchen Behörde oder als Beamter in einer solchen Behörde so etwas auf sich nehmen? Das ist doch, also für mich jedenfalls, nicht vorstellbar. Aber gut.

Nina Warken (CDU/CSU): Grundlage zur Überlassung von XKeyscore waren ja die auch schon erwähnten Terms of Reference. Die haben auch in letzter Zeit immer wieder Aufregung in der Presse verursacht. *Zeit Online* hat - das wird zumindest behauptet - die Terms of Reference im Volltext veröffentlicht. Die konkreten Verhandlungen wurden ja erst nach Ihrem Ausscheiden geführt. Mich würden aber dennoch Ihre Wahrnehmungen zu einem ganz zentralen Punkt interessieren. Also, Hauptvorwurf der Berichterstattung ist, dass sich das BfV verpflichtet habe - ich zitiere -

... die mithilfe von XKeyscore gewonnen Informationen so weit wie irgend möglich mit der NSA zu teilen. Das war der Deal: Daten gegen Software.

Darauf sind Sie vorhin auch schon mal eingegangen. Aber vielleicht können Sie noch mal sagen, was Sie denn diesem Vorwurf entgegen würden.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist auch eine hypothetische Frage. Ich würde das ungern bewerten. Aber wahrscheinlich, wenn ich es täte - sehr im Konjunktiv -, würde ich zu einer anderen Schlussfolgerung kommen als das Publikationsorgan, das Sie eben genannt haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Sind Sie jemals in Ihren Gesprächen, die Sie im Zusammenhang mit der Überlassung von XKeyscore geführt haben, mit einem solchen Ansinnen konfrontiert worden?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Halten Sie es für denkbar, dass sich das BfV auf so einen Deal eingelassen hätte?

Zeuge Heinz Fromm: Dazu habe ich eben schon Formulierungen, hoffe ich, gefunden, die das beantworten.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. Dann gebe ich mal an den Kollegen ab. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich hätte noch eine Nachfrage anknüpfend an das, was der Kollege von Notz gefragt hat, über den Mehrwert des Austausches von Software. Sie hatten gesagt: Was versprochen sich die Amerikaner davon? - Mehr Sicherheit. - Wie kann man das irgendwie packbar machen? Also, gehen die über Land und werfen XKeyscore ab und hoffen, dass die Welt sicherer wird? Also, ich verstehe, was Sie sagen. Aber kann man das irgendwie packen? Ich würde das ja glauben wollen; das würde mir ein gutes Gefühl geben. Aber kann man das irgendwie - - Weil die These hier im Ausschuss ist, die wollten Daten, am besten Rohdaten, Massendaten, irgendwas - und wie hat der Kollege es gesagt? -, um möglichst viel hier wegzuschnorcheln.

Zeuge Heinz Fromm: Also, ich verstehe nicht so ganz Ihre Frage, wie Sie das packen können. Also, für mich ist das ein wirklich normaler Vorgang in dem Geschäft. Und ich hatte versucht, auch deutlich zu machen, dass auch wir selbst immer mal wieder im Kleinen oder auch im bisschen Größeren - so viele Möglichkeiten haben wir ja nun nicht - ausländischen Partnern in Europa immer mal zur Seite gestanden haben, geholfen haben und gesagt haben: Macht es doch so. - Dann sind Mitarbeiter hin und haben gesagt: Wir machen das so, vielleicht könnt ihr das auch so machen. - Zum Beispiel im Bereich der Aus- und Fortbildung ist das gelegentlich geschehen, oder solche Dinge. Nichts anderes ist das hier auch. Das ist ein Beitrag zur Stärkung der Beziehungen sozusagen - zum einen - und zum anderen natürlich auch zur Intensivierung und Verbesserung des Informationsaustauschs. Nachrichtendienste gehen mit Informationen um, die



Nur zur dienstlichen Verwendung

brauchen Informationen, sie hätten gern ganz viel Informationen, möglichst alle, und dafür sind sie bereit auch Vorleistungen zu bringen. So war das hier, so habe ich das verstanden, und ich glaube, so war es auch gemeint.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also aus Ihrer Sicht ging es nicht darum, unbearbeitete Daten abzugreifen, die man dann selber irgendwie nutzt, sondern nachrichtendienstliche Erkenntnisse, die Sie mit der Technik gewinnen konnten, dann möglicherweise zu bekommen, wenn sie geteilt werden.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Soll ich das so verstehen?

Zeuge Heinz Fromm: So kann man das formulieren, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder würden Sie es anders formulieren? Lassen Sie sich nichts von mir in den Mund legen.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nein, nein, nein. Ich hätte es nicht besser gekonnt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, und was haben die Amerikaner dann faktisch von Ihnen bekommen? Wie stellte sich dieses Mehr an Sicherheit dar? Einmal die Kompetenzsteigerung des Verfassungsschutzes, man konnte sagen: „Das ist ein valider Partner, der kann jetzt auch was“ - konnte vorher auch viel, also jetzt nicht falsch verstehen -, und dann gab es den Tausch von Einzelmeldungen, oder wie?

Zeuge Heinz Fromm: Ja. Zu meiner Zeit ist da noch nichts an Gegenleistung geliefert worden, wenn Sie das so wollen, also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gar nichts.

Zeuge Heinz Fromm: Nein. Es hatte ja nicht mal der Probe-Wirkbetrieb, der sogenannte - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War die Sauerland-Gruppe zu Ihrer Zeit?

Zeuge Heinz Fromm: Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Sauerland-Gruppe, war die zu Ihrer Zeit?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja. Das war 2007.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja, genau. Und - -

Zeuge Heinz Fromm: Also, Sie sehen, in dem Bereich muss man auch Geduld haben, vielleicht in vielen anderen auch, aber - - Es ist nicht so, dass man sofort erwartet: „Ich gebe dir was, und jetzt will ich aber sofort von dir was haben“; das ist nicht so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber im Rahmen der Ermittlungen Sauerland-Gruppe sind Sie ja tätig geworden, oder nicht?

Zeuge Heinz Fromm: Wer?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Zeuge Heinz Fromm: Wer?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Verfassungsschutz.

Zeuge Heinz Fromm: Wir? Ja, sicher. Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Sind da auch diese Systeme eingesetzt worden?

Zeuge Heinz Fromm: Also, woher die Informationen, von denen wir dann profitiert haben, gekommen sind, das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, nein, nein, das will ich gar nicht wissen, sondern ob Sie dann im Nachgang, nachdem die Sauerland-Gruppe oder auch währenddessen, bevor man sie ausgehoben hat - - die Systeme auch mit Einsatz von XKeyscore genutzt haben, um zum Beispiel Netzwerke herauszufinden, Hintermänner.

Zeuge Heinz Fromm: Das verstehe ich jetzt gar nicht. Das war doch 2007.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge Heinz Fromm: 2006/2007. Und von XKeyscore war da noch lange keine Rede.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber irgendwas an Kooperationen wird es doch da schon gegeben haben.

Zeuge Heinz Fromm: Natürlich, ja. Die Informationen kamen von den Amerikanern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, in der Richtung. Die ist mir klar.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja okay. Aber floss denn dann auch was zurück an die Amerikaner, oder hat man gesagt: „So, danke, und jetzt machen wir alles alleine mit BKA, BND, Verfassungsschutz und sagen überhaupt nicht mehr, was da rausgekommen ist“?

Zeuge Heinz Fromm: Doch, natürlich sind die informiert worden über die Ergebnisse; das ist doch klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, also da sind dann auch - -

Zeuge Heinz Fromm: Das ist immer so gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, also es sind auch Erkenntnisse ausgetauscht worden.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn das immer so gewesen ist, war das in Köln bei den Kofferbomben auch so, dass an den Nachrichtendienst, der die Information geliefert hat, der nicht zu den Five-Eyes-Staaten gehört, alles genau wieder zurückgeflossen ist? - Nein.

Zeuge Heinz Fromm: Also, wenn so etwas passiert ist und wir das dann auswerten - die Polizei tut das dann natürlich auch -, wenn wir unsere Schlussfolgerungen ziehen, dann werden die Partner, die davon betroffen sein könnten oder

für die das interessant sein könnte, natürlich informiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und zumal sie uns ja auch informiert haben und uns Hilfestellung geleistet haben.

Zeuge Heinz Fromm: Na, das ist doch klar. Ja, ja, selbstverständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und dieser Gedanke - da will ich drauf hinaus -, steht der für Sie auch dahinter bei dem Teilen von Kompetenz wie XKeyscore, dass man sagt: „Ihr kriegt jetzt ein Tool; da funktioniert das noch besser mit. Dann wollen wir aber, wenn ihr da was Kluges herausfindet, auch bitte schön dann da den Nutzen von haben, dass ihr uns dann, weil wir einen Guthaben,“ - sage ich jetzt mal flapsig - „dann auch bitte schön die Informationen dann, die ihr da rauskriegt, die für uns vielleicht relevant sind, gebt“?

Zeuge Heinz Fromm: Ja. Ich will es mal andersrum formulieren: Wenn wir selbst in der Lage gewesen wären, etwas herzustellen, was die Leistungsfähigkeit - die wir jedenfalls vermutet haben - von XKeyscore gehabt hätte, dann hätten wir die Amerikaner auch über die Ergebnisse, die wir daraus erzielt hätten, informiert, ja? Das ist doch selbstverständlich, weil, wenn die Betroffenheit da ist oder zu vermuten ist, das heißt, wenn es denen nützt, ihre eigene Arbeit bei der Abwehr des Terrorismus zu leisten, hätten die das von uns auch bekommen, wenn wir die Ergebnisse selbst erzielt hätten. Und so war es in der Vergangenheit auch: Soweit wir relevante Ergebnisse erzielt hatten, wurden unter anderem die Amerikaner informiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt stehen eigentlich zwei Thesen im Raum. Die eine These ist: Es gibt die Software, das Tool, wie auch immer, weil man dadurch massenhaft Daten abzapfen kann. Oder es gibt die zweite These: Es gibt die Software, das Tool, wie auch immer, um mehr Sicherheit zu haben, weil man weltweit vielleicht nicht überall unterwegs sein kann und die Erkenntnisse daraus dann aber von dem Partner auch mit geteilt werden. Das sind so, wie ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

sehe, die beiden Thesen, die im Raum stehen. Können beide gehen? Geht nur eine? Wenn, aus welcher Sicht - - Welche ist aus Ihrer Sicht die entscheidende?

Zeuge Heinz Fromm: Also, ich rede ja nur über meine Zeit bis 2012. Und wenn Sie mir in dieser Zeit diese beiden Thesen vorgestellt hätten, hätte ich Ihnen gesagt - ich bitte um Nachsicht -: Die erste ist abwegig, und die zweite ist zutreffend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, und jetzt sind wir im Jahre 2016. Nachdem Sie noch mal Akten studieren konnten: Wie sehen Sie es denn dann jetzt mit Rückschau?

Zeuge Heinz Fromm: Die damalige Zeit bewerte ich genau so, wie ich es eben gesagt habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann habe ich jetzt keine weiteren Fragen mehr. - Dann kommen wir zur zweiten Fragerunde. Auch hier beginnt wieder die Fraktion Die Linke mit Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich muss noch mal zum Romann-Erlass und der Vorgeschichte fragen. Sie sagten, man hat das mit dem BMI diskutiert, also Sie haben mit Herrn Romann telefoniert, aber auch im BMI gab es darüber Diskussionen. - Wer war daran beteiligt seitens des BMI?

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht mehr. Es ist Gesprächsgegenstand gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, war Herr Dr. Maaßen daran beteiligt?

Zeuge Heinz Fromm: Das schließe ich nicht aus; aber ich kann das nicht positiv sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): War Herr Schindler daran beteiligt?

Zeuge Heinz Fromm: Der war der Abteilungsleiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Auch das ist nicht auszuschließen. Ich weiß das nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): War Herr Akmann daran beteiligt?

Zeuge Heinz Fromm: Herr Akmann? Glaube ich eher nicht.

(Heiterkeit)

Der hat, glaube ich, was anderes gemacht in der Zeit.

(MR Torsten Akmann
(BMI) nickt)

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten nur mit Herrn Romann Kontakt in der Sache.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, ich denke, wir haben, weil in dem zuständigen Gremium des Deutschen Bundestages ja auch Fragen gestellt worden sind und Erörterungen stattgefunden haben - muss mich jetzt vorsichtig äußern, weil das in geheimer Sitzung stattgefunden hat - - Nach meiner Erinnerung waren da die dabei, die immer vonseiten des BMI dort anwesend sind. Und von daher war es ganz klar, dass darüber vorbereitend geredet und - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das wären dann Herr Maaßen und Herr Schindler - - haben mit Ihnen vorbereitend darüber geredet.

Zeuge Heinz Fromm: Wer an dieser Sitzung oder den Sitzungen, in denen das stattgefunden hat, teilgenommen hat, weiß ich nicht mehr. Und ob ich selbst jedes Mal dabei war, weiß ich auch nicht mehr, weil es auch durchaus sein konnte, dass mal ein Vertreter da war. Aber bitte um Nachsicht, das - -

Martina Renner (DIE LINKE): Seitens des BfV war Herr AL 6 Engelke daran beteiligt?

Zeuge Heinz Fromm: Auch das ist möglich.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, das ist mir jetzt - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Ich weiß es doch nicht. Ich kann mich nicht erinnern, wer an dem Tisch gesessen hat bei dieser konkreten Sitzung oder auch bei der nachfolgenden konkreten Sitzung, bei der dieses Thema erörtert worden ist. Ich weiß nur, dass ich jedenfalls einmal dabei war.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind ja dann aber alles potenzielle Personen, die etwas zu der Erkenntnisgewinnung oder Nichterkenntnisgewinnung zur Frage, wie Ortung funktioniert, beitragen können.

Zeuge Heinz Fromm: Das ändert aber nichts an meiner mangelnden Erinnerung.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Ist es denn auch mal mit der NSA diskutiert worden, wie eine Drohne funktioniert? Also, man kann ja diejenigen mal fragen, die da näher dran sind bei irgendeinem Gespräch hier oder in Washington?

Zeuge Heinz Fromm: Nicht durch mich.

Martina Renner (DIE LINKE): Und durch andere?

Zeuge Heinz Fromm: Mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre ja ziemlich naheliegend gewesen, einfach die Amerikaner zu fragen: Wie killt ihr denn?

Zeuge Heinz Fromm: Vielleicht hat es ja auch stattgefunden; aber ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, okay.

Zeuge Heinz Fromm: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie erinnern sich an keinen Gesprächsverlauf mit NSA, CIA -

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - SPoC, JIS, -

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - Präsidenten, irgendjemand, wo man mal diese Drohnenproblematik angesprochen hat?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nie. Also, es gab ja - -

Zeuge Heinz Fromm: Nach meiner Erinnerung. Also, ich habe keine Erinnerung an solche Gespräche.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gab Gerichtsverfahren ja auch in Deutschland zu diesen Fällen. Wäre ja naheliegend, man redet mal mit den Amerikanern.

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht, ob das stattgefunden hat. Also, ich kann mich an solche Gespräche, an denen ich beteiligt war oder über die mir berichtet worden ist, jetzt nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten jetzt vorhin schon darüber gesprochen, welche Daten weitergegeben wurden, also Handynummern, IMEI-Nummern, Aufenthaltsorte, Kontaktpersonen, E-Mail-Adressen. Das waren ja Daten, die überwiegend hier aus TKÜ- bzw. G-10-Maßnahmen gewonnen wurden. Ist das richtig?

Zeuge Heinz Fromm: Aus unseren Maßnahmen, ja. Und wenn es um technische Daten geht, spricht viel dafür, dass es aus solchen Maßnahmen stammt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden auch Daten aus Befragungen weitergegeben?

Zeuge Heinz Fromm: Das kann sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Fanden auch Befragungen im Ausland statt durch das BfV dazu?

Zeuge Heinz Fromm: In einem Fall ist das der Fall gewesen, ja. Da sind mehrere Mitarbeiter dort gewesen und haben mit Unterstützung der Amerikaner Befragungen durchgeführt bei Personen, die wir einschätzen konnten und können.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Da geht es um das Militärgefängnis in Bagram.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war wann?

Zeuge Heinz Fromm: Boah!

Martina Renner (DIE LINKE): Im Oktober 2010, kann das sein?

Zeuge Heinz Fromm: Kann gut sein, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): War Ihnen zu dem Zeitpunkt bekannt, dass in Bagram gefoltert wird?

Zeuge Heinz Fromm: Nicht zu meiner Kenntnis ist das gelangt. Also, ich habe jedenfalls keine solchen Berichte bekommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie keine Presseberichterstattung in der *New York Times* oder im Bericht des BND-Untersuchungsausschusses oder den Bericht des Pentagon? Das kennen Sie alles nicht? Hat das BfV - -

Zeuge Heinz Fromm: Möglicherweise habe ich das zur Kenntnis genommen. Für unsere Mitarbeiter hat jedenfalls immer gegolten, wenn sie jemanden befragen, das nicht zu tun, wenn sie auch nur den Anschein haben, dass da menschenunwürdige Behandlung stattgefunden hat, Folter stattgefunden hat, dass dann die Befragung sofort abubrechen ist. Ich schließe daraus - und das ist ja auch so berichtet worden -, dass in den konkreten Fällen solche Erkenntnisse nicht gewonnen wurden.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Erlass vom 10.04.2006: „Verfahren für künftige Befragungen von im Ausland“ - durch dortige Sicherheitskräfte - „inhaftierten Personen durch Mitarbeiter deutscher Nachrichtendienste“?

Zeuge Heinz Fromm: Das kann sein, dass ich den kenne. Ich habe den jetzt nicht vor Augen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte Ihnen da einen Absatz vorlesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir die Fundstelle - - Oder was ist das?

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist eine Bundestagsdrucksache.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Reiche ich nach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, super.

Martina Renner (DIE LINKE):

Eine Befragung unterbleibt, wenn im Einzelfall konkrete Anhaltspunkte bestehen, dass der Betroffene im Aufenthaltsland der Folter unterworfen wird.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, das meine ich ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Erkenntnisse hatte man zum Militärgefängnis in Bagram? Konkrete Anhaltspunkte.

Zeuge Heinz Fromm: Können Sie es noch mal vorlesen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da ist auch noch eine Wort- -

Martina Renner (DIE LINKE):

Eine Befragung unterbleibt, wenn im Einzelfall konkrete Anhaltspunkte bestehen, dass der Betroffene im Aufenthaltsland der Folter unterworfen wird.

Zeuge Heinz Fromm: Also exakt das, was ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Zeuge, ganz kurz. Eine Wortmeldung von Herrn Akmann, ich vermute mal, Richtung Untersuchungsgegenstand.



Nur zur dienstlichen Verwendung

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, Frau Abgeordnete, ich kann jetzt keinen Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand hier erkennen.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht um die Datenweitergabe aus diesen Befragungen, die geeignet waren und in dem konkreten Fall ja auch zu Dashti und Erdogan weitergegeben wurden und möglicherweise im kausalen Zusammenhang mit dem Einsatz der bewaffneten Drohne stehen könnten.

Zeuge Heinz Fromm: Ich will nur - - Vielleicht kann man es abkürzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Das, was Sie da vorgelesen haben, ist exakt das, was ich Ihnen vorher gesagt habe. Punkt!

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist - - Genau. Und Sie hatten keine Anhaltspunkte zu der Situation in Bagram? Also, wenn man zwei BfV-Mitarbeiter dorthin - -

Zeuge Heinz Fromm: Ich glaube, Sie versuchen hier, eine Vorwurfslage zu schaffen, die Sie so nicht begründen können. Es steht in dem Erlass -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: - „im Einzelfall ... Anhaltspunkte ...“ Der Einzelfall war die Person - -

Martina Renner (DIE LINKE): „... dass der Betroffene im Aufenthaltsland der Folter unterworfen wird.“

Zeuge Heinz Fromm: Richtig, richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Kenntnisse hatte man zum Militärgefängnis in Bagram?

Zeuge Heinz Fromm: Das ist eine Frage, die dazu nicht gehört, weil - oder jedenfalls, die insofern keinen Zusammenhang herstellt - die Maßgabe war und die Vorgabe war und auch die Weisung an die Mitarbeiter war, ob sie bei dem, der zu befragen ist, solche Dinge feststellen. Das war nicht

der Fall; also waren die Vernehmung und die Befragung statthaft. Alles andere hat hier außer Betracht zu bleiben, finde ich, bei der Bewertung. Und wenn ich alles, was in der *New York Times* oder sonst wo steht, sofort für bare Münze nähme, ja dann könnten viele Sachen eben nicht stattfinden.

Martina Renner (DIE LINKE): Die betroffene Person wurde dann nach den Verhören - er war vorher noch in einem Geheimgefängnis, bevor er nach Bagram überstellt wurde - in Deutschland vor ein Gericht gestellt, und man hat seinen Aufenthalt in dem Geheimgefängnis in Bagram bei der Haftzeitumessung aufgrund der erlittenen Folter eins zu drei bzw. eins zu zwei anerkannt. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Heinz Fromm: Das ist mir vage bekannt. Ich weiß das nicht mehr genau. Aber dass es da solche Dinge gegeben hat, das ist mir schon bekannt. Das ändert aber nichts an der Bewertung.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Ihre Mitarbeiter verpflichtet, bei den Verhören zu dokumentieren, dass sie nachgefragt haben, inwieweit die zu vernehmende Person Folter unterworfen war, inwieweit sie ordentlich ärztlich versorgt ist, inwieweit sie Zugang zu einem Anwalt, einer Anwältin hat? Alle diese Fragen, wurden die gestellt?

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht mehr, weil ich die Protokolle nicht mehr vor mir habe oder nicht mehr sehe. Das müsste ich nachsehen. Ich habe jedenfalls aus der Erinnerung keinen Zweifel daran, dass sich meine Mitarbeiter dort ordnungsgemäß und korrekt verhalten haben. Das ist das Ergebnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man in Bagram - -

Zeuge Heinz Fromm: Und im Übrigen ist wirklich die Frage jetzt - nicht weil es mir unangenehm ist; ich diskutiere gerne so was mit Ihnen -, ob das was mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, weil wir untersuchen hier die Frage, ob bei diesem Besuch in der Vorwoche des Einsatzes der Drohne gegen Bünyamin Erdogan und Dashti Informationen aus diesen Befragungen durch BfV und BND weitergereicht wurden und möglicherweise dann auch zu dem Drohneneinsatz genutzt wurden. Wir haben ja vorhin über die mittelbare und unmittelbare -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein.

Martina Renner (DIE LINKE): - Datenfrage gesprochen.

Zeuge Heinz Fromm: Dazu habe ich keinerlei Erkenntnisse.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann sprechen wir darüber nachher in konkret noch mal weiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt geht es weiter mit der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, Herr Fromm, wir haben ja jetzt schon mehrfach darüber gesprochen warum, wieso, unter welchen Voraussetzungen das BfV personenbezogene Daten an ausländische Stellen übermitteln kann oder darf oder soll auch in der Zusammenarbeit mit der NSA. Und für mich liegt ja eigentlich auf der Hand, dass die Vorschrift, die dabei für Sie gilt, ja der § 19 III Verfassungsschutzgesetz ist, der das ja aus meiner Sicht klar regelt, wo steht:

Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen entgegenstehen.

Das ist doch dann auch die Maßgabe, die gilt, wenn man etwa im Zusammenhang mit der Überlassung von XKeyscore irgendwelche Informationen mit der NSA teilen wollen würde.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, diese gesetzliche Vorgabe gilt generell natürlich, ist verpflichtend.

Nina Warken (CDU/CSU): Weiter ist dann im nächsten Satz geregelt: „Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen.“ Das würde ich mir dann so vorstellen, dass der Mitarbeiter praktisch eine Aktennotiz macht, wann und wie wem er die Daten übergeben hat. Ist das richtig? Oder wie - -

Zeuge Heinz Fromm: Wenn es - - Darf ich das noch mal - - Die Übermittlung - -

Nina Warken (CDU/CSU): „Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen.“

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja, ja. Das ist - - Ein Empfangsbekennnis ist normalerweise einzufordern, oder wenn das nicht geht aufgrund der Umstände, ist ein Vermerk in die Akte zu nehmen: „Wurde dem und dem dann und dann übermittelt“, oder es ergibt sich aus der Übermittlung selbst.

Nina Warken (CDU/CSU): Übermittlungsprotokoll, oder so?

Zeuge Heinz Fromm: Wenn ich per Mail übermittle, dann habe ich das Dokument.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und dann als Nächstes steht dann da:

Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden, und das Bundesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

Das wäre dann, sage ich mal, durch den Disclaimer abgedeckt, den Sie beifügen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Gut, ich würde gerne noch mal auf das Thema Spionageabwehr und Hinweise auf technische Spionagemassnahmen aus Botschaftsgebäuden zurückkommen. Da haben Sie im Eingangsstatement auch schon einiges dazu gesagt, auch über Aufklärungsmaßnahmen des BfV. Uns liegt als Ausschuss ein Schreiben Ihres Nachfolgers, Herrn Dr. Maaßen, vom 28.10.2013 vor, das offenbar am selben Tag an die US-Botschaft in Berlin, also an JIS genauer, übergeben wurde, und es trägt den Betreff „Anfrage zu nachrichtendienstlichen Sachverhalten“. Es wurde von der SAW TAD erstellt und vorbereitet. Und in dem Schreiben bittet der Präsident des BfV um Übersendung einer Übersicht aller in Deutschland tätigen Angehörigen von US-Nachrichtendiensten und um Überprüfung einer Reihe von Firmen, die gemäß bilateraler Absprachen in Deutschland für das US-Militär tätig sind. Und weiter bittet das BfV dann auch um Informationen bezüglich des sogenannten Special Collection Service. Ich kann Ihnen das Schreiben auch gern vorlegen lassen, wenn Sie möchten.

Zeuge Heinz Fromm: Ich habe bis jetzt alles verstanden.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. Das Schreiben klingt ein wenig so, als habe das BfV bis zu dem Zeitpunkt keine Kenntnis oder keine näheren Informationen zu den sogenannten Contractors, also zu den Firmen, die gemäß dieser bilateralen Absprachen in Deutschland für das US-Militär tätig sind, und auch keine Informationen zum Special Collection Service gehabt. Ist der Eindruck richtig, oder sind Ihnen die Themen in Ihrer Amtszeit begegnet, also Contractors und Special Collection Service?

Zeuge Heinz Fromm: Also, soweit ich weiß, war das nicht die Zuständigkeit des BfV, sich um diese Personengruppen zu kümmern. Ich meine, dieser Special Collection Service ist dafür da - vielleicht irre ich mich aber auch -, den Schutz der Botschaft zu gewährleisten, und kümmert sich also um diese Dinge im Umfeld und in der Botschaft. Und ich glaube, da gibt es eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Dienststellen, also

mit der Berliner Polizei, womöglich auch mit dem Verfassungsschutz; ich weiß es aber nicht genau. Also damit hatten wir nach meiner Kenntnis nichts zu tun.

Und die Contractors, das sind wohl die Firmen, die für die Amerikaner da irgendwelche Dienstleistungen erbringen. Aber das weiß ich nicht. Also, da erinnere ich auch nicht, dass wir in irgendeiner Form tätig geworden wären im Rahmen unseres Auftrags.

Nina Warken (CDU/CSU): Mhm. - Beim Special Collection Service handelt es sich laut Presseberichten, die sich wiederum auf Snowden-Dokumente beziehen und auf Unterlagen, die von WikiLeaks veröffentlicht wurden, um eine Art Spezialeinheit, in der angeblich NSA und CIA zusammenwirken, und es soll weltweit auf 80 Botschaftsgebäuden und Konsulaten solche Horchposten gegeben haben. Also, es wird da behauptet, dass der Special Collection Service auch in der US-Botschaft in Berlin sei und von dort heraus die Kommunikation im Regierungsviertel überwache, also jetzt nicht - - Sie vermuteten ja, das sei eher zum Schutz der Botschaft gedacht und Zusammenarbeit mit Berliner Polizei. Aber in der Presse wird eben behauptet, dass das eigentlich - - oder dass das eine Einrichtung sei, die eben überall auf der Welt für die Amerikaner auf amerikanischen Botschaftsgebäuden dann die jeweiligen Regierungen ausspioniert. Ist Ihnen das Thema schon mal irgendwie bekannt geworden?

Zeuge Heinz Fromm: Also, das ist mir jedenfalls zu meiner Amtszeit nicht bekannt geworden. Und natürlich lese ich auch die Presse, kann das aber nicht bewerten, was da dargestellt worden ist und behauptet wird. Also, zu meiner Amtszeit habe ich keine Erinnerung, dass das irgendwie von Relevanz gewesen wäre. Ich bin nicht sicher, ob ich den Begriff jemals gehört hätte; ich glaube eher nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Aber JIS, also Joint Issues Staff, ist Ihnen sicherlich noch ein Begriff aus Ihrer Amtszeit.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, sicher.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie uns vielleicht etwas genauer schildern, wie die Art und auch die Intensität der Zusammenarbeit des BfV mit den US-Nachrichtendiensten war während Ihrer Amtszeit?

Zeuge Heinz Fromm: Also, JIS ist die Stelle der Nachrichtendienste in Deutschland, die offizielle Repräsentanz. Wird in der Regel geleitet von einem hochrangigen CIA-Angehörigen und hat Mitarbeiter in größerer Zahl, die dann auch für einzelne Fachgebiete zur Verfügung stehen, auch für Gespräche zur Verfügung stehen. Und das haben wir natürlich genutzt. Da gab es Begegnungen auf fast allen Ebenen, und da hat ein reger Austausch stattgefunden. Und natürlich hatte ich auch Kontakt zu dem jeweiligen Leiter zumindest oder auch dem Stellvertreter dann, und da ist über alles Aktuelle geredet worden, was so anstand, also - -

Nina Warken (CDU/CSU): Welche Themen genau?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, querebet, insbesondere natürlich in all den Jahren Terrorismus, weniger deutsche Dinge; also weder Links- noch Rechts-extremismus hat da eine große Rolle gespielt. Danach ist mal gefragt worden; aber das waren keine vertieften Gesprächsgegenstände, sondern mehr Fragen des Terrorismus, der Proliferation und solche Dinge, die sind dort behandelt worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es neben den Kontakten auf Leitungsebene dann auch direkte Kontakte auf Arbeitsebene? Oder gab es da einen Leitungsvorbehalt?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Oder gab es auch die Kontakte auf Arbeitsebene, und Ihnen wurde berichtet?

Zeuge Heinz Fromm: Auch auf Arbeitsebene, und nicht über jedes Gespräch bin ich dann informiert worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Und der BND, wie war der dabei eingebunden?

Zeuge Heinz Fromm: Überhaupt nicht. Was diesen Kontakt betrifft, der fand direkt statt. Nur was NSA betraf, war der BND zu beteiligen und auch beteiligt.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie war denn die Art und Weise der Zusammenarbeit während Ihrer Amtszeit zwischen BfV und BND? Gab es da gemeinsame Projekte oder Kooperationen mit ausländischen Nachrichtendiensten auch, an denen Sie auf deutscher Seite neben dem BND beteiligt waren?

Zeuge Heinz Fromm: Hat es durchaus gelegentlich gegeben.

Nina Warken (CDU/CSU): Zu denen Sie uns hier auch was sagen können?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Weil es außerhalb des Untersuchungsgegenstandes liegt?

Zeuge Heinz Fromm: Richtig.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Sie haben ja sicherlich auch mitbekommen, dass schon im November 2013 die Presse nach dem Bekanntwerden der mutmaßlichen Überwachung des Handys der Bundeskanzlerin - - dass da berichtet wurde, es habe ja schon seit Jahren Hinweise auf eine gezielte Ausspähung der Bundesregierung gegeben. Die Presse schreibt:

Schon 2003 war das Amt nach Informationen von FOCUS Hinweisen auf Spionage gegen Regierungsmitglieder nachgegangen, erinnert sich ein Insider aus dem Bundesinnenministerium. Mit Hubschrauberüberflügen seien damals Wärmebilder von verdächtigen Botschaften in Berlin erstellt worden, in denen die Deutschen feindliche Abhörtechnik vermuteten. Auch mit anderen Maßnah-



Nur zur dienstlichen Verwendung

men wie der Messung von Funkstrahlen habe man die Botschaften „genau unter die Lupe genommen“. Der Verdacht auf Spionage hatte sich dabei so verdichtet, dass der damalige Bundesinnenminister Otto Schily ... den Regierungsmitgliedern die Nutzung von ungesicherten Handys schließlich untersagte.

Ist Ihnen der Vorgang bekannt?

Zeuge Heinz Fromm: So nicht, nein. Dass der Bundesinnenminister seinen Kabinettskollegen etwas verbietet, das wäre mir auch ganz neu; aber gut.

(Christian Flisek (SPD):
Och, Otto Schily?)

- Ja, in dem Fall - - Nein, meine ich jetzt nicht so ernst. - Nein, das ist mir so nicht bekannt, und natürlich hat die Presse immer auch Anlass, das so zu präsentieren, dass es gerne gelesen wird. Ich bleibe dabei, bei dem, was ich einleitend gesagt habe: Es gab Erkenntnisse und die nicht belegbare Vermutung, Annahme, dass der offene Mobilfunkverkehr insbesondere hier in Berlin-Mitte von interessierter Seite zur Kenntnis genommen wird. Das war Allgemeingut. Und das waren auch die Dinge, die möglicherweise den damaligen Bundesinnenminister veranlasst haben, solche Mahnungen auszusprechen, und es war auch der Grund dafür, dass wir bei allen möglichen Gelegenheiten das versucht haben gewissermaßen unters Volk zu bringen und dass wir insbesondere natürlich unsere eigenen Mitarbeiter entsprechend instruiert haben. Ich muss selber einräumen, dass ich auch nicht immer dran gedacht habe, wenn ich hier in Eile war und schnell telefonieren musste.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. - Sie hatten ja gerade gesagt, dass die Gefahr natürlich durchaus bekannt war. Sie selbst haben zum Beispiel auch im November 2001 bei einem Vortrag beim 5. Frankfurter Sicherheitstag gesagt:

Intensiv diskutiert wurde insbesondere auch im politischen

Raum die Spionage unter Freunden, konkretisiert insbesondere in der weitgehend risikolosen elektronischen Fernmeldeaufklärung, deren hervorstechendes Charakteristikum ist, dass sie keine Spuren hinterlässt. Wie hoch der Informationsgewinn durch diese Art von Spionage ist, kann deshalb auch nicht annähernd geschätzt werden. (?)

Und Ihr Nachfolger, Herr Dr. Maaßen, hat auch schon immer oder schon früh vor den Risiken ungeschützter Telekommunikation gewarnt. Er hat zum Beispiel gesagt:

Das „passive Abhören“ von Kommunikation, die per Funk übertragen wird, hätten wir gar nicht detektieren können, weil bei einem „passiven Abhören“ keine aktiven Funksignale ausgestrahlt werden.

Und er hat auch gesagt, dass es eben nicht so ist, dass das BfV da bei der Aufklärung versagt, sondern dass man da eben schlicht nicht weiterkommt. So haben Sie es, wie ich Sie verstanden habe, ja auch gesagt. Und jetzt zwischen Ihrem Vortrag und dann zwischen dem, was Herr Maaßen 2013 gesagt hat, liegen ja jetzt zwölf Jahre; aber es scheint mir so, dass es auch in all der Zeit und bis heute ja schlicht aus praktischen Gründen nicht möglich ist und dem BfV da die Hände gebunden sind und man einfach die Vorwürfe und was da tatsächlich geschieht etwa auf den Botschaftsgebäuden anderer Staaten in Richtung Regierungsviertel - - dass man das schlicht nicht aufklären kann. Ist das immer noch so?

Zeuge Heinz Fromm: Das ist so. Das ist so.

Nina Warken (CDU/CSU): Was könnte man denn aus Ihrer Sicht dagegen tun, oder wie könnte mal solche Umtriebe, sage ich mal, besser aufklären und vielleicht auch unterbinden? Gibt es da Möglichkeiten aus Ihrer Sicht?

Zeuge Heinz Fromm: Ich sehe keine. Ich sehe keine; denn diese Lage, die Situation, die Einschätzung durch uns ist ja auch denjenigen be-



Nur zur dienstlichen Verwendung

kannt, die solche Bemühungen hier unternehmen, und sie lassen es offenbar trotzdem nicht, wenn das alles so stimmt, was wir vermuten. Und ich sehe keine Möglichkeit, da irgendetwas zu ändern durch Maßnahmen deutscher Behörden.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Dann zunächst mal vielen Dank für die Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Und Herr Kollege Ströbele fängt an.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Fromm, ich muss da auch noch mal weitermachen bei Bünyamin Erdogan und Herrn Dashti. Sie erinnern sich vielleicht, dass ich schon seit fünf Jahren versuche, da Antworten von der Bundesregierung zu bekommen und auch von den Diensten. Das soll am 4. Oktober 2010 - - soll der Tod gewesen sein, also der Drohnenbeschuss, der tödlich endete, also Liquidierung, sage ich dazu mal. Wann haben Sie denn davon erfahren, wenn Sie sich mal in die Zeit zurück - vielleicht wissen Sie es nicht auf den Tag genau - - aber am selben Tag, eine Woche später, einen Monat später oder wann?

Zeuge Heinz Fromm: Alsbald danach muss das gewesen sein. Das ist jetzt ein Rückschluss, weil wir im Oktober, wenn ich mich recht erinnere, auch dann aktiv geworden sind, auch wegen der vorhin schon erwähnten Diskussion, die es dann gegeben hat. Also, die Kenntnis davon muss alsbald danach eingetreten sein. Ich erinnere mich, dass wir ja Erkenntnisse hatten - ich weiß nicht, wie weit ich das jetzt in öffentlicher Sitzung sagen kann - aus dem Umfeld eines der Getöteten, dass dieses Ereignis eingetreten war. Mehr kann ich dazu, glaube ich, im Detail nicht sagen. Ich nehme an, ich muss Ihnen das auch nicht weiter erläutern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da kommt es mir jetzt auch nicht so genau drauf an, sondern: Hatten Sie denn - - Also,

Sie kriegen eine Information, dass das so gewesen sein soll. Ist das denn verifiziert worden, oder konnten Sie das verifizieren? Haben Sie da bei den Amerikanern nachgefragt? Es ging ja um zwei Personen mit Deutschlandbezug. Der eine war Staatsbürger.

Zeuge Heinz Fromm: Ich kann mich nicht erinnern, dass direkt bei den Amerikanern gefragt wurde; ich schließe es aber auch nicht aus. Aber unsere Information war so, dass das festgestellt werden konnte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eine Erklärung dafür, dass die Bundesregierung dann auf so eine Frage antwortet: „Es liegt keine offizielle Bestätigung über den Tod vor“?

Zeuge Heinz Fromm: Eine offizielle Bestätigung ist ja nun mal was anderes als nachrichtendienstlich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es die bis heute?

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Ihrer Zeit noch?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nicht dass ich wüsste.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, können wir vielleicht sagen, da hat sich die Bundesregierung eine Antwort ... (akustisch unverständlich)?

Zeuge Heinz Fromm: Das war unsere Bewertung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Heinz Fromm: Das war unsere Bewertung, in der wir uns sehr sicher waren. So will ich das mal beschreiben. Eine offizielle Bestätigung wäre ja, was weiß ich, wenn eine ausländische Regierung das schriftlich bestätigen würde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wussten Sie, das Amt, damals, wo sich Herr Erdogan und Herr Dashti aufhalten? Hatten Sie also Informationen über die Reisegruppe? Wurden Sie ja vorhin schon mal von der Kollegin - -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja. Wir wussten, dass die sich in der Region aufhalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch das an die Amerikaner weitergegeben?

Zeuge Heinz Fromm: Schließe ich nicht aus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch etwas näher noch, Waziristan, Mir Ali?

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht mehr. Was in den Einzelinformationen zu dieser Person stand, weiß ich beim besten Willen nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Ihnen wurde dann damals gesagt: Wir, das Amt, haben dazu Telefonnummern an die Amerikaner gegeben.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wurde Ihnen gesagt. Ja?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, das war ja das Problem dann oder die Diskussion.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, klar, klar. Deshalb kam bei Ihnen dann auch die Aufregung.

Zeuge Heinz Fromm: Wenn mir gesagt worden wäre: „Zu dem haben wir nur den Namen übermittelt“, dann hätte ich es ja leicht gehabt, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Heinz Fromm: - dann hätte ich ja sagen können: Kann gar nicht sein, war nur der Name.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Waren das eine oder mehrere Telefonnummern?

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die haben - - hat das Amt, nicht Sie, an die US-Behörden weitergegeben.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie denn noch, wie lange vor dem Tod das war?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, kann ich auch nur mutmaßen. Nicht sehr lange vorher, ein, zwei Monate vielleicht oder so oder ein paar Wochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, ja. - Könnte man auf die Idee kommen, dass diese Lieferung der Telefonnummern mit dem Tod zu tun hat?

Zeuge Heinz Fromm: Ich würde auf die Idee nicht gekommen sein, um es so zu formulieren. Aber ich kann natürlich es nicht ändern, wenn jemand auf so eine Idee kommt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, dass Sie sich dann darüber - - Dass es da Unruhe gab und Sie auch Gespräche mit dem Innenministerium geführt haben, das kam nicht von Ihnen, weil Sie so einen Verdacht hatten, sondern der wurde an Sie herangetragen.

Zeuge Heinz Fromm: Na ja, der wurde an mich dadurch herangetragen, dass nun plötzlich die Behauptung im Raum war - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Im Raum“, was heißt das?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, durch diese Diskussion. Wenn ich Sie direkt anspreche, würde ich sagen: unter anderem auch durch Sie.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Dass die Vermutung im Raum oder der Verdacht im Raum war, es könnte doch anders gewesen sein. Und darüber ist ja in Gremien kritisch gesprochen worden. Daran werden Sie sich selbst auch erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie über diese Reisegruppe - - Sie haben vorhin schon erwähnt, da war auch ein Besuch in Bagram. Können Sie sagen, wann der war?

Zeuge Heinz Fromm: Habe ich vorhin schon gesagt: Das weiß ich nicht mehr genau. Und dann ist mir gesagt worden - -

(Der Zeuge wendet sich an
MR Torsten Akmann
(BMD))

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, einfach nur Bezug: War der vorher, vor dem Tod von Bünyamin, oder nachher?

Zeuge Heinz Fromm: Nicht mal das könnte ich aus der Erinnerung sagen. Aber vorhin ist ja gesagt worden, das soll danach gewesen sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach dem Tod?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ich glaube, oder? Sie hatten doch vorhin den - wenn ich direkt Sie ansprechen darf - -

(Martina Renner (DIE
LINKE): Ja!)

Sie hatten doch das Datum genannt des Besuchs.

(Martina Renner (DIE
LINKE): Ja, das war bis zum
03.10.2010, die Befragung!)

- Ach so, die war kurz vorher.

(Martina Renner (DIE
LINKE): Die waren kurz
vorher! Deswegen
fragen wir ja!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Tod war am 04.10.

Zeuge Heinz Fromm: Ah, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Tod war am 04.10., also vor dem Tod.

Zeuge Heinz Fromm: Ach so, ja, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Aber ich wusste das nicht mehr, den zeitlichen Ablauf.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nein, klar, die Daten kann man - - Nur, mir kommt es jetzt - - Vor oder nach dem Tod - - Kann es sein, dass aus dieser Befragung auch Informationen an die Amerikaner gegeben wurden -

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder dass sie vielleicht sogar dabei waren? Bagram ist ja unter Herrschaft der USA, heute noch.

Zeuge Heinz Fromm: Also, das Letztere halte ich für ausgeschlossen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Heinz Fromm: Das Letztere halte ich ausgeschlossen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?

Zeuge Heinz Fromm: Dass da jemand dabei war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass ein US-Mitarbeiter von einem Dienst oder vom Militär dabei war bei der Befragung in Bagram - -

Zeuge Heinz Fromm: Ach so, ich dachte bei dem Angriff da.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Bei der Befragung: Kann ich im Moment nicht sagen. Aber ich glaube, das ist ein Thema - - Bei der Befragung war wohl jemand dabei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ist ja wohl auch schwer denkbar, dass in einem US-Gefängnis oder US-geführten Gefängnis -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - eine Befragung stattfindet von auswärtigen Nachrichtendienstmitarbeitern, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja, das war immer so.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ohne dass ein Amerikaner dabei ist. Ja. - Das heißt, die wussten auch, was da in der Vernehmung besprochen worden ist.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, wenn sie dabei waren - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Und haben Sie sich danach mal danach erkundigt, ob das jetzt mit dem Tod am nächsten Tag zu tun hatte?

Zeuge Heinz Fromm: Ich habe diesen Zusammenhang nicht gesehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht gesehen. Liegt der nicht nahe? Also, einen Tag sind Sie da, findet eine Befragung statt - -

Zeuge Heinz Fromm: Ich habe eben ja schon gesagt, ich kann mich nicht mal mehr erinnern, dass das so unmittelbar zeitlich zusammengeht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Das höre ich heute. So.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn Sie es jetzt hören.

Zeuge Heinz Fromm: Und ich habe auch keine Erinnerungen daran, dass darüber dann dezidiert nachgedacht worden wäre oder gar die Mitarbeiter befragt worden wären.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Heinz Fromm: Ich kann mich an derartige Informationen und Gespräche oder Prüfaufträge nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber vielleicht können Sie sich daran erinnern, ob die Aufregung, die bei Ihnen war, oder die Unruhe und der Verdacht sich auch darauf bezog: „Mensch, wir waren ja am Vortag da“?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, eben nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht bei Bünyamin, aber bei Angehörigen seiner Reisegruppe.

Zeuge Heinz Fromm: Ich denke, das habe ich schon beantwortet: Nein, ich weiß es nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht mehr.

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eigentlich eine Erklärung dafür - für Sie war ja dann das Problem: Die Lieferung von Handydaten, also von insbesondere Telefonnummern, kann das zur Ortung führen? -, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - warum in dem Erlass, den Herr Romann jetzt schreibt, was man darf und was man nicht darf und was man vermeiden soll, warum da dieses Handyproblem überhaupt nicht auftaucht? Also, der hätte ja auch schreiben können, so wie



Nur zur dienstlichen Verwendung

er es hier geschrieben hat: „Handydaten sind un-
verdächtig, weil die nicht benutzt werden kön-
nen“, oder so?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste
dann die letzte Frage sein.

Zeuge Heinz Fromm: Das war allgemeiner formu-
liert. Aber das war ja implizit so zu verstehen,
dass damit auch - - damit alle Informationen ge-
meint sind, die möglicherweise eine unmittelbare
Lokalisierung, eine Ortung ermöglichen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen
Dank.

Zeuge Heinz Fromm: So haben wir das verstan-
den. Man hätte natürlich auch Beispiele nennen
können.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN):** Man hätte auch sagen können: Handy,
könnt ihr - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen
jetzt zu den Fragen der SPD-Fraktion. Herr Kol-
lege Flisek beginnt.

Christian Flisek (SPD): Ja, danke, Herr Vorsitzen-
der. - Ich meine, der ganze Komplex, den wir
jetzt auch hier erörtern - - Das dreht sich jetzt ja
wieder. Herr Kollege Ströbele hat jetzt gerade ge-
fragt: „Warum schreibt man nicht explizit Handy-
daten rein?“, und man kommt dann wieder auf
diese Abgrenzung, die wir ja auch gerade schon
erörtert haben, unmittelbar/mittelbar und welche
Daten sind geeignet, eventuell dann angereichert,
so eine Ortung sicherzustellen. Ich würde jetzt
mal also einfach böse fragen: Halten Sie es für - -
Oder: Würden Sie eine Interpretation dergestalt,
dass ich sage, dieser Begriff „unmittelbar“ ist so
was wie eine - böse gefragt - Hintertür, um sich
ein wenig auch zu exkulpieren, dass man sagt:
„Wir liefern Daten, wir sind dazu verpflichtet in
der Kooperation; wir brauchen diese Daten, weil
wir die Kooperation brauchen; wir liefern Daten
einer Qualität, von der wir ausgehen, sie sind
nicht geeignet, unmittelbar eine Ortung herzu-
stellen; was aber im Übrigen dann damit gemacht
wird, ist uns egal; was die Amerikaner“ - ich

nenne das jetzt mal Anreicherung der gelieferten
Daten - „damit machen, das interessiert uns
nicht“ - - Und ich gehe jetzt noch mal einen
Schritt weiter: „Wir fragen auch nicht nach,
selbst wenn wir vielleicht irgendwelche Anlässe
hätten,“ - also, die engen zeitlichen Beziehungen
sind ja angesprochen worden -, obwohl wir es
auch aufgrund unseres eigenen, von uns verwen-
deten Disclaimers könnten.“ Würden Sie sagen,
das ist wirklich zu böse, diese Interpretation?

Zeuge Heinz Fromm: Würde ich für mich so sa-
gen, ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. Können Sie mir das - -

Zeuge Heinz Fromm: Den Schuh würde ich mir
nicht anziehen. Ich denke nicht, dass meine Mit-
arbeiter in solchen Bahnen denken bei ihrem
Handeln. Und ich kann mir das eigentlich von
niemandem hier vorstellen. Ich würde es jeden-
falls niemandem unterstellen. Aber ich kann na-
türlich auch niemanden hindern, solche Gedan-
ken zu haben und zu äußern. Ich bin im Übrigen
wirklich nicht in der Lage, hier qualifiziert Aus-
kunft geben zu können aus meiner Erinnerung,
was die Befragung eines Gefangenen in Bagram
mit solchen Ereignissen zu tun hat. Ich vermute:
Nichts. Aber auch da gilt: Ich kann niemanden
daran hindern, so etwas auf Verdacht zu kon-
struieren. Damit muss ich leben. Aber ich hätte
da doch schon ganz gern ein bisschen mehr Sub-
stanz, mehr Begründung für solchen Verdacht.
Und die sehe ich im Moment nicht.

Christian Flisek (SPD): Also, jetzt noch mal: Wir
prüfen hier Optionen, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja.

Christian Flisek (SPD): - und wir müssen zum
Teil, sage ich mal, aufgrund einer spärlichen Ak-
ten- und Dokumentationslage natürlich auch mit
Indizien arbeiten.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das ist, glaube ich, me-
thodisch nicht so sachfremd. Und wenn es sozu-
sagen enge zeitliche Zusammenhänge gibt, dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind das Indizien. Das ist kein Beweis; das gebe ich Ihnen zu. Aber es ist ein Indiz, ist auch mehr als nur ein Verdacht. Und insofern stelle ich mir jetzt einfach noch mal die Frage: Unterstellt - was ich gerne zugebe -, dass da vielleicht kein Zusammenhang besteht oder man vielleicht auch keinen Zusammenhang sehen muss - das ist die zweite Frage -, wäre es nicht so, dass man vielleicht doch dann mal nachfragen müsste, dass man von diesen Instrumenten, die man selber einbaut in die Kooperationsbeziehung, also der Vorbehalt des Nachfragens - - dass man das nicht zum Anlass nimmt, zu sagen: „Liebe amerikanische Freunde, mit denen wir vertrauensvoll zusammenarbeiten, hat das, was jetzt da passiert ist, irgendeine Ursache in unseren Daten, die wir geliefert haben, in unseren Gesprächen, die wir geführt haben?“? Verstehen Sie, was ich - -

Zeuge Heinz Fromm: Ich verstehe das.

Christian Flisek (SPD): Ich frage mich, warum man das nicht tut, warum man sozusagen - - weil Sie sagen: Unsere Mitarbeiter denken in diesen Bereichen, in diesen Höhen oder wie auch immer gar nicht. - Es geht ja auch um eine Rückversicherung, die man ja selber für notwendig erachtet hat; sonst hätte man den Disclaimer nicht so geschrieben, wie man ihn geschrieben hat. Verstehen Sie?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ich verstehe das.

Christian Flisek (SPD): Und für mich ist jeder Disclaimer nur dann das Papier wert, auf dem er steht, wenn er eben auch gelebt wird. Und ich finde, dass das, was hier geschildert und herausgearbeitet wurde, verschiedene Anlässe wären, um ihn aufleben zu lassen.

Zeuge Heinz Fromm: Ich denke, ich verstehe das, auch, wie Sie arbeiten hier und dass Sie mit Indizien operieren müssen. Das ist mir ja nicht fremd, so etwas. Aber ich denke, es ist auch, na ja, die Frage: Was passiert eigentlich - - Was würde eigentlich passieren, wenn ich solche Nachfragen stellte, und was würde das für diese Diskussion hier dann bedeuten? Nehmen wir mal an, ich wäre so klug gewesen und hätte vorausgesehen, dass ich hier irgendwann in vier Jahren,

vier Jahre später oder nein, sechs Jahre später, sitzen würde. Dann hätte ich gedacht, dann frage ich doch mal die Amerikaner, und dann hätte ich eine Antwort gekriegt. Nehmen wir mal an - alles sehr hypothetisch -, die Antwort wäre gewesen: Hat miteinander nichts zu tun, hat mit euren Informationen nichts zu tun. - Würde das an dieser Situation hier heute, an der Vorwurfslage, die ich spüre, irgendetwas ändern? Meine klare Antwort ist Nein.

Christian Flisek (SPD): Darf ich darauf direkt entgegen?

Zeuge Heinz Fromm: Bitte.

Christian Flisek (SPD): Wir arbeiten ja ein Stück weit auch - wenn ich mir jetzt sozusagen mal die Perspektive des Amtes vorstelle - mit einer Situation, ich sage mal: Da ist eine gewisse Informationsasymmetrie da in Bezug auf das, was die amerikanischen Dienste können. Man weiß das nicht alles. Und ich gestehe Ihnen gerne zu, dass vielleicht die Vorwurfslage gegenüber den Amerikanern sich nicht ändern würde - -

Zeuge Heinz Fromm: Und uns gegenüber auch nicht, wenn ich Sie unterbrechen darf.

Christian Flisek (SPD): Und das will ich gerade versuchen mal herauszuarbeiten. Wir müssten dann beurteilen, wenn die Antwort kommt: „Nein, hat nichts damit zu tun“, ob wir den Amerikanern glauben. Wir haben aber auch die Frage hier natürlich uns zu stellen: Wie ist denn die Umgangspraxis vonseiten unserer deutschen Dienste in dieser Kooperation? Und der Verdacht oder der Vorwurf - ich formuliere es jetzt mal als Vorwurf, der im Raum steht - ist der, dass man da eben fünf gerade sein lässt und dass man eben in Situationen, wo man nachfassen sollte, könnte und müsste, eben eher sagt, aufgrund einer wie auch immer gearteten Motivation - die Kooperation nicht zu beeinträchtigen, das Vertrauensverhältnis nicht zu beeinträchtigen - sagt: Da fragen wir eben nicht nach. - Und das ist sozusagen das, wo ich noch mal für mich auch Klarheit haben möchte. Gab es da irgendwo - - Ist man da wirklich gar nicht auf den Gedanken gekommen - Klammer auf: Dann stelle ich mir die Frage:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Warum benutzt man überhaupt so einen Disclaimer?, Klammer zu -, oder hat man wirklich Augen eher zugedrückt? Gab es vielleicht sogar ein System des Nichtnachfragens? Von Weisungen möchte ich gar nicht sprechen.

Zeuge Heinz Fromm: Das kann ich so nicht bestätigen, dass es ein System des Nichtnachfragens gegeben hätte. Ich kann nicht mal ausschließen, dass auch nachgefragt worden ist, dass Kollegen untereinander gesagt haben: „Mensch, wir haben da - habt ihr vielleicht mitbekommen - so eine Diskussion jetzt in Deutschland. Kann das denn sein?“, dass dann die Antwort gewesen ist: Nein.

Christian Flisek (SPD): Wer hätte denn dann gefragt? Hätten dann - -

Zeuge Heinz Fromm: Die, die miteinander zu tun haben.

Christian Flisek (SPD): Das wäre auch okay gewesen. So was läuft nicht sozusagen - - muss nach oben laufen - -

Zeuge Heinz Fromm: Natürlich hätte es auch nach oben laufen können. Natürlich hätte da ein Mitarbeiter, wenn es so geschehen wäre - alles hypothetisch; aber ich schließe das nicht aus, dass so Gespräche geführt worden sind -, -

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Heinz Fromm: - mir sagen können: Also, wollen Sie nicht noch mal fragen? Ich habe da eine Antwort bekommen, die ist so und so.

Christian Flisek (SPD): Wenig plausibel.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, wenig plausibel oder nichtssagend oder irgend so was. - Das hätte alles sein können. Und natürlich können Sie auch sagen: Wieso haben Sie das nicht gemacht? Dem kann ich schwer etwas wirklich Überzeugendes entgegensetzen. Ich kann nicht sagen: Das war völlig ausgeschlossen, so was zu tun. - Das hätte man tun können. Ich bin auf die Idee nicht gekommen.

Christian Flisek (SPD): Gut, also das - - Ich beende das an der Stelle auch. Also, wir können festhalten: Sie haben so etwas nicht veranlasst, Sie schließen nicht aus, dass in Ihrem Amt Fragen gestellt worden sind; aber solche Frageprozesse, wenn sie denn stattgefunden haben, sind nicht zu Ihren Ohren gekommen und sind nicht auf Ihren Tisch gekommen.

Zeuge Heinz Fromm: So ist es, ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich würde ganz gerne noch mal auch in Bezug auf Ihre Amtszeit eine Einschätzung von Ihnen haben wollen. Also, ich glaube, dass das Thema Spionageabwehr, mit dem wir uns ja auch bei der Beschäftigung mit dem Bundesamt beschäftigen, eine große Rolle spielt, dass diese Spionageabwehr, ich sage mal, in Zeiten des Kalten Krieges eine große Rolle gespielt hat und auch klar fokussiert war, ja? Und mich würde jetzt noch mal interessieren: Können Sie uns darstellen, was 9/11 sozusagen, also auch diese vielleicht neue Fokussierung auf Abwehr von terroristischen Gefahren, was das für das Thema der Spionageabwehr bedeutet hat? Wir reden ja - korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege - immer von sehr begrenzten Ressourcen, die man irgendwie versucht zu bündeln und zu konzentrieren. Richtig, oder?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, sehr richtig.

Christian Flisek (SPD): So, und was bedeutet diese 9/11-Zäsur eigentlich für das Thema Spionageabwehr?

Zeuge Heinz Fromm: Also, für das Thema Spionageabwehr - und ich gehe da etwas weiter zurück, in die Zeit vor dem Untersuchungszeitraum - hat das Ende der Ost-West-Konfrontation, Wiedervereinigung, Zwei-plus-vier-Vertrag usw. bedeutet, dass vielfach die Meinung vertreten wurde, das sei gar nicht mehr nötig. Das hat sich dann - - Diese Auffassung hat sich so nicht durchgesetzt, sondern es ist in den 90er-Jahren - davon war ich dann auch so ein bisschen betroffen oder berührt - zu Stellenabbau insbesondere gekommen, nicht zuletzt zulasten der Spionageabwehr auch in den Ländern, aber vor allen Din-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gen beim Bund. Das nannte sich Strukturprogramm, Stellenabbauprogramm, um es in Zahlen zu sagen, von rund 2 500 auf 2 000 die Zahl der Mitarbeiter zu senken. Das hatte im Wesentlichen was mit dem Abbau im Bereich der Spionageabwehr zu tun, das heißt ein Prozess, der vorher schon begonnen hat. Und dieses Ziel dieses Strukturabbauprogramms oder dieses Strukturprogramms - nicht Abbau -, Strukturprogramms, was ein Abbauprogramm war, war fast erreicht, als am 11.09. dann der Blick auf den Terrorismus gerichtet worden ist. Die Spionageabwehr gab es immer noch, und sie ist weiter ja sozusagen kleingehalten worden, vielleicht auch noch ein bisschen abgeschmolzen worden in den 2000er-Jahren, weil eben Ressourcen benötigt worden sind für die Terrorismusbekämpfung, und zwar zusätzlich zu den neuen Stellen, die es dann gegeben hat ab 2002, 03, 04. Das waren ja ein paar Hundert Stellen, die speziell gedacht waren für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Und auch die Spionageabwehr hat dann noch mal gewissermaßen einen Beitrag leisten müssen.

Das wiederum bedeutete, dass im Bereich der Spionageabwehr nur noch das, im Wesentlichen, betrieben worden ist, was besonders brisant und wichtig erschien. Das waren die Dinge, die man in den Verfassungsschutzberichten nachlesen kann, also insbesondere Spionage Russland, China vor allem, aber auch nachrichtendienstliche Aktivität anderer Länder, die sich weniger auf Informationen aus Politik, Militär usw. hier in Deutschland richtete, sondern die sich um die hier lebenden Oppositionellen „gekümmert hat“ - in Anführungsstrichen. Das und das Thema Proliferationsabwehr, das war das, was gerade noch halbwegs zu leisten war mit dem verbliebenen Personal, zu dem über Jahre auch kaum neue Mitarbeiter dazukamen. Das ist personalwirtschaftlich ein großes Problem, wenn Sie zwar dann mit erfahrenen, naturgemäß älter werdenden Mitarbeitern solche wichtigen Themen bearbeiten müssen, aber niemanden - weil Sie keine Stellen dafür haben - als Nachwuchs gewinnen können.

Das war die Situation über die Jahre zu meiner Zeit. Das war hochproblematisch; aber wir mussten eben damit umgehen. Sie haben völlig recht,

wenn Sie den Zusammenhang herstellen - das wollte ich sagen - mit dem Schwerpunktthema.

Christian Flisek (SPD): Würden Sie dann sagen, Herr Fromm, dass dann - ich formuliere es jetzt mal zugespitzt - die Spionageabwehr so ein wenig in Zeiten des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus ein Stiefkind des Bundesamtes ist?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein.

Zeuge Heinz Fromm: „Stiefkind“ wäre mir - - wäre der falsche Begriff, also jedenfalls aus meiner Sicht. Ich habe das immer als eine wichtige Tätigkeit angesehen, auch getan, was ich konnte innerhalb des Amtes, um da zu unterstützen. Wir haben auch immer wieder die Bedeutung betont; aber -

Christian Flisek (SPD): Na ja, aber Sie haben das ja gerade so dargestellt. Eigentlich war - -

Zeuge Heinz Fromm: - wir sind damit nicht gehört worden.

Christian Flisek (SPD): Wo nicht gehört worden? Bei den politischen Entscheidungsträgern?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, so kann man das sagen.

Christian Flisek (SPD): Das bedeutet, man musste eher auch noch Kapazitäten aus der Spionageabwehr umschichten, um sozusagen den Aufwuchs im Bereich der Terrorismusbekämpfung - -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, in kleineren Teilen schon.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Der Abbau hatte, wie ich versucht habe darzulegen, in den 90er-Jahren begonnen und ist dann noch etwas weiter fortgesetzt worden. Und die Schmerzgrenze, die Schmerzuntergrenze war erreicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Glauben Sie denn, dass wir, wenn wir mal das jetzt als Entwicklung, so wie Sie es beschrieben haben, hier feststellen, in dem Bereich gut aufgestellt sind als Bundesrepublik Deutschland?

Zeuge Heinz Fromm: Ich kann zur heutigen Situation keine qualifizierten Äußerungen - -

Christian Flisek (SPD): Waren wir zu dem Zeitpunkt, als Sie aus dem Amt geschieden ist, in dieser Frage gut aufgestellt?

Zeuge Heinz Fromm: Gut nicht, ausreichend.

Christian Flisek (SPD): Also, es war so eine Art Notprogramm, das man da gerade an den großen - -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, „Notprogramm“ würde ich auch nicht sagen; aber es war so, dass, wenn bestimmte Dinge akut wurden, wir dann auch Schwierigkeiten hatten, uns da wirklich mit den notwendigen Ressourcen drauf zu konzentrieren. Das war ein problematischer Bereich, zumal in den letzten Jahren, um das noch zu ergänzen, auch so ein Thema wie Cyberabwehr eine Rolle gespielt hat. Auch das ist dann noch abverlangt worden der Abteilung Spionageabwehr. Und das war schon schwierig. Aber ausreichend wäre, glaube ich, die richtige Bewertung zum Ende meiner Dienstzeit.

Christian Flisek (SPD): Ist denn dieser berühmte 360-Grad-Blick etwas Neues, oder ist das etwas gewesen, das eigentlich schon vom Begriff her oder von der Strategie her ja auch in Ihrer Zeit als Chef des Bundesamtes bei der Spionageabwehr eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Heinz Fromm: Ich hatte es ja einleitend gesagt: Ich kenne den Begriff seit 1992.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Da hatte das - - Ich denke, der stammt aus dem BfV. Ich war damals für zwei Jahre Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen. Und ich kann mich erinnern, dass der Begriff vom BfV-Präsidenten, dem

damaligen, uns nahegebracht worden ist und wir natürlich mit den schwachen Kräften auch versucht haben, das mit Leben zu erfüllen, wenn Sie so wollen.

Christian Flisek (SPD): Wir haben hier von einem Zeugen ja gehört - das war der Zeuge Wingerath -, dass eben dieser 360-Grad-Blick in Bezug auf unseren Untersuchungsgegenstand, sprich die Five-Eyes-Staaten - - Das war so in einem einzigen Sachgebiet verortet mit 155 anderen Staaten, die man zu beobachten hatte.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja. Das ist schon so gewesen. Wobei 155 Staaten sich viel anhört; aber ich nehme mal an, 90 Prozent von denen sind hier mit Nachrichtendienstlern überhaupt nicht vertreten und aktiv. Aber trotzdem: könnte mehr sein; deswegen „ausreichend“.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja. Ausreichend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir gleich irgendwann zum Schluss kommen.

Christian Flisek (SPD): Ja, gut, dann passt das jetzt, weil sonst hätte ich ein neues Fass aufgemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, okay. Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen zur nächsten Fragerunde, und es beginnt die Fraktion Die Linke mit Kollegen Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, Herr Fromm, ich will noch mal zur Kooperation mit den amerikanischen Diensten auch was fragen und vielleicht mal ganz allgemein anfangen. Ich habe kürzlich eine Anfrage gestellt zu den Reisen von Verfassungsschutzpräsidenten in die USA und Gegenbesuchen aus den USA hier. Und da ist die Zahl ja relativ erstaunlich, wie viele dieser Reisen da insgesamt stattgefunden haben. Vielleicht können Sie mal ganz allgemein sagen: Was besprechen Sie denn da eigentlich immer? Für den Außenstehenden ist die Frage nicht ganz nachvollziehbar, dass ein Inlandsgeheimdienst so intensive Kontakte zu Nachrichtendiensten weit über den Teich pflegt, dass man sich so oft sehen



Nur zur dienstlichen Verwendung

muss. Können Sie das vielleicht einfach noch mal sagen, was dort stattfindet?

Zeuge Heinz Fromm: Was da stattfindet, kann ich Ihnen im Einzelnen natürlich nicht sagen, jedenfalls nicht in öffentlicher Sitzung. Es hat regelmäßig Kontakte gegeben. Es hat regelmäßig Kontakte gegeben. Ich bin, wenn ich mich recht erinnere, alle zwei Jahre dort gewesen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, in letzter Zeit ist es deutlich häufiger, aber egal.

Zeuge Heinz Fromm: Bitte?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich sage, in letzter Zeit ist es deutlich häufiger.

Zeuge Heinz Fromm: Ich kann ja nur von mir berichten. Also, alle zwei Jahre. Mag auch mal ein bisschen länger oder ein bisschen kürzer gewesen sein. Und das sind Dinge, wie das im Bereich der internationalen Kontaktpflege auch sonst üblich ist, dass man sich sieht, dass man sich kennenlernen. Ich habe ja zwölf Jahre die Freude gehabt, dieses Amt zu leiten. Zum Beispiel in den USA hat es häufiger Wechsel gegeben, zum Beispiel an der Spitze des größten Dienstes, der CIA, oder auch in anderen europäischen Ländern war das so. Da war es schon notwendig, sich kennenzulernen, auch um den Mitarbeitern zu zeigen, diese Kontakte sind gewünscht. Also, all das spielt da eine Rolle. Es ging nicht immer nur darum, zu sagen: „Wir schließen jetzt hier ein Abkommen und unterschreiben was“, sondern es ist ein Austausch, der auf persönlicher Ebene geschieht. Ich halte das für ausgesprochen nützlich und nach meiner Erfahrung auch ganz unverzichtbar. Und ich habe jedes Verständnis dafür gehabt, dass der Leiter eines so großen Dienstes wie etwa der CIA nicht in gleicher Häufigkeit nach Deutschland kommen kann.

Und im Übrigen haben wir oder habe ich, wenn ich dort war, nicht nur diese Dienststelle besucht, sondern auch war beim FBI. Da gilt das Gleiche, was die Kontakte angeht, obwohl da das BKA der Hauptansprechpartner gewesen ist. Ich habe dann die Botschaft aufgesucht, habe mit dem Botschafter geredet, solche Sachen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mit geht es jetzt nicht um die Frage von Höflichkeitsbesuchen oder so ähnlich.

Zeuge Heinz Fromm: Es hat mit Höflichkeit auch was zu tun; aber es hat was mit Kontaktpflege zu tun. Das ist was anderes als Höflichkeit.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Meine Frage zielte ja eher darauf hin, dass Sie ein Inlandsnachrichtendienst waren bzw. sind und dass nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist, was dort stattfindet, wenn Sie ja eigentlich den Blick ins Innere haben.

Zeuge Heinz Fromm: Wir haben den Blick ins Innere. Der Blick ins Innere ist aber dann erst wirklich - wie soll ich sagen? - hat die Chance, gute Ergebnisse zu haben, wenn wir auch Informationen aus dem Ausland bekommen bei unserem Blick ins Innere. Also, die Zusammenarbeit, die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen einem Inlandsdienst und einem Auslandsdienst - bleiben wir ruhig mal bei der CIA - ist ganz unverzichtbar und kann auch nicht etwa ersetzt werden durch den Kontakt zwischen Auslandsdienst und Auslandsdienst, weil der deutsche Auslandsdienst über das Inland wiederum nichts Richtiges weiß oder von uns vermittelt bekommen müsste. Das wären Informationsverluste, die nicht sinnvoll wären, sodass wir diesen unmittelbaren Kontakt natürlich haben müssen, sowohl zu einem solchen Auslandsdienst wie natürlich auch zu Inlandsdiensten etwa in Europa. Also, die Inlandsdienste, die europäischen Inlandsdienste, haben Kontakt und auch die Inlandsdienste mit den jeweiligen Auslandsdiensten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben vorhin auf die Frage von Frau Warken, die Sie gefragt hat, ob es in Ihrer Zeit auch Kooperationen gegeben hätte mit zum Beispiel amerikanischen Nachrichtendiensten oder auch Five Eyes, gesagt: Ja, aber das gehört nicht zum Untersuchungsgegenstand. - Könnten Sie das noch mal sagen, weil ich gerade dachte, dass - -

Zeuge Heinz Fromm: Die Frage war anders. Die Frage war anders. Die Frage war, wenn ich sie richtig verstanden habe: Hat es Kooperationen



Nur zur dienstlichen Verwendung

gegeben zwischen BfV, BND und ausländischen Diensten? Nur das war die Frage, und nur die habe ich beantwortet. Was das betrifft, Kooperationen mit Auslandsdiensten: Natürlich, dauernd.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und wieso ist das keine - - wäre das kein - - nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses?

Zeuge Heinz Fromm: Weil danach nicht gefragt ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wonach ist nicht gefragt? Zwischen - - Kooperation BND, Verfassungsschutz und CIA, das ist nicht Gegenstand?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, ist nicht Gegenstand.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na gut, da werden wir da noch mal nachfragen. Das ist natürlich - - Aus meiner Sicht ist das sehr wohl Gegenstand. Aber ich will Sie - - Genau die Kooperationen, um die geht es ja hier bei uns. Aber ich will Sie noch mal konkret etwas fragen: Sagt Ihnen die Operation „Glotaic“ was?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sagt Ihnen gar nichts?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ein bisschen verwunderlich.

Zeuge Heinz Fromm: Mag sein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich frage das deshalb, weil wir hier den - -

Zeuge Heinz Fromm: Können Sie mir vielleicht ein bisschen helfen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich will gerne versuchen. Also, der Zeuge Uhrlau - - Wir waren in der Annahme, das sei eine Operation gewesen zwischen dem BND und vielleicht der CIA. Und der Kollege Uhrlau hat uns dann hier gesagt:

Wenn der BND in einer Operation von BfV und CIA nur Beifahrer ist, dann muss er eben davon nicht in Kenntnis gesetzt worden sein, und hat damit suggeriert, auch auf Nachfrage - der Kollege Notz hat hier gefragt -, dass die Operation gelaufen ist zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz und CIA. Und da müssten Sie das ja eigentlich wissen, weil das in Ihre Zeit gefallen ist.

Zeuge Heinz Fromm: Wenn es so gewesen wäre, müsste ich es wissen, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, gab es denn eine solche Kooperation, die vielleicht bei Ihnen einen anderen Namen hatte als diesen?

Zeuge Heinz Fromm: Also, diesen Namen kenne ich nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, ich habe Sie jetzt gefragt, ob es eine andere Operation gegeben hat, die einen anderen Namen hatte in dieser Zeit mit diesem - -

Zeuge Heinz Fromm: Was war denn das für eine Zeit?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, in Ihrer Amtszeit. Die Frage war vorhin von Frau Warken - -

Zeuge Heinz Fromm: Das sind zwölf Jahre.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Zwölf Jahre.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, „Operation“ heißt ja etwas über - ich weiß, 2004 bis 2008 war das Konkrete jetzt hier - - Aber wir reden nicht von einem Meinungsaustausch an zwei Tagen, sondern wir reden von einer gezielten Operation über einen längeren Zeitraum hinweg. Und da frage ich Sie, was es dazu in Ihrer Zeit gegeben hat.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist mir nicht bekannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Hat es denn Operationen gegeben, gemeinsame, mit der CIA oder mit der NSA?

Zeuge Heinz Fromm: Hier in Deutschland oder wo?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Mir nicht bekannt. Einzelne Zusammenarbeit, aber keine Operationen in dem eigentlichen Sinne, dass also hier - was weiß ich? -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es ist bloß komisch - -

Zeuge Heinz Fromm: - Mitarbeiter des BfV mit Mitarbeitern der CIA hier irgendwo rumoperiert hätten. Das kann ich mich nicht erinnern.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, nur wir haben ja hier Dokumente, die darauf - - die darüber - -

Zeuge Heinz Fromm: Vielleicht können Sie mir die ja mal zeigen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, die sind ja wieder leider Geheim eingestuft. Das macht die Bundesregierung ja immer so, dass wir Ihnen das nicht zeigen können.

(Tankred Schipanski
(CDU/CSU): In einer
Geheim eingestuften
Sitzung können Sie es doch
vorlegen!)

- Ja, das ist ja für die Öffentlichkeit eine hochspannende Frage, welche Kooperationen es gegeben hat.

(Tankred Schipanski
(CDU/CSU): Die Frage
können Sie - -)

- Ja, seien Sie doch mal ruhig, Sie sind noch gar nicht dran.

(Christian Flisek (SPD):
Kommen wir zur Sache!)

Herr Uhrlau hat in öffentlicher Sitzung ausgesagt - und ich beziehe mich auf die öffentliche Sitzung -, und er hat in öffentlicher Sitzung ausgesagt, dass es diese Operationen gegeben hat und dass das BfV möglicherweise - -

(Nina Warken (CDU/CSU):
Vielleicht!)

- Ja, einer muss es ja gemacht haben. Der BND war es nicht, das BfV war nicht, der MAD war es vermutlich auch nicht.

(Nina Warken (CDU/CSU):
Das war doch vor seiner
Amtszeit, „Glo“!)

- Das war in seiner Amtszeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, jetzt sind wir wieder - - Ruhe. Der Herr Hahn hat jetzt noch eine Minute, und die nutzt er ganz selbstverantwortlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht, wenn ich Ihnen schildere, um was es gegangen ist bei dieser Operation, hilft das.

Zeuge Heinz Fromm: Vielleicht ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Man ist gemeinsam mit einem deutschen Geheimdienst als CIA an das Kabel von MCI WorldCom, was heute Verizon ist, in Düsseldorf-Hilden und hat dort unter Legende Daten erfasst.

Zeuge Heinz Fromm: Um Gottes willen!

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, haben wir auch gesagt. Krasse Nummer, keine G-10-Anordnung usw., ja?

Zeuge Heinz Fromm: Nie gehört.

Martina Renner (DIE LINKE): Den Konzern getäuscht, ja?

Zeuge Heinz Fromm: Nie gehört, nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben wir noch einen vierten Geheimdienst in Deutschland oder - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt meldet sich der Herr Wolff. Ich halte mal die Uhr knapp nach der Zeit an.

RD Philipp Wolff (BK): Ich gehe davon aus, das ist jetzt Presseberichterstattung, die Sie zitieren, -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber selbstverständlich.

RD Philipp Wolff (BK): - und mitnichten geheime Akten.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber selbstverständlich, Herr Wolff.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe auch schon darauf geachtet. „Glo“ ist natürlich Geheim.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist der *Spiegel*-Artikel „Die Legende von Hilden“, aus der ich zitiere. Da will ja keiner dabei gewesen sein, und deswegen versuchen wir das immer noch zu erhellen, weil wir bis heute auch nicht wissen, was es bedeutet, dass die CIA in Deutschland an das Kabel eines US-Anbieters geht. Ist ja auch aus Interesse, die eigenen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen vor Überwachung zu schützen, möglicherweise brisant - nicht nur, dass dort auch Verkehre von deutschen Bürgern draufliegen.

Zeuge Heinz Fromm: Verzeihen Sie, ich habe mit allem Möglichen gerechnet heute früh, aber nicht mit solchen abenteuerlichen Geschichten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Und Herr Uhrlau hat eben gesagt, er kennt es nicht als BND-Präsident, und hat dann auf möglicherweise das BfV verwiesen. Und deswegen fragen wir Sie. Das ist jetzt also auch von uns nicht an den Haaren herbeigezogen, sondern von Herrn Uhrlau sozusagen - -

Zeuge Heinz Fromm: Der Altersunterschied zu Herrn Uhrlau ist so gering, dass ich nicht glaube, dass er ein schlechteres Gedächtnis hat als ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Hatten wir auch gehofft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir aber weitergeben an die nächste Fraktion. Müssen wir gleich noch mal aufgreifen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das machen wir dann noch mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. - Es stellt keiner weitere Fragen. Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich mache nur noch mal ein paar abschließende Fragen zu dem Thema, was wir vorhin schon hatten. - Herr Fromm, hatten Sie in dem Gespräch mit Herrn Romann oder anderen Leuten vom Innenministerium nur über Handynummern gesprochen, die ein Problem sein könnten, oder hatten Sie auch andere Punkte erwähnt, die ich Ihnen vorhin schon vorgehalten habe, dass etwa der Hinweis, dass sich die Gruppe oder Einzelne dieser Gruppe in Waziristan befinden, möglicherweise auch in welchem Ort - spielte das eine Rolle? -, und insbesondere - auch das ist ja wichtig - dass offenbar ein paar Tage vorher diese Befragung in Bagram stattgefunden hat - -

Ich weiß nicht, ob Herr Romann davon unterrichtet war. Ich gehe mal davon aus, dass das wahrscheinlich so eine wichtige Sache ist, dass das Innenministerium davon unterrichtet war. Waren diese Punkte auch Thema, oder ging es immer nur um die Handynummern?

Zeuge Heinz Fromm: Also, das weiß ich im Detail nicht mehr. Ich kann mich an den Anruf von Herrn Romann erinnern. Ich habe ja da auch das kurz dokumentiert. Was da im Einzelnen inhaltlich geredet worden ist - beim besten Willen -, kann ich Ihnen nicht sagen, was wir da geredet



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben und wie lange und in welchem Detaillierungsgrad. Keine Ahnung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In dem Brief geht es ja um Listen mit Daten.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut - - die gefragt haben: Können wir die an die Amerikaner weitergeben? Und wissen Sie denn, ob darüber hinaus, über Listen mit Daten - Listen waren wahrscheinlich Telefonnummern; ich weiß es nicht, welche Listen es waren - -

Zeuge Heinz Fromm: Alles Mögliche, nehme ich an. Name, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Name, klar.

Zeuge Heinz Fromm: - sonstige Erkenntnisse, also auch technische.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also auch Erkenntnisse zum Orten, meine ich.

Zeuge Heinz Fromm: Müsste ich mir ansehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Orte wären ja, wie der Name schon sagt, zum Orten geeignet. - Also, das wissen Sie nicht mehr.

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie war denn eigentlich Ihre eigene Auffassung dazu? Weil Sie haben vorhin mal erläutert: Wir geben die Daten nur für nachrichtendienstliche Zwecke weiter, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und wir gehen davon aus, dass die das auch nur für nachrichtendienstliche Zwecke und nicht für exekutive Zwecke benutzen. Nehmen

wir mal an, Ihre Information wäre jetzt gewesen, diese Handydaten reichen aus, oder zusammen mit anderen Erkenntnissen reichen die aus, um so Drohnen einzusetzen und illegale Hinrichtungen durchzuführen.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist ja wirklich sehr hypothetisch. Das war nicht so.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber war Ihre Auffassung jetzt über das hinaus, dass dann die Empfänger, also die Amerikaner, sich nicht ganz den Vereinbarungen entsprechend verhalten, oder spielte da auch eine gewisse zusätzliche Empörung noch eine Rolle?

Zeuge Heinz Fromm: Also, ich hatte keine Veranlassung, davon auszugehen, dass unsere Informationen nicht bestimmungsgemäß genutzt worden sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und diese illegalen Tötungen?

Zeuge Heinz Fromm: Die illegalen was?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese illegalen Tötungen mit Drohnen, mittels Drohnen: Hatten Sie dazu eine Auffassung: „Das geht gar nicht; das ist ja auch mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren“ oder so was?

Zeuge Heinz Fromm: Das habe ich so nicht gesehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht gesehen.

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. Wie haben Sie es denn gesehen?

Zeuge Heinz Fromm: Ich habe gesagt, das ist eine Auseinandersetzung dort, und es sind Kombattanten sozusagen -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Waziristan.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: - ja -, und ich habe darauf keinen Einfluss. Und ich habe auch keinen Einfluss genommen. Das konnte ja gar nicht sein, weil wir ja der Meinung waren, Handydaten reichen für eine Ortung nicht aus. Das war genau der Punkt. Ich kann mich nur wiederholen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also das, was Sie kritisiert hätten - nehmen wir mal an, die hätten ausgereicht -, wäre nur, dass das eben nicht -

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - zu exekutiven Zwecken benutzt werden darf, -

Zeuge Heinz Fromm: Richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - also dass die ihre Zusagen oder eine Vereinbarung nicht einhalten.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war Ihre Kritik, nicht an der Sache selber.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, klar, natürlich. Was ich als Person - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Ja, klar“ - für mich ist das - -

Zeuge Heinz Fromm: Meine persönliche Auffassung ist ja da unmaßgeblich. Ich habe ein Amt zu führen gehabt und habe darauf zu achten gehabt, dass das da korrekt zugeht. Und das war der Punkt, um den es ging, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: - nicht um irgendwelche Bekenntnisse von meiner Seite.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja damals auch an ND-Lagen

teilgenommen, wo, vermute ich mal, auch der Bundesnachrichtendienst beteiligt war. Ist in diesen ND-Lagen in der damaligen Zeit mal darüber gesprochen worden, dass das und welche Angaben vom Bundesnachrichtendienst möglicherweise für extralegale Tötungen genutzt werden können? Ist da ein Problem aufgetaucht?

Zeuge Heinz Fromm: Ich vermute, dass das Gesprächsgegenstand war; aber ich kann mich im Einzelnen nicht mehr erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, einzelne nicht, vielleicht insgesamt, dass der BND - -

Zeuge Heinz Fromm: Dass die Frage der Drohnenangriffe Gegenstand war, das nehme ich stark an, ja; aus meiner Erinnerung ist das so gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Auch dass man das nicht unterstützen will oder dass es legal ist.

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht.

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, welche Auffassung dazu vertreten wurde: „Das machen die schon richtig und gut, aber wir wollen uns daran nicht beteiligen, weil wir ja - - ich weiß nicht, warum - „weil die sich nicht an die Vereinbarung halten“ oder so - -

Zeuge Heinz Fromm: Nein, das ist mir nicht mehr in Erinnerung, was da besprochen worden ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also inhaltlich, dass da Aufregung war: Es geht nicht, und warum machen die das? Wie ist das zu rechtfertigen?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nach meiner Erinnerung nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht noch eine zusätzliche Frage zu dem Brief hier von Herrn Romann. Da findet sich ja noch in der letzten Zeile dieses Briefes die in Rede stehende Region. Also, „die unmittelbar für eine geographische Ortung“, steht da - - „Daten ... die unmittelbar für eine geographische Ortung in der in Rede stehenden Region verwendet werden ...“ Auf was bezog sich das?

Zeuge Heinz Fromm: Ich nehme an, dass es sich auf den Sachverhalt bezieht, dass es um Waziristan ging.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waziristan.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wenn es eine andere Region gewesen wäre, wäre es dann anders?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, genauso.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, warum steht das da?

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht.

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatte keine für Sie nachvollziehbare Bedeutung.

Zeuge Heinz Fromm: Sehe ich nicht. Also, für mich hat es keine besondere Bedeutung gehabt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, man könnte ja sagen: In dieser Region muss man besonders vorsichtig sein, weil in dieser Region solche -

Zeuge Heinz Fromm: Das kann sein, dass das so zu interpretieren ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Drohnenangriffe ja zur Gewohnheit gehören schon fast oder damals anfangen.

Zeuge Heinz Fromm: Das könnte so sein, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das könnte so sein. - Ist Ihnen später mal bekannt geworden, dass selbst hohe US-Fachleute, wie zum Beispiel General Hayden - ich nehme mal an, Sie kennen den -

(Der Zeuge nickt)

die Auffassung vertreten haben, dass diese Drohneneinsätze mittels Metadaten durchgeführt werden? Das ist eine Äußerung von ihm.

Zeuge Heinz Fromm: Das habe ich der Presse entnommen. Das muss nach - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „We kill people based on metadata.“

Zeuge Heinz Fromm: Ich nehme an, das waren, sind Presseberichte oder - was weiß ich? - irgendwelche Publikationen. Aber zu meiner Amtszeit habe ich diese Aussage nicht gekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Als Sie das gelesen oder gehört haben, haben Sie dann gedacht: „Also doch“, weil klassische Metadaten sind ja Telefonnummern?

Zeuge Heinz Fromm: Ich konnte es ja nicht ausschließen. Ich habe es natürlich nicht ausschließen können; aber ich habe auch keine Möglichkeit, das zu verifizieren, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: - also zu widerlegen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gingen Sie dann davon aus, das ist dann wohl so, dass Metadaten da - -

Zeuge Heinz Fromm: Ich habe das zur Kenntnis genommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt mal wieder wechseln. Okay. Danke schön. - Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ich habe eigentlich noch eine einzige Frage an Sie, Herr Fromm, in öffentlicher Sitzung, und zwar: Welche Vorkehrungen haben Sie in Ihrer Amtszeit unternommen, dass besondere Vorkommnisse nach dem Gesetz für das Parlamentarische Kontrollgremium, dass die auch Ihnen zur Kenntnis gelangen und auf der Grundlage dann an die Aufsichtsbehörde und auch ans Parlament weitergegeben werden können?

Zeuge Heinz Fromm: Die Frage, was zu berichten war dem Parlament und eben auch - anderes Thema - dem Innenministerium, ist eine sehr schwierige Frage. Ich will das auch kurz erläutern. Wenn man das auf das Parlamentarische Kontrollgremium bezieht, müssen Sie, wenn Sie sich überlegen, was dort vorgetragen wird und berichtet wird, die richtige Auswahl treffen. Und das gelingt nicht immer. Natürlich wird berichtet zu aktuellen Themen, das heißt also Themen, die ohnehin die Öffentlichkeit beschäftigen. Da ist es dann einfach, zu sagen: Dazu müssen wir dann, weil wir betroffen sind, zuständig sind, was sagen. - Zu anderen Themen können Sie aus der Erfahrung sagen: Das und das und jenes ist wichtig; das tragen wir vor, das bieten wir an.

Was ganz schwierig ist und was immer wieder zu großen Problemen geführt hat, waren Themen, die wir selbst nicht als so bedeutsam angesehen haben, um sie dort anzumelden, die aber dann Bedeutung erlangt haben, weil irgendetwas in der Presse stand. Das kann man oft schwer voraussehen. Und der Vorwurf war dann naturgemäß immer: Jetzt müssen wir in der Zeitung lesen, was ihr uns von euch aus hättet sagen können.

Dabei muss man sehen, dass - so viel darf ich, glaube ich, sagen - die Zeit bemessen ist in einem solchen Gremium. Das heißt, Sie müssen eine Auswahl treffen. Da hilft alles nichts. Sie können

nicht eine ganze Tätigkeit innerhalb von einem Monat, von vier Wochen, da ausbreiten; dafür ist die Zeit gar nicht da. Das heißt, es hat jedes Mal vor solchen Sitzungen eine längere Abstimmung gegeben mit den einzelnen Abteilungen, was denn nun zu berichten ist und womit wir auch nicht in Schwierigkeiten kommen würden, weil wir irgendetwas übersehen. Trotzdem sind solche Dinge passiert. Und immer wieder kam der Vorwurf: Das habt ihr bewusst nicht gemacht, und wir müssen es erst in der Zeitung lesen. - Dagegen kann man nichts machen; da ist man völlig machtlos; das muss man dann ertragen. So ist das.

Ob es ein besseres System gibt für die Zukunft, weiß ich nicht. Möglicherweise gibt es das. Aber zu meiner Zeit jedenfalls, bis 2012, gab es ein besseres System nicht, und wir mussten eben mit dieser immer wieder einsetzenden Kritik leben. - Ich weiß nicht, ob das Ihre Frage beantwortet.

Christian Flisek (SPD): Ja, also, ich greife jetzt mal auf, was Sie gesagt haben. Sie haben gesagt, vor den Sitzungen - ich verstehe das jetzt so - sitzt man mit den Abteilungsleitern dann zusammen und bereitet mögliche Themen für die Sitzung des PKGr vor, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): - die dann berichtet werden. Jetzt hat mich aber noch mal interessiert: Ich meine, wir haben ja da, wie gesagt, im § 4 des Gesetzes zum Parlamentarischen Kontrollgremium eben „Vorgänge von besonderer Bedeutung“, so wie es heißt. Das ist ein - - Juristen nennen das einen unbestimmten Rechtsbegriff, und der muss natürlich irgendwo ausgefüllt werden.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, der muss operabel gemacht werden, und zwar der sollte so operabel gemacht werden, dass eben von der Amtsleitung über die Abteilungsleitung bis in die Unterabteilungsleitung bis hin zum Referatsleiter und eigentlich jedem Mitarbeiter, der mit Vorgängen befasst ist, die besondere Bedeutung erlangen könnten, ein gemeinsames Verständnis



Nur zur dienstlichen Verwendung

darüber existiert, was das denn sein könnte. Weil, nur wenn Sie dieses gemeinsame Verständnis von oben nach unten in Ihrem Haus sicherstellen, dann können Sie eben auch gewährleisten, dass Sie als Chef die Dinge erfahren, die ein Kontrollgremium von Ihnen im Zweifel auch erwartet, dass es es erfährt. Deswegen jetzt noch mal meine Frage: Wie hat man - - Gab es Anstrengungen, Versuche, das sicherzustellen? Gab es da Richtlinien, Anweisungen, Leitlinien?

Zeuge Heinz Fromm: Es gab keine Leitlinien und Richtlinien. So bürokratisch brauchte das gar nicht zu sein. Das war sichergestellt. Das war sichergestellt. Das ist im Grunde genommen der Ausfluss aus dem Beamtenrecht, dass die Vorgesetzten über wichtige Dinge zu informieren sind; mehr ist das ja nicht. Das kann man natürlich noch mal unterlegen mit internen Vorschriften usw.; das kann man machen.

Die Praxis war so, dass die Abteilungen, die Fachabteilungen gehalten waren, alle Dinge, die für sie in dem Berichtszeitraum von Bedeutung sind, zu präsentieren, und dass da eine Auswahl getroffen werden musste und dass in den Abteilungen das Gleiche passiert nach unten hin. Das war sichergestellt. Aber wir haben manchmal die Auswahl nicht richtig getroffen; denn die Bedeutung - die Bedeutung! -, die definiert sich ja unterschiedlich. Wir haben die Bedeutung anders gesehen als zum Beispiel die Abgeordneten, die gesagt haben: Es steht im *Spiegel*, also ist es von Bedeutung. - Ich verkürze das mal, vielleicht ein bisschen polemisch jetzt.

Christian Flisek (SPD): Na ja, aber auf diesen Gegensatz - - Klar, das verstehe ich, dass, ich sage mal, da unterschiedliche Interpretationen stattfinden. Aber ich will jetzt noch mal rein von der Organisation her - - Wie ist das sichergestellt, dass sozusagen innerhalb der Hierarchie im Amt nicht diese Begriffe völlig unterschiedlich interpretiert werden? Der Verweis, der allgemeine Verweis auf die Beamtenpflichten, Herr Fromm, reicht mir da nicht aus.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja, klar.

Christian Flisek (SPD): Wie ist das sichergestellt? Ich sage es jetzt mal so: Wenn ich dort in der Hierarchie irgendwo tätig bin, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Christian Flisek (SPD): - dann ist das natürlich eine schwierige Sache, das zu subsumieren.

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein?

Zeuge Heinz Fromm: Das ist Allgemeingut. Die Fachleute wissen Wichtiges von Unwichtigem zu trennen. Und natürlich weiß der Abteilungsleiter, was in seinen einzelnen Referaten vonstattengeht, was gerade bearbeitet wird. Und zumeist oder ganz überwiegend hat das ja auch funktioniert. Die falsche Auswahl ist dann wahrscheinlich von der Amtsleitung getroffen worden, weil wir Themen, die die Abteilungen, die das in größerer Zahl angeboten haben, falsch ausgewählt haben. Dann haben wir auch die Verantwortung dafür, wenn da Lücken entstehen. Also, ich glaube, mir waren die wesentlichen Dinge, die unter Umständen berichtenswert waren, immer bekannt. Ich habe die falsche Auswahl getroffen, wenn es dann solche Vorgänge gegeben hat.

Christian Flisek (SPD): Und wie muss ich mir das vorstellen? Da wird also ein Potpourri von Themen geliefert, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, jeder ist dran.

Christian Flisek (SPD): - und Sie, also die Amtsleitung, wählt dann unter Beachtung -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, klar.

Christian Flisek (SPD): - der begrenzten Zeitressourcen, wie Sie das genannt haben, aus, was man da vorträgt.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja, in der Abteilungsleiterbesprechung - um das mal ein bisschen praktischer, plastischer zu machen - ist darauf hingewiesen worden: Nächste Woche ist Sitzung, bitte Anmeldungen, mit Rückfrage, wenn was nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

klar war. - Das ist in den Abteilungen weitergegeben worden. Anders kann das doch gar nicht funktionieren. Und dann lagen die Anmeldungen oder die Anmeldungswünsche vor, und dann habe ich gesagt oder wer auch immer, mein Vertreter: Das, das und das, mehr geht nicht. - Also, es musste eine Priorisierung erfolgen. Und das hat nicht immer funktioniert.

Christian Flisek (SPD): Und das aber auch nur auf Abfrage. Oder gibt es auch umgekehrt den Fall, dass die Dinge an Sie sozusagen aufgrund der - -

Zeuge Heinz Fromm: Das konnte natürlich - - Aber im Rahmen dieser - - Oder nach dieser Abfrage kamen ja die Dinge. Aber es kam natürlich auch zwischendurch mal was, natürlich.

Christian Flisek (SPD): Nein, ich stelle mir das jetzt noch mal so vor - ich sitze ja nicht im PKGr -, dass da irgendwann mal so ein Knaller dabei ist, dass man sagt: Das muss jetzt sofort hoch, und das muss sofort gemeldet werden, und dann müssen sie eine Sondersitzung machen.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, das geschieht ja auch.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Heinz Fromm: Das geschieht doch auch. Ich weiß gar nicht, wie viele Sondersitzungen es in den letzten Jahren gegeben hat. Das passiert natürlich auch. Und oft ist es eben auch aufgrund von Informationen, die aktiv in das Gremium gegeben werden oder aktiv etwa an die Obleute in Untersuchungsausschüssen, die gerade laufen. Das ist ja doch die normale Praxis.

Christian Flisek (SPD): Mhm. Okay. - Eine allerletzte Frage: Einer, vielleicht sogar einer Ihrer ehemaligen Mitarbeiter, also auf jeden Fall einer der Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, hatte hier gesagt: „Gute Spionage ist nicht sichtbar“, also auch als wir uns über Spionageabwehr unterhalten haben. Und jetzt würde ich Sie noch mal fragen wollen: Wie schätzen Sie denn in Bezug auf die Spionagetätigkeit der Dienste der Five-Eyes-Staaten in Bezug auf Deutschland das Verhältnis der sichtbaren und

nicht sichtbaren Spionage ein, ohne dass - - Einfach, dass Sie - -

Zeuge Heinz Fromm: Das sind schon gute Dienste.

Christian Flisek (SPD): Das interpretiere ich jetzt: überwiegend nicht sichtbare Spionage, weit überwiegend nicht sichtbare Spionage.

Zeuge Heinz Fromm: Sie fragen mich nach einer Einschätzung, die ich nicht so geben kann.

Christian Flisek (SPD): Na ja, man könnte ja drei Gruppen bilden. Ich sage mal: Die sichtbare Spionage, auf jeden Fall sichtbare Spionage ist die, wenn man das jetzt mal darunter fasst, die man im Rahmen von Kooperationen kennt. Das sind mal, ich sage mal, Aktivitäten - -

Zeuge Heinz Fromm: Dann ist es keine mehr.

Christian Flisek (SPD): Okay. Dann ist es keine mehr. Ja, erläutern Sie das.

Zeuge Heinz Fromm: Ja. Wenn jemand hier nachrichtendienstlich tätig wird, ein ausländischer Dienst, und ich weiß das, man hat mich informiert, dann sage ich entweder „Das geht nicht“ -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: - wenn sie es trotzdem machen, ist es illegal -, oder ich sage: „Könnt ihr machen, und sagt uns hinterher Bescheid, was rausgekommen ist“ oder irgend so was. Dann ist es nicht mehr Spionage, dann ist es erlaubt, ja?

Christian Flisek (SPD): Mhm.

Zeuge Heinz Fromm: Das, was Gegenstand von Spionage sein kann, ist nur unerlaubte Betätigung ausländischer Dienste in Deutschland oder gegen Deutschland. Das ist der - - Und dann liegt es daran, welche Kapazitäten ich zur Abwehr habe, um solche Dinge aufzuklären und ihnen entgegenzuwirken und womöglich dann auch abzuschrecken.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist der Spionagebegriff. Also, ich hätte ihn ein bisschen allgemeiner sogar gefasst. Ich hätte vielleicht gedacht, es geht um nachrichtendienstliche Informationsgewinnung jedweder Art, unabhängig von dem Rechtswidrigkeitsverdikt.

Zeuge Heinz Fromm: Na ja, wenn ich mir die Bemerkung noch erlauben darf: Die Übergänge sind sehr fließend.

Christian Flisek (SPD): Davon gehe ich auch aus.

Zeuge Heinz Fromm: Wenn Sie an einen Vorgang denken, der mich damals überrascht hat oder auch - - In 2009 ist jemand aus Koalitionsverhandlungen in die amerikanische Botschaft gegangen und hat da berichtet, was da alles besprochen worden ist.

Christian Flisek (SPD): Wann?

Zeuge Heinz Fromm: 2009.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Da kann man sagen: Ist das ein Spion, oder ist das eher keiner? Wir haben dann gesagt: Nein, ist eher keiner, das ist so ein Gesprächskontakt. - Haben die Beteiligten oder Betroffenen nicht so besonders gut gefunden, glaube ich; war aber so. Das hat damals ein relativ großes Aufsehen gefunden.

Und dann gibt es andere Sachen, die sind eindeutig strafbewehrt auch; hatten wir auch Fälle oder einen zumindest in letzter Zeit. Also, das ist schwierig - nicht? -, das nun genau feststellen zu können. Es gibt eine Vielzahl von Gesprächskontakten natürlich. Das muss ja auch so sein. Und wann dann der Bereich Spionage anfängt, ist nicht immer einfach zu erkennen.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Wirklich allerletzte Frage, weil Sie gerade noch mal zum PKGr gesagt haben, Sie wählen da ja die Fälle dann aus. Die Dinge, die Sie sozusagen nicht auswählen, um sie dem PKGr zu berichten, was passiert

mit denen, obwohl sie Ihnen von den Abteilungen vorgeschlagen werden? Die fallen - - Die werden nicht berichtet.

Zeuge Heinz Fromm: Die werden nicht berichtet oder wenn sich Dinge verdichten oder bedeutsamer werden im Laufe der Zeit - -

Christian Flisek (SPD): Dann hängt das davon ab, dass die Abteilung das noch mal vorschlägt und dann eventuell - -

Zeuge Heinz Fromm: Nein, dann hat man das ja auch im Auge und sagt von sich aus: Dann müssen wir das jetzt noch mal versuchen. - Im Übrigen sind oft Dinge angemeldet worden, die sind monatelang nicht aufgerufen worden. Nur, da war man natürlich auf der sicheren Seite. Wenn in dem Zusammenhang was passiert wäre, hätten wir sagen können: Na ja, also, hier ist ja die Anmeldung.

Christian Flisek (SPD): Ja, gut, okay. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir in der nächsten Runde, die jetzt anfängt, zur Fraktion der Linken. Vorher frage ich aber: Brauchen Sie noch neue Getränke, irgendwas, oder auch mal irgendwann eine Pause? Wir haben uns zwischendurch ja auch hier einen Imbiss gegönnt, weil der Tag noch lang ist. Also, wenn das sein soll, sagen Sie einfach Bescheid.

Zeuge Heinz Fromm: Ich schaue gerade mal, wie spät es ist. - Geht noch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Geht noch. Aber, wie gesagt, geben Sie ein Signal. Ich habe so ein bisschen die Hoffnung, dass noch einige Fragen da sind, aber dass es noch ein überschaubarer Zeitraum ist. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Wir haben ja auch noch nachher die Wahl. - Ich würde gerne noch mal zurückkommen, bei Kollegen Ströbele anschließen und noch mal weiterfragen zu der Frage „Datenweitergabe gegebenenfalls mit Eignung für Drohneneinsätze“. Wenn solche



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmungen im Ausland stattfanden, gehe ich fest davon aus, dass das BfV Protokolle angefertigt hat.

Zeuge Heinz Fromm: Das nehme ich an, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war auch so fixiert. So was findet nicht einfach im luftleeren Raum statt. Also, es wird von diesen Gesprächen in Bagram Protokolle geben, und da kann man ja klären, ob dort Daten erhoben wurden, die dann im Zusammenhang mit den Getöteten Erdogan und Dashti stehen.

Zeuge Heinz Fromm: Das nehme ich auch an, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist gut. Dann haben wir ja auch schon eine Richtung für unseren Ausschuss.

Ich will Ihnen kurz - es ist keine Frage - einfach nur schildern, was in dem Pentagon-Bericht zu Bagram stand: dass Gefangene nachts verhört wurden, dass das Licht permanent brannte, dass es Schlafentzug gab, dass es Schläge gab, sexuelle Übergriffe, dass Personen an die Decke und an die Türen gekettet wurden, dass mit Vergewaltigungen der Ehepartner gedroht wurde, Überführungen nach Guantanamo und allem Möglichen - das Ganze ohne Rechtsbeistand und in den meisten Fällen auch ohne ärztliche sozusagen Hilfe. Das hätte man nachlesen können 2010 in zum Beispiel dem Bericht des Pentagon, der in den USA dazu führte, dass selbst ein Militärstaatsanwalt anerkannte, dass dort Körperverletzungen begangen werden - ein Militärstaatsanwalt!

Ich glaube, das Problem ist, dass man das genauso wenig wissen wollte wie die Tatsache, wie Drohnen funktionieren, wie die Tatsache, was über Ramstein passiert. Es gibt so eine komische Koinzidenz, dass man immer nicht wissen will, was die Amerikaner tun, weil - und das ist die Frage -: Warum schaut man dort nicht hin - das gilt auch für den Bereich der Spionageabwehr -, warum nur, wenn es in der Zeitung steht oder wenn ein Whistleblower wie Edward Snowden veröffentlicht, dass zum Beispiel das Handy der Kanzlerin abgehört wird? Wieso schaut man dort

nicht hin? Weil man das schon immer nicht getan hat, wie in Chile usw., weil es eine alte Politik der Bundesrepublik Deutschland ist? Oder warum ist das so?

Zeuge Heinz Fromm: Was erwarten Sie jetzt von mir?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, eine Erklärung, eine Antwort.

Zeuge Heinz Fromm: Ich kann Ihnen keine umfassende Erklärung geben. Ich kann Ihnen nur sagen, was ich vorhin schon mal betont habe: Die Praxis der Spionageabwehr in Deutschland war so, dass wir uns mit Partnerdiensten nicht kontinuierlich systematisch beschäftigt haben -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: - und dass dann, wenn es bei Partnerdiensten zu Auffälligkeiten gekommen ist, dass die Dinge dann besprochen, geregelt worden sind. Das war die Praxis. Die kennen Sie bzw. ist Ihnen hier schon mehrfach von allen möglichen Leuten geschildert worden. Was ich nicht akzeptiere, ist - ja, wie soll ich sagen? - der Vorwurf, uns sei in dem Zusammenhang alles egal. So interpretiere ich Ihren Vorhalt.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich habe gesagt: Man schaut nicht intensiv hin. - Das ist noch etwas anderes als egal.

Zeuge Heinz Fromm: Das habe ich ja eben - - Ich habe ja eben gesagt, bei der Spionageabwehr haben wir nicht intensiv hingeschaut, weil wir uns nicht kontinuierlich mit diesen Diensten befasst haben; wobei immer auch eine Rolle spielt: Das sind Partner, mit denen wir oder mit denen Deutschland vertraglich, gerade im Sicherheitsbereich, verbunden ist - das ist kein ganz unwesentlicher Aspekt in dem Zusammenhang -, dass es also gemeinsame Sicherheitsinteressen gibt. Und was die Amerikaner angeht, ist es im Übrigen so, dass hier auch noch Soldaten stationiert sind, die, soweit wir wissen, auch einer Bedrohung, einer besonderen Bedrohung, ausgesetzt sind. Das hat sich ja auch realisiert, ich meine,



Nur zur dienstlichen Verwendung

im März 2011, als in Frankfurt zwei Soldaten erschossen worden sind.

Also, das ist schon eine besondere Situation, auf die wir immer geachtet haben und die wir immer berücksichtigt haben. Von daher ist es vielleicht nicht ganz so einfach zu sehen, dass man sagt: Kümmert euch um die nicht; die können machen, was sie wollen. - Das ist nicht der Fall und nicht der Fall gewesen jedenfalls.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Frage, um was man sich gekümmert hat, versuchen wir ja gerade bei der Spionageabwehr auch zu erhellen. Ich würde einfach noch mal ein paar Themen aufrufen neben der Frage Botschaftsdächer, Mobilfunkabgriff im Regierungsviertel. Es gab ja auch irgendwann Meldungen darüber hinaus vielleicht auch, dass man davon ausgehen kann, dass US-Geheimdienste hier kompromittierte Sicherheitstechnik in der Bundesrepublik zum Einsatz bringen und zum Beispiel versuchen, diese dann auch bei Behörden zum Einsatz zu bringen. Sind Ihnen solche Vorgänge bekannt?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, solche Vorgänge sind mir nicht bekannt, jedenfalls was den letzten Teil Ihrer Beschreibung angeht, also dass da kompromittierende Sicherheitstechnik im Behördenbereich eingesetzt würde.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Also, die sollte eingesetzt werden im Behördenbereich, ist abgefangen worden durch den BND 2005. Man hat sie untersucht und hat festgestellt, dass, wenn man sie sozusagen in Betrieb setzt, die Daten, die dort verarbeitet werden, an eine US-amerikanische IP-Adresse ausgeleitet werden, die im Zusammenhang steht mit militärischen geheimdienstlichen Einrichtungen.

Zeuge Heinz Fromm: Können Sie die Quelle für diese Aussagen nennen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das ist eine Geheim-Akte; das können wir gerne dann tun. Das kann ich Ihnen auch noch mal still vorhalten. Mittlerweise beschäftigt sich die GBA auch mit diesem Vorgang.

Zeuge Heinz Fromm: Mhm. - Kann ich nichts zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie als BfV-Chef, der Spionage-

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil damals hat der BND angeregt, dass diese Problematik in die Präsidentenrunde sozusagen berichtet wird.

Zeuge Heinz Fromm: Sagt mir im Augenblick nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Sagt Ihnen nichts. - Haben Sie sich mal mit der Problematik eventuell der Unterhaltung von Tarnfirmen von Geheimdiensten der Five Eyes in Deutschland beschäftigt?

Zeuge Heinz Fromm: Nicht speziell. Tarnfirmen sind immer ein Thema im Bereich der Spionageabwehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber der Five Eyes. Andere untersuchen wir ja hier nicht.

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es dazu mal ein Vorkommnis? Hat man sich mal - -

Zeuge Heinz Fromm: Wenn Sie mich jetzt so allgemein fragen, fällt mir nichts ein. Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie mal in Bad Aibling?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie die Operation „Eikonal“?

Zeuge Heinz Fromm: Den Namen habe ich mal gelesen, aber nie im Zusammenhang - - steht nicht im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit im BfV, wenn ich das richtig weiß.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie mal Kenntnis erlangt über Bestrebungen der US-Amerikaner, hier in Deutschland Kabelerfassung am Internetknoten Frankfurt durchzuführen?

Zeuge Heinz Fromm: Natürlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann?

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht mehr. Das weiß ich nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Vor 2013?

Zeuge Heinz Fromm: Also, das vermischt sich jetzt möglicherweise mit den Dingen, die ich nach 2013 gelesen habe. Das kann ich nicht sagen, nein. Jedenfalls war ein solcher Sachverhalt nicht Gegenstand der Arbeit des BfV.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben einen Sprechzettel des PKGr vom 29.01.2003 in Reaktion auf eine ZDF-Sendung zu US-Spionage in Deutschland. Das ist MAT A BfV-13, Tagebuchnummer 195/15, Geheim, Band 5, Blatt 195, allerdings VS-NfD; deswegen kann ich darüber jetzt weitersprechen. Da heißt es in dem Sprechzettel:

Ein Spezialist für IT-Sicherheit der Firma A... Datenmanagement stellte die Vermutung auf, die NSA habe Zugriff auf den zentralen Netzknoten der Telekom in Frankreich [sic!]. (?)

Ja nicht ganz abwegig, ... (akustisch unverständlich).

Zeuge Heinz Fromm: Der Wer hätte Zugriff auf den zentralen Netz- -

Martina Renner (DIE LINKE): Frankfurt. - Entschuldigung. Bitte?

Zeuge Heinz Fromm: Wer hätte diesen Zugriff?

Martina Renner (DIE LINKE): Also: Die NSA.

Zeuge Heinz Fromm: Aha. Und das ist ein Sprechzettel des BfV?

Martina Renner (DIE LINKE):

Dem BfV liegen dazu keine Informationen vor. (?)

Ich habe jetzt noch zu Ende gelesen.

Zeuge Heinz Fromm: Deswegen habe ich da wahrscheinlich auch keine - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber es ist ja im PKGr besprochen worden, wo das BfV ja bekanntermaßen sitzt.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann hätte man sich ja im Nachgang damit mal befassen müssen, wenn es Hinweise gibt, dass möglicherweise die NSA Zugriff auf einen Netzknoten der Telekom in Frankfurt hat.

Zeuge Heinz Fromm: Also, wenn das damals - ich erinnere mich daran nicht mehr - so erörtert worden ist, dann ist mit Sicherheit gesagt worden: Es gibt keine Erkenntnisse. - Wenn ich keine Erkenntnisse habe, kann ich auch nicht tätig werden, kann ich höchstens fragen, und dann wird gesagt: „Es ist nichts“ oder: „Wir wissen nichts“. Oder auch der BND war ja dann wahrscheinlich in der Runde auch zugegen. Und wenn die das auch nicht wissen, was hätte dann geschehen sollen?

Martina Renner (DIE LINKE): Hat das BfV sich mal die US-Liegenschaften, die infrage kommen, angesehen, ob es dort ungewöhnlich hohe Datenabflüsse gibt Richtung USA?

Zeuge Heinz Fromm: Nicht dass ich wüsste.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, bestimmte Datenmengen verlangen bestimmte Speicher- und Kabelkapazitäten, und man kann aus der Kabelkapazität usw. auch Rückschlüsse ziehen auf die Datenmengen, die durchgeleitet werden.

Zeuge Heinz Fromm: Ich lerne heute viel.

(Heiterkeit)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nein, das ist mir nicht erinnerlich, dass so etwas geschehen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat sich das BfV selbst geschützt -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, sicher.

Martina Renner (DIE LINKE): - vor Spionagemassnahmen -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, aber sicher.

Martina Renner (DIE LINKE): - der Five Eyes, -

Zeuge Heinz Fromm: Aber sicher.

Martina Renner (DIE LINKE): - auch der Five Eyes, oder nur Russland, China usw.?

Zeuge Heinz Fromm: Aber sicher. Ja, ich bitte Sie. Gegen alle, selbstverständlich, und zwar sowohl was den äußeren Schutz angeht als auch natürlich Vorkehrungen gegen sogenannte Innentäter; ist ja auch ein Thema, was uns sehr beschäftigt hat. Da wurde sehr viel Aufwand getrieben, da entsprechende Schutzvorkehrungen zu ergreifen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat das BfV sich mal mit Vorgängen beschäftigt, dass möglicherweise Geheimdienste der USA, CIA und NSA, deutsche Journalisten und Journalistinnen überwachen in Deutschland?

Zeuge Heinz Fromm: Mir sind keine solchen Verdachtsmomente bekannt; jedenfalls kann ich mich an so etwas nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie die Causa Vorbeck?

Zeuge Heinz Fromm: Vorbeck?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Mitarbeiter des Bundeskanzleramts.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja, ich kenne den Herrn Vorbeck. Ich kenne auch die Geschichte; also, ich glaube, das zu kennen. Aber das habe ich nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das mal - -

Zeuge Heinz Fromm: Habe ich keinen Zusammenhang mit Spionageaktivität - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sollen wir das in der nächsten Runde neu anfangen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann wäre jetzt nämlich erst mal Bündnis 90/Die Grünen dran, weil ich glaube, die Union hat keine Fragen mehr. Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Fromm, noch mal zu der Frage „Eikonale“. Vielleicht können Sie Ihre Erinnerung noch mal anstrengen. Wann haben Sie wohl davon gehört?

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht mehr. Vielleicht helfen Sie mir ein bisschen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihung?

Zeuge Heinz Fromm: Vielleicht können Sie mir etwas helfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Frage, ob der Bundesnachrichtendienst gemeinsam mit der NSA und vor allen Dingen mit Technik der NSA in Frankfurt an den Glasfaserknotenpunkt gehen konnte. So ab dem Jahr 2003 wurde das diskutiert. Haben Sie eine Erinnerung an diese Diskussion?

Zeuge Heinz Fromm: Also, das ist ja eben schon angesprochen worden, 2003 angeblich da - - dass da irgendetwas geschehen sein konnte. Ich schließe nicht aus, dass ich davon Kenntnis bekommen habe, dass da eine Kooperation stattfindet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Wenn ich das erfahren hätte - ich muss jetzt mich so ausdrücken -, wäre das nicht erheblich gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wäre das?

Zeuge Heinz Fromm: Wäre das nicht erheblich gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht erheblich gewesen.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, weil der BND - - Wenn der BND dabei ist, ist die Sache - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine interessante Frage; denn der Eindruck könnte ja entstehen, dass genau das das Problem ist. Also, Sie sagen, wenn der BND im Spiel ist, dann haben Sie im Hinblick auf Spionageabwehr da keine Aktien mehr drin.

Zeuge Heinz Fromm: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Heinz Fromm: Ganz generell würde ich das so sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn Sie selbst wissen, Sie wissen, dass der BND eine Hardware und eine Software einsetzt wie XKeyscore, die Sie in Ihrem eigenen Haus total problembewusst stand-alone-mäßig fahren, weil Sie glauben, dass das ein riesiger Trojaner ist, den Sie nie wieder aus Ihren Rechnern rausbekommen und deswegen das mit spitze Fingern sozusagen in den letzten Raum Ihres Hauses schieben, und Sie wissen, dass das der Bundesnachrichtendienst genau diese Software in Deutschland an mehreren Orten einsetzt zusammen mit der NSA, dann haben Sie aus Spionageabwehrgründen kein Störgefühl?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ist logisch jetzt!)

Ja, das erklärt natürlich einiges, ja? Also, wenn das so ist, dann ist ja völlig klar, was hier gelaufen ist.

Zeuge Heinz Fromm: Können Sie mir das noch mal etwas näher erläutern?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, dann hat man eben sozusagen - - Mittels des Bundesnachrichtendienstes hat man eben hier Spionage betrieben.

Zeuge Heinz Fromm: Im BfV oder was?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am BfV vorbei. Weil, wenn BND draufsteht, gucken Sie gar nicht mehr nach, was passiert. Selbst wenn Sie wissen, dass was eingesetzt wird, ist Ihnen selbst so - - da sind Sie so skeptisch. Und um Ihr eigenes Haus zu schützen, machen Sie ein Stand-alone-System mit XKeyscore, und obwohl die Megadruck machen, stöpseln Sie das jahrelang nicht ein, während Sie wissen, dass in Deutschland, auf deutschem Boden, dieses Zeug eingesetzt wird auf der Glasfaser in Kooperation mit der NSA. Und da sagen Sie: Ja, gut, also ich bin für Spionageabwehr zuständig, aber nur sozusagen, wenn die Spionage das BfV betrifft. - Aber die Spionage betrifft eben 82 Millionen Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen usw., die eben über diese Glasfaser auch kommunizieren. Und wenn man sich das dann nicht anguckt und keine Fragen stellt, hat man halt ein krasses Problem, ja?

Zeuge Heinz Fromm: Also, ich hätte ein krasser Problem, wenn ich herginge und würde sagen: Das, was der BND macht, ist suspekt von vornherein, wenn die mit so einem Partner solche Dinge betreiben an irgendeinem Internetknoten oder an dem größten Internetknoten. - Dann hätte ich ein krasser Problem aus meiner Sicht. Das würde nämlich bedeuten, dass eine deutsche Behörde sich in einer Weise verhält, die im Grunde unsere Zuständigkeit berührt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, in der Tat, das haben wir uns jetzt sauber gemeinsam - -

Zeuge Heinz Fromm: Und das bestreite ich von vornherein, und das bestreite ich auch ganz massiv. Wenn ein ausländischer Dienst hier, in welcher Form auch immer, tätig wird und eine deutsche Behörde stimmt dem zu und ist beteiligt, dann hat das mit Spionage nichts zu tun. Dazu müsste - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das nennt man einen teleologischen Zirkelschluss, Herr Fromm.

Zeuge Heinz Fromm: Und deswegen ist das BfV auch nicht aufgerufen, hier irgendetwas zu unternehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das sehe ich vollkommen anders. Und können Sie mir vielleicht mal erläutern, warum dieser Fakt, dass man diese Selbstverständlichkeit der Kooperation, bei der Sie überhaupt keine Bedenken hatten - - nicht in den zuständigen Gremien erläutert hat. Warum hat man das denn nicht fromm und frank und frei erzählt: „Ach übrigens, da haben wir diese Operation ‚Eikonol‘, da gehen wir an die Glasfaser, und da haben wir diese amerikanische Technik, und denen schicken wir auch Daten“ usw.? Hat man den Kontrollgremien nicht erzählt.

Zeuge Heinz Fromm: Mag sein, war ja nicht meine Aufgabe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, war nicht Ihre Aufgabe. Ihre Aufgabe war, Wirtschaftsspionage zu verhindern und Spionageabwehr zu betreiben. Dazu sind Sie gesetzlich verpflichtet.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn man sich die Sachen anguckt, dann wird einem einiges klar, warum das nicht funktioniert hat. Also, wir werden ja nachher noch in geheime Sitzung gehen, und dann kann

ich Ihnen ganz viele schöne Aktenstellen, die alle Geheim sind, vorhalten. Sie hatten auch konkrete Hinweise darauf, dass es Probleme mit den Amerikanern gibt. An mehreren Stellen in Ihrer Amtszeit gab es konkrete Hinweise. Und Sie wussten um diese Kooperation zwischen BND und NSA auf deutschem Boden.

Zeuge Heinz Fromm: Würde ich mir gerne dann anschauen, was Sie da haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Also, ich kann Ihnen jetzt auch zwei Stellen vorhalten, wenn Sie wollen. Vielleicht kann das einmal - - Ist Geheim. Einmal Seite 109.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagst du die Fundstelle eben.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen
Einblick)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Kannst du das einmal sagen, Martina, was das ist? - Das ist MAT A BfV-13, Tagebuchnummer 195/15, Geheim, Anlage 01, Blatt 109. Und dann gibt es noch mal weiter hinten - - Also, ich darf hoffentlich sagen, dass das ein Bericht ist, der an das Bundesamt für Verfassungsschutz geht.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist ein Bericht von wem? Das ist hieraus nicht so ohne weiteres zu ersehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Laut können wir es auch jetzt nicht sagen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Drei Seiten vorher!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Drei Seiten vorher, das beginnt auf Seite 103.

Zeuge Heinz Fromm: 103.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sehen mal, mit was für Schwärzungen und Verständnisproblemen wir zu kämpfen haben.

(Der Zeuge blättert und liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Heinz Fromm: Also, das ab Seite 100, das ist der Erlass von uns. Und das andere ist dann der folgende Text oder so. Verstehe ich das richtig?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, aus dem Jahr 2007.

Zeuge Heinz Fromm: Ach so, jetzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da steht was zur Wirtschaftsspionage.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja. Ich muss nur erst mal einsortieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber jetzt müsste der Vorhalt dann kommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Geheim.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar, jetzt müsste man fragen: „Halten Sie Ihre Aussage weiterhin aufrecht mit Blick auf diese Akte?“ - zum Beispiel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich gebe ihm jetzt erst mal die Möglichkeit, das zu lesen.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist ein bisschen - - Ist nicht nur ein Satz, deswegen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber auf Seite 109 steht es ziemlich konkret. Und dann gibt es weiter hinten, wo der rote Zettel ist, 150 Seiten später - - Sehen Sie das?

(Der Zeuge blättert und liest weiter in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie da noch mal hinblättern.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist - - Was ist das? Ach, das ist das PKG-Ding, das mir schon vorgehalten worden ist da.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und da steht das ja auch noch mal sozusagen auch - -

Zeuge Heinz Fromm: Das ist NfD.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Antwort des Bundesamts für Verfassungsschutz lautet ja nicht: „Nein, da gibt es kein Problem“ oder „Da haben wir keine Erkenntnisse“, sondern die sagen das irgendwie spezifischer.

Zeuge Heinz Fromm: Wenn Sie mir einen Augenblick Zeit geben, dass ich das noch mal - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar.

(Der Zeuge blättert und liest weiter in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Dann lassen Sie mich angesichts der Dinge, die da stehen, vielleicht noch mal eine umformulierte Frage stellen.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte man sich einfach damit abgefunden nach dem 11. September und Mohammed Atta, dass die Amerikaner irgendwie - Sie haben das ja eben so ein bisschen auch gesagt -, weil man hier auch Standorte hatte, eben einfach ein bisschen rumspioniert haben, und man wollte es nicht so genau wissen? Also, war das sozusagen so: Nur



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn man einen ganz konkreten Fall hatte, irgendeinen Markus R., dann hat man was gemacht, aber sonst war das eben Teil einfach des Deals. Man hat kooperiert, und die haben hier so ein bisschen geguckt. Und vielleicht ist das ja dem Bundesamt für Verfassungsschutz ganz recht, wenn die sozusagen mit ihren Mitteln hier auch ein bisschen gucken und dann mal einen Hinweis geben und sagen: Die da in Düsseldorf-Hilden: Guckt doch mal an, Sauerland-Gruppe. - So. Also, hat man das vielleicht einfach akzeptiert, dass das so ist?

Zeuge Heinz Fromm: Das, denke ich, kann ich bestreiten, dass man einfach nur alles akzeptiert hätte. Aus Bequemlichkeit, oder wie soll ich das verstehen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, weil man vielleicht das gar nicht so unpraktisch findet, dass die - -

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie kann es dann sein, dass Sie davon wissen, das BfV weiß davon, dass man mit dem Bundesnachrichtendienst - - Die NSA, eine fremde Macht, wenn ich mal den Gesetzestext nehmen soll, geht an die Glasfaser in Frankfurt mit Soft- und Hardware, die Sie als BfV aus Eigenschutzgründen mit der Kneifzange nicht anfassen. Ja? Und dann erläutern Sie mir mal: Warum wird man da nicht aktiv? Warum sagt man nicht: „Also Leute, jetzt - - Geht’s noch?“?

Zeuge Heinz Fromm: Die Antwort habe ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst mal Bundesnachrichtendienst: „Freunde, ihr seid für das Ausland zuständig. So. Was macht ihr eigentlich in Frankfurt, da sind wir aktiv?“ Oder so. So stellt man sich das ja vor, ja? Also, wie kommt es dazu, dass man da so eine tolerante Haltung entwickelt, Herr Fromm, wie Sie die hier vortragen?

Zeuge Heinz Fromm: Das hat mit Toleranz nichts zu tun, sondern das hat was damit zu tun, dass hier eine deutsche Behörde im Spiel ist, die mit

einer ausländischen Behörde dann offenbar gemeinsam - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die hat doch im Inland nichts zu suchen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, da hat der BND doch nichts zu suchen!)

Der BND hat doch in Deutschland nichts zu tun. Wofür haben wir denn die Trennung dieser Dienste?

Zeuge Heinz Fromm: Es geht doch - - Na ja, also, das darf man natürlich so nicht sehen. Wenn der BND von Deutschland aus und in Deutschland internationalen Kommunikationsverkehr erfasst, dann ist das, denke ich, im Rahmen der Aufgabenstellung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wieso müssen Sie denn dann immer supermegaumständlich G-10-Genehmigungen einholen und Sie kriegen das nur sozusagen in einzelnen Päckchen von den Telekommunikationsanbietern? Das hat rechtliche - - Genau, weil es da rechtliche Vorgaben gibt.

Zeuge Heinz Fromm: Weil ja - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der Bundesnachrichtendienst, der kriegt sozusagen - - der bohrt die Glasfaser an und kriegt den satten Datenstrom. Haben Sie da kein Störgefühl?

Zeuge Heinz Fromm: Sie meinen, dass ich neidisch geworden wäre, oder was?

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, im Grunde sogar das.

Zeuge Heinz Fromm: Eventuell.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie sind ja eigentlich zuständig. Und



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Auslandsnachrichtendienst, der zieht sich da die volle Dröhnung in Frankfurt, während Sie eben da immer vor die G 10-Kommission müssen. Das ist doch irgendwie bizarr.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist bitter, ja; da gebe ich Ihnen Recht.

(Heiterkeit)

Auf der anderen Seite ist es so: Wir haben in unserem Bereich immer die Notwendigkeit gesehen, diese sensiblen Daten, die wir aus G 10 bekommen, besonders sorgfältig zu behandeln und zu schützen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Das spielt sich auch hier in dem Zusammenhang ab. Und was den BND angeht, ich sage noch mal: Das ist eine deutsche Behörde, der gegenüber wir keinen Grund haben, Misstrauen zu haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es da mal ein Streitgespräch drüber, Herr Fromm? Haben Sie da mal irgendwie - -

Zeuge Heinz Fromm: Mit mir nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat da das BfV mal dem Innenminister gesagt: „Hier, hör mal, da mit dem Bundeskanzleramt muss mal jemand reden, die machen hier mit fremden Mächten auf deutschem Boden Kram; das scheint uns alles irgendwie in die falsche Richtung zu gehen“?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie aus heutiger Sicht sagen, dass das vielleicht ein Versäumnis ist nach den Snowden-Enthüllungen? Oder haben Sie das Gefühl, dass das schon alles so super war, wie es gelaufen ist?

Zeuge Heinz Fromm: Also, ich kann nur was sagen zu dem, was seinerzeit passiert ist. Ich habe

das damals richtig gefunden, nicht die Praxis einer deutschen Behörde zu kritisieren, bei der ich keinen Anhaltspunkt dafür habe, dass das irgendwie unkorrekt oder rechtswidrig ist. Wenn der BND von Bad Aibling aus - um mal das bildlich zu sagen -, von diesen Dingen da aus, den Kommunikationsverkehr, den Satellitenverkehr überwacht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An der Glasfaser waren die. Der Satellitenverkehr - -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, und an der Glasfaser. Das ist doch im Prinzip nichts anderes. Und wenn dann - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt: „Das ist im Prinzip nichts anderes“? Das ist vollkommen anders.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist internationaler Kommunikationsverkehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber eben auch innerdeutscher. Sie haben da Wuppertal, Essen, haben Sie da auch auf der Glasfaser.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, aber dann gehe ich doch davon aus, dass da die Vorschriften eingehalten werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da sind Sie leider falsch. Da gehen Sie falsch von aus.

Zeuge Heinz Fromm: Weil ich eine andere Beziehung zu deutschen Behörden habe und zur Rechtmäßigkeit ihres Verhaltens als möglicherweise Sie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das glaube ich nicht, Herr Fromm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, jetzt müssten wir mal das Zwiegespräch, weil die Zeit deutlich überschritten ist - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das verstehe ich, aber das will ich ganz kurz noch loswerden. Herr Fromm, das lasse ich mir von Ihnen nicht unterstellen, ja? Und das finde ich, ehrlich gesagt, auch wirklich grenzwertig, wenn Sie mir als Abgeordneten hier so was unterstellen. Das ist überhaupt nicht der Fall.

Ich sage Ihnen mal, wie es ist: Sie haben sich offensichtlich getäuscht, und Sie waren verantwortlich. Und diese Behörden haben intern eisenharte Diskussionen geführt. Im Bundesnachrichtendienst gab es eine ganze Reihe von Leuten, die gesagt haben: Um Gottes Willen, seid ihr verrückt, so was zu machen? - Ja? Und da gab es Druck von oben, von der Politik usw. Also, wir suchen uns da schon - - Aber jetzt zu sagen, wenn man so eine Frage stellt, dann würde man die Rechtmäßigkeit von Behördenhandeln infrage stellen grundsätzlich - - Ich kann Ihnen sagen: Wir haben hier Akten voll, eine Million Seiten voll, die uns Anlass zu dem Problem geben; deswegen haben wir diesen Untersuchungsausschuss.

Zeuge Heinz Fromm: Ich will Ihnen nichts unterstellen. Entschuldigung, wenn ich das so - - wenn Sie das so - - wenn das bei Ihnen so angekommen ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das haben Sie ja gemacht. Also von daher - -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Ich will nur deutlich machen, dass ich jedenfalls zu meiner Amtszeit - wie das heute aussähe, weiß ich nicht - eine andere Einstellung zu dem Thema hatte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie betrachten doch das Leben immer noch. Deswegen: War das richtig damals?

Zeuge Heinz Fromm: Das betrachte ich immer noch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, jetzt ist aber von beiden Seiten das gesagt worden. - Und jetzt müssen wir erst mal gucken, ob noch Fragen bei der Fraktion Die Linke sind im öffentlichen Teil.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ja!)

- Dann, Frau Renner, haben Sie das Wort.

Martina Renner (DIE LINKE): Nun haben Sie auch zu diversen Vorhalten gesagt, das war Ihnen als Präsident so nicht bekannt, also nicht nur vielleicht Vorgänge manchmal im eigenen Haus, sondern auch insbesondere Vorgänge vom BND, wo wir immer angenommen haben, dass die vielleicht durch ihre Relevanz auch in der Präsidentenrunde behandelt worden wären. Was wir uns noch als Erklärung zumuten, ist - was uns auch Zeugen hier schon angeboten haben -, dass es quasi von Teilen in Geheimdiensten organisatorisch ein Eigenleben gibt, wo quasi die Berichtspflicht gegenüber den Vorgesetzten und der Hausspitze nicht funktioniert. Das scheint im Bundesnachrichtendienst der Bereich TA zu sein, der zum Beispiel diese kritischen Selektoren der NSA auffindet und meint, darüber müsste man dann nichts sagen. Und ich frage mich: Gibt es bei Ihnen auch so etwas?

(Der Zeuge lacht)

- Jetzt lachen Sie.

Zeuge Heinz Fromm: Ja. Wenn ich das wüsste oder gewusst hätte, hätte ich natürlich was unternommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Könnte es sein, dass die Abteilung 6 mit der TA eigenständig Operationen durchspricht und durchführt, von der beide Hausspitzen nichts wissen?

Zeuge Heinz Fromm: Das ist nicht völlig auszuschließen, und das wäre auch nicht von vornherein verboten. Dass auf Arbeitsebene solche Dinge miteinander besprochen werden, man sich



Nur zur dienstlichen Verwendung

gegenseitig unterstützt, hilft und auch etwas gemeinsam unternimmt, das würde ich nicht von vornherein beanstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): Was sind sogenannte abgeschirmte Operationen?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, wenn arbeitsteilig irgendwelche Dinge eruiert werden und man dann womöglich zu einer gemeinsamen Bewertung kommt. - Wenn Sie so abstrakt fragen, kann ich auch nur so abstrakt antworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es abgeschirmte Operationen, bei denen man verabredet, bestimmte Institutionen, Personen nicht zu informieren? Unter „Institutionen“ meine ich PKGr oder G 10-Kommission, das Bundeskanzleramt oder das BMI, die Hausspitze; das ist sehr vielfältig gedacht.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist eine Frage, die ich so nicht beantworten kann. Ich kann mir das nicht vorstellen. Wenn es Regelungen gibt, nach denen zu informieren ist - - Das fängt beim Beamtenrecht - ich hatte das vorhin schon erwähnt - an; wichtige Dinge sind dem Vorgesetzten in der Behörde vorzutragen. Das geht weiter in Richtung Berichtspflicht natürlich zu vorgesetzten Dienststellen; das gilt insbesondere, wenn es um G-10-Maßnahmen geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Heinz Fromm: Dann halte ich das für eine glatte Dienstpflichtverletzung, wenn etwas anderes getan worden wäre.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie in Ihrer Amtszeit Anhaltspunkte oder Erkenntnisse zu solchen Dienstrechtsverletzungen von Mitarbeitern, dass der Berichtspflicht nicht nachgekommen wurde?

Zeuge Heinz Fromm: Also, es mag immer mal eine Beanstandung gegeben haben in dem Sinne: „Warum haben Sie mir das nicht schon längst gesagt?“ oder so.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat das Gegenstände - -

Zeuge Heinz Fromm: Aber Sie müssten mir sagen, was Sie konkret im Auge haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, ich weiß ja nicht, welche Beanstandungen Sie ausgesprochen haben.

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wäre jetzt andersrum die Frage: ob darunter Beanstandungen waren, die unseren Untersuchungsgegenstand betreffen könnten.

Zeuge Heinz Fromm: Daran kann ich mich im Moment nicht erinnern, dass es solche Dinge gegeben hat. Ich war zwölf Jahre im Amt, und es hat gelegentlich solche Ermahnungen gegeben, Hinweise gegeben. Aber ich kann mich jetzt nicht konkret an irgendwelche Dinge erinnern, die - -

Martina Renner (DIE LINKE): Spionageabwehr? Abteilung 6?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): IT-Sicherheit?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja. Ich weiß schon, was Sie beschäftigt hier.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm, genau: Daten.

Zeuge Heinz Fromm: Vielleicht können Sie mir was vorhalten. Dann fällt es mir womöglich ein.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, wir haben dazu keine Unterlagen, was solche Fragen der dienstrechtlichen - -

Zeuge Heinz Fromm: Vielleicht gibt es ja keine.

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen frage ich Sie ja, ob es keine gibt oder ob es keine Beanstandungen - - Sie sagen ja, es gab auch mal hier und



Nur zur dienstlichen Verwendung

da Beanstandungen. Und jetzt wäre für mich eben die Frage, ob Sie sich - -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, aber das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Ob da irgend-etwas dabei war, was - -

Zeuge Heinz Fromm: Wenn ich etwas erfahre, dann geht es mir so wie dem PKGr. Die erfahren was aus der Zeitung und sagen: Wieso habt ihr mir das nicht erzählt? - Solche Sachen gab es immer wieder mal; aber mir fällt jetzt kein konkretes Beispiel ein. Wenn Sie mir jetzt was vorhalten könnten konkret, dann könnte ich möglicherweise sagen: „Ja, da war mal was, und das ist daraus geworden“, wenn ich, soweit ich mich da noch erinnere. Aber die Frage lautet ja im Grunde genommen: Ist irgendwann mal beim BfV was falsch gemacht worden? - Da sage ich: Ja, bestimmt ist auch mal was falsch gemacht worden. Dafür gibt es ja auch bekannte Beispiele.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich hatte ja die Einschränkung noch mal versucht: unsere Untersuchungsgegenstände betreffend.

Zeuge Heinz Fromm: Tut mir leid - oder auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es mal Probleme mit der Abteilung 6?

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. - Nie?

Zeuge Heinz Fromm: Im Gegenteil: Also, ich war mit der Arbeit der Abteilung 6 durchaus zufrieden.

Martina Renner (DIE LINKE): Müssen Auslandsreisen durch Sie genehmigt werden?

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, sämtliche Auslandsreisen von BfV-Mitarbeitern/-innen gehen über Ihren Tisch.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, oder Vizepräsident oder dessen Vertreter; je nachdem, wer da ist. Also, das ist ja die normale Hierarchie.

Martina Renner (DIE LINKE): Unterhält das BfV einen Verbindungsbeamten bei CIA und NSA?

Zeuge Heinz Fromm: Nein, nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Seit wann nicht mehr?

Zeuge Heinz Fromm: Ich würde mal sagen: 2004/05.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Und umgekehrt?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, das ist ja mehrfach schon erwähnt worden: die Station hier in Berlin, die im Grunde genommen für die Kommunikation auch mit uns zuständig ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie selbst Anhaltspunkte zu einem bestimmten Zeitraum, dass so etwas, was dem BND mit Markus R. widerfahren ist, bei Ihnen auch möglich wäre?

Zeuge Heinz Fromm: Anhaltspunkte dafür hatte ich nicht, nie. Aber vorstellbar ist das natürlich, und das war - - Solche Möglichkeiten, solche Gefährdungen waren Gegenstand natürlich auch von entsprechenden Vorsichts- und Sicherheitsmaßnahmen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir sind vorhin unterbrochen worden bei der Causa Vorbeck, an die Sie sich ja vom Begriff erinnert haben.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Könnten Sie kurz noch sagen - da spielt ja möglicherweise auch eine Überwachungsmaßnahme der Journalisten und Journalistinnen eine Rolle und hätte Sie ja dann auch interessieren dürfen -, was Sie davon wussten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Wenn wir dafür Belege oder Erkenntnisse gehabt hätten über die Presseberichterstattung hinaus, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn der Mitarbeiter im Bundeskanzleramt überwacht worden wäre, wäre das für Sie ja auch von Relevanz gewesen, oder?

Zeuge Heinz Fromm: Allemal, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Allemal, oder?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, sicher.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist man dem nachgegangen?

Zeuge Heinz Fromm: Es gab keine belegbaren Erkenntnisse, dass dergleichen geschehen sei; aber ausschließen kann man das natürlich nicht, wenn man an das Thema „Überwachung des Telefonverkehrs“ denkt, über das hier schon hinlänglich gesprochen worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Über welche Möglichkeiten verfügt denn die NSA oder die CIA, in Berlin Festnetzverkehr von Behörden abzuhören?

Zeuge Heinz Fromm: Das ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, unter den NSA-Selektoren, die veröffentlicht wurden in der *Süddeutschen*, befanden sich ja eine Menge von Festnetzbehördenanschlüssen, zum Teil im gesicherten Behördennetz. Das geht ja nicht über Mobilfunkfassung über Radome.

Zeuge Heinz Fromm: Ich habe das im Einzelnen nicht zur Kenntnis genommen. Sie wissen, seit wann ich aus dem Dienst ausgeschieden bin.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Also, ich habe erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich glaube, jetzt hat nur noch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Fragen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Fromm, Sie wissen, was Wirtschaftsspionage ist, nicht?

Zeuge Heinz Fromm: Ich habe eine Vorstellung davon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind Sie auch zuständig: Abwehr -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - von Wirtschaftsspionage. - Können Sie das mit einem Satz sagen, was Wirtschaftsspionage ist nach Ihrer Auffassung? Weil da gibt es immer so verschiedene Definitionen.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, der Unterschied ist zur Konkurrenz- oder Industriespionage, wo Unternehmen sich gegenseitig die Informationen wegnehmen, unerlaubt - - Und hier geht es halt um staatliche Aktivität, also Aktivitäten durch staatliche Nachrichtendienste, gegen Objekte, ob nun Institutionen, öffentliche Institutionen oder private, in anderen Ländern, also in Deutschland in dem Fall.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und für die Abwehr von Wirtschaftsspionage waren Sie zuständig -

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - im Jahr 2007?

Zeuge Heinz Fromm: Auch im Jahr 2007.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch. - Ist Ihnen da mal vom Bundesnachrichtendienst ein Hinweis gegeben worden, dass Sie aktiv werden sollen?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja. Sie meinen die EADS-Geschichte, nehme ich an.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Bingo!



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Ja, klar; war ja zu erwarten. - Das kenne ich, diesen Hinweis; aber daraus hat sich nichts weiter ergeben. Es ist wohl nach meiner Erinnerung so gewesen, dass die Prüfung gezeigt hat, dass das über einen US-amerikanischen Server gelaufen ist, dieser Angriff oder dieser Versuch, Informationen abzugreifen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über einen US-amerikanischen Server?

Zeuge Heinz Fromm: - soweit ich das noch in Erinnerung habe -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja neu.

Zeuge Heinz Fromm: - vielleicht verwechsle ich da was -, und dass aber daraus nicht zwingend zu schließen war, dass das auch ein amerikanischer Dienst gewesen ist, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Heinz Fromm: - sondern dass vielmehr die Erfahrung vorlag, dass solche Server, zumindest für solche kurzzeitigen Maßnahmen, von anderen durchaus hätten gemietet werden können. Es hat jedenfalls die Überprüfung nicht ergeben, dass man einen konkret Verdächtigen hätte ausmachen können. Das ist meine Erinnerung im Moment.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie, also das Bundesamt für Verfassungsschutz, überprüft?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, in dem Sinne, wie ich es eben geschildert habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie der Sache nach- - Sind Sie - - erinnern Sie sich noch, wie Sie darauf gekommen sind? Kam da der BND zu Ihnen und hat gesagt: Hier - -

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht mehr. Ich glaube, es gab - - Ich habe in den Unterlagen

jetzt noch mal geschaut. Es gab ein Schreiben des BND.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Des BND?

Zeuge Heinz Fromm: An das BfV, ja, wenn ich mich recht erinnere.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und kann das auch ein Schreiben gewesen sein Ihrer vorgesetzten Behörde, des Bundesinnenministeriums?

Zeuge Heinz Fromm: Kann ich nicht völlig ausschließen. Es kann auch so gewesen sein, ja, dass es nicht quer zwischen den Behörden ging, sondern dass das BMI uns informiert hat. Ich weiß es nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dass das BMI an Sie geschrieben hat unter Hinweis aufs Kanzleramt, oder wie?

Zeuge Heinz Fromm: Unter Hinweis auf BND oder auf Kanzleramt, ja. Das kann sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Und - -

Zeuge Heinz Fromm: Wenn Sie es haben, können Sie es ja vielleicht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich kann Ihnen das gleich vorlegen. Also, das ist nicht das Problem.

Zeuge Heinz Fromm: Ja. - Was ist denn Ihre Frage, Herr Ströbele?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also, ich dachte jetzt, das sei das gleiche. - Wissen Sie noch, in welchem Jahr das gewesen ist?

Zeuge Heinz Fromm: Sie haben es ja vorhin selber gesagt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich - - Es gibt hier zwei: 2011 und 2007.

Zeuge Heinz Fromm: Ich meine, 2011. Daran kann ich mich erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich Sie durch meinen Vorhalt auf einen falschen Weg geführt möglicherweise.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, das geht ganz schnell bei mir.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, vorher - - War da vorher schon mal was?

Zeuge Heinz Fromm: Mag sein; weiß ich nicht. Helfen Sie mir mal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, war das da auch ein US-Server, oder wie?

Zeuge Heinz Fromm: Also, ich habe einen Vorgang in Erinnerung, wo dann gesagt worden ist: Das kam von einem US-Server. - So weit ist das wohl rückverfolgt worden. Und dann ist gesagt worden: Das kann auch sein, dass der gemietet worden ist von sonst wem. - Das ist meine Erinnerung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, jetzt - - Das ist wahrscheinlich der zweite Vorgang, -

Zeuge Heinz Fromm: Kann sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wo es um EADS und Eurocopter geht. Da sind wir eigentlich inzwischen relativ sicher, dass es anders gewesen sein soll, nämlich dass die NSA bei dem Bundesnachrichtendienst Selektoren eingegeben hat und der Bundesnachrichtendienst dann mithilfe dieser NSA-Selektoren, wenn man so will, für die NSA tätig geworden ist und unter anderem EADS und Eurocopter da drauf seien. Und als der Bundesnachrichtendienst das gemerkt hat - nicht Sie jetzt,

also nicht der Verfassungsschutz, sondern der Bundesnachrichtendienst -, hat man das dann rausgenommen; so jetzt der Erkenntnisstand hier.

Zeuge Heinz Fromm: Aha.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann das auch sein? Oder ist das ein anderer Vorgang?

Zeuge Heinz Fromm: Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht. Sie haben von einem - - Sie haben von 2007 etwas gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Das ist nicht das.

Zeuge Heinz Fromm: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist es ja nicht - ich dachte, das sei das gleiche -, sondern Sie hatten vorhin schon dieses Schreiben - da haben Sie ja schon gesucht -, auch mit den roten Zetteln an der Seite.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht das anders, eben 2007. Da ist auch nicht die Rede von EADS und Eurocopter, -

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern das muss irgendein anderer Vorgang sein.

Zeuge Heinz Fromm: Da - - In dem - - Wenn ich das jetzt eben noch - - Das Kurzzeitgedächtnis ist schlecht bei mir, noch schlechter als das Langzeitgedächtnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kenne ich.

Zeuge Heinz Fromm: In diesem Text, der mir vorgelegt worden ist vorhin von Herrn von Notz, da ging es um eine mehr abstrakte Beschreibung dessen, was da geschieht, angeblich oder tatsäch-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lich geschieht. Und das ist jetzt nicht der Zusammenhang, den Sie meinen, wenn ich Sie jetzt richtig verstehe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Das ist offen - Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Ja. - Und was ist jetzt Ihre Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das, was Sie jetzt erklärt haben mit dem US-Server, das bezieht sich hierauf.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja; auf den konkreten Fall.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2004, nein, 2007.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, ich dachte 2011; aber vielleicht können wir das noch klären.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, 2011 ist das andere, mit dem EADS.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja. Und da, in dem Zusammenhang, habe ich auch in Erinnerung, dass es um einen Server geht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hierzu?

Zeuge Heinz Fromm: In 2011. - Und in 2007 - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und worum geht es in 2007?

Zeuge Heinz Fromm: Da geht es um die - - Da geht es, wenn ich das richtig gelesen habe - ich habe an dieses Schriftstück aus 2007 keine Erinnerung mehr; aber ich habe es ja jetzt gelesen -, um eine allgemeine Beschreibung dessen, wozu die Dienste fähig sind. So habe ich das gelesen. Vielleicht können Sie helfen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie es noch mal lesen? Ich habe es angestrichen. Es ist ein bisschen mehr, -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, dann geben Sie es mir.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ein bisschen mehr als wozu die fähig sind - das wissen wir vielleicht auch so -, -

Zeuge Heinz Fromm: Na ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern - - Vielleicht können Sie da noch mal reingucken -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ich gucke mal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und sagen: Ist das konkreter?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
sowie ein Vertreter der
Bundesregierung nehmen
Einblick)

Also, gerade da, wo ich so ein bisschen gelb angestrichen habe, da steht nichts, dass das allgemeine Vermutungen, wozu die Dienste fähig sind, sind, sondern - -

Zeuge Heinz Fromm: Ja, ja. - Aber es ist abstrakt. Es ist kein konkreter Fall bezeichnet hier, sondern es steht was von Erkenntnissen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Erkenntnisse, ja.

Zeuge Heinz Fromm: Erkenntnisse über Aktivitäten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Heinz Fromm: Aber ich kann mich nicht erinnern, dass daraus irgendetwas Operatives erfolgt wäre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber jetzt gucken Sie doch noch mal vorne: Das ist ein Brief vom Bundesinnenministerium an Sie, also an das BfV, und die schicken doch nicht einfach so mal einen Brief.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Heinz Fromm: Ja, das ist mit der Bitte um Kenntnisnahme. Vielleicht haben Sie das auch zur Kenntnis genommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Also, schicken die das einfach mal so, dass Sie informiert werden sollen? Oder wenn da was von konkreten Erkenntnissen - - Mussten Sie da nicht mehr machen als - -

Zeuge Heinz Fromm: Es ist ja möglicherweise durchaus auch was geschehen. Ich weiß es aber nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Heinz Fromm: Das ist relativ lange her, und ich weiß nicht, ob nun speziell auf diese Information, die in diesem Bericht drin ist und die uns zur Kenntnis gegeben worden ist, eine Aktivität des BfV erfolgt ist und was diese Aktivität zum Ergebnis hatte. Ich weiß es beim besten Willen nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Gab es denn häufiger solche Hinweise? Weil Sie ja vorher auch sagten, was so einem Dienst alles zuzutrauen ist. Ich meine, wenn das einmalig war - -

Zeuge Heinz Fromm: Nein, das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Fromm!

Zeuge Heinz Fromm: Es kann sein, dass immer mal wieder -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, meine ich auch: immer mal wieder.

Zeuge Heinz Fromm: - Anlass bestand, weil irgendwer - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht irgendwer. Es geht da um Freunde und Partner.

Zeuge Heinz Fromm: Nein, so meine ich es nicht; wenn Sie mich ausreden lassen, erkläre ich es Ihnen gerne. - Dass irgendwer in Deutschland so eine Vorstellung oder auch Erkenntnisse oder Indizien hatte, dass dergleichen, wie hier beschrieben, geschieht, dass das auch an uns herangetragen worden sein könnte, das ist durchaus vorstellbar. Aber ich kann mich jetzt an die einzelnen konkreten Zuleitungen nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Heinz Fromm: Und auch schon gar nicht an irgendwelche konkreten Anfassers, um das mal so zu formulieren, die uns in die Lage versetzt hätten, gezielte Maßnahmen zu ergreifen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber - - Also, Sie sagen jetzt wieder, dass irgendwer in Deutschland solche Überlegungen hatte.

Zeuge Heinz Fromm: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier ging es um Überlegungen des Bundesnachrichtendienstes, des Bundeskanzleramtes und den Brief vom Bundesinnenministerium. Das ist, mit Verlaub gesagt, nicht irgendwer.

Zeuge Heinz Fromm: Ich habe das auch nicht abwertend gemeint.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für Sie als Chef - -

Zeuge Heinz Fromm: Ich habe das doch auch nicht abwertend gemeint. Ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Heinz Fromm: - sondern ich habe nur gemeint: Es kann von jeder möglichen Stelle gekommen sein, auch später noch oder davor. Dass das hier Gewicht hat - das bestreite ich doch gar nicht - und Gewicht haben musste und dass das auch in irgendeiner Weise aufgegriffen worden



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist, könnte ich mir auch vorstellen. Ich weiß es schlicht nicht mehr, was darauf konkret veranlasst worden ist im Bundesamt für Verfassungsschutz.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder, Herr Fromm, ich biete Ihnen mal an die Erklärung, die Sie ja vorhin schon gegeben haben: War es so, weil da der BND irgendwie was damit zu tun hat, dass Sie gesagt haben - - und es eben um die NSA geht oder um die Amerikaner geht, dass bei Ihnen dann - - gesagt haben: „Schnell zur Akte, ganz unten rein“?

Zeuge Heinz Fromm: Das nun gerade nicht. Das ist ja gerade das Gegenteil, was hier gemutmaßt wird.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Aber von Ihnen aus, meine ich, -

Zeuge Heinz Fromm: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass Sie gesagt haben: Um Himmels willen! Was handele ich mir da ein?

Zeuge Heinz Fromm: Im Gegenteil. Wenn ich das jetzt interpretiere - - Und ich habe das wahrscheinlich, wenn ich es gelesen habe damals, auch nicht anders gesehen. Wenn sogar der BND als enger Partner so eine Bewertung trifft, dann ist das besonders ernst zu nehmen; das ist doch klar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Ja, meine ich auch.

Zeuge Heinz Fromm: Das will ich auch gar nicht bestreiten. Es ist was anderes, wenn ich sage: Die machen was gemeinsam. - Dann ist das für mich erst mal okay. Das ist hier ein anderer Sachverhalt; das ist ja klar. Wenn die sonst kooperierenden beiden Partner - ein deutscher, ein amerikanischer - übereinander so reden bzw. der BND solche Bewertungen trifft, dann ist das natürlich ernst zu nehmen. Ich weiß nur nicht mehr, was daraus im Amt gemacht worden ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber eigentlich - - Der Wortlaut ist ja relativ klar, nicht?

Zeuge Heinz Fromm: Ja, der Wortlaut und die Bewertung ist klar. Allerdings steht auch nicht drin, wo was wer - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Heinz Fromm: Na ja, gut.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja auch Ihre Aufgabe, das rauszukriegen.

Zeuge Heinz Fromm: Ja, auch; richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Heinz Fromm: Und ob das versucht worden ist, auf welche Weise, in welcher Intensität - ich wiederhole mich -, das weiß ich halt nicht. Ich erinnere mich daran nicht, dass ich davon etwas gehört hätte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können Sie auch nicht sagen, ob das für Sie ein Anlass war, nun vielleicht das auch mit den USA ein bisschen anders zu sehen.

Zeuge Heinz Fromm: Das kann ich Ihnen nicht sagen, nein. Ich kann Ihnen nicht mal sagen, ob ich diesen Bericht gelesen habe. Vermutlich ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten gleich zur Wahl rübergehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So häufig kriegen Sie nicht vom Kanzleramt Post.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will nicht - - Gibt es denn noch Fragen oder - - Wenn wir durch wären, würde ich nämlich jetzt einen Beschlussvorschlag machen. Weil ich glaube, es gibt auch Punkte, die wir in nichtöffentlicher und eingestufte Sitzung fragen wollen, oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Zurufe: Ja!)

- Gut. - Dann würde ich folgenden Beschlussvorschlag machen - - Wenn es keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, dann sollten wir folgenden Beschluss fassen:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Fromm am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen können.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei konkludenter Zustimmung von allen Fraktionen ist dies dann so beschlossen.

Herr Fromm, ich danke Ihnen schon mal ganz herzlich für diesen öffentlichen Teil der Vernehmung, bei dem Sie uns viele Fragen beantwortet haben. Es würde sich die Vernehmung von Dr. Maaßen anschließen, danach dann die nicht-öffentliche Vernehmung von Ihnen weitergehen. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wie lange die Vernehmung von Dr. Maaßen dauert und wie weit wir noch in den Abend reinkommen für die nichtöffentliche bzw. eingestufte Vernehmung. Wir werden kommunizieren, ob es da noch hinkommt.

Zeuge Heinz Fromm: Wie viel Vorlauf kriege ich?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, dass Sie jetzt nicht hier vor der Tür warten müssen; da regeln wir was. Das besprechen wir jetzt eben.

Zeuge Heinz Fromm: Also, eine Viertelstunde oder so hätte ich Zeit?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja. Also, das kriegen wir mindestens hin. - Gut, die Sitzung ist erst mal unterbrochen. Ich denke, dass die Wahl jetzt im Plenum doch insgesamt „all together“ circa eine Dreiviertelstunde dauern wird, bis alle wieder hier sind. So lange ist unterbrochen. - Danke schön.

(Unterbrechung von
16.08 bis 16.53 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Dr. Hans-Georg Maaßen

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt. Ich darf nun unseren nächsten Zeugen, Herrn Dr. Maaßen, begrüßen.

Ich stelle fest, der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen.

Herr Dr. Maaßen, Sie haben den Erhalt der Ladung am 24. Mai 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen, uns Rede und Antwort auf sicherlich viele Fragen stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, zwei Wochen Zeit, hieran Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen, falls dies notwendig ist.

Haben Sie hierzu Fragen, Herr Dr. Maaßen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. - Vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei

Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, sollte dies in Betracht kommen.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Weise fortführen kann und dann die entsprechenden Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. - Ich gehe davon aus, auch hierzu gibt es keine vertieften Fragen.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Wunderbar. - Dann darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Mein Name ist Hans-Georg Maaßen. Ich bin 53 Jahre alt. Ich bin Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, und eine ladungsfähige Anschrift ist über das Bundesamt für Verfassungsschutz, Merianstraße 100, 50765 Köln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wie ich es gerade gesagt habe, möchte ich Ihnen die Gelegenheit geben, falls dies gewünscht ist, ein Eingangsstatement abzugeben, also zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, ohne von den Fragen der Abgeordneten unterbrochen zu werden. Wünschen Sie dies?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Maaßen. - Dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Vielen Dank. - Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Von den Veröffentlichungen des Edward Snowden hatte ich nach meiner Erinnerung zum ersten Mal am 7. Juni 2013 erfahren. Ich traf mich an diesem Freitagmorgen mit General Keith Alexander, dem Direktor der NSA, zu einem Arbeitsfrühstück. General Alexander hielt sich an diesem Tag in Berlin auf, und wir waren verabredet, im Rahmen eines Frühstücks über die Sicherheitslage und eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Bundesverfassungsschutz und NSA zu sprechen.

Zu Beginn des Gesprächs - wir hatten gerade Platz genommen - reichte mir ein Mitarbeiter einen Ausdruck einer deutschen Onlinemedienmeldung. Dieser Medienmeldung zufolge war ein streng geheimes NSA-Dokument öffentlich geworden, und es hieß, die NSA würde Daten aus Telefongesprächen von US-Bürgern auswerten. Ich überflog diese Information und sprach im Laufe des Gesprächs General Alexander auf diese Meldung an. Nach meinem Eindruck reagierte er gelassen und maß dem Vorgang keine besondere Bedeutung bei. Mir ging damals durch den Kopf, dass ich an seiner Stelle sicherlich die Reise sofort abgebrochen hätte. Im Übrigen: Snowden

und seine Veröffentlichungen hatten ansonsten in diesem Gespräch keine Rolle gespielt.

Die durch Snowden bekannt gewordenen Abhörprogramme Prism, Tempora, Boundless Informant und andere waren mir zuvor nicht bekannt. Sie waren nie Gegenstand meiner Gespräche mit der NSA. Wir hatten zwar bis Sommer 2013 eine gute Arbeitsbeziehung zur NSA aufgebaut; aber dies bedeutete zu keinem Zeitpunkt, dass die NSA uns ihre Methodiken und ihre Strategien offenbarte. Für uns ging es in den Gesprächen mit den amerikanischen Partnern darum, ein Mehr an Erkenntnissen zu möglichen terroristischen Gefahren aus dem Ausland zu erhalten.

Die Gefahrenlage im Bereich des islamistischen Terrorismus hatte sich in den Jahren zuvor bereits erheblich verschärft. Aus Deutschland stammende Islamisten wie Mohamed Mahmoud waren in dieser Zeit nach Ägypten und Libyen und von dort nach Syrien und in den Irak gereist. Sie drohten mit Anschlägen in Deutschland.

Deutsche Islamisten waren in Afghanistan und kämpften für al-Qaida oder al-Qaida-nahe Organisationen wie die IBU und die IJU. Unser Informationsbedarf konnte nicht allein durch den BND gedeckt werden. Der BND war ein wichtiger Partner, aber auch er verfügte nur über einen Bruchteil der Informationen, die wir brauchten. Die amerikanischen Nachrichtendienste hatten uns viele wichtige Hinweise gegeben, die dazu führten, dass wir eine Reihe von Anschlagplanungen oder mutmaßlichen Anschlagplanungen frühzeitig erkannten und dadurch verhindern konnten, dass es zu Anschlägen in Deutschland kam.

Die al-Qaida-Zelle um el Kebir, die in Düsseldorf einen Anschlag plante, war mithilfe unserer amerikanischen Partner ausgehoben und vor Gericht gestellt worden. Dagegen haben wir nach meiner Kenntnis von der NSA keine Informationen über rein deutsche Sachverhalte erbeten, noch haben wir sie erhalten, noch sind sie uns angeboten worden. Es ist klar, dass die NSA in Deutschland keine derartigen Befugnisse zur Informationsgewinnung hat. Die Informationsgewinnung im Inland ist unsere originäre gesetzliche Aufgabe,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Outsourcing an einen ausländischen Dienst kommt deshalb überhaupt nicht infrage.

Allerdings haben wir als Inlandsnachrichtendienst erhebliche Probleme bei der technischen Informationsgewinnung. Dies sind weniger rechtliche als technische Probleme; denn wir haben die gesetzliche Grundlage nach dem G-10-Gesetz, einzelfallbezogene Telekommunikationsüberwachung zu betreiben.

Wir haben vielfach das technische Problem, die Daten, die wir aufgrund einer G-10-Anordnung erhalten, technisch lesbar zu machen und auswerten zu können. Unsere Anlage für die Telekommunikationsüberwachung muss mit Blick auf die Übertragungsprotokolle und Codierungen der Hersteller von Telekommunikations-Apps permanent ertüchtigt werden. Dies ist eine unglaubliche Herausforderung. Wir möchten nicht, dass die G 10-Kommission uns die Internetüberwachung eines Terroristen genehmigt, wir aber nicht in der Lage sind, seine Internetkommunikation lesen zu können, nur weil uns die technischen Möglichkeiten oder der technische Sachverstand fehlt.

Die NSA hatte uns vor diesem Hintergrund die Software XKeyscore überlassen - für uns ein reines Analyse- und Auswertewerkzeug, mit dem wir Daten aus unserem Datenpool für uns sichtbar und auswertbar machen. Es war nicht bloßer Altruismus der Amerikaner. Ich hatte die Amerikaner so verstanden, dass sie Sorge hatten, dass wir nicht in der Lage sind, unsere Arbeit richtig zu machen. Hierdurch wären auch nationale amerikanische Interessen in Deutschland und die Stabilität Deutschlands als Bündnispartner gefährdet. Das sind Sorgen der Partner in den USA, die seit einigen Monaten wegen der Sicherheitslage in Westeuropa noch deutlicher artikuliert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ohne die Snowden-Dokumente war bereits für jeden offensichtlich, dass die USA die absolute Vorherrschaft im Cyberraum anstrebten. Der Nationale Sicherheitskoordinator von Präsident Bill Clinton, Richard A. Clarke, hatte bereits vor Jah-

ren in seinem Buch *World Wide War* klargestellt: Die USA nehmen für sich die absolute Vorherrschaft zu Land, zu Wasser, in der Luft, im Weltraum und im Cyberraum in Anspruch.

Die USA haben aus meiner Wahrnehmung eine klare Strategie verfolgt, um dieses Ziel zu erreichen. Durch eine kluge Wirtschaftspolitik, einen erheblichen technologischen Vorsprung und die Vernetzung von Sicherheitsbehörden und Wirtschaft sind die für uns wesentlichen Bereiche der IT-Technik und des Cyberraums amerikanisch: die schlichte Hardware, die Routertechnik, Smartphones - selbst das koreanische Samsung arbeitet mit Google-Android -, Tablets, Suchmaschinen, soziale Netzwerke, Internetwarenhäuser, Auktionshäuser, Apps usw., usw. Und wenn ein Unternehmen auch aus sicherheitspolitischen Gründen amerikanisch sein müsste, wie zum Beispiel das frühere europäische Unternehmen Skype, wird es einfach aufgekauft. Hinzu kommt auch noch, dass die Internetverkehre zu einem großen Teil über US-Territorium verlaufen, Ortungssatelliten amerikanisch sind und dass viele Serverfarmen in den USA stehen. Die USA verfügen zu einem großen Teil über unsere Daten.

Dass die Amerikaner in diesen Bereichen so stark sind, kann man ihnen nicht vorwerfen. Vielmehr müssen wir Europäer uns vorwerfen, ob wir nicht vielleicht eine andere Wirtschaftspolitik für die IT-Technik hätten betreiben sollen. Die Amerikaner haben ihre Automobilindustrie geopfert. Dafür haben sie die Dominanz im Cyberraum. Wir Europäer stehen gegenüber den USA ziemlich nackt da. Das meine ich vor allem in Bezug auf unsere Daten.

Und spätestens nach der Diskussion um das SWIFT-Abkommen mit den USA war auch in Europa bekannt, dass die amerikanischen Nachrichtendienste weitgehende rechtliche Möglichkeiten haben, in den USA auf Datenbestände über Ausländer zuzugreifen, rechtliche Möglichkeiten. Hinzu kommt - und das war auch kein Geheimnis -, dass die NSA über erhebliche personelle, technische und finanzielle Ressourcen verfügt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

In Summe bedeutet das: Erstens. Die USA haben die technische Vorherrschaft für weite Bereiche des Cyberrums. Zweitens. Die Dienste sind sowohl rechtlich als auch technisch in der Lage, diese Vorherrschaft im Rahmen ihrer Aufgabewahrnehmung in Anspruch zu nehmen.

Insoweit bieten die Snowden-Enthüllungen neben vielen Details nur einen wichtigen Hinweis: Die USA haben auch den Willen, dies zu tun. Vielleicht war mancher Europäer naiv und glaubte, die USA würden ihre Vorherrschaft nicht im Rahmen ihrer eigenen Gesetze für sich ausnutzen. Das frühere Mitglied des Deutschen Bundestages Fritz Rudolf Körper zeigte sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Snowden-Enthüllungen überrascht, dass so viele überrascht waren. Ich zitiere:

Wenn wir geschützte Kommunikation wollen, müssen wir eine eigene, robuste Infrastruktur aufbauen.

Zitat Ende.

Das Ganze hat aber mit dem Thema „Spionageabwehr“ nur bedingt etwas zu tun. Wenn Europa es zulässt, dass zum Beispiel innereuropäische Kommunikation über die USA geroutet wird, dass europäische Kommunikation über amerikanische Apps läuft, dass europäische Daten in den USA gespeichert werden, dann darf man sich nicht beklagen, wenn auf der Grundlage amerikanischen Rechts sich amerikanische Nachrichtendienste mit ihren Programmen an diesen unseren Daten bedienen können. Wollte man ein anderes Ergebnis, müsste die europäische Politik die USA zu einem anderen Umgang mit europäischen Daten bewegen oder selbst zu einer Wende in der eigenen Politik kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bereich der Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten verwende ich nicht das Wort „Freunde“ - wir haben keine Freunde -, sondern „Partner“ - Partner, wie man auch sonst von Geschäftspartnern spricht. Wir wissen, dass in unserem Geschäft Freunde nicht immer Freunde sein können, weil die Aufgaben der

Nachrichtendienste den nationalen Interessen folgen. Es gibt Partner, bei denen man eine fast 100-prozentige Deckungsgleichheit der jeweiligen nationalen Interessen feststellen kann. Es gibt aber auch Partner, die man gelegentlich braucht, bei denen die Überschneidung der Interessen gering ist.

Die USA und die anderen Staaten der Five Eyes gehören zu unseren engsten und unverzichtbaren Partnern, vor allem mit Blick auf die Bekämpfung des internationalen islamistischen Terrorismus. Im Verhältnis zu diesen Staaten sind die Überschneidung der nationalen Interessen und damit die Aufgaben der Nachrichtendienste sehr weitgehend. Aber ihre jeweiligen nationalen Interessen sind nicht immer deckungsgleich mit unseren deutschen nationalen Interessen.

Wir alle wissen, dass Deutschland für die USA Partner und politischer Freund ist, dass die USA gleichwohl ein hohes Interesse an unserer Politik haben und es gelegentlich nicht lassen können, auch mit unzulässigen Mitteln Informationen über die deutsche Politik zu gewinnen. Bei dem Geschichtsprjekt des Bundesverfassungsschutzes, das ich im vergangenen Jahr vorgestellt hatte, war festgestellt worden, dass in der frühen Zeit des Bundesverfassungsschutzes viele Berichte des BfV über den BND an die US-Dienste gingen. Das BfV war für die CIA ein aufgeschlagenes Buch.

Bekannt ist auch, dass der frühere Präsident des Bundeskriminalamts, Paul Dickopf, ein Agent der CIA war, und das für sehr viele Jahre. Es gab immer wieder Fälle, in denen wir als Spionageabwehr den Eindruck hatten, dass sich einzelne Vertreter der US-Dienste in Deutschland statuswidrig verhalten, bis hin zum Fall Markus R., dem CIA-Spion im BND, der erst vor wenigen Wochen zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden war.

Unabhängig davon, dass es sich bei den US-amerikanischen Diensten um zentrale Partner in der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit handelt, hat das BfV bei Hinweisen auf nachrichtendienstliche Aktivitäten der USA und der anderen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Five Eyes in Deutschland keinesfalls weggeschaut. Der Vorwurf, die Spionageabwehr des BfV gehe angeblichen Spionageaktivitäten der amerikanischen Nachrichtendienste oder Großbritanniens nur ungenügend nach, ist unbegründet. Die Wahrheit ist, dass unabhängig von den Veröffentlichungen von Edward Snowden bei tatsächlichen Anhaltspunkten allen Verdachtsfällen nachgegangen worden ist.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Manche deutsche Gesprächspartner amerikanischer staatlicher Stellen hatten mitunter auf ein Mindestmaß an Eigenschutz verzichtet. Ich erinnere da beispielhaft an den 2010 bekanntgewordenen Fall des Büroleiters des früheren FDP-Vorsitzenden Dr. Guido Westerwelle, der offensichtlich als Informant oder Agent die US-Botschaft beliefert haben soll.

Vor diesem Hintergrund haben wir als Bundesverfassungsschutz die Enthüllungen von Edward Snowden sehr ernst genommen. Als unmittelbare Reaktion auf die Snowden-Veröffentlichungen hatte ich im Bereich der Spionageabwehr des Bundesverfassungsschutzes eine Sonderauswertung eingerichtet. Diese Sonderauswertung hat Nachforschungen angestellt, um die erhobenen Vorwürfe zu prüfen und gegebenenfalls Konsequenzen für die künftige Arbeit der Spionageabwehr zu ziehen. Dabei wurden im Laufe der Untersuchungen umfangreiche Informationen an den politisch-parlamentarischen Raum weitergegeben. Das Parlamentarische Kontrollgremium wurde regelmäßig unterrichtet, und es wurden etwa 20 parlamentarische Anfragen der Bundesratsfraktionen zu der Thematik beantwortet.

Da die Snowden-Dokumente dem Bundesverfassungsschutz nur aus der Presse bekannt waren, hatte ich als Chef der Spionageabwehr den seinerzeitigen Chefredakteur des *Spiegel*, Herrn Büchner, angeschrieben und ihn gebeten, uns die Dokumente im Original zur Untersuchung zu überlassen. In seiner Antwort vom 28. Januar 2014 begründete Herr Büchner seine Ablehnung mit der Arbeit des NSA-Untersuchungsausschusses. Er schrieb mir - ich zitiere -:

Der Deutsche Bundestag wird die Aktivitäten der NSA voraussichtlich in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufarbeiten, zu dem aller Voraussicht nach auch die Akten Ihres Hauses herangezogen werden. Ich bitte deshalb um Verständnis, dass ich Ihr Anliegen zu diesem Zeitpunkt nicht positiv beantworten kann.

Zitat Ende.

Bemerkenswert aus meiner Sicht, dass der *Spiegel* Sorge hatte, dass die Snowden-Dokumente dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden könnten.

Dass die NSA in den USA auf europäische Daten zurückgreifen kann, dies nach amerikanischem Recht darf und dies aus Gründen des nationalen Interesses auch tut, ist, wie gesagt, nicht wirklich überraschend.

Eine andere Frage, die durch die Snowden-Enthüllungen aufgeworfen wurde, ist für die Spionageabwehr dagegen bedeutsamer: Hat es technische Aufklärungsmaßnahmen durch die Nachrichtendienste der Five Eyes auf deutschem Boden gegeben?

Als Ergebnis der Arbeit der Sonderauswertung ist dazu festzuhalten, dass nach Bewertung aller vorliegenden Informationen letztlich kein konkreter Nachweis dafür geführt werden konnte. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass technische Aufklärungsmaßnahmen in Deutschland durch ausländische Nachrichtendienste regelmäßig nicht nachgewiesen werden können, wenn es sich um eine passive Erfassung von Telekommunikationsverkehren handelt. Die passive Erfassung, also zum Beispiel die Antenne, die gut versteckt den Kommunikationsverkehr abgreift, kann, wie man mir sagte, grundsätzlich nicht detektiert werden. Vor diesem Hintergrund hatte der Generalbundesanwalt am 12. Juni 2015 das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Ausspähung eines von der Bundeskanzlerin genutzten Mobiltelefons durch US-amerikanische



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nachrichtendienste eingestellt, weil sich der Vorwurf mit den Mitteln des Strafprozessrechts nicht gerichtsverwertbar beweisen ließ.

Der Vorwurf, dass aus der US-amerikanischen Botschaft am Pariser Platz in Berlin Abhörmaßnahmen durchgeführt wurden, konnte ebenfalls nicht belegt werden. Ein Zutritts- und Durchsuchungsrecht in der US-Botschaft steht deutschen Behörden nicht zu. Gleichwohl hatte ich bei der US-Botschaft im Oktober 2013 schriftlich nach der Möglichkeit gefragt, ob Mitarbeiter des Bundesverfassungsschutzes relevante Räume der diplomatischen Vertretung der USA in Berlin und Frankfurt am Main begehen dürfen. Meine Anfrage wurde nicht positiv beantwortet.

Ich hatte nach Bekanntwerden der Snowden-Dokumente wiederholt Gelegenheit, mit den Chefs der US-amerikanischen Nachrichtendienste zu sprechen. Das Thema „Snowden-Dokumente und Spionage gegen Deutschland“ war von mir regelmäßig thematisiert worden. Zu den Reaktionen meiner Gesprächspartner in dieser öffentlichen Sitzung nur so viel: Nach meiner Erinnerung haben sie zu keinem Zeitpunkt Spionageaktivitäten in Deutschland oder gegen Deutschland bestätigt oder bestritten. Dies ist professionell; ein anderes Verhalten ist auch nicht von ihnen zu erwarten.

Spionageabwehr ist weitgehend Prävention. Technische Ausspähangriffe können vielfach nicht verhindert werden. Hochrangige Politiker wissen, dass sie jederzeit Ziel eines nachrichtendienstlichen Angriffs werden können. Es sind mit Sicherheit zahlreiche Staaten, die ein großes Interesse daran haben, die Telekommunikation von deutschen Spitzenpolitikern abzugreifen, und dabei denke ich nicht in erster Linie an die USA. Aus Sicht der Spionageabwehr war es bereits riskant, den Neubau ausländischer Botschaften in der Nähe von Bundestag und Bundeskanzleramt zuzulassen. In vielen Ländern werden ausländische Botschaften deshalb bewusst in einem eigenen Diplomatenviertel außerhalb des Regierungsviertels und nicht vis-à-vis von Parlament und Regierungssitz angesiedelt.

Das BfV hatte nach meiner Kenntnis bereits im Zusammenhang mit dem Regierungsumzug darauf hingewiesen, dass die räumliche Nähe von Botschaften aus Gründen des Abhörschutzes problematisch ist. Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass die Botschaften in einer deutlichen Distanz zu den Kerngebäuden von Bundesregierung und Bundestag angesiedelt werden.

Als im Zusammenhang mit den Snowden-Veröffentlichungen in Medien berichtet wurde, das Handy der Bundeskanzlerin sei abgehört worden und aus ausländischen Botschaften in Berlin Mitte würden Lauschangriffe durchgeführt, hat das BfV zusammen mit der Bundespolizei eine Gefährdungsanalyse erarbeitet. Kernaussagen der Gefährdungsanalyse: Sofern keine besondere Verschlüsselungstechnik eingesetzt wird, sind insbesondere Handys akut abhörgefährdet. Gleiches gilt für Tablets. Die Nähe zu den diplomatischen Vertretungen anderer Länder birgt stets eine Abhörgefahr. Das war eine Bestätigung dessen, was BfV und Bundespolizei wiederholt erklärten. Diese Gefährdungsanalyse war eine Fortschreibung der Berichte aus den Jahren 2001 bis 2003.

In der Gefährdungsanalyse haben wir auch zu möglichen Schutzmaßnahmen Stellung genommen. Zur sicheren Kommunikation empfehlen wir Kryptotelefonie. Ich bin mir allerdings auch sicher, dass oftmals Bequemlichkeit und Komfortabilität dazu führen, auf die Nutzung von Kryptotelefonen zu verzichten. Der frühere Wirtschaftsminister Rösler soll kurz vor dem Bekanntwerden der NSA-Affäre noch gesagt haben - ich zitiere -:

Jeder weiß, dass wir unsere privaten Telefone benutzen, obwohl es verboten ist.

Schlusszeichen.

Dann darf man sich auch nicht beklagen, wenn man abgehört wird, und es ist nicht nur die NSA.

Im Zusammenhang mit den Snowden-Dokumenten wurde gemutmaßt, die NSA würde auch Wirtschaftsspionage betreiben. Die Sonderauswertung hatte sich auch mit dieser Fragestellung



Nur zur dienstlichen Verwendung

beschäftigt. Ich selbst hatte die Präsidenten von BDI und DIHT angeschrieben und gebeten, dass mir die Mitgliedsunternehmen etwaige Verdachtsfälle mitteilen. Darüber hinaus habe ich bei einer Reihe von Veranstaltungen mit der deutschen Wirtschaft, in Gesprächen mit Vorständen und Sicherheitsverantwortlichen von Unternehmen, bei Vortragsveranstaltungen der regionalen Industrie- und Handelskammern und von Verbänden dies immer wieder thematisiert. Mir sind allerdings keine derartigen Verdachtsfälle gemeldet worden.

Insgesamt möchte ich feststellen, dass wir keine Nachweise dafür haben, dass die NSA oder andere Nachrichtendienste der Five Eyes Wirtschaftsspionage gegen deutsche Unternehmen betreiben. Von US-amerikanischer Seite wurde im Rahmen von Gesprächen stets betont, dass Wirtschaftsspionage nicht betrieben werde. Nach meiner Auffassung gibt es für uns keinen Grund, dies wirklich anzuzweifeln. Dafür sprechen mehrere Gründe: zum einen die Rechtslage - den US-amerikanischen Diensten ist Wirtschaftsspionage bereits aufgrund ihrer eigenen Rechtslage, einer Presidential Policy Directive, untersagt -, zum anderen die Wirtschaftsordnung. In der Praxis würde man sich zudem bei Weitergabe entsprechender Informationen an einzelne Unternehmen erheblicher Regressforderungen konkurrierender Wettbewerber ausgesetzt sehen. Staatlich organisierte Wirtschaftsspionage macht vor allem dort Sinn, wo primär staatlich betriebene Unternehmen existieren. Dies trifft bekannterweise auf die USA nicht zu.

Gleichwohl gehört es auch zu den Aufgaben der Dienste, Terrorismusfinanzierung und Proliferation insbesondere von Rüstungsgütern zu bekämpfen. Dass hierzu Aufklärungsmaßnahmen durchgeführt werden, von denen auch europäische Unternehmen betroffen sind, ist insoweit nachvollziehbar. Ausschließen kann ich natürlich auch nicht, dass Bedienstete der NSA oder Contractors entgegen Recht und Gesetz vielleicht für Geld Informationen an amerikanische Konkurrenten weitergeben.

Als eine Konsequenz aus den Snowden-Veröffentlichungen wurden im BfV die Neuausrichtung der Spionageabwehr und die damit verbundene Stärkung des sogenannten 360-Grad-Blicks auf den Weg gebracht. Dafür ist der Fachbereich personell und organisatorisch ausgebaut worden. Dies bedeutet, dass sich die Spionageabwehr grundsätzlich gegen Spionageaktivitäten aller ausländischen Nachrichtendienste richtet, ohne vorherige Festlegung auf bestimmte Staaten und insbesondere ohne Ausschluss bestimmter Staaten. Der Schwerpunkt der Spionageabwehr wird aber auch weiterhin auf denjenigen Staaten liegen, deren Zielrichtung in besonderer Weise gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist. Bei aller gebotenen Notwendigkeit der Aufklärung sollten wir nicht vergessen, dass die bedeutsamen Gefährdungen gewiss nicht von unseren engsten Verbündeten ausgehen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ob Edward Snowden Agent des russischen Nachrichtendienstes SWR oder FSB ist, kann ich derzeit - - kann derzeit nicht belegt werden. Die Anwerbung und Führung eines US Geheimdienstmitarbeiters vom Typ Edward Snowden wäre für die russischen Nachrichtendienste bereits ein herausragender Erfolg. Sie wären dadurch in den Besitz von wichtigen Informationen über die Methoden und Fähigkeiten der US-amerikanischen technischen Aufklärung gelangt. Snowden dürfte die NSA ausgeplündert haben, wie kein Zweiter zuvor einen US-amerikanischen Nachrichtendienst ausgeplündert hat.

Allein dadurch, dass russische Nachrichtendienste Kenntnis von diesen Informationen erhielten, war der Schaden für die USA immens. Noch größer wäre der Schaden durch das Bekanntwerden eines solchen Sachverhaltes als ein Überläuferfall, also eines Agenten, der die Fronten bewusst oder in idealistischer Naivität wechselte, oder ein Doppelagentenfall, also jemand, der im Auftrag russischer Nachrichtendienste für die NSA gearbeitet hätte. Der Schaden wäre deshalb größer, weil er einen erheblichen Imageschaden und damit Vertrauensverlust für die US-amerikanischen Nachrichtendienste bedeutet hätte. Es wäre zwar gut für das Ego der russischen Dienste



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Sinne von „Wir können es immer noch“, allerdings wäre es ein zeitlich begrenzter Schaden, und die Welt hätte von diesem Überläufer- oder Doppelagentenfall bestenfalls in einer Randnotiz Kenntnis genommen.

Anders ein Snowden, der weder als Überläufer noch als Doppelagent wahrgenommen wird, ein Snowden, der als selbstloser Idealist als Whistleblower in Erscheinung tritt oder der von russischen Diensten als ein nützlicher, selbstloser Idealist gehalten wird. Dies wäre eine Spionageoperation verbunden mit einer Desinformations- und Einflussnahmeoperation.

Betrachten wir den Erfolg dieser Operation. Die weltweite mediale Darstellung von Snowden als selbstlosem Whistleblower hat dazu beigetragen, dass das Verhältnis von einer Vielzahl westlicher Staaten gegenüber den USA zumindest zeitweise beschädigt worden ist. Ein Keil wurde getrieben zwischen die USA und einige der engsten Verbündeten, besonders zwischen die USA und Deutschland. In keinem anderen Partnerstaat der USA hatte das Thema „Snowden“ die Medien und die politische Diskussion so beeinflusst wie in Deutschland, antiamerikanisch und gegen die eigenen Nachrichtendienste gerichtet.

Und noch mehr! Erinnern wir uns: Der *Spiegel* hat in der Ausgabe 27/2013 vom 1. Juli 2013 geschrieben - ich zitiere -:

Eine NSA-Tabelle, die der SPIEGEL erstmals veröffentlicht ..., dokumentiert, wie massiv das Aufkommen aus dem in Deutschland überwachten Datenverkehr ist. Danach fing die Agency im vergangenen Dezember die Metadaten von durchschnittlich rund 15 Millionen Telefongesprächen täglich und etwa 10 Millionen Internetverbindungen ab. ... Aus der Bundesrepublik fließt damit einer der größten Ströme der Welt in den gigantischen Datensee des amerikanischen Geheimdienstes.

Zitat Ende.

Dieser Bericht hat den Bundestagswahlkampf 2013 deutlich beeinflusst. Uns allen ist in Erinnerung, dass der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel unter offensichtlicher Bezugnahme auf diesen Bericht erklärte, dass die Reaktionen der Bundesregierung auf die - in Anführungszeichen - „millionenfachen Grundrechtsverletzungen“ - Schlusszeichen - vollkommen unzureichend seien. Zitat:

Ich erwarte von der Bundeskanzlerin, dass sie in den Gesprächen die deutsche Verfassung in Amerika vertritt und nicht die Interessen der amerikanischen Geheimdienste in Deutschland.

Zitat Ende. *Handelsblatt* vom 3. August 2013.

Heute wissen wir alle, dass die vom *Spiegel* aufgestellte Behauptung falsch ist. Der *Spiegel* erklärte dazu erst ein Jahr später in der Ausgabe 25/2014 vom 16. Juni 2014, laut BND - Zitat Anfang - „stammten die 500 Millionen Datensätze vom BND, gesammelt in anderen Ländern“. Zitat Ende. Und weiter - Zitat -:

Sollten die Angaben zutreffen, dann wäre die Formulierung von „Boundless Informant“ - und auch die Interpretation des SPIEGEL - falsch gewesen.

Zitat Ende.

Die fast gleiche Sprachregelung findet sich auch auf Seite 237 des Bestsellers der *Spiegel*-Redakteure Stark/Rosenbach *Der NSA-Komplex*.

Es wäre schön, wenn dies nicht nur in einem Nebensatz gesagt worden wäre, sondern auf der Titelseite des *Spiegel* stünde: Wir haben falsch gelegen.

Die deutschen Nachrichtendienste sind durch die Snowden-Affäre in ganz besonderer Weise beschädigt worden - nicht nur durch die erhebliche Ressourcenbindung bei den Nachrichtendiensten, sondern auch, weil im Zusammenhang mit Snowden-Affäre und dem NSA-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages wichtige



Nur zur dienstlichen Verwendung

Informationen über die deutschen Nachrichtendienste öffentlich wurden, sie skandalisiert und die Mitarbeiter der Nachrichtendienste erheblich verunsichert wurden. Dies alles dürfte der russischen Seite insbesondere im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise ausgesprochen entgegengekommen sein. Das Vertrauen der Menschen in Deutschland und das Vertrauen der ausländischen Partner in die deutschen Nachrichtendienste hätte auch geschädigt werden können. Allerdings ist dies nach meinem Eindruck nicht gelungen.

Der russische Auslandsnachrichtendienst SWR hat in den vergangenen Jahren durch einen in die USA übergelaufenen Mitarbeiter erhebliche Niederlagen hinnehmen müssen. Diese Verlustfälle haben mit hoher Wahrscheinlichkeit auch das Ansehen des SWR in Russland und vor allem in der russischen Präsidentschaftsadministration beschädigt. Sofern es sich im Fall „Snowden“ tatsächlich um eine durch den SWR geplante und geführte Agenten- und/oder Propagandaoperation handelt, hätte der SWR seine Schlagkraft und Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Dieses Ergebnis stünde im Einklang mit den verfolgten Zielen der russischen Nachrichtendienste im Rahmen der hybriden Kriegsführung gegen den Westen. Auch der Fall „Lisa“ und die russischen Cybertrolle zeigen, was die russischen Nachrichtendienste heute zu leisten imstande sind: hervorragende Desinformations- und Einflussnahmekampagnen, und das alles in einer Sicherheitslage wie der jetzigen. Täglich erhalte ich Führungsinformationen über mögliche Anschlagpläne in Deutschland oder gegen europäische Partner; derzeit zwei bis vier Warnhinweise täglich. Ein Teil dieser Informationen stammt aus eigenem Aufkommen, viele Meldungen kommen von unseren Partnern. Gerade die sogenannten Ersthinweise, also der Startpunkt unserer Ermittlungen, kommen vielfach von internationalen Partnern, vor allem aus den USA.

Wir müssen auch in Deutschland mit Anschlägen wie in Paris oder Brüssel rechnen. Die Begehungsweise könnte ähnlich sein; „Mumbai-Style“ nennen wir das: zeitgleich an verschiedenen Orten mit Kriegswaffen und Selbstmordattentätern. Als Attentäter denken wir an Terroristen, die als

Flüchtlinge getarnt nach Deutschland kommen, aber auch an Syrien-Rückkehrer und in Deutschland lebende Islamisten. Wir haben in Deutschland mehrere Zehntausend Islamisten, davon über 8 600 Salafisten und fast 500 Gefährder - aus meiner Sicht eine Riesenherausforderung für die Sicherheitsbehörden.

Hinzu kommen für den Bundesverfassungsschutz die Herausforderungen mit dem gewaltbereiten Rechtsextremismus, mit Personen, die Asylunterkünfte in Brand setzen oder Asylsuchende töten wollen, wie zum Beispiel der OSS - - der Bundesverfassungsschutz aufklärte. Gerade in dieser Zeit ist es wichtig, sich auf gut aufgestellte, international vernetzte und anerkannte Nachrichtendienste verlassen zu können.

Ich kann bestätigen, dass meine Mitarbeiter engagiert und leistungsfähig sind, aber die permanenten Skandalisierungsbemühungen gegen die Nachrichtendienste beschädigen die Leistungsfähigkeit. Der Bundesverfassungsschutz ist derzeit von zwei Bundestagsuntersuchungsausschüssen und fünf Untersuchungsausschüssen auf Landtagsebene betroffen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Aus eigener
Schuld!)

Mir ist berichtet worden, dass wir diesem Untersuchungsausschuss aufgrund von 21 Beweisbeschlüssen circa 40 000 Blatt Akten aufbereitet vorgelegt haben.

Allein in der Abteilung 6, Islamistischer Terrorismus, waren in Spitzenzeiten 106 Mitarbeiter mit Angelegenheiten des Untersuchungsausschusses befasst. Im höheren Dienst sind mehr Mitarbeiter für Untersuchungsausschüsse eingesetzt als in der Referatsgruppe 6D für den islamistischen Terrorismus. Niemand sage im Falle eines Terroranschlages, das habe er nicht gehört.

(Martina Renner (DIE
LINKE): Da sind wir jetzt
schuld? - Christian Flisek
(SPD): Das ist ja
unglaublich!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Diese Gefährdungslage macht zudem eines sehr deutlich: Der Herausforderung weltweit agierender terroristischer Netzwerke ist keine nationale Sicherheitsbehörde alleine gewachsen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich aber doch mal hier auf der Bank um ein bisschen Ruhe bitten. Die Zeugen haben die Möglichkeit, das Eingangsstatement ungestört abzugeben. - Herr Maaßen.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber er soll uns nichts unterstellen! - Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das klingt wie eine Abschiedsrede!)

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es ist deshalb nur durch eine intensive globale Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden zu gewährleisten, dass diese Strukturen aufgeklärt und sodann zerschlagen werden. Die USA und Deutschland sind bei der Bekämpfung dieser Bedrohungen enge Partner. Dass wir bislang keine schweren Anschläge innerhalb Deutschlands zu verzeichnen haben, verdanken wir auch der Unterstützung durch die US-amerikanischen und andere Nachrichtendienste. Um es nochmals in aller Deutlichkeit zu sagen: Ohne die internationale Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit ausländischen Nachrichtendiensten wären wir terroristischen Bedrohungen noch sehr viel stärker als ohnehin schon ausgesetzt.

Und beim Informationsaustausch geht es nicht nur um den Austausch von Lagebildern oder um gelegentliche Arbeitsfrühstücke auf Chefebene. Es geht vor allem um den Austausch von personenbezogenen Daten, um Reisebewegungen von Islamisten und die davon ausgehenden Gefahren für die Bundesrepublik Deutschland.

Aber auch unsere Partner sind darauf angewiesen, um Terrorakte durch Personen, die wir kennen, zu verhindern oder zum Beispiel auch um Dschihadisten bei der Weiterreise zum IS zu stoppen oder um uns über deren weiteren Aufenthalt zu informieren. Zum Beispiel: Ohne einen Informationsaustausch zwischen Griechenland und Deutschland hätten wir nicht erfahren,

dass zwei weitere IS-Terroristen, die in Paris am 13. November 2015 an dem Anschlag hätten mitwirken sollen, auf Leros ankamen und von dort Richtung Mitteleuropa reisten. In Salzburg konnten diese Personen am 10. Dezember 2015 festgenommen werden.

Informationsaustausche sind bei der jetzigen Sicherheitslage essenziell. Allerdings fühle ich mich in der Situation, dass von uns einerseits ein noch besserer Informationsaustausch erwartet wird, andererseits, wenn ich an die jüngste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts denke, gefordert wird, Daten nur sparsam zu übermitteln. Hinzu kommt, dass ich wahrnehme, dass uns unterstellt wird, wir würden durch Datenübermittlung an extralegalen Tötungen durch Drohnen mitwirken.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da werden wir noch drüber reden!)

Derartige Unterstellungen weise ich nachdrücklich auch für meine Mitarbeiter zurück, die Tag für Tag eine belastende und schwierige Arbeit machen, damit wir alle - auch Sie - sicherer - ich möchte nicht mehr sagen: sicher - leben können.

Grundsätzlich gilt für das BfV die Maßgabe, dass nur in begründeten Einzelfällen Informationen an ausländische Nachrichtendienste übermittelt werden. Dabei geht der Entscheidung, ob Daten übermittelt werden oder nicht, immer eine Ermessensausübung voraus. Diese erfolgt in jedem Einzelfall nach § 19 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz. Wenn es um Informationen geht, die auf G-10-Maßnahmen beruhen, ist der Maßstab für eine Übermittlung § 4 des Artikel 10-Gesetzes.

Sie alle können sich vorstellen, dass in der jetzigen Zeit schnelle und umfassendere Regelungen über einen Informationsaustausch notwendig sind. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass die Bundesregierung den Gesetzentwurf zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus in den Deutschen Bundestag eingebracht hat. Danach wird dem Bun-



Nur zur dienstlichen Verwendung

desverfassungsschutz künftig eine klare Rechtsgrundlage gegeben, mit wichtigen ausländischen Nachrichtendiensten gemeinsame Dateien einzurichten und zu betreiben. Für mich eine wichtige und klare Ansage.

Zum Thema „Datenübermittlung an die USA und Drohneneinsatz“ möchte ich folgende Anmerkungen machen: Zunächst: Ich war von 2008 bis zum 31. Juli 2012 im Bundesministerium des Innern Stabsleiter Terrorismusbekämpfung. In dieser Funktion war ich Vorgesetzter von Herrn Dr. Romann, als in dessen Referat der Erlass vom 24. November 2010 ausgearbeitet wurde. Diesen Erlass habe ich mitgetragen, und nach meiner Erinnerung war er auch so vorbesprochen. Hintergrund war nach meiner Erinnerung, dass das BfV um klarstellende Weisungen gebeten hatte. Im Übrigen möchte ich hierzu sechs Punkte herausstellen.

Erstens. Der Einsatz von Drohnen ist nach Rechtsauffassung des Generalbundesanwalts laut seiner Einstellungsverfügung vom 20. Juni 2013 völkerrechtlich zulässig. Eine Strafbarkeit hat er abgelehnt. Zu dem im politisch-medialen Raum oftmals thematisierten Fall des Bünyamin E. stellte der Generalbundesanwalt fest - ich zitiere -: Bei B.E. handelte es sich

nicht um einen nach dem humanitären Völkerrecht geschützten Zivilisten, sondern um ein Mitglied einer organisierten bewaffneten Gruppe mit fortgesetzter Kampffunktion. B. E. war erkennbar zum Zwecke der Teilnahme am Jihad nach Pakistan ausgeist.

Zitat Ende.

Dieser Rechtsauffassung des Generalbundesanwalts schließe ich mich ausdrücklich an.

Zweitens. Eine ganz andere Frage ist, ob die rechtmäßigen Drohneneinsätze der USA politisch und moralisch mitgetragen werden. Das ist eine andere Argumentationsebene. Nach meinem Verständnis hatte die Bundesregierung deutlich gemacht, dass sie die Drohneneinsätze nicht gutheißt. In dem Erlass vom 24. November 2010 ist

dies dadurch zum Ausdruck gebracht worden, dass sicherzustellen ist - ich zitiere -, „dass die Listen keine Daten enthalten, die unmittelbar für die geographische Ortung in der in Rede stehenden Region verwendet werden können.“ Zitat Ende. Und daran hat sich das BfV nach allem, was ich weiß, gehalten.

Drittens. Bei den aus Deutschland stammenden Personen, die durch Drohnenangriffe ums Leben gekommen sind, fehlt es an einem Beleg, dass sie Ziel der jeweiligen Drohnenangriffe gewesen sind. Allein die Tatsache, dass sie für deutsche Sicherheitsbehörden relevant waren, wir sie richtigerweise als Dschihadisten einstufen, begründete noch nicht die Schlussfolgerung, dass die Drohnen durch US-Stellen gegen diese Personen und nicht gegen andere Personen eingesetzt wurden. Vielleicht halten wir Deutsche die aus Deutschland stammenden Dschihadisten für besonders wichtig - - und die Amerikaner auch nicht.

Viertens. Die Übermittlung von personenbezogenen Daten an ausländische Nachrichtendienste erfolgt unter Verwendung eines Sperrvermerks, Disclaimers. Durch diesen Vermerk wird klar zum Ausdruck gebracht, dass die Daten nur für nachrichtendienstliche Zwecke verwendet werden dürfen. Sie durften und dürfen nicht für militärische Zwecke verwendet werden, auch wenn militärische Aktionen von der CIA durchgeführt werden sollten.

Fünftens. Nach allem, was ich weiß, sind allein Handytelefonnummern auch unter Einsatz von Gilgamesh nicht ausreichend, um in Afghanistan eine Geolokalisierung vorzunehmen.

Und schließlich sechstens. Die Mitarbeiter des BfV haben die Daten mit gutem Gewissen und im vollen Bewusstsein übermittelt, dass sie nicht zur Geolokalisierung verwendet werden und auch nicht verwendet werden können. Sie haben in dem Glauben gehandelt, nicht an den Drohneneinsätzen der USA mitzuwirken.

Bei einer Vielzahl der in der Vergangenheit, aber auch aktuell bearbeiteten Verdachtsfälle im Bereich des islamistischen Terrorismus haben sich



Nur zur dienstlichen Verwendung

die US-amerikanischen Nachrichtendienste als zuverlässiger und unverzichtbarer Informationsgeber erwiesen. Dass auch deutsche Sicherheitsbehörden umgekehrt US-Dienste durch Übermittlung von Informationen bei der Terrorbekämpfung unterstützen, sollte daher selbstverständlich sein. Wir sehen an den jüngsten Anschlägen in Paris, Brüssel und auch in Istanbul, dass der Austausch von personenbezogenen Daten über die eigenen Landesgrenzen hinweg notwendig ist und sogar noch intensiviert werden muss.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, eine Behauptung, der sich das BfV seit den Veröffentlichungen Edward Snowdens in der Öffentlichkeit ausgesetzt sieht, ist, dass die Privatsphäre von Bundesbürgern durch massenhafte, anlasslose und verdachtsunabhängige Datenerhebung internetgestützter Telekommunikation überwacht und ausgespäht werde. Diese Behauptung ist falsch. Das BfV ist als Inlandsnachrichtendienst keine sogenannte SIGINT-Behörde.

Anders als beispielsweise die NSA betreiben wir keine strategische Fernmeldeaufklärung mittels Signalauswertung von kabel-, satelliten- oder funkgestützter Kommunikation. Wir sind ein Inlandsnachrichtendienst, der nur in Einzelfällen bei Vorliegen besonderer Gründe nach Genehmigung der G 10-Kommission des Deutschen Bundestages und auf der Grundlage des G-10-Gesetzes die Telekommunikation überwachen darf. Telekommunikationsüberwachung durch das BfV ist immer Ultima Ratio. Das heißt, sie erfolgt ausschließlich einzelfallbezogen und nur, wenn andere Möglichkeiten zur Informationsgewinnung ausscheiden oder nicht ausreichen. Eine massenhafte, anlasslose und verdachtsunabhängige Datensammlung erfolgt seitens des BfV nicht.

Bei der in Rede stehenden Software XKeyscore handelt es sich um ein erweitertes Analyse- und Auswertungstool, das dem BfV von der NSA zur Verfügung gestellt wurde. Es dient uns nicht zur Erfassung von Datenverkehren. Die Software wurde als Stand-alone-System in abgeschotteter Umgebung implementiert, sodass ein Datenabgriff durch Dritte nicht möglich ist. XKeyscore wird von uns ausschließlich zur Auswertung be-

reits erfasster Daten aus genehmigten G-10-Einzelmaßnahmen und unter strikter Beachtung deutschen Rechts genutzt. Dass hierin, wie vielfach unterstellt wurde, keine massenhafte Datenerfassung zu sehen sein kann, zeigt sich bereits anhand einer konkreten Zahl angeordneter und durchgeführter Überwachungsmaßnahmen: Beispielsweise entfielen im gesamten Jahr 2014 auf das BfV insgesamt lediglich 148 Einzelmaßnahmen. Von einer anlass- und verdachtslosen Massenüberwachung kann nicht gesprochen werden.

Der laufende Testbetrieb der Software hat zudem gezeigt, dass XKeyscore einen Mehrwert für unsere Arbeit als Inlandsnachrichtendienst hat und die bestehenden Auswertungsmöglichkeiten sinnvoll ergänzt. Die Überlassung von XKeyscore war und ist daher im Hinblick auf unsere nachrichtendienstlichen Fähigkeiten ein großes Plus.

Das BfV hat sich mit der Übernahme von XKeyscore auch nicht zu einer unkontrollierten und massenhaften Datenübermittlung an die NSA verpflichtet. Maßgebend ist das deutsche Recht. Eine Informationsübermittlung findet nur im Einzelfall unter Beachtung des deutschen Rechts statt. Grundsätzlich gilt, dass das BfV zur Erfüllung seiner gesetzlich festgelegten Aufgaben von dem Know-how ausländischer Partnerdienste im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien nur profitieren kann.

Damit wir unserem Auftrag als Inlandsnachrichtendienst gerecht werden können, müssen wir mit der immer rasanteren technischen, technologischen Entwicklung Schritt halten. Die Beobachtung terroristischer Personen oder Strukturen wird durch moderne Telekommunikationsmittel und die Nutzung einer stetig wachsenden Vielzahl von Internetdiensten erheblich erschwert. Diese Entwicklung erhöht die technischen Anforderungen an die Erfassung und Auswertung relevanter Kommunikationsinhalte. Den daraus resultierenden Herausforderungen müssen wir mit einer technischen Ertüchtigung und Stärkung der Analysefähigkeit begegnen. Diesem Zweck dient XKeyscore - und keinem anderen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

XKeyscore war mehrere Jahre im Testbetrieb eingesetzt. Dies war im Wesentlichen den hohen Sicherheitsstandards und der Erarbeitung eines Sicherheitskonzepts geschuldet. Darüber hinaus war auch zu klären, inwieweit sich dieses Werkzeug in die Fortentwicklung unserer eigenen TKÜ-Anlage einfügt.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich komme zum Schluss und möchte noch einmal festhalten, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus nur gemeinsam geführt werden kann. Wir brauchen eine verlässliche und vertrauensvolle Partnerschaft vor allem mit den Staaten der Five Eyes, um den heutigen Bedrohungen erfolgreich begegnen zu können. Zur Aufgabenerfüllung ist ein regelmäßiger und intensiver Informationsaustausch mit ausländischen Nachrichtendiensten zwingend erforderlich. Unabhängig von der Gefahrenlage erfolgt dieser Austausch aber vonseiten des BfV immer nur unter Beachtung geltenden Rechts.

Dies gilt auch für die Gewinnung von Informationen im Rahmen der Telekommunikationsüberwachung. Eine massenhafte, anlasslose und verdachtsunabhängige Datenerfassung wird durch das BfV nicht praktiziert. Im Hinblick auf unsere technischen Fähigkeiten ist auch weiterhin eine ständige Ertüchtigung notwendig. Nur so werden wir dauerhaft in der Lage sein, mit den rasanten Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien Schritt zu halten.

Abschließend möchte ich in Bezug auf die Snowden-Veröffentlichungen nochmals betonen, dass die im BfV eingerichtete Sonderauswertung keine konkreten Nachweise für technische Aufklärungsmaßnahmen durch die Staaten der Five Eyes auf deutschem Boden finden konnte. Dennoch haben wir nach den Snowden-Veröffentlichungen im Bereich der Spionageabwehr den 360-Grad-Blick gestärkt, um entsprechende Aktivitäten aus allen Richtungen noch besser bearbeiten zu können. - Damit beende ich meine Ausführungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Maaßen. - Nach den Aus-

führungen, glaube ich, wird es die eine oder andere Nachfrage geben; aber ich glaube, sehr viel ist schon sehr umfassend dargestellt worden.

Ich fange mal an mit einem Themenkomplex, den Sie ja auch angeschnitten haben. Da geht es um das Abhören, das direkte Abhören, sage ich mal, hier im Berliner Raum. Sie haben gesagt, es wäre klug gewesen, wenn man die Botschaften nicht direkt neben das Parlament und neben die Regierung gestellt hätte. Jetzt ist es nun mal so. Und wir haben durch die Dokumente von Edward Snowden - zumindest die, die online gestellt worden sind bei *Spiegel* im Internet - ja auch das Gefühl zumindest, sage ich jetzt mal, dass das Kanzlerhandy und auch vielleicht andere Handys direkt durch die NSA abgehört worden sind, also nicht, sagen wir mal, durch Zuhilfenahme von Partnerdiensten, durch das Unterschieben von Selektoren, sondern durch das unmittelbare Erfassen der Kommunikation, die über mobile Endgeräte läuft.

Da gibt es ja auch Indizien dafür. Was hat denn der Verfassungsschutz für Indizien dafür und auch dagegen ermittelt, abgewogen? Also, wie sind diese ganzen Prüfvorgänge abgelaufen, oder hat man gesagt: „Na ja, hat sich schon immer schwer herausgestellt, so eine Anlage auf dem Dach, da reinzugucken, klappt ja irgendwie nie so richtig; also, vermuten tun wir alles, aber wissen tun wir nix“? Oder was sind die Erkenntnisse des Für und Wider, dass so ein direktes Abhören stattfindet? Es gab ja auch mal Listen von Festnetznummern, die dann auf einer anderen Plattform erschienen sind. Also, was ist da im Verfassungsschutz an Prüfvorgang geschehen, und wie hat sich das dann dargestellt? Bezogen natürlich auf den Untersuchungszeitraum und die Five-Eyes-Staaten.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Vorsitzender, das sind aus meiner Sicht zwei Sachverhalte, die Sie ansprechen. Das eine ist das Handy der Kanzlerin, das möglicherweise oder mutmaßlich Gegenstand eines Angriffs gewesen war, und das andere sind die Botschaft oder die Botschaften hier in Berlin-Mitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Was das Handy der Kanzlerin angeht, zunächst dazu. Ich hatte schon rekurriert auf den Einstellungsbeschluss des Generalbundesanwalts. Aber darüber hinaus: Das Dokument, das ich im *Spiegel* zur Kenntnis genommen habe, besagte nur, dass es einen Selektor gab - so habe ich es verstanden - oder ein Datenblatt gab mit der Telefonnummer der Kanzlerin.

Wir können nicht feststellen, ob die Kanzlerin Ziel war, ob sie Beifang war, ob die Kanzlerin in Deutschland oder im Ausland Ziel eines derartigen Angriffs gewesen ist. Wir müssen davon ausgehen, dass nicht nur die USA, sondern viele andere Staaten deutsche Spitzenpolitiker angreifen wollen, und ich muss sagen: Dagegen kann man nur etwas machen, wenn man sich selbst schützt.

Ein ausländischer Nachrichtendienstchef hatte mir vor kurzem mal gesagt, dass es ihn auch immer wieder wundert, dass es deutsche Spitzenpolitiker gibt, die in seine strategische Fernmeldeüberwachung hineinflüchten, weil offen kommuniziert würde. Und da, muss ich sagen, kann der Verfassungsschutz nichts machen außer sensibilisieren, und das machen meine Mitarbeiter gebetsmühlenartig, dass wir versuchen, alle, die Entscheidungsträger sind, darauf hinzuweisen. Und wenn ich sage: „Ein ausländischer Dienstchef“, dann war es ein bescheidener europäischer Nachrichtendienst, der mit Sicherheit hier nicht unsere Regierungsspitze als Ziel hat, sondern bei der man davon ausgehen könnte, dass sie in der Tat in die strategische Fernmeldeüberwachung hineingelaufen ist.

Die andere Frage ging in Richtung Pariser Platz bzw. Botschaft in Berlin-Mitte. Ihnen ist bekannt, dass wir Überflüge durchgeführt haben, um Dachaufbauten festzustellen. Ihnen ist auch bekannt, dass ich ein Schreiben gerichtet habe an die amerikanische Botschaft, mit dem Ziel, Begehungen durchzuführen. Ich hatte vorhin darauf hingewiesen, dass wir nicht in der Lage sind, passives Abhören zu detektieren. Das heißt, allein wenn unter einem Dach Antennenanlagen verborgen sind, die dazu führen, dass die Kommunikation abgegriffen werden kann, kann dies im Zweifel nicht durch Überflüge, kann dies im Zweifel auch nicht durch äußere Besichtigung

festgestellt werden, und wenn uns die Botschaft - und sie ist nicht dazu verpflichtet, uns den Zutritt zu gestatten - diese Möglichkeit nicht einräumt, können wir letztendlich auch hier nichts machen.

Auch die Möglichkeiten, sich zu - - Auch die Möglichkeiten der Spionageabwehr sind auch hier, wie ich vorhin sagte, im Wesentlichen auf die Prävention beschränkt, dass man deutlich macht, dass geheime Informationen oder sensible Informationen, die man hier in Berlin-Mitte austauschen will, nur über kryptierte Kommunikationsmittel oder persönlich - - austauscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Unterm Strich heißt das dann noch mal als Hard Facts, die bei den Überprüfungen herausgekommen sind: Ist es eher ein „Man weiß es“, aber Belegen ist schwer? Sehe ich das richtig?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, ich kann nicht sagen: Man weiß es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es ist plausibel. Ich kann es nicht ausschließen. Aber ich muss sagen: Für die Spionageabwehr - und da sehe ich die Spionageabwehr als Prävention - kommt es auch nicht auf den Nachweis an. Das bedeutet, wenn wir sensibilisieren, sagen wir: Es kann dahinstehen, ob amerikanische, chinesische oder was auch immer für ausländische Nachrichtendienste hier abhören. Schützt euch. - Und schützen, heißt in dieser Hinsicht, kryptiert zu kommunizieren oder in anderer Weise geeignet zu kommunizieren, dass ein Abgriff der Informationen nicht möglich ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei dem anderen Sachverhalt, den Sie ja zu Recht gesagt haben - den muss man trennen -, geht es um das Kanzlerinnenhandy, und da ist es ja eine spezielle Einheit, der SCS, also Special Collection Service, die auf dem Dokument ausgewiesen ist, die ja auch bei anderen Dokumenten ähnlicher Art, wo der Verdacht besteht des Ausspähens von Daten, operiert. Ist das ein Indiz für die Authentizität der Dokumente, oder würden Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

sagen: „Das kann natürlich jeder draufschreiben, kann man im Internet googeln, das ist jetzt kein hoher Nachweis“? Aber muss man da nicht auch Plausibilität zugrunde legen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Auch in diesem Fall halte ich es für plausibel, dass es SCS gibt. Ein Nachweis ist aus meiner Sicht auch hier nicht zu führen. Die amerikanischen Dienste haben uns gegenüber dies nicht bestätigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und gibt es aus anderen Quellen Erkenntnisse, dass es SCS gibt, oder? Dass die es nicht bestätigen, erwarte ich. Würde mich alles andere wundern. Außer wenn es es nicht mehr gäbe, würde ich mich nicht wundern, wenn sie es bestätigen. Aber es muss ja möglicherweise andere Quellen geben, zum Beispiel mehrere Dokumente jetzt, die sehr echt aussehen. Es gibt ja auch Innentäter, es gibt ja auch Quellen, die man vielleicht anzapfen kann, die so was bestätigen könnten, Menschen, die mal bei der NSA gearbeitet haben, vielleicht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich sagte: Ich halte es für plausibel, aber ich habe keine weitergehenden Erkenntnisse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Dann komme ich mal zu den Möglichkeiten - - Oder vielleicht noch eine Frage zum 360-Grad-Blick. Sie haben das schön ausgeführt. Den 360-Grad-Blick gab es ja lange schon irgendwie. Also, man hat nie gesagt: „Das machen wir gar nicht. Null.“ Ich habe es so verstanden: Immer wenn ein besonderes Ereignis war, dann hat man hingeschaut.

Was ist denn das Neue eigentlich an dem 360-Grad-Blick, den wir jetzt haben, im Vergleich zu dem, den wir mit einem sehr geringen Personalansatz früher hatten? Das könnte sonst verwirren, weil immer ja vom 360-Grad-Blick geredet wird. Was hat sich da denn jetzt geändert, oder was ist anders früher gewesen? So muss ich ja erfragen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Einen Punkt haben Sie schon angesprochen: die Vermehrung des Personals, das da eingesetzt worden ist, eine Referatsgruppe, die sich auch in einem

besonderen Schwerpunkt damit beschäftigt. Es ist letztendlich nicht so wie zuvor, dass es ein Teilbereich eines großen Referates war, sondern es wird jetzt schwerpunktmäßig in der Referatsgruppe behandelt.

Darüber hinaus haben wir auch ein Konzept erarbeitet für den 360-Grad-Blick; aber ich bitte um Verständnis, ich würde es gerne in einer nicht-öffentlichen Sitzung darstellen, wenn Sie es möchten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte auch gar nicht so das Aktuelle wissen - sonst kommen wir sowieso in Kalamitäten mit dem Untersuchungsgegenstand -, sondern eher, was früher war. Und ich glaube, da, glaube ich, sind wir noch nicht so problematisch, oder?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Gut. - Also, was früher war, da kann ich nur für den Zeitraum meines Dienstantrittes bis 2014, März 2014 berichten. Dort war es in einem Referat ein Mitarbeiter, der im Grunde genommen für die gesamte Welt zuständig war. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass ich dieses Haus in einer Weise übernommen habe, dass ich zur Kenntnis nehmen musste, dass die Spionageabwehr nicht mehr das Kerngeschäft der Tätigkeit des Hauses war und damit auch personell unterbesetzt war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte aus früheren Zeugenaussagen - zum Beispiel Herr Dr. Even -, aber auch punktuell beim vorherigen Zeugen, Herrn Fromm, den Eindruck, dass es im Bereich der systematischen Bearbeitung irgendwie einen Grundkonsens gab: Five Eyes nicht. - Gab es da aus Ihrer Erinnerung eine Erlasslage, eine interne Weisungslage oder irgendwie, dass das vermittelt wurde? Warum Five Eyes nicht bei der systematischen Bearbeitung?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, Sie sprechen in der Tat einen relevanten Punkt an, nämlich die systematische Beobachtung. 360-Grad-Blick bedeutet nicht, dass alle Staaten systematisch beobachtet werden, sondern systematisch werden die Staaten bearbeitet, wo wir den Eindruck haben: Wir sind in besonderer Weise Ziel



Nur zur dienstlichen Verwendung

nachrichtendienstlicher Ausspähung. Dazu haben wir die Five Eyes nicht gezählt. Das heißt, sie fielen insoweit aus dieser systematischen Bearbeitung heraus in den 360-Grad-Blick.

Das hatte zur Folge gehabt, dass eben die personellen Ressourcen eingeschränkt waren zur Bearbeitung dieser Staaten. Das bedeutete aber nicht, dass die Staaten nicht bearbeitet wurden. Ich habe jedenfalls nicht zur Kenntnis genommen, dass es einen Erlass oder eine Weisungslage gab, wonach diese Staaten nicht bearbeitet werden sollen. Im Gegenteil: Wie ich vorhin auch schon ausgeführt habe: Auch diese Staaten sind bearbeitet worden, wenn konkrete Verdachtshinweise bestanden, und es bestanden nach meiner Kenntnis in der Zeit - jedenfalls bevor ich das Amt übernommen habe - eine ganze Reihe von Verdachtshinweisen bei diesen Staaten, aber auch bei anderen Staaten, denen man auch immer wieder nachgegangen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich komme zu einem anderen Thema. Das ist das Thema „Einsatz von XKeyscore“. Wenn ich es richtig verstanden habe, wurde XKeyscore im Bundesverfassungsamt als, ich sage mal, reines Analyse-, Erfassungstool eingesetzt. Der Verfassungsschutz hat es nicht eingesetzt als - - Analysetool, nicht als Erfassungstool eingesetzt. Wenn ich aber bei der Erfassung - war eben mal meine These - im Grunde nicht schon genau differenzieren kann, weil möglicherweise die hausinterne Software das nicht leistet, ist es dann ausreichend, an dem zweiten Teil, bei der Auswertung, denn da XKeyscore einzusetzen? Warum hat man nicht gesagt: „Wir nehmen beide Enden“, also das vorne und das hinten, die Erfassung und die Auswertung? Dann hätte ich doch ein perfektes Instrument, so wie es der BND gemacht hat. Warum hat man weiter auf das Bisherige aus dem eigenen Haus gesetzt bei der Erfassung?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich versuchte, vorhin in meinem Statement schon deutlich zu machen: Wir sind ein Inlandsnachrichtendienst und kein SIGINT-Dienst. Das heißt, wir erfassen insoweit auch nicht. Wir geben aufgrund einer

Entscheidung der G 10-Kommission ein bestimmtes Datum an den Provider oder an die Provider, dass wir sagen: Wir möchten gerne zu der und der Telefonnummer eine Ausleitung haben, Datenausleitung oder zu der und der IP-Adresse eine Ausleitung des Datenstroms haben.

Der Datenstro - Die Daten werden uns zugeliefert. Das heißt also, die Erfassung erfolgt durch den Provider, Zulieferung an uns und wird in unsere TKÜ-Anlage, Telekommunikationsüberwachungsanlage, eingefügt. Das Problem besteht darin, dass wir eine Vielzahl von Datenformaten und Protokollen haben, die jedenfalls uns zugeliefert werden und die wir nicht lesen können. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, dass man durch geeignete Tools in die Lage versetzt wird, die codierten oder durch verschiedene Protokolle nicht lesbaren Daten für uns lesbar zu machen. Und insoweit ist für uns XKeyscore ein unsere bisherige TKÜ-Anlage ergänzendes Tool, das bestimmte Datenformate für uns lesbar und damit auswertbar macht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, findet im Verfassungsschutz keine Erfassung statt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: So wie mir es erklärt worden ist von meinen Fachleuten, erhalten wir die Daten vom Provider zugeliefert, und zwar aufgrund einer G-10-Anordnung. Es ist nicht so, dass wir mit einem Erfassungsgerät in den riesigen Datenstrom hereingreifen und uns das herausnehmen, was wir brauchen, sondern uns wird nur das zugeliefert, was wir aufgrund einer G-10-Anordnung bekommen dürfen. Aber - und das ist die große Herausforderung - das, was wir dann zugeliefert bekommen, müssen wir auch lesbar machen können. Wir müssen erkennen, ob es sich hier um eine E-Mail handelt, ob es sich hier um das Herunterladen eines Videos handelt, ob es sich hier handelt um eine Skype-Kommunikation, was auch immer. Und dazu braucht man Decodierungstools, die in der Lage sind, diese Übermittlungsprotokolle für uns wieder lesbar zu machen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das habe ich verstanden. - Gerade bei der unterschiedlichen Art der Kommunikation - früher hatte man Telefonate, hatte man eine SMS, vielleicht eine E-Mail, jetzt habe ich WhatsApp, Messenger-Dienste usw. - - dass ich dann ein Tool brauche, was mir diese Kommunikation sichtbar macht.

Auf der anderen Seite: Wenn ich das alles nur zugeliefert kriege, wie kriege ich das hin beim Provider - - Klar, ich kann dem sagen: Das Telefonat mit der SMS - -Wie kriege ich das hin beim Provider Messenger-Dienste? Wie kriege ich das hin - - andere Art der Kommunikation? Wie leiten die die denn weiter? Also, wenn ich jetzt bei der Telekom bin mit meiner Telefonie, mit meiner SIM-Karte, ist ja schön, muss aber mit meinen E-Mails ja nicht bei der Telekom sein. Also, es geht mir jetzt nicht um Details. Sie sollen jetzt keine Tricks verraten. Aber nur damit ich verstehe: Wie laufen der vordere Teil und der hintere Teil dieses Bereichs zusammen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, wir müssen eine Information darüber generieren, wie beispielsweise die IP-Adresse oder die Telefonnummer ist. Telefonnummern kann man von Providern abfragen, erfragen, und wenn wir sie nicht bekommen, wie beispielsweise, weil die Leute Prepaid-Karten benutzen und unter Aliasadressen zulassen, müssen wir versuchen, dass diese Telefonnummer auf andere Art und Weise, unter anderem möglicherweise durch einen Einsatz eines IMSI-Catchers, für uns lesbar gemacht wird. Dann gehen wir mit dieser Telefonnummer zum Provider und bitten um Herausgabe dieser ganzen Verkehre, die über diese Telefonnummer laufen. Das können Telefonverkehre sein, und wenn es ein Smartphone ist, können es natürlich auch Internetverkehre sein.

So. Das bekommen wir schon ausgeliefert. Wir erfassen es insoweit nicht selber, sondern uns wird zugeliefert, und unsere Aufgabe besteht dann, es für uns lesbar und auswertbar auch zu machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, verstehe ich. Und dafür ist XKeyscore da?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: In der Tat, dafür ist XKeyscore da, weil es mittlerweile zahlreiche Internetprotokolle von den Providern gibt, die eigentlich auch von Tag zu Tag wechseln und wo wir im Grunde genommen - - die uns so ertüchtigen müssen, dass wir nicht nur Steuerungszeichen sehen, sondern dass wir letztendlich auch in der Lage sind, die Daten, die wir gesetzmäßig erhalten, auch für uns lesbar und auswertbar zu machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was macht dann im Amt Perseus?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Perseus ist gerade so ein Instrument. In die Perseus-Anlage - das sind Hardware und Software - kommen die Daten unserer Provider, sie werden dort eingeleitet, und sie werden aufgrund der dort enthaltenen Technik nach Möglichkeit gesplittet in die Daten, die beispielsweise Telefondaten sind, die Internetverkehrsdaten sind usw. Aber diese Perseus-Anlage ist eine Anlage, die mittlerweile auch schon bejährt ist - die ist nicht alt, aber in der IT-Technik ist ein Jahr schon sehr lang -, die auch nicht - - die im Grunde auch schwerfällig jedenfalls in der Fortentwicklung ist.

Die Frage, die wohl auch gestellt wird, warum wir XKeyscore hier noch nicht in den Wirkbetrieb gebracht haben, hängt auch damit zusammen, dass wir natürlich im Amt uns auch überlegen, wie wir diese Perseus-Anlage weiter fortentwickeln in den nächsten Jahren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte bisher - und das hat ja jetzt auf jeden Fall für mich einiges geklärt - den Eindruck, Perseus ist für die Erfassung da, XKeyscore für die Auswertung. So war mein Eindruck bei den bisherigen Zeugnisaussagen. Das stimmt also nicht. Perseus ist wie so ein Teiler, der die Informationen teilt, Telefonie etc., und XKeyscore kann dann diese Vielzahl von Telekommunikationsebenen darstellen. Oder doch nicht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Um es vielleicht noch einmal deutlich zu machen: Perseus ist die Anlage, in die die gesamten Informationen hineinfließen, die die Provider uns anliefern. Es ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hardware, und es ist natürlich auch Software, und es sollte ursprünglich nach Möglichkeit alles leisten können und damit auch decodieren können. Weil die Technik immer weiter fortgeschritten ist, ist diese Perseus-Anlage nicht in der Lage, alles zu können, und XKeyscore ist ein, man könnte sagen, Modul, das im Grunde genommen die Perseus-Anlage in dieser Auswertungs Kapazität ergänzt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Dann kann man von einer massenhaften Erfassung durch das BfV ja nicht sprechen - noch nicht einmal durch eine Erfassung, sondern durch ein Nehmen der Daten.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es ist richtig. Wir nehmen die Daten, die uns gegeben werden aufgrund einer Einzelfallentscheidung der G 10-Kommission.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann wäre halt immer noch die Frage, wie viel Sie nehmen. Aber trotzdem: Das muss man ja klarstellen. - Wie viel nehmen Sie denn?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich glaube, ich hatte vorhin von 148 Einzelanordnungen gesprochen im Jahr 2014.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, und was empfangen Sie da von Datenmengen? Das ist ja auch interessant.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das kann ich Ihnen nicht sagen; das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sind das dann Einzelpersonen, oder sind das Sachverhalte?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Diese Anordnungen betreffen regelmäßig auch Einzelpersonen. Es muss nicht sein, dass diese Einzelperson bekannt ist. Es kann sein, dass sie uns nicht bekannt ist, aber uns ist möglicherweise die Handynummer bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das Nicht-bekannt-Sein: Das war dann das „auch“ im

Satz, oder? Weil „auch“ Einzelpersonen: Das könnte ja dann auch - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es sind Einzelpersonen auch bezüglich auf die Benamung. Es kann sein, dass uns der Name des Individuums nicht bekannt ist. Es kann allerdings auch sein - und es kommt durchaus vor -, dass es eine Person gibt mit einer ganzen Reihe von Anschlüssen, sodass es sich um einen Antrag handelt gegen eine Person mit einem Namen oder einem uns nicht bekannten Namen und einer ganzen Reihe von Anschlüssen, die neben oder hinter dieser Person stehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn Sie jetzt aus diesen Daten, die Sie erhalten von dem Provider, dementsprechend nachrichtendienstliche Erkenntnisse gewinnen: Was teilen Sie mit Partnerdiensten in diesem Prozess? Schon das Datum, was Ihnen vom Provider gegeben wird, Zwischenergebnisse oder hinterher die ausgearbeiteten nachrichtendienstlichen Erkenntnisse - Meldungen vielleicht, wenn Sie es so bezeichnen würden?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Kenntnis werden grundsätzlich nur für Nicht-Intelligence - - also die nachrichtendienstlichen Endergebnisse unseren Partnern mitgeteilt. In Ausnahmefällen teilen wir auf der Grundlage, ich glaube, von § 4 G-10-Gesetz auch dem ausländischen Partner Auszüge oder Teile jedenfalls von Kommunikation mit. Das ist, soweit mir bekannt ist, der Ausnahmefall. Regelmäßig - und so gehen auch unsere Partner mit uns um - wird nur für Nicht-Intelligence dann mitgeteilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also dass man Einzeldaten, zum Beispiel Metadaten oder so was, mitteilt - „Wir haben hier mal eine Liste Handynummern von Gefährdern“ -, das wäre unwahrscheinlich oder hat auch vielleicht so gar nicht stattgefunden?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das betrifft natürlich letztendlich die Datenübermittlung - jetzt unabhängig von dem Thema Telekommunikationsüberwachung - zwischen uns und anderen



Nur zur dienstlichen Verwendung

ausländischen Diensten. Wenn wir personenbezogene Daten haben zu einem - ich sage mal - terroristischen Gefährder und die Voraussetzungen nach § 19 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz erfüllt sind zur Übermittlung an den ausländischen Dienst, weil von dieser Person auch eine Gefahr für die Sicherheit eines anderen Staates ausgehen könnte, teilen wir diese Informationen dem ausländischen Dienst nach sorgfältiger Prüfung mit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was prüfen Sie dann sorgfältig?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wir prüfen sorgfältig die Voraussetzungen von § 19 Absatz 3, insbesondere ob es sich um ein Datum handelt, das der andere ausländische Dienst benötigt zum Schutz der eigenen inneren Sicherheit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Prüfen Sie auch vielleicht, ob dieses Datum dazu genutzt werden kann, Dinge zu machen, die bei uns nicht rechtmäßig wären?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist in der Tat auch notwendig. Die Daten, die wir übermitteln, dürfen nicht verwendet werden zur menschenrechtswidrigen Behandlung oder auch zu extralegalen Tötungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da wären wir bei diesem Thema. Wie sieht das denn aus mit den Daten, die damals gewonnen worden sind, die dann zu diesen beiden Fällen der Tötung durch eine Drohne geführt haben? Wie war denn dieser Sachverhalt zustande gekommen? Da ist uns gesagt worden, kurze Zeit vorher hat es entsprechende Interviews gegeben. Sind da möglicherweise Daten weitergeleitet worden an die Amerikaner, die zur Lokalisation genutzt worden sind, die vielleicht für andere Dinge genutzt worden sind und dann dazu geführt haben, dass bei einem Drohneneingriff diese beiden Personen ums Leben kamen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Was diese beiden Personen angeht, habe ich ja in meinem Eingangsstatement schon etwas gesagt, und ich möchte noch darauf hinweisen, dass ich zu dem

Zeitpunkt nicht Präsident des BfV war, nicht Angehöriger des BfV, sondern im Bundesinnenministerium Unterabteilungsleiter war.

Gleichwohl möchte ich noch einmal betonen, dass nach meiner Kenntnis diese Daten im Bewusstsein der Mitarbeiter, die sie übermitteln, nicht übermittelt worden sind für Drohneneinsätze und dass man davon ausging, dass die auch nicht geeignet sind für die Lokalisierung von Personen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sagten gerade, ein Abwägungsgegenstand ist, ob die Personen eine Gefährdung für die innere Sicherheit des Landes darstellten. War das denn hier der Fall? Das waren doch Deutsche, wenn ich das richtig verstehe - - einen deutschen Pass, oder nicht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es war mit Blick eben auf Afghanistan, dass diese Personen möglicherweise eine Gefährdung darstellen könnten auch für US-amerikanische Soldaten. Aber Sie überfragen mich. Ich kenne in diesem Falle die Abwägung nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich frage nur, weil Herr Ströbele immer von einer Reisegruppe erzählt. Ich stelle mir dann immer so eine Bustour vor.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Besser: Es ist eine Terrorgruppe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gut, ich wäre so weit mit meinen Fragen durch. - Dann kommen wir zu den Fragen der Fraktionen.

Wenn Sie zwischendurch eine Pause benötigen - habe ich bei den anderen Zeugen auch gesagt - oder ein anderes Getränk, als jetzt da zur Verfügung steht, oder irgendetwas zu essen, geben Sie ein Signal. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Maaßen, erlauben Sie mir zwei Eingangsmerkungen:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihr Vortrag muss an zwei Stellen tatsächlich, denke ich, meinen Widerspruch hervorrufen. Es gibt keine Skandalisierungsversuche im Parlament zur derzeitigen Arbeit und Situation im Bundesamt für Verfassungsschutz, sondern es gibt Skandale im Bundesamt für Verfassungsschutz, die diese Behörde selbst zu verantworten hat und hoffentlich auch löst.

Und zum Zweiten: Sie haben mehrfach darauf abgestellt, dass die Veröffentlichungen im Zusammenhang mit den Dokumenten von Edward Snowden so etwas wie eine Desinformationskampagne möglicherweise ausländischer Dienste darstellen. Mal dahingestellt, aber das ist Geheimdienstgeschäft. Alle Geheimdienste betreiben Desinformationskampagnen, und ich finde, da sollte man tatsächlich dann ein bisschen Ehrlichkeit auch hier an den Tag legen. Ich sage nur das Stichwort „Jülich“ vielleicht.

Und dann zu meinen Fragen:

Sie sagten - ich fange mal mit der Spionageabwehr an -, die Spionageabwehr sei in erster Linie ein Instrument der Prävention; es ginge nicht darum, konkrete Verdachtsmomente zu erhärten oder sogar den Nachweis zu führen, dass es technische Aufklärungsmaßnahmen gegen deutsche Regierungsstellen oder aber auch Wirtschaftsunternehmen gibt.

Ich habe das bisher ein Stück weit immer auch anders verstanden. Wir kennen in Deutschland den Straftatvorwurf des § 99 im StGB - „Geheimdienstliche Agententätigkeit“ - und den Schutz der Kommunikation der Bürger und Bürgerinnen in unserem Grundgesetz. Wenn es nicht darum ginge, Verstöße auch zu ahnden, dann bräuchten wir beides nicht.

Deswegen würde ich tatsächlich gerne fragen zu dieser Arbeitsgruppe, die Sie eingerichtet haben nach Juni 2013 zur Sonderauswertung. Sie sagten, man hat keine Anhaltspunkte gefunden, und ich glaube, da müssen wir die einzelnen Punkte tatsächlich mal durchgehen.

Das Problem beim Kanzlerinnenhandy ist ja von Ihnen beschrieben, dass der Verdacht besteht,

dass die US-Botschaft, die britische Botschaft und andere Botschaften hier im Regierungsviertel Mobilfunkverkehr mittels geeigneter Radome erfasst. Aber - und das würde ich jetzt gerne fragen - was ist Ihr Erkenntnisstand in Ihrer Behörde dazu, dass mittlerweile Selektoren der NSA veröffentlicht wurden, die auf deutsche Ministerien zielen, vom Bundeskanzleramt bis zum Landwirtschaftsministerium runter? Dort sind Festnetznummern aufgeführt, die wenigstens zum Teil sich auch im geschützten Behördennetz bewegen. Wenn diese Selektoren Sinn ergeben sollen, muss es eine Datenerfassung am Kabel geben, auf denen entsprechende Verkehre liegen, die durch die NSA ausgewertet werden.

Welche Erkenntnisse haben Sie also - das wäre die Frage - zu Kabelerfassungen, also insbesondere an der Glasfaser, durch die NSA in Deutschland oder zu Kabeln, in denen deutsche Verkehre, auch Regierungsverkehre möglicherweise, liegen?

Und vielleicht kann ich dann auch ein Stück weit gleich an der Stelle weitermachen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur ein Hinweis: Die Zeit wäre jetzt halb um.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, aber das muss man - - Ja, man muss es, glaube ich, auch ein bisschen herleiten, um was es geht.

In dem Zusammenhang würde ich Sie gerne noch fragen, was Sie zu „Eikonat“ wissen und der Zusammenarbeit in Bad Aibling und dem Einsatz von NSA-Selektoren dort.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wie viel Zeit habe ich zum Beantworten?

(Heiterkeit)

Martina Renner (DIE LINKE): So viel Sie wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie müssen sich nicht an das Zeitkontingent halten. Von daher war das ganz tricky von der Frau Kollegin Renner.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Okay. - Ich fange mit dem letzten Punkt an: „Eikonol“: Weiß ich nichts. Von daher, Frau Renner: Jetzt können Sie twittern: Drei Präsidenten wussten nichts. - Und ich war auch nicht in Bad Aibling und weiß auch nicht, was in Bad Aibling passiert.

Zu Jülich: Das ist eine Unverschämtheit, Frau Renner. Das ist eine Desinformation, die andere zu vertreten haben. Ich habe zu keinem Zeitpunkt gesagt, dass der Forschungsreaktor in Jülich Ziel von terroristischen Anschlägen sein könnte. Zu keinem Zeitpunkt! Das hat meine Pressestelle auch gegenüber Öffentlichkeit und ich gegenüber dem Parlament deutlich gemacht.

Sie sagten, alle Geheimdienste betreiben Desinformationskampagnen. Das ist für mich eine neue Information. Ich weiß, dass es die Russen machen. Aber ich weiß es nicht, dass es deutsche Dienste machen, und ich kann es für meinen Dienst mit Sicherheit ausschließen.

Spionageabwehr nur Prävention? - Nein. Mit Blick auf die technischen Angriffe habe ich vorhin zum Ausdruck gebracht, dass passives technisches Abgreifen ausgesprochen schwer, wenn nicht sogar unmöglich detektierbar ist. Die bloße Antenne, die unter einem Dach ist, meinerwegen in einer Studentenbude in der Nähe der Humboldt-Universität in einem Koffer, die geeignet ist, Telekommunikation abzugreifen, können wir nicht detektieren. Jedenfalls ist es mir so von Technikern berichtet worden.

Insoweit, muss man sagen, kann man sich in der Spionageabwehr grundsätzlich nur auf Prävention beschränken, es sei denn, durch HUMINT-Informationen - meinerwegen jemand petzt, dass jemand einer Antenne hat - könnte man derartige Informationen generieren

Etwas anderes - dazu habe ich mich vorhin nicht geäußert, weil das auch nicht eigentlich Gegenstand dieser Arbeit hier sein sollte - sind HUMINT- Spionageaktivitäten. HUMINT-Spionageaktivitäten, also im Bereich der menschlichen Aufklärung, kann man aufklären vielfach, haben wir auch gute, teilweise sehr gute Erfolge,

und das ist auch ein Schwerpunkt unserer Arbeit.

Sie sprachen Selektoren an. Mir ist bekannt, dass es eine Liste von Telefonnummern aus Ende der 90er-Jahre vermutlich gegeben hat - oder aus den 90er-Jahren; eine andere ist mir jedenfalls so nicht präsent -, wo es Telefonnummern aus dem IVBB gab, von Vorzimmerdamen aus dem Bundesfinanzministerium, glaube ich, von Minister Waigel, der lange, lange nicht mehr im Amt ist. Ich muss einfach sagen: Ich weiß nicht, was es für Listen sind, ob es wirklich Selektorenlisten sind. Ich weiß nicht, ob diese Selektorenlisten auf das Abgreifen von Telekommunikation in Deutschland bestimmt waren oder ob es Listen sind, die im Grunde genommen angefallen sind als Beifang im Rahmen der strategischen Fernmeldeüberwachung. Ich kann es einfach nicht einschätzen.

Was Kabelerfassung durch ausländische Nachrichtendienste in Deutschland angeht, haben wir Nachprüfungen durchgeführt. Wir haben keine Erkenntnisse, dass ausländische Nachrichtendienste in Deutschland eine Kabelerfassung durchführen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie viel habe ich noch?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist noch ein bisschen Luft, wenn Sie wollen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist doch prima. - Mittlerweile, denke ich, haben Sie sich zu „Eikonol“ informiert. Also, wenn Sie sich - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist aber nicht meine Aufgabe als Zeuge.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, es ist ja ein Ansatz, bei dem der BND für die NSA Massendaten bei der Deutschen Telekom unter Legende abgegriffen hat und diese dann mit NSA-Selektoren bearbeitet wurden. Und diese NSA-Selektoren richteten sich auch gegen deutsche und europäische Interessen, und dann sind wir schwups im Bereich der Spionageabwehr. Und das müsste Sie ja dann interessieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das war jetzt eine Frage?

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist die Frage, ja, ob Sie sich mittlerweile mit „Eikonol“ beschäftigt haben.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wie gesagt, ich kenne „Eikonol“ nicht, und ich kenne auch nicht die einzelnen Abstimmungen, die der BND mit der NSA trifft. Ich bin auch nicht die Fachaufsicht über den BND, und ich muss grundsätzlich davon ausgehen, dass der BND sich nach Recht und Gesetz verhält und dass eine Fachaufsicht und das Parlamentarische Kontrollgremium dafür die Gewährleistung tragen, dass dies auch so ist. Es ist nicht Aufgabe der Spionageabwehr, insoweit den BND zu fachbeaufsichtigen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt -

Martina Renner (DIE LINKE): Das haben Sie bei Markus R. anders gesehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - müssten wir aber wechseln zur SPD. Sie kommt als nächste Fraktion dran. Herr Kollege Flisek hat das Wort.

Christian Flisek (SPD): Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. - Herr Maaßen, von unserer Seite auch herzlich willkommen! Ich möchte Bezug nehmen auf Ihr Eingangsstatement. Da hatten Sie die Bündelung der Kapazitäten in Ihrem Hause angesprochen durch die Befassung mit mehreren Untersuchungsausschüssen - nicht nur mit unserem - und haben dann, wie ich finde, einen sehr erstaunlichen Satz gesagt, nachdem Sie eine ganze Zahl von sozusagen Kapazitäten aufgezählt haben, Seiten gesagt haben, die man aufbereiten muss, etc.: Es solle niemand im Falle eines terroristischen Anschlags in Deutschland sagen, er habe das nicht gehört. - Und ich würde Sie ganz offen bitten, das im Kontext der hier stattfindenden parlamentarischen Aufklärung einfach mal einzuordnen, was Sie damit gemeint haben.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich habe das im Zusammenhang mit der immensen Belastung, der meine

Mitarbeiter derzeit gegenüberstehen, zum Ausdruck gebracht. Ich sehe, wir sind derzeit in einer ausgesprochen ernstesten Sicherheitssituation - nicht nur mit Blick auf die Fußballerropa-meisterschaft, sondern schon seit längerem. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir eine Vielzahl von Warnhinweisen bekommen, die sorgfältig bearbeitet werden müssen, und dass ich natürlich Prioritäten setzen muss, und die Arbeit für diesen Untersuchungsausschuss ist eine Priorität. Und jeder Auftrag, den wir bekommen, jeder Beschluss, den Sie treffen, wird von uns umgesetzt. Und ich sage auch meinen Mitarbeitern: Ich möchte nicht, dass Beschlüsse verspätet abgearbeitet werden. Sie bekommen alle Informationen, die Sie für Ihre Arbeit brauchen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Hier wird immer wieder etwas anderes gesagt!)

Auf der anderen Seite hat dies natürlich bei mir im Hause auch zur Folge - diese Prioritätenverlagerung -, dass wir Probleme haben, und ich sprach von der Abteilung 6, Islamistischer Terrorismus. Und dies wollte ich hier einfach deutlich machen.

Ich kann mir genau vorstellen, wenn es in Deutschland einen terroristischen Anschlag geben sollte, was ich nicht hoffe und was hoffentlich niemals stattfinden wird, dass dann die Frage kommt: Wieso konnte das passieren, und was hat der Verfassungsschutz gemacht?

Und vor diesem Hintergrund bitte ich meine Aussage wahrzunehmen.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich danke Ihnen für diese Erläuterung. Ich will auch hinzufügen - zumindest kann ich das für meine Fraktion tun, aber ich glaube, dass das auch für die derzeitige Koalition, vielleicht sogar für alle in diesem Untersuchungsausschuss gilt -, dass wir sehr wohl die Arbeit Ihres Amtes bei der äußerst wichtigen Bekämpfung der Terrorismusgefahren sehen, aber ich auch glaube, dass wir, um genau das, was Sie angesprochen haben, aufzugreifen, insgesamt um eine breite Legitimation der in Deutschland



Nur zur dienstlichen Verwendung

tätigen Dienste bemühen müssen, damit genau sie ihre Arbeit tun können. Und zu einer breiten Legitimation gehört eben auch, sicherzustellen, dass alles im verfassungskonformen Rechtsrahmen stattfindet und dass wir eben eine umfassende Kontrolle haben und dort, wo notwendig, eben auch Untersuchungsausschüsse haben.

Und deswegen würde ich Sie ganz offen bitten, um jede Irritation zu vermeiden, in Ihren Äußerungen sozusagen die Gefährdung durch einen terroristischen Anschlag nicht in eine Position zu bringen mit der, wie ich finde, sehr notwendigen auch parlamentarischen Aufklärung, weil das könnte eventuell sehr falsch verstanden werden.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter, ich stimme Ihnen eigentlich in allen Punkten zu, insbesondere in dem einen Punkt, den Sie angesprochen haben: Nachrichtendienste in Deutschland brauchen, um ihre Arbeit gut machen zu können, eine Legitimation, und diese Legitimation beruht auch auf einer guten parlamentarischen Kontrolle. Wenn die Menschen in diesem Land den Eindruck haben, Nachrichtendienste werden nach Recht und Gesetz geführt und gut kontrolliert, genießen wir, denke ich, in besonderer Weise auch das Vertrauen der Menschen in diesem Land und können unsere Arbeit machen. Von daher habe ich als Behördenchef auch ein Interesse an einer guten parlamentarischen Kontrolle auch durch den Untersuchungsausschuss.

Gleichwohl möchte ich nicht alleine stehen - und deswegen habe ich es auch gesagt - mit dem Problem der Prioritätensetzung in meinem Haus. Und diese Prioritätensetzung und diese Botschaft, denke ich, sind vernommen worden.

Christian Flisek (SPD): Ich möchte mit Ihnen auf einen Erlass eingehen, den berühmten Romann-Erlass. Sie haben auch in Ihrem Eingangsstatement ja darauf Bezug genommen. Da haben Sie gesagt, dass Sie zu diesem Zeitpunkt der Vorgesetzte des Herrn Romann im Innenministerium waren. Richtig?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist zutreffend.

Christian Flisek (SPD): Und dieser Romann-Erlass, der ist ja doch äußerst knapp, aber er ist halt, weil er eben so knapp ist, dann wahrscheinlich auch mit jedem Wort - - hat er entsprechendes Gewicht. Wir haben bisher gehört, dass dieser Erlass eigentlich nur einen Zweck hatte, nämlich eine bestehende Praxis, die bereits über Jahre im Hause stattgefunden hat bei der Übermittlung von Daten, noch einmal quasi zu bestätigen als rechtmäßig, als in Ordnung. Schließen Sie sich dieser Einschätzung an?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: So kann ich mich auch erinnern, dass mir seinerzeit als Unterabteilungsleiter ein Bericht des BfV vorgetragen war, und zwar mit der Konnotation, dass das BfV eine Bestätigung vom Ministerium benötigte oder wünschte mit Blick auf eine bisherige vom BfV geübte Verfahrenspraxis.

Christian Flisek (SPD): Gut. Und weil das eben so knapp ist - ich zitiere; das habe ich auch gerade mit Ihrem Vorgänger im Amt, Herrn Fromm, getan -, würde ich gerne diesen letzten Satz Ihnen noch mal vorlesen. Da heißt es:

Vor einer Übermittlung ist sicherzustellen, dass die Listen keine Daten enthalten, die unmittelbar für eine geographische Ortung in der in Rede stehenden Region verwendet werden können.

So. Das hatte ich auch schon mit dem Herrn Fromm herausgearbeitet. Also, „unmittelbar“ hat eine Bedeutung. Das heißt, aus meiner Sicht gibt es einen Gegensatzbegriff; das ist sozusagen „mittelbar“. Jetzt würde ich Ihnen die Frage stellen wollen: Wie interpretieren Sie das? Wie interpretieren Sie diesen Satz?

Also, Daten, die unmittelbar ohne jede weitere Hinzufügung weiterer Daten - ich habe das „Aufbereitung“ genannt -, ohne jede weitere Aufbereitung durch den Empfängerdienst - - die unmittelbar geeignet sind, eine solche Ordnung herzustellen, dürfen nicht übermittelt werden. Daten, die aber mittelbar dazu geeignet sind, schon. Oder? Liege ich da falsch?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meinem Verständnis sollte diese Formulierung dazu dienen, eine unmittelbare Zurechnung oder auch eine direkte Kausalität nicht herzustellen. Also, ein Datum, das übermittelt wurde, sollte nicht in einem direkten Zusammenhang stehen mit derartigen Drohneneinsätzen.

Christian Flisek (SPD): Gut. Aber noch mal konkret: Sie verwenden den Begriff „direkte Kausalität“ in Bezug auf Unmittelbarkeit. Also, Daten wurden ja übermittelt, und man war der Meinung: „Diese Daten, die wir übermitteln, haben eine Qualität, sodass man unmittelbar keine Ortung herstellen kann“, aber alles andere war okay.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, die - -

Christian Flisek (SPD): So lege ich das - - Ich lege das so jetzt richtig aus? - Also, wenn ich jetzt Mitarbeiter Ihres Hauses wäre, ich hätte diesen Erlass, ich müsste ihn lesen, ich müsste mir die Frage stellen: „Die Daten, die ich hier habe“ - - Ich stehe kurz vor der Übermittlung - ich sage jetzt mal -, sprichwörtlich kurz davor, auf den Knopf zu drücken oder wie auch immer. Ich muss das beurteilen. Dann muss ich mir die Frage stellen: Wenn die die so ohne weiteres Zutun bekommen, können die dann geografisch orten? Aber wenn das nicht möglich ist: Alles andere ist okay.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: So würde ich das heute auch verstehen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Jetzt stelle ich mir die Frage - und jetzt kommen wir noch mal auch in einen juristischen Bereich rein -, wie weit es um die Schutzpflichten der Bundesrepublik Deutschland bestellt ist, insbesondere wenn man sich - ich unterstelle das jetzt mal, und Sie können mich gerne korrigieren - in einem Zustand der Informationsasymmetrie befindet in Bezug auf die Fähigkeiten und Kapazitäten der Empfängerdienste.

Also, ich will mal unterstellen, auch Sie und auch der BND wissen nicht wirklich umfassend, was die Partnerdienste - Sie haben ja Wert darauf gelegt, dass man sie als „Partnerdienste“ bezeichnet - können. Und wenn man sich in einem solchen Zustand befindet, eigentlich - ich sage jetzt mal - der Ahnung, aber im Wesentlichen des Nichtwissens: Inwieweit ist denn dann angesichts der Rechtslage in Bezug auch auf Schutzpflichten sozusagen diese Grenzziehung zu beurteilen? Was wissen wir denn, was die Amerikaner können und was sie mit den Daten, die sie von uns bekommen, dann tatsächlich anfangen können unter Hinzuziehung weiterer Daten und Quellen, die sie haben?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich hatte in meinem Eingangsstatement deutlich gemacht, dass die Mitarbeiter des BfV nach meiner Kenntnis guten Gewissens diese Daten übermittelt haben, dass diese Daten weder geeignet sind noch genutzt werden zur Geolokalisation mit Blick eben auf Drohneneinsätze. Und dazu sollten dienen dieser Disclaimer, der Sperrvermerk, aber auch die Informationen, die man selbst gewonnen hatte mit Blick auf den Einsatz von Handytelefonnummern zur Geolokalisation. Man war damals und, wie man mir sagte, auch heute noch davon ausgegangen, dass allein aufgrund einer Übermittlung einer Telefonnummer eine Geolokalisation nicht möglich ist.

Christian Flisek (SPD): Sie sprechen den Disclaimer ja an, und über den haben wir uns ja auch schon Gedanken hier gemacht. Wir haben uns offen und ehrlich die Frage gestellt, ob er das Papier wert ist, auf dem er steht. Und was mich in diesem Zusammenhang mit der Verwendung dieses Disclaimers sehr verwundert, ist natürlich - - Auch da gibt es einen Satz. Da heißt es - das ist der letzte Satz -:

Wir behalten uns vor, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.*

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats ist u. a. MAT A BMI-21-1.pdf, Blatt 38.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und alle, die wir bisher befragt haben aus Reihen des Bundesamtes, haben uns gesagt, dass sie nicht einen Fall kennen, wo jemals um eine solche Auskunft gebeten wurde. Meine Frage an Sie: Kennen Sie einen solchen Fall?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ist mir auch nicht bekannt. In meiner Funktion als Präsident des Bundesamtes werden solche Anfragen für gewöhnlich auch nicht an mich gerichtet.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, es würde sozusagen auf der operativen Arbeitsebene laufen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist zutreffend.

Christian Flisek (SPD): Würde es denn so sein, dass Sie sich im Vorfeld der Vorbereitung auf diesen Tag heute, wenn es solche Anfragen gegeben hätte, sich das mal vorlegen hätten lassen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein. - Gibt es denn vonseiten der Spitze, also vonseiten der Präsidenten, eine konkrete Weisungslage, wann eine solche Nachfrage vielleicht zu tätigen sei? Ich sage mal ein Beispiel, um das ein bisschen zu beleben: Also, wenn beispielsweise eine Datenweitergabe in einem sehr engen zeitlichen Verhältnis dann zu einem tödlichen Drohneneinsatz durch die Amerikaner stattfindet oder stattgefunden hat und man das nachträglich erfährt: Wäre das nicht ein Anlass, mal nachzufragen im Sinne dieses selbstbenutzten Disclaimers?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wie ich eingangs sagte, bin ich seit dem 1. August 2012 Behördenleiter. Mir ist in der Zeit kein Fall bekannt geworden, dass eine Person, dessen Datum wir übermittelt haben, durch einen Drohnenangriff ums Leben gekommen ist.

Christian Flisek (SPD): Mhm. Also Ihnen ist kein Fall - ich fasse jetzt einfach mal Ihre Aussage zusammen - bekannt in Ihrer Amtszeit, wo um eine solche Auskunft gebeten worden wäre, und es gibt auch keine Weisungslage entsprechend von Ihnen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ist mir nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Jetzt heißt es im Disclaimer weiter: „Weitergabe nur mit unserer Zustimmung ...“ - Da würde mich interessieren: Wie verstehen Sie das, wenn es beispielsweise zu einer Weitergabe eines Dienstes der Amerikaner beispielsweise an den Nachrichtendienst der US-Luftwaffe kommen würde? Ist das eine Weitergabe, die eine Zustimmungspflicht auslöst, weil man sagt, das ist ein anderer Dienst als der, dem wir konkret die Daten übermittelt haben, oder sehen Sie das alles als eine Einheit?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Grundsätzlich würde hier die sogenannte Third Party Rule gelten, dass auch also eine Übermittlung an einen anderen Nachrichtendienst des anderen Staates nur mit unserer Zustimmung möglich ist.

Christian Flisek (SPD): Wurde eine solche Zustimmung jemals angefordert? Ist Ihnen da was bekannt?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Die Frage ist so allgemein gehalten, dass ich sie auch allgemein beantworten muss. Es werden regelmäßig nach meiner Kenntnis Anfragen gestellt, ob und inwieweit also Dokumente, Informationen, die wir übermitteln können, auch an andere Stellen, an andere Dienste des gleichen Staates übermittelt werden.

Christian Flisek (SPD): Dann frage ich es konkreter: Ist Ihnen ein Fall bekannt, wo Daten, bei denen dieser Disclaimer verwendet worden ist, von einem Empfängerdienst an einen anderen Dienst übermittelt werden sollten und wo man da das Bundesamt um Zustimmung gebeten hat?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Der Disclaimer liegt mir nicht vor. Ich vermute, das ist der Disclaimer, der der Anlage - - der DV „Ausland“ beigelegt ist, Anlage 2.

Christian Flisek (SPD): Ganz genau, richtig.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Dieser Disclaimer wird vielfach verwendet, und nach meiner



Nur zur dienstlichen Verwendung

persönlichen Kenntnis gibt es auf Grundlage des Disclaimers auch Anfragen, inwieweit also eine Information an einen anderen Dienst übermittelt werden darf.

Das ist meine Kenntnis, aber, wie gesagt, ich bin als Behördenleiter weit von der operativen Praxis entfernt. Derartige Anfragen gehen nicht über meinen Tisch.

Christian Flisek (SPD): Ich will Sie nur darauf aufmerksam machen: Wir haben dasselbe Thema mit Ihrem Vorgänger, Herrn Fromm, erörtert. Herr Fromm hat uns hier dargelegt, dass es unter seiner Zeit als Präsident offensichtlich so interpretiert wurde, dass man hier nicht von einer dritten Partei ausgeht, wenn ein Empfängerdienst die Daten an einen anderen Dienst desselben Landes weitergibt, sondern man alle Dienste eines entsprechenden Landes als eine Einheit betrachtet. - Ist unter Ihrer Führung ein Wechsel in der Interpretation vorgenommen worden?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich kann Ihnen nur das sagen, was mir bekannt ist, und ich kann mich nicht dazu verhalten, was Herr Fromm Ihnen heute gesagt hat.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie können mir hier auch nicht bestätigen, dass es ganz konkret irgendeinen Wechsel in der Anwendung dieser Klausel gegeben hat.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist mir nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Wann sind Sie denn zum ersten Mal in Ihrer Amtszeit mit diesem Disclaimer in Kontakt gekommen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, aber erst relativ spät, weil mir diese Vorgänge regelmäßig nicht vorgelegt werden.

Christian Flisek (SPD): Und was war dann der Anlass, als Sie mit dieser Klausel in Kontakt kamen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich kann mich nicht erinnern.

Christian Flisek (SPD): Ich würde Sie gerne auch allgemeiner fragen: Welche Vorkehrungen haben Sie denn als Präsident getroffen, damit besondere Vorkommnisse im Sinne des Gesetzes des Parlamentarischen Kontrollgremiums tatsächlich auch in der Hierarchie von ganz unten über die einzelnen Ebenen an Sie herangetragen werden in Ihrem Amt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage wahrscheinlich.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, die Frage der besonderen Vorkommnisse ist nach meiner Erinnerung interpretiert worden durch das Bundeskanzleramt. Diese Interpretation, was besonderes Vorkommnis ist, ist auch, glaube ich, vom Parlamentarischen Kontrollgremium jüngst definiert worden. Dies ist in mein Haus gegeben worden, in alle Abteilungen, zur Beachtung und wird im Rahmen der Vorbereitung auch auf Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums abgerufen.

Christian Flisek (SPD): Danke. Da werden wir noch mal drauf zurückkommen in der nächsten Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Herr Kollege von Notz fängt an.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, weil ich es gerade so interessant fand - Herr Präsident, guten Tag! -, eine Nachfrage genau zu dem Sachverhalt: Hat es denn Fälle gegeben, in denen nachgefragt wurde von amerikanischer Seite und es danach zu Todesfällen oder ähnlichen Ereignissen gekommen ist? Damit meine ich jetzt auch, um das gleich vorwegzusagen, den Bereich vor Ihrer Amtszeit, weil Sie ja bestimmt sich auch damit befasst haben, was in dem Bereich eigentlich passiert ist.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ist mir nicht bekannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, es könnte sein, dass das passiert ist.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich hatte eine Rückfrage zu Ihrem Eingangsstatement, weil ich das nicht ganz verstanden habe, diese Frage von der Interpretation des *Spiegels* bezüglich Boundless Informant.

Also, ich habe mir den Artikel noch mal angeguckt - „Eifer und Gier“ vom 16.06.2014. Da ist sozusagen die Richtigstellung oder - ich würde eben sagen - die Auseinandersetzung mit dem, was die NSA sozusagen gesagt hat, dargestellt. Und deswegen wollte ich Sie jetzt mal als für Spionageabwehr zuständigen Behördenleiter fragen: Schließt das Bundesamt für Verfassungsschutz aus - also durch Kenntnis -, dass keine [sic!] Daten in Deutschland von der NSA abgegriffen wurden? Weil das war ja sozusagen die Interpretation dieser Übersicht „Boundless Informant“, und da steht ja „against the country“ in dieser Interpretation, also nicht „in Kooperation“, sondern „against“. Und deswegen die Frage: Haben Sie positive Kenntnis, dass die NSA nicht eben auch deutsche Kommunikation, Datenverkehre aus Deutschland abgegriffen und weitergeleitet hat?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich verstehe insoweit den Artikel anders, jedenfalls den aus dem Jahr 2013: Dass es bei Boundless Informant darum ging, dass angeblich 500 Millionen Daten über den BND an amerikanische Dienste, an die NSA gelangt sind, und dies - so verstehe ich jetzt den Artikel von 2014 - wird vom *Spiegel* wieder zurückgenommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, der *Spiegel* sagt sozusagen konjunktivisch: Wenn die Angaben aus den USA zutreffen würden - in Klammern: was sie nicht wissen -, dann wäre es anders. - Konjunktivisch! Und so haben Sie es ja auch vorgelesen. Aber ich frage eben nach dem Umkehrschluss. Wissen Sie, dass es so war? Weil das kommt so rüber, als

wenn Sie wüssten, dass auf jeden Fall keine Daten in Deutschland abgegriffen wurden.

Ich frage Sie vor dem Hintergrund, dass wir Akten dazu haben, die leider Geheim sind, aber die Sie wahrscheinlich kennen und in Vorbereitung sich angeschaut haben, mit denen wir uns nachher vielleicht noch auseinandersetzen. Also deswegen: Wissen Sie, dass das nicht so ist?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich kann nicht ausschließen, dass in anderer Art und Weise Daten erhoben werden und ausgeleitet werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nur so - so verstehe ich es - ist es wohl unzutreffend.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn die Aussage der NSA stimmt, dass diese zwei Erfassungsstellen LA987 und noch irgendwie LA irgendwas - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich meine, es heißt da nicht „NSA“, sondern „BND“, Herr Abgeordneter von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie meinen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Im *Spiegel*-Artikel! Die Aussage des „BND“!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es ist die Aussage: „Die NSA hat sich zu ... beiden Sammelstellen nie explizit geäußert“, genau, „aber laut BND ...“. Aber der BND hat, glaube ich - - Da haben Sie recht, aber der BND hat - ich hoffe, ich vermische jetzt nichts mit geheimen Akten - sich das nicht selbst ausgedacht, sondern hat von den USA diesen Hinweis bekommen. Erinnern Sie das auch so, oder - -

(Der Zeuge zuckt mit den Schultern)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Also, Sie wissen es wahr- - Ja, gut. - Also, mir ist so, als wäre das sozusagen ursprünglich aus den USA gekommen, diese Information, aber vielleicht müssen wir - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ursprünglich wollte ich sagen: Diese Information ist falsch. Ich kann nicht ausschließen, dass auf andere Art und Weise durch US-amerikanische Nachrichtendienste technische Aufklärung in Deutschland betrieben wird, und das habe ich vorhin auch zum Ausdruck gebracht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, genau. Das wollte ich -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Genau, genau, genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - noch mal hören.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Aber es sind zwei verschiedene Sachverhalte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Gut. Wir können vielleicht nachher mit den Akten da noch mal weitermachen.

Womit ich anfangen wollte inhaltlich, ist der Einsatz von XKeyscore, der ja beim Bundesamt für Verfassungsschutz, glaube ich, "Poseidon" genannt wird, XKeyscore. Warum eigentlich? Warum nennt man das eigentlich nicht „XKeyscore“?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das war aus meiner Sicht wohl eine Absprache gewesen, dass man dem Ganzen einen anderen Namen gibt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und vor welchem Hintergrund? Warum?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das war vor meiner Zeit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es steht, glaube ich, in den Akten, warum das so ist.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das müssten wir dann in nichtöffentlicher Sitzung machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ja. Aber Sie wissen es, aber Sie wollen es jetzt in öffentlicher Sitzung nicht sagen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich weiß es nicht aufgrund meiner Eigenschaft als Zeuge, sondern - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Durch die Akten. Ja, gut, aber als Zeuge - - Nein, also jetzt, Herr Maaßen: Wissen Sie es oder nicht, warum das „Poseidon“ heißt?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Lassen Sie uns in nichtöffentlicher Sitzung darüber reden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Einverstanden?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - So eine Einrichtung von so einem Betriebssystem mit XKeyscore braucht ja eigentlich so eine Genehmigung, eine Dateianordnung. Hat es die gegeben für Poseidon/XKeyscore?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Soweit mir berichtet worden war, reicht die Dateianordnung, die für Perseus besteht, hierfür aus - für den Testbetrieb zumindest.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Dateianordnung für ein System in Köln soll für das Stand-alone-System in Berlin ausreichen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Na ja, Perseus wird auch in Teilen in Berlin genutzt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Okay. - Und das war eine rechtliche Überlegung, die Sie da angestellt haben, oder haben Sie das so gemacht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Die rechtliche Überlegung haben meine Mitarbeiter angestellt. Nach meiner Erinnerung wurde mir berichtet, dass eine neue Dateianordnung hierzu nicht notwendig ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sozusagen: XKeyscore, die Software der Amerikaner, konnte man unter der Dateianordnung für dieses eigene System vom BfV betreiben nach Einschätzung - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wie ich Ihnen nun gesagt habe: Man muss es als ein zusätzliches Auswertetool sehen. Die Daten haben wir erhalten aufgrund einer G 10-Maßnahme. Sie sind bei uns vorhanden, werden in Teilen ausgewertet im Rahmen der Perseus-Anlage - in Teilen können sie nicht ausgewertet werden in dieser Perseus-Anlage, weil die Perseus-Anlage insofern imperfekt ist, nicht das entsprechende Decodertool hat - und werden dann eingegeben in diese Stand-alone-Anlage mit XKeyscore. Dies ist nach meiner Erinnerung von unserem Datenschutzbeauftragten auch geprüft worden, und er hatte insoweit bestätigt, dass dies datenschutzrechtlich ohne Bedenken ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch schriftlich?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Meines Wissens: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es noch nicht gefunden, aber es kann gut sein, dass wir es in der Menge noch nicht gefunden haben. Wir suchen es noch mal. - Aber XKeyscore sollte ja in den Wirkbetrieb gehen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Frage?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ach so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: XKeyscore soll in den Wirkbetrieb gehen. Wir haben das ausführlich praktisch geprüft. Das heißt: Ist es wirklich ein Mehrwert? Bringt es uns etwas? Wir haben es geprüft mit Blick auf die Sicherheit. Wir wollten auf jeden Fall verhindern, dass durch dieses Programm, dessen Quellcode wir nicht kennen, Datenabflüsse stattfinden können oder dass wir uns da einen Trojaner ins Haus holen, der unsere Daten verändert oder manipuliert.

Die Sicherheitsüberlegungen mussten in ein Konzept fließen. Und was noch hinzukommen muss: Das Ganze muss auch passen in unsere Weiterentwicklung der Telekommunikationsanlage, weil diese Anlage, die wir haben, schon einige Jahre alt ist, wie ich vorhin sagte, und wir sie auch weiterentwickeln müssen. Diese Überlegungen werden in Kürze abgeschlossen sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber noch - ganz kurz, nur um das zum Abschluss zu bringen - läuft dieser Testbetrieb. Noch ist da Strom drauf, und es wird genutzt. Und vielleicht können Sie mir kurz erläutern, warum, wenn Sie besorgt waren, dass das Ganze ein Trojaner sein könnte, obwohl das von den befreundeten Amerikanern kommt -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Verpartnerten Amerikanern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - „verpartnerten“, okay -, verpartnerten Amerikanern kommt - -

(Burkhard Lischka (SPD):
Das ist in anderen Zusammenhängen noch mehr! -
Heiterkeit)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Für Verpartnerschaftungen streiten wir Grünen ja schon ganz lange. - Wenn das von denen kommt und Sie wissen, dass der Bundesnachrichtendienst das in Deutschland auch einsetzt an verschiedenen Stellen, warum geht da nicht das Alarmzeichen der Spionageabwehr beim BfV an? Also, warum sind Sie sensibler, wenn es das eigene Haus betrifft, als wenn es der Bundesnachrichtendienst in Deutschland einsetzt, bei all den Bedenken, die Sie jetzt über Jahre gegenüber diesem Tool haben?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich bitte, mich so zu verstehen: Wir haben nicht von vornherein den Argwohn gehabt, hier könnten die Amerikaner uns irgendeine Software mit Trojaner unterschieben, sondern es ist im Grunde genommen ein Standard von Professionalität, dafür zu sorgen, wenn wir eine fremde Software, die wir nicht kennen, einsetzen, einen hohen Sicherheitsmaßstab anzuwenden, und in dem - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber vier Jahre.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja, vier Jahre. - Und ich muss sagen, wir haben, wie gesagt, nicht nur auf die Sicherheitsfragen geschaut, sondern auch auf die Frage unserer Struktur, unserer Architektur der TKÜ-Anlage, ob und inwieweit es hineinpasst.

Weiteres würde ich dann gerne auch in einer nichtöffentlichen Sitzung sagen.

Was den BND angeht, ist der BND für die Eigensicherung selber verantwortlich. Es ist nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes, die Eigensicherung des BND zu betreiben, genauso wie wir auch unsere Eigensicherung selbst durchführen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, und zwar zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Dr. Maaßen, guten Tag auch von unserer Seite! - Ich will noch mal zurückkommen auf die bereits

besprochene und von Ihnen eingesetzte Sonderauswertung, zu deren Einsetzung es ja kam nach den ersten Vorwürfen hinsichtlich Aktivitäten westlicher Nachrichtendienste in Deutschland. Sie hatten uns ja schon bereits geschildert, wie schwierig sich die Aufklärung gestaltet, und das haben wir ja auch vom Leiter gehört, von Herrn Dr. Even. Und der Eindruck, der hier bleibt, ist ja schon, dass die Ergebnisse etwas mager sind. Das haben wir aber auch schon besprochen, wie es Ihrer Ansicht nach dazu kam.

Jetzt gibt es ja, nachdem die Sonderauswertung beendet wurde im April 2015, einen Abschlussbericht, der VS-Geheim eingestuft ist, der uns leider nicht vorliegt, weil das Argument ist, dass der Bericht schließlich außerhalb des Untersuchungszeitraums erstellt worden ist. Ich entnehme jetzt der Antwort des BMI vom 5. Februar 2014 auf eine schriftliche Anfrage des Kollegen Korte, dass die SAW TAD nach Abschluss ihrer Arbeit den zuständigen Stellen und Gremien einen Abschlussbericht hätte vorlegen sollen. Welchen zuständigen Stellen und Gremien wurde denn der Abschlussbericht vorgelegt - und wann?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, mir ist jetzt die Antwort nicht bekannt, muss ich sagen. Ich habe sie nicht gelesen. Der Abschlussbericht der SAW ist zunächst einmal im BfV bis zur Amtsleitung vorgelegt worden. Wir haben das Bundesinnenministerium unterrichtet, und wir haben bzw. - - ich denke, wir werden auch das entsprechende Kontrollinstrument des Deutschen Bundestages darüber unterrichten.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber ob und wann, ist Ihnen genau nicht bekannt?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das liegt schon seit zwei Jahren vor!)

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ist mir nicht bekannt.

Nina Warken (CDU/CSU): Ein Problem, das wir auch schon angesprochen hatten hinsichtlich der Aufklärungsarbeit ist ja offensichtlich, dass die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Snowden-Dokumente nur sukzessive von Journalisten ausgewertet und veröffentlicht werden. Sie haben sich dann ja auch - das haben Sie in Ihrem Eingangsstatement ja beschrieben - an den *Spiegel* gewandt, um die Dokumente zu bekommen. Das sei ja abgelehnt worden. Haben Sie dann noch mal weitere Versuche unternommen, oder blieb es dann bei dieser Ablehnung, die Sie uns ja schilderten, mit der Begründung, dass gegebenenfalls sonst wir die Dokumente bekommen könnten? Das war ja die Begründung, soweit ich Sie verstanden hatte. Haben Sie dann noch mal was unternommen in die Richtung?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, ich habe seitdem nicht wieder beim *Spiegel* nachgefragt; aber wenn der Untersuchungsausschuss seine Arbeit beendet hat, denke ich mir, dürfte auch beim *Spiegel* kein Hindernis mehr bestehen, uns die Information zur Verfügung zu stellen.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Und ein weiteres Problem bei der Aufklärung ist ja die Authentizität der veröffentlichten Dokumente, die nicht belastbar verifiziert werden kann, wenn dem BfV ja eine unmittelbare Kenntnisaufnahme der betreffenden Snowden-Dokumente nicht möglich ist, und nach Aussagen der Zeugen Wingerath und Dr. Even wäre dies aber für eine fundierte Bewertung der Vorwürfe, die im Raum stehen, schon notwendig. Sehen Sie das ebenso?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich sehe das ebenso, zumal ich den Eindruck habe, dass die Dokumente, die aus dem sogenannten Snowden-Fundus stammen, möglicherweise unterschiedliche Quellen haben. Ich denke zum einen an eine ganze Reihe von Dokumenten, die im *Spiegel* veröffentlicht worden waren, zu Prism, Tempora, Boundless Informant einerseits, zum anderen an ein Dokument, das nach meiner Erinnerung erstmals in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* und dann im *Spiegel* veröffentlicht worden war, das ein Datenblatt mit der Handynummer der Kanzlerin zeigte, aber auch an weitere Dokumente, zum Beispiel Dokumente, die zum Gegenstand haben sollten Telefongespräche der Kanzlerin, die sie einmal geführt haben solle mit Blick, ich glaube, auf einen möglichen Aufenthalt in Vietnam.

Ich will damit zum Ausdruck bringen: Es mag unterschiedliche Quellen geben. Wir können sie nicht einschätzen, diese Quellen, und wir können auch nicht einschätzen, ob dies authentische Dokumente sind, ob dies manipulierte Dokumente sind oder ob das Dokumente sind, die eigens auch für die Darstellung hergestellt worden sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann verstehe ich Sie so, dass es durchaus begründete Zweifel an der Echtheit der Dokumente gibt aus Ihrer Sicht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich sagte eingangs schon, dass eine ganze Reihe von Vorwürfen gegen die NSA von uns geprüft worden sind und wir zum Ergebnis gekommen sind, dass sie plausibel sind. Aber mit Blick eben darauf, dass es eine Vielzahl von Dokumenten auch aus möglichen unterschiedlichen Quellen gibt, können wir die Authentizität auch mancher Vorwürfe nicht nachvollziehen und belegen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, bei WikiLeaks sind ja auch weitere Dokumente veröffentlicht worden, die meines Erachtens auch wohl aus einer weiteren Quelle stammen. Da würden Sie bezüglich der Authentizität dasselbe sagen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ganz genau. Es wundert mich, dass dann auch WikiLeaks, ein ganz anderer Verbreitungskanal als zuvor, Zugang zu dem Snowden-Fundus hatte. Hier wäre es in besonderer Weise wichtig, auf die Originaldokumente zugreifen zu können, um dort auch ermitteln zu können, ob möglicherweise ein ganz anderer hinter der Verbreitung dieser Dokumente steht als Snowden.

Nina Warken (CDU/CSU): Es wird ja auch immer wieder das Argument gebracht, die Amerikaner hätten die Echtheit der Dokumente nie in Abrede gestellt. Überzeugt Sie das Argument?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist richtig. Nach meiner Kenntnis haben amerikanische Dienste und amerikanische Stellen die Echtheit weder bestätigt noch bestritten; aber dies entspricht nach meiner Wahrnehmung der bisherigen Professionalität der Amerikaner, dass sie sich



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu derartigen Dokumenten oder auch zur derartigen Verbreitung von internen Angaben auch nicht verhalten und sich nicht äußern.

Nina Warken (CDU/CSU): Das wäre meine nächste Frage gewesen, ob das überhaupt üblich wäre. - Haben Sie denn mal den Versuch unternommen, die Echtheit von Dokumenten sich von US-Seite oder auch von britischer Seite bestätigen oder dementieren zu lassen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich hatte, wie eingangs gesagt, mit dem amerikanischen Dienstchef natürlich auch über Snowden und diese Verlautbarungen gesprochen, die Enthüllungen gesprochen. Hierzu keine inhaltlichen Äußerungen von den Amerikanern.

Nina Warken (CDU/CSU): Mhm. - Wir haben ein Schreiben von Ihnen vom 28. Oktober 2013, das den Titel trägt „Anfrage zu nachrichtendienstlichen Sachverhalten“, das dem Vertreter des JIS übergeben wurde am selben Tag, und in dem Schreiben erbitten Sie einige Informationen zu Firmen, die gemäß bilateralen Absprachen in Deutschland für das US-Militär zuständig sind, aber auch um Informationen bezüglich des sogenannten Special Collection Service, und Sie erbitten sich dann auch Zugang zu Botschaftsgebäuden, um die im Raum stehenden Vorwürfe ausräumen zu können.

Das Schreiben klingt so, als habe das BfV bis zu dem Zeitpunkt keine Kenntnis oder keine näheren Informationen zu den Punkten, vor allem zu den Firmen oder auch zum Special Collection Service, gehabt. Trifft der Eindruck zu, oder hatten Sie die Themen auch schon vorher, vor den Presseveröffentlichungen, auf dem Schirm?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich hatte vorhin mich schon zu den Special Collection Services geäußert. Wir hatten keine Kenntnis davon, und ich kann es nicht bestätigen, dass es sie gibt, aber es scheint mir plausibel zu sein.

Was die Firmen angeht, sind wir früher nach meiner Kenntnis nicht beteiligt worden bei der Zulassung dieser Contractors in Deutschland, was auch daran liegt, dass man sagen muss, wir

haben es in Deutschland mit zwei verschiedenen Ebenen zu tun des Tätigwerdens oder des Auftretens amerikanischer Nachrichtendienste, zum einen im Bereich der diplomatischen Vertretung und zum anderen mit Blick auf die militärischen Einrichtungen, die hier in Deutschland auf der Grundlage des NATO-Truppenstatuts zugelassen sind.

Auch in diesen militärischen Liegenschaften gibt es nach meiner Kenntnis natürlich nachrichtendienstliche Mitarbeiter der Amerikaner, die tätig sind zur Unterstützung militärischer Planungen und Operationen im Ausland. Wir sind insoweit weder was die nachrichtendienstlichen Mitarbeiter noch was Contractors, Unterstützer, unterstützende Privatunternehmen angeht in der Vergangenheit nach meiner Kenntnis eingebunden worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, hat es dann infolge der Snowden-Enthüllungen eine stärkere oder überhaupt eine Beteiligung gegeben beim DOCPER-Verfahren?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wir sind eingebunden worden, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Stärker?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wir sind stärker eingebunden worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Zeuge Dr. Ney berichtete hier nämlich, dass das Auswärtige Amt seit Anfang 2014 das BMI, das Kanzleramt, das BMVg an den Prüfungen der Unternehmen, die eben analytische Dienstleistungen für US-Streitkräfte in Deutschland erbringen, beteiligt und dass man auch bei anderen Ressorts abgefragt habe, ob dort Erkenntnisse vorlägen, die eine Privilegierung der Unternehmen ausschließen würde. Und jetzt verstehe ich Sie so, dass Sie dann wahrscheinlich über das BMI an den Prüfungen beteiligt waren.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Soweit ich weiß, werden wir jetzt beim DOCPER-Verfahren beteiligt mit Blick darauf, ob wir Einwände gegen die Zulassung dieser Unternehmen haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie das Verfahren kurz schildern?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung - und da muss ich sagen: Als Behördenchef bin ich an der Praxis nicht dran; da müssten Sie die betreffenden Mitarbeiter meines Hauses oder des Auswärtigen Amtes befragen -, nach meiner Erinnerung werden wir mit Blick auf Unternehmen, die zugelassen werden sollen, beteiligt und haben die Möglichkeit, im Rahmen der Abfrage unserer Datenbanken Bedenken zu erheben.

Nina Warken (CDU/CSU): Die jetzt detaillierteren Prüfungen, die man wohl vornimmt, halten Sie die für fachlich ausreichend nun? Oder gibt es da immer noch Bedenken Ihrerseits?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Aus meiner Sicht sind das wichtige Prüfungen, die durchgeführt werden. Allerdings kann man sich auch nicht zu viel versprechen; denn zu vielen Unternehmen liegen uns keine Informationen vor. Und das muss man einfach auch im Blick haben, wenn wir keine Bedenken gegen diese Unternehmen melden.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn ich den Zeugen Wingerath richtig verstanden habe, haben Sie mit dem Schreiben vom 28. Oktober 2013 an JIS ja unmittelbar auf die Berichterstattung der Vortage in *Süddeutscher Zeitung* und auch im *Spiegel* reagiert und, wie schon gesagt, ja auch eine Vereinbarung von Begehungsterminen für die US-Botschaft hier in Berlin, aber auch des Generalkonsulats in Frankfurt vorgeschlagen. Herr Dr. Even meinte in seiner Vernehmung, er habe sich insbesondere zu diesem Punkt, also zu den Begehungen, von vorneherein keine umfassende Antwort der Amerikaner erhofft. Gingen Sie denn davon aus, dass die Amerikaner Ihren Bitten entsprechen würden? Und welche Bitten hielten Sie denn am ehesten für erfüllbar?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: In der Tat, nach der meines Wissens Wiener Diplomatenrechtskonvention besteht kein Anspruch auf Zugang zu ausländischen diplomatischen Einrichtungen. Es

war aus meiner Sicht auch ein besonderer Vorgang, dass ich ein derartiges Schreiben an den Vertreter von JIS in Berlin gerichtet habe. Ich musste davon ausgehen, dass die amerikanische Seite hier auch keinen Präzedenzfall schaffen will und uns Zugang zu Einrichtungen gestatten würde, den sie ansonsten nicht gestatten täte. Insofern war es eine Anfrage, wohl wissend, dass diese Anfrage mit hoher Wahrscheinlichkeit, mit Bezug jedenfalls auf die Begehung, negativ beschieden würde. Gleichwohl habe ich damit auch ein besonderes Signal in Richtung US-amerikanische Seite zum Ausdruck bringen wollen.

Nina Warken (CDU/CSU): Was genau haben Sie sich denn von gerade einer Begehung der Botschaftsgebäude erhofft? Wie genau sollte die aussehen? Haben Sie sich vorgestellt, dann alle Räume in Augenschein nehmen zu können?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sie haben, Frau Abgeordnete, vorhin zutreffend darauf hingewiesen, dass dieses Schreiben auch in einem zeitlichen Zusammenhang zu sehen ist mit der Berichterstattung in Zeitungen und dem *Spiegel*-Magazin zu möglichen Abhörmaßnahmen aus der amerikanischen Botschaft. Ich hatte hier auch gesagt, dass wir Überflüge durchführen, und ich möchte hinzufügen, dass wir jedenfalls keine Antennenaufbauten zur Kenntnis genommen haben, die wir jedenfalls in einer Weise identifizieren können, dass diese Antennenaufbauten als Abhöreinrichtungen fungieren. Gleichwohl, da es sich auch um ein neues Gebäude handelt, ist nicht auszuschließen, dass unterhalb des Daches Antennenaufbauten, Antennen verborgen sind, die genutzt werden könnten als Abhöranlagen. Von daher, eine Begehung könnte schon zum Ergebnis führen, dass oder dass keine derartigen Antennenanlagen unterhalb des Daches verborgen sind, um eine technische Aufklärung in Berlin-Mitte durchzuführen.

Nina Warken (CDU/CSU): Hatten Sie dann noch mal nachgehakt wegen der Begehung, oder haben Sie das dann auf sich bewenden lassen, weil es ja eben unter anderem auch um das deutliche Signal ging, das man einfach mal senden wollte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung habe ich es auch einmal mündlich angesprochen gegenüber einem Vertreter der Botschaft, aber hier jedenfalls keine positive Antwort bekommen.

Nina Warken (CDU/CSU): Nun wurde uns ja berichtet, dass Sie dann durchaus aber auch eine Antwort bekommen haben, nämlich eine schriftliche Antwort mit einer Auflistung von 50 ND-Mitarbeitern. So hat es der Zeuge Wingerath berichtet. Was war denn in dieser Antwort noch enthalten? Und gibt es neben der schriftlichen vielleicht auch noch eine mündliche Antwort?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung ist diese Antwort eingestuft. Von daher würde ich gerne in einer nichtöffentlichen Sitzung auf die Antwort eingehen. In der Antwort sind nicht enthalten jedenfalls Aussagen zu Special Collection Services in Berlin, die ich erbeten habe, auch nicht zur Frage einer Begehung der Botschaft.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. Dann können wir da noch mal drauf zurückkommen. - Haben Sie auch gleichlautende Schreiben oder Bitten an Vertreter anderer Five-Eyes-Staaten gerichtet, zum Beispiel die Briten?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Soweit ich weiß, nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Weil es dort, denen gegenüber weniger Verdachtsmomente gab? Oder was war der Grund dafür?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Aus meiner Sicht, jedenfalls zu der damaligen Situation, gab es weniger Verdachtsmomente. Und ich glaube auch, Antennenaufbauten sind in der Zwischenzeit auch beseitigt worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich will noch mal kurz zurückkommen auf Erkenntnisse zum Special Collection Service. Da hat Herr Dr. Even in seiner Vernehmung am 2. Juni angedeutet, man habe dazu im Rahmen der Sonderauswertung und bei den Aufklärungstätigkeiten dann doch durchaus Erkenntnisse gewinnen können, die er allerdings

nicht in öffentlicher Sitzung darstellen könne. Also gibt es schon Informationen, die Sie dann uns vielleicht auch in eingestufte Sitzung mitteilen können, Erkenntnisse zum SCS aus der Sonderauswertung?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Frau Abgeordnete, das ist mir jetzt im Moment nicht erinnerlich. Müssten Sie Herrn Even in der Tat dazu befragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Müssten wir Herrn Dr. Even noch mal fragen. Gut. - Ich würde dann auf die beiden Gespräche gerne zu sprechen kommen, die Sie auch schon erwähnt hatten, die Sie in den USA geführt haben. Im Sommer 2013 und auch danach hat ja die Bundesregierung auf vielen Ebenen das Gespräch mit der US-Seite gesucht und Aufklärung über die Aktivitäten der NSA gefordert. Wir haben hier offene Unterlagen, denen sich entnehmen lässt, dass Sie eben zusammen mit BND-Präsident Schindler, Herrn Heiß, der ja Abteilungsleiter 6 im Kanzleramt ist, und Staatssekretär Fritsche, damals im BMI für Sicherheitsfragen zuständig, vom 4. bis 6. August 2013 zu Gesprächen in den USA waren. Und auch der Zeuge Pofalla, damals Chef BK, sagte, dass Sie eben Gespräche mit dem damaligen NSA-Chef Alexander und dem US-Geheimdienstkoordinator Clapper geführt haben. Können Sie uns vielleicht noch mal schildern, was genau das Ziel der Reise nach Washington war und mit welchen Maßgaben Sie auch mit Herrn Fritsche dorthin gereist sind?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, Hintergrund der Reise war die Berichterstattung im *Spiegel* und in anderen deutschen Medien gewesen mit Blick auf die Snowden-Dokumente. Es ging nach meiner Erinnerung darum, Aufklärung zu schaffen, inwieweit auch der Vorwurf, von dem ich vorhin gesprochen hatte - hunderte Millionenfacher Datenabfluss deutscher Daten aus Deutschland in Richtung NSA -, zutreffend ist, um das auch einordnen zu können. Es ging darum, festzustellen, ob diese Behauptungen im Großen und Ganzen zutreffend sind. Aus meiner Erinnerung haben Gespräche stattgefunden insbesondere mit dem Direktor der NSA. In diesem Gespräch mit dem Direktor der NSA waren die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Inhalte der Berichterstattungen der deutschen Presse im Wesentlichen nicht bestätigt, aber auch nicht bestritten worden.

In einem dieser Gespräche - nach meiner Erinnerung - war auch das Thema No-Spy-Vereinbarung dann thematisiert worden. Aus meiner Erinnerung von amerikanischer Seite war es angeboten worden. Die Amerikaner haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass es wichtig sei, nach vorne zu schauen und nicht nach hinten zu schauen, und dass man mit Blick auf die notwendige enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den USA alle Hindernisse, die einer Zusammenarbeit im Wege stehen, ausräumen müsse. Und dazu - aus meiner Sicht, Erinnerung - wurde auch dieses Thema No-Spy-Vereinbarung dann von dortiger Seite thematisiert, von nachrichtendienstlicher Seite thematisiert. Bei den weiteren Verhandlungen war ich dann nicht mehr zugegen. Das ist dann auf anderer Ebene - ich glaube, BND-Ebene und zuletzt auf Kanzleramtsebene - gelaufen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und bei den Gesprächen, über die Sie eben berichtet haben, waren da Herr Schindler und Herr Heiß aber dabei?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Herr Schindler hatte uns nämlich auch berichtet, dass es in dem einen konkreten Gespräch am 5. August auch um das No-Spy-Abkommen gegangen ist, wie Sie ja eben auch gesagt haben. Können Sie sich daran erinnern, dass der Begriff „no spy“ konkret gefallen ist? So sagte uns das Herr Schindler.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung ist dieser Ausdruck auch gefallen. Ich weiß nicht, von welcher Seite dieser Ausdruck verwendet worden war. Ich erinnere, dass jedenfalls der Gedanke einer derartigen Vereinbarung zunächst von amerikanischer Seite kam.

Nina Warken (CDU/CSU): Dem Ausschuss liegen sogenannte Hintergrundinformationen vor, die im BMI erarbeitet und in kurzen Abständen aktualisiert worden sind. In der Fassung vom

19. Dezember 2013 wird berichtet, dass die NSA offenbar schon im August 2013 eine Vereinbarung vorgeschlagen habe, deren Zusicherungen mündlich bereits mit der US-Seite vereinbart seien: keine Verletzung der jeweiligen nationalen Interessen, keine gegenseitige Spionage, keine wirtschaftsbezogene Ausspähung, keine Verletzung des jeweiligen nationalen Rechts. - Ich kann Ihnen das Dokument auch gern vorlegen lassen, wenn Sie möchten.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also sinngemäß könnte ich das bestätigen.

Nina Warken (CDU/CSU): Das wäre nämlich jetzt meine Frage gewesen, ob das die Punkte sind, die dann auch mit NSA-Chef Alexander Anfang August 2013 besprochen wurden.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich würde sagen, das sind so die Eckpunkte, die im Grunde genommen Gegenstand einer derartigen Vereinbarung sein sollten, nach meiner Erinnerung.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, das sind dann die Bestandteile einer Vereinbarung, die dann ja kurze Zeit darauf Präsident Schindler aushandeln sollte unter dem Begriff „no spy“.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Soweit ich weiß, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Waren Sie dann mit den weiteren Verhandlungen noch in irgendeiner Form befasst? Können Sie uns den Verhandlungsverlauf darstellen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, ich selbst nicht, und mein Haus war, soweit ich weiß, auch nicht mit diesen Verhandlungen befasst. Die Verhandlungen sind dann nach meiner Erinnerung zwischen BND und NSA und zu einem späteren Zeitpunkt dann auf Ebene der Regierung geführt worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Ist Ihnen irgendwas über den Verhandlungsverlauf dennoch bekannt geworden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Bekanntlich sind die Verhandlungen nach meiner Erinnerung dann im Januar 2014 oder im Frühjahr 2014 im Sande verlaufen oder eingestellt. Ich hatte den Eindruck - so meine Erinnerung -, dass die Verhandlungen jedenfalls bis Herbst oder Spätherbst 2013 positiv verliefen. Jedenfalls so habe ich die Signale immer wieder aufgenommen. Aber, wie gesagt, ich war nicht in die Verhandlungen einbezogen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie würden Sie die ja immer wieder erhobenen Vorwürfe bewerten, mit dem auch von Herrn Pofalla verwendeten Schlagwort „no spy“ sei ein vollkommen falscher Eindruck vermittelt worden? Hätte man das vielleicht differenzierter ausdrücken sollen? Oder war schon klar, was damit gemeint war?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich hatte den Eindruck gehabt, die amerikanische nachrichtendienstliche Seite meinte es ehrlich mit einem No-Spy-Abkommen - „Abkommen“ in Anführungszeichen -, mit einer Vereinbarung, einem MoU, vor dem Hintergrund, dass die amerikanische Seite auch durch die Medienberichterstattung verunsichert war und uns natürlich als europäischen Partner weiter brauchte. Von daher bin ich jedenfalls im Sommer und Herbst 2013 davon ausgegangen, dass dies nicht einfach eine Worthülse ist, sondern dass hier ernsthafte Gespräche auf nachrichtendienstlicher und dann auch auf politischer Ebene geführt werden, um zu einer derartigen Vereinbarung zu kommen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 40 Freunde!)

Nina Warken (CDU/CSU): Hielten Sie eine Vereinbarung mit den vorgenannten Essentialia im August 2013 für möglich?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es war Gegenstand der Gespräche gewesen. Aus meiner Erinnerung war dies auch von amerikanischer Seite angesprochen worden, und ich habe damals dies auch für realistisch gehalten.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es bei diesem ersten Gespräch im August noch weitere konkrete Ergebnisse, auf die man gekommen ist?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung war auch ein wesentlicher Punkt gewesen die Frage, inwieweit es Wirtschaftsspionage gegen deutsche Unternehmen durch die NSA oder amerikanische Dienste gibt. Nach meiner Erinnerung ist dies von amerikanischer Seite jeweils bestritten worden mit Blick auch darauf, dass dies nicht Auftragsprofil der amerikanischen Nachrichtendienste sei.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann gab es ja, wie sich auch den Hintergrundinformationen aus dem BMI entnehmen lässt, ein weiteres Gespräch am 4. November 2013, das Sie dann gemeinsam mit BND-Präsident Schindler führten. Von amerikanischer Seite waren beteiligt NSA-Chef Alexander und der US-Geheimdienstkoordinator Clapper. Worüber hat man denn dann am 4. November gesprochen? Kurz zuvor gab es ja die Berichterstattung über das mutmaßliche Abhören des Handys der Kanzlerin. Das hatten Sie vorhin auch schon gestreift. Was waren da die Themen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: In der Tat, dies war das Hauptthema gewesen, dass wir mit der amerikanischen Seite hierüber gesprochen haben. In diesem Gespräch wurde von amerikanischer Seite zum Ausdruck gebracht nach meiner Erinnerung, dass sie keine Maßnahmen gegen deutsche Interessen durchführen. Und es wurde noch mal betont, dass sie ein hohes Maß an Interesse haben, nach vorne zu schauen und eine enge Zusammenarbeit zu pflegen.

Nina Warken (CDU/CSU): In dem Dokument des BMI heißt es dann nämlich auch weiter:

Angesichts der neuen Vorwürfe, wonach das Handy der BK'n ausgespäht werde, will die BReg den Abschluss des No-Spy-Abkommens mit Nachdruck vorantreiben. Die Verhandlungen sind Gegenstand der Gespräche zwischen Vertretern der Bundesregierung und der USA am 30. Oktober 2013 sowie der Gespräche zwischen



Nur zur dienstlichen Verwendung

P BfV und P BND mit dem NSA-Chef und dem US-Geheimdienstkoordinator ...

Ist es richtig, der Eindruck, dass man dann also als Bundesregierung die Verhandlungen über das No-Spy-Abkommen nach der sogenannten Handy-Affäre forciert hat?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maßen: In der Tat, nach meiner Erinnerung hat man es nicht nur forciert, sondern man hat es die ganze Zeit mit hohem Nachdruck betrieben. Es gab nicht nur mein und Schindlers Gespräch zu diesem Zeitpunkt in Washington. Nach meiner Erinnerung gab es auch auf politischer Ebene Gespräche in Washington, die dies zum Ziel hatten. Ich meine auch, dass Herr Heusgen und Herr Heiß in Washington waren und dort Gespräche führten. Auch dies sollte noch mal die Bedeutung, die politische Bedeutung einer No-Spy-Vereinbarung zwischen den USA und Deutschland aus deutscher Sicht unterstreichen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und vonseiten der Amerikaner? Die Reaktionen haben Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, aber auch positiv gewertet, und man hat da ein Entgegenkommen auch gezeigt. Oder war man da eher jetzt verhaltener als noch im August?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maßen: Nun, ich glaube, man kann durchaus offen sagen, dass auch die amerikanische Seite nicht mit einer Stimme gesprochen hat, auf der einen Seite die nachrichtendienstliche Seite und auf der anderen Seite die politische Seite. Ich glaube, da waren unterschiedliche Meinungen gewesen, und die politische Seite hat nachher den Lead gehabt.

Nina Warken (CDU/CSU): Damit ist meine Zeit jetzt vorbei. - Bis zur nächsten Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur zweiten Runde, und es beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich will noch mal auf Ihr

Eingangsstatement zurückkommen. Wir haben ja nun massenweise Hinweise auf NSA-Aktivitäten, also nicht nur die Snowden-Dokumente, die WikiLeaks, wir haben die Aussage von Obama, dass das Handy der Kanzlerin nicht mehr abgehört werden würde usw., und Sie sagen: Es gibt keinen Nachweis für Spionagetätigkeit der NSA hier. - Und zum Zweiten machen Sie in Ihrem Eingangsstatement Mutmaßungen, Andeutungen, Unterstellungen gegenüber Edward Snowden, dass er denn möglicherweise russischer Agent sei und was denn wäre, wem das nutzen würde und wie das sein könnte, und erwecken damit den Eindruck, dass eben möglicherweise das Handeln von Edward Snowden eben nicht aus vernünftigen und positiven Motiven heraus kommt, sondern eben möglicherweise, weil er für die russische Seite irgendwie arbeitet oder sogar in deren Auftrag. Und da Sie das so in den Raum gestellt haben zu Beginn, möchte ich Sie einfach mal fragen, ob Sie irgendeinen Hinweis, irgendeinen Beleg haben, dass Edward Snowden ein Agent der Russen oder eines russischen Geheimdienstes ist. Haben Sie irgendeinen solchen Hinweis?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maßen: Zunächst zu Ihrem ersten Punkt, Nachweis, was Spionageaktivitäten der NSA gegen Deutschland in Deutschland angeht: Ich hatte Bezug genommen auf die Einstellungsentscheidung des Generalbundesanwalts von 2015. Generalbundesanwalt weist darauf hin, er hat keine Beweise dafür, dass er die Ermittlungen fortsetzen kann. Ich glaube, wir müssen hier auch in einem juristischen Begriff bleiben. Es gibt keine Beweise dafür. Wie ich vorhin zum Ausdruck gebracht habe, sind auch die Dokumente, die wir im *Spiegel* sehen, die ich nicht bekommen habe und nicht bewerten kann, die von WikiLeaks ins Netz eingestellt werden, Hinweise, aber keine Belege und damit keine Beweise. Gleichwohl - das habe ich in meinem Eingangsstatement auch deutlich gemacht - muss man als Spionageabwehr eine ganze Reihe dieser Hinweise auch als plausibel ansehen und diese Hinweise auch dafür nutzen, dass man sich selbst gegenüber mutmaßlichen Angriffsoperationen, technischen Angriffsoperationen schützt. Und dies bedeutet, dass man Schutzmaßnahmen individuell oder auch insgesamt durchführt. Und



Nur zur dienstlichen Verwendung

dazu gehört beispielsweise auch der Einsatz von Kryptotelefonie.

Mit Blick auf Snowden habe ich vorhin auch deutlich gemacht, dass wir keine Belege dafür haben, dass er Agent eines russischen Nachrichtendienstes ist. Ich habe aber auch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, dass aufgrund der, ich sage mal, Erfahrung der Spionageabwehr es ausgesprochen naheliegend sein kann, dass er überwunden worden ist oder dass er als nützlicher Idealist von russischen Diensten jetzt in Russland geführt wird. Ich glaube, insgesamt muss die Person Snowden von der Geschichte beurteilt werden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe Ihnen eine konkrete Frage gestellt, Herr Maaßen. Haben Sie irgendeinen Anhaltspunkt, irgendeinen Beleg dafür, dass Herr Snowden ein Agent oder ein Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes ist?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter, ich habe Ihre Frage beantwortet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein. Ich habe Sie gefragt: Haben Sie einen Beleg, oder haben Sie einen Beweis?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe Ihre Frage beantwortet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und wenn Sie den nicht haben, warum sprechen Sie das hier in Ihrem Eingangsstatement so an?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe es deshalb angesprochen, weil es eine hohe Plausibilität dafür gibt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich hoffe, Sie können das belegen, in irgendeiner Weise belegen, was Sie hier in den Raum stellen. Aber ich wollte das noch mal angesprochen haben, weil ich das für den Einstieg hier in Ihre Vernehmung für ziemlich problematisch gehalten habe, was Sie da gesagt haben. Sie haben also keinen Beleg, okay.

Dann möchte ich noch mal zur Frage Drohnenkrieg kommen. Dazu haben Sie ja auch was gesagt und haben die Vorwürfe oder die Verdächtigungen zurückgewiesen, dass der Verfassungsschutz oder Mitarbeiter indirekt beteiligt gewesen seien an extralegalen Tötungen durch die Übergabe von Informationen und von Daten an die Amerikaner. Und Sie haben gesagt, die Mitarbeiter wären sicher gewesen oder davon ausgegangen, dass die Daten weder geeignet sind noch genutzt werden für die Geolokalisation. Das war, glaube ich, Ihre Aussage vorhin. Kennen Sie die Aussage von Brandon Bryant hier vor diesem Ausschuss?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Mir ist berichtet worden, Herr Abgeordneter.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja. Was ist Ihnen denn da berichtet worden? Ist Ihnen auch gesagt worden, dass er hier erklärt hat als jemand, der weit über 1 000 solcher Drohneneinsätze geflogen hat, dass sehr wohl eine Telefonnummer ausreicht, um Menschen, die man töten will, zu lokalisieren?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe es zur Kenntnis genommen. Das war ein Zeuge in diesem Untersuchungsausschuss. Es obliegt Ihnen, seine Aussage zu bewerten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nun ist das ja schon ein paar Monate her, Herr Dr. Maaßen. Und wenn eine solche Aussage kommt und Sie bisher davon ausgegangen sind, dass eine Telefonnummer nicht ausreicht, und jemand, der die Dinger geflogen hat und auch die tödlichen Schüsse abgegeben hat zum Teil, sagt Ihnen und sagt uns in einer öffentlichen Sitzung, dass die Telefonnummer ausreicht: Was haben Sie denn da unternommen in Ihrem Amt? Haben Sie das geprüft? Haben Sie ein Gutachten in Auftrag gegeben, ob das geht? Haben Sie sofort die Übermittlung von weiteren Telefonnummern gestoppt? Was haben Sie daraufhin unternommen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich glaube, das ist nicht Gegenstand Ihrer Arbeit, Herr Abgeordneter. Wir beschäftigen uns mit der Zeit bis zum 20. März 2014.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist absurd. Wir reden über die Frage, ob Telefonnummern geeignet sind oder geeignet waren, und wenn sie jetzt geeignet sind, dann waren sie es vermutlich auch schon vor ein paar Monaten oder vor ein paar Jahren, in dem Zeitraum also, den wir hier untersuchen. Und wir befragen hier Zeugen zu ihrem Wissen, und alle behaupten hier, eine Telefonnummer reiche nicht. Und jetzt gibt es einen Zeugen, der sagt, sie reicht sehr wohl, und ich frage Sie, was Sie damit anfangen, was Sie mit dieser Aussage machen und ob das Konsequenzen hat für Ihre Arbeit.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sie haben ja vorhin mein Eingangsstatement aufmerksam zur Kenntnis genommen. Da haben Sie auch zur Kenntnis genommen, dass ich gesagt habe, dass wir davon ausgehen, dass eine Telefonnummer nicht ausreichend ist zur Geolokalisation. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass Ihr Zeuge wohl eine andere Aussage hier getroffen hat. Das müssen Sie bewerten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es geht nicht um die Bewertung. Es geht darum, festzustellen, ob es tatsächlich ausreicht. Das müsste doch jetzt der Anlass sein. Unabhängig von diesem Ausschuss - aber ich frage Sie das, weil wir ja öffentlich darüber reden, auch über Konsequenzen; auch das soll im dritten Teil dieses Untersuchungsauftrags stehen - müssen Sie doch prüfen: Ist da was dran? Sie können doch nicht einfach weitermachen wie bisher.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen doch gesagt: Wir gehen nach wie vor davon aus. Dass ein Zeuge hier einen anderen Standpunkt vertritt, nehme ich aufmerksam zur Kenntnis.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unbelehrbar!)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie können doch nicht sagen: „Wir beharren darauf, auf unserer Position“, ohne noch mal geprüft zu haben. Was tun Sie denn? Gibt es ein Gutachten? Haben Sie die Drohnen angeguckt? Haben Sie diese Art

IMSI-Catcher - - Sie kennen ja wohl diesen Begriff. Die Aussage war hier, dass unter der Drohne so etwas Ähnliches wie ein IMSI-Catcher hängt, der Nummern lokalisieren kann und der sehr wohl, wenn er eine Nummer einfängt, die eingespeichert ist, auch entsprechend schießen kann. Das sind doch klare Aussagen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sehr erregt sind. Aber ich darf noch mal sagen: Wir gehen nach wie vor davon aus, dass eine Telefonnummer nicht ausreichend ist für eine Geolokalisation. Dass ein Mensch, der bei Ihnen als Zeuge ist, einen anderen Standpunkt vertritt, nehme ich zur Kenntnis. Gleichwohl sind wir der Auffassung: Es ist nicht ausreichend.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wissen Sie, meine Erregung steigt immer mit der Ignoranz der Behörden

(Lachen auf der Zuschauertribüne)

und mit dem, wie bestimmte Zeugen hier Dinge einfach nicht wahrnehmen wollen. Sie können ja sagen, Sie haben fünf Gutachten in Auftrag gegeben, alle fünf Gutachten waren so, dass Ihre Position bestätigt worden ist. Dann muss ich das gut finden oder auch nicht. Aber dann haben Sie wenigstens etwas getan. Aber Nichtstun ist aus meiner Sicht unverantwortlich.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe nicht gesagt, dass ich nichts tue, Herr Abgeordneter. Ich habe vorhin gesagt, dass es nicht Gegenstand des Ausschusses ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt ist die nächste Fraktion dran.

Vorab aber vielleicht eine Richtigstellung, auf die Kollege Hahn auch noch mal antworten kann. Sie hatten gesagt, Kollege Hahn, Obama hätte gesagt: Das Handy der Kanzlerin wird nicht mehr abgehört. - Das Zitat habe ich nicht gefunden, auch nach Recherche nicht. Das Zitat lautet eher wie folgt:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nach Angaben des Nachrichtenmagazins hatte Obama Merkel in einem Telefonat am Mittwoch noch versichert, nichts von der Abhöraktion gewusst zu haben. Der Präsident erklärte demnach, dass er eine Abhöraktion sofort gestoppt hätte, falls er davon Kenntnis gehabt hätte. Der US-Präsident habe sich bei der Kanzlerin entschuldigt und sein tiefes Bedauern ausgedrückt ...

Das ist der *Tagesspiegel* vom 27.10. - Also von daher: Das Zitat ist, glaube ich, so, wie ich es gerade gesagt habe. Wenn Sie ein anderes Zitat haben, dann doch gerne anführen. Aber bei den Vorhalten müssen wir schon genau sein. - Es kommt jetzt die Fraktion der CDU/CSU.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Entschuldigung, Herr Vorsitzender. Wenn Sie mich jetzt bewerten, dann will ich einfach noch mal sagen: -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich bewerte Sie gar nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - Ich verstehe die Aussage im letzten Satz, den Sie vorgelesen haben, dass der Präsident sich entschuldigt hätte, als natürliches Eingeständnis, dass das stattgefunden hat. Sonst braucht er sich nicht zu entschuldigen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Dann ist das doch ein vollständiges Zitat jetzt. - Es beginnt für die CDU/CSU-Fraktion der Kollege Wendt.

Marian Wendt (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Maaßen, guten Abend! - Bei der Debatte vorhin, wissen Sie, kam mir der Eindruck: Für manche Dinge reicht es, wenn es plausibel erscheint, und andere müssen wiederum bewiesen werden für ein und denselben Sachverhalt. - Wir arbeiten, wie gesagt, mit Beweisen, und ich glaube, das ist auch ausreichend und vor allen Dingen wichtig.

Ich möchte noch mal zurückkommen auf die SAW und den Special Collection Service. Sie und das BfV insgesamt haben ja schon lange auch

vor dem Risiko eines Abhörens über die Botschaftsgelände gewarnt. Wir hatten da auch eindrückliche Zeugen hier. Sind Sie bei Ihrer Gefährdungsanalyse, die auch um die Jahrtausendwende geschieht - - Ist das BfV aus Ihrer Sicht nur davon ausgegangen, dass dieses Abhören über Funk bzw. der Abgriff von Funkwellen stattfinden kann, also durch technische Aufbauten, oder gibt es auch Hinweise, dass wirklich noch klassisch, wie man das vielleicht von früher sogar kennt, über Leitungen abgehört wird? Das sind ja auch zwei verschiedene technische Systeme. Die Amerikaner sind ja auch hier ans Festnetz angebunden. Gibt es da Indizien dafür, dass dort auch gegebenenfalls Abhöraktionen stattfinden?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, nach meiner Erinnerung ist man in den Gefährdungsbewertungen Anfang der 2000er-Jahre oder Ende der 1990er-Jahre grundsätzlich von der nicht leitungsgebundenen Telekommunikation, also von der Mobilfunktelekommunikation, ausgegangen und hat sie als besonders vulnerabel angesehen. Auch diese DECT-Kommunikation, das heißt also mobile Endgeräte eines Festnetzanschlusses sind untersucht worden, und auch die sind als vulnerabel angesehen worden.

Marian Wendt (CDU/CSU): Wissen Sie, warum man da nicht auf die Leitungen gegangen ist? Warum wurden die nicht als kritisch angesehen? Sind das technische Gründe, weil es entsprechende Schutzmaßnahmen gibt seitens der TK-Anbieter?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung hatte man sehr wohl untersucht, inwieweit die leitungsgebundene Telekommunikation in Berlin-Mitte angegriffen werden könnte. Aber nach meinem Verständnis war das weniger eine Frage der Lokalisation von Botschaften in Berlin-Mitte als die Frage, ob, jedenfalls auf die Kabel, direkt zugegriffen würde, also unabhängig von der Lokalisation der Botschaften. Eine andere Frage war gewesen, inwieweit die leitungsgebundene, aber durch Richtfunk oder durch Funk weitergeleitete Telekommunikation angegriffen werden kann, sprich: also die Kommunikation, die



Nur zur dienstlichen Verwendung

übertragen wird von einer Basisstation hin beispielsweise zum Berliner Funkturm, Fernsehturm am Alexanderplatz. Das war aus meiner Sicht oder aus meiner Erinnerung auch Gegenstand der damaligen Untersuchung gewesen.

Marian Wendt (CDU/CSU): Zu den Überflügen, die vorhin schon angesprochen wurden: Fanden auch vor 2013 solche Überflüge schon statt nach Ihrer Kenntnis, also auch vor Ihrer Amtszeit?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung fanden sie bereits früher statt.

Marian Wendt (CDU/CSU): Der Herr Dr. Even hat ausgeführt - ich sage das mal so ein bisschen -: Die Aufträge wurden entsprechend abgezeichnet, nach oben durchgegeben und dort zur Kenntnis genommen; aber es gab nie Probleme oder Rückfragen oder eine Genehmigung wurde verweigert. - Inwieweit waren diese Aufträge zum Überflug mitzeichnungs- oder genehmigungspflichtig, bis zu welcher Stufe? Mussten Sie das immer genehmigen, mussten Sie das nur zur Kenntnis nehmen, abzeichnen, bevor die Flüge stattfinden? Oder haben Sie das sogar beauftragt, dass Sie gesagt haben: „Ich will jetzt noch mal einen Überflug machen; es ist eine Weile her“? Wenn Sie uns vielleicht noch mal diesen Zusammenhang darstellen, wie die Entscheidungsabläufe für diese Überflüge, die ja schon auch sensibel sind natürlich auch zu unseren Partnern - - Wenn da mit einem Mal, ich sage mal, so ein Hubschrauber auftaucht - es gibt ja einen entsprechenden Bericht, wo Beobachtungen stattfanden -, ist das natürlich nicht einfach etwas, was man so einfach macht, wahrscheinlich, weil es natürlich auch Irritationen hervorrufen kann gegebenenfalls.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung - aber da bitte ich um Verständnis: So viele Jahre bin ich nun auch nicht im Amt, dass ich dann auch sagen könnte, wie es vor meiner Zeit war -, nach meiner Erinnerung bin ich darüber informiert worden und habe das dann abgezeichnet. Ob das im Wege der Zustimmung oder nur der Kenntnisnahme war, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

Marian Wendt (CDU/CSU): Und wie haben Sie persönlich auf diesen Vorschlag - war auch wahrscheinlich im Postumlauf hochgekommen - reagiert? Haben Sie gesagt: „Das ist wichtig; ich möchte dann gleich die Ergebnisse haben“? Wie wurden Sie über die Ergebnisse auch informiert? Gab es eine gemeinsame Auswertung? Gab es da einen Lagevortrag? Und was hat man dann geschlussfolgert, um Maßnahmen zu treffen oder weitere Anweisungen oder Empfehlungen auszusprechen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Aus meiner Wahrnehmung sind Botschaftsumflüge eine Standardmaßnahme, über die ich unterrichtet wurde. Und über die Ergebnisse bin ich dann auch grundsätzlich schriftlich unterrichtet worden, indem mir dann die Erkenntnisse, die Bewertungen dazu vorgelegt worden sind.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. Gut. Ja, das war es von mir jetzt erst mal. Dann übergebe ich an die Obfrau. - Danke.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Dr. Maaßen, ich möchte kurz noch mal auf XKeyscore zurückkommen. Auf die Frage, wie sich die ersten Snowden-Enthüllungen im Jahr 2013 auf den Test von XKeyscore durch das BfV auswirkten, hat uns der Zeuge Berzen erklärt, der Testbetrieb sei daraufhin für 14 Tage ausgesetzt worden; die Entscheidung, den Testbetrieb wieder aufzunehmen, sei unter Beteiligung der Amtsleitung und des damaligen Staatssekretärs im BMI Fritsche getroffen worden. - Ich vermute, dass Herr Berzen damit Bezug nimmt auf einen Besuch von Herrn Fritsche im BfV am 23. Juli 2013, bei dem ihm dann ja auch der Testbetrieb von XKeyscore vorgeführt wurde. Unterlagen dazu finden sich bei uns in Akten des BMI. Ist es richtig, was Herr Berzen uns da mitgeteilt hat?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung ist es richtig. Vor dem Hintergrund eben der Snowden-Erkenntnisse war dies ausgesetzt worden. Ich muss auch sagen: Mir war XKeyscore als Begriff natürlich insoweit geläufig gewesen; aber ich wollte zunächst einmal auch sichergehen und mich auch selbst von XKeyscore überzeugen, um einen Eindruck zu gewinnen, ob



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir es hier mit einer Software zu tun haben, deren Testbetrieb ich auch weiter mittragen kann, oder ob es sich hier um eine problematische Software handelt.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber es gab dann auch den Besuch von Herrn Fritsche, und Herr Fritsche hat dann auch mit Ihnen gemeinsam die Entscheidung getroffen, den Testbetrieb wieder aufzunehmen. Ist das so richtig?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Aus meiner Erinnerung ist das zutreffend.

Nina Warken (CDU/CSU): Und das war auch der Anlass des Besuchs von Herrn Fritsche? Oder gab es da noch andere Gründe? Und was genau hat man bei dem Besuch alles gemacht, besprochen, vereinbart?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung wollte auch Staatssekretär Fritsche, nachdem XKeyscore öffentlich thematisiert worden war, natürlich auch wissen: Wie sieht dieses Ding aus? Und er wollte sich da näher von den Fachleuten informieren lassen. Aufgrund dieses, ich sage mal, Briefings sind wir dann zu dem Ergebnis gekommen, dass der Testbetrieb von XKeyscore weiter stattfinden kann. Dies so weit nach meiner Erinnerung.

Nina Warken (CDU/CSU): Das heißt, Sie haben es gemeinsam entschieden.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist zutreffend.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Gründe für die Aussetzung, Sie haben es gerade schon kurz erläutert. War vielleicht auch ein Grund, dass man eben aufgrund der Presseberichte befürchtet hat, man hat sich was ins Haus geholt, was man vielleicht doch nicht kontrollieren kann?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Dies wollte ich damit zum Ausdruck bringen. Auch wenn meine Mitarbeiter mir immer berichteten, dass dies ein solides, gutes Auswertungs- und Analysetool ist, soweit sie eben dies damals schon erkennen

konnten, wollte ich mir als Präsident der Behörde ein eigenes Bild verschaffen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und aus Ihrer Sicht haben sich dann die Befürchtungen als unbegründet herausgestellt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist zutreffend, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Was hat man da - - Haben Sie da noch mal genau geprüft, vielleicht noch mal sich genau das Einsatzszenario angeschaut von XKeyscore? Wie haben Sie sich da genau vergewissert mit Herrn Fritsche zusammen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Die Kritik, die im Raum war, war die, dass XKeyscore ein Instrument sein könnte, das der Erfassung von Hunderttausenden, Hundertmillionen von Daten dient, und dass die Gefahr bestünde, dass, wenn wir dieses Instrument bei uns einsetzen, ein Datenabfluss an die NSA oder an andere ausländische Dienste stattfinden könnte. Ich wollte mich davon überzeugen, dass eben es gerade nicht eingesetzt wird oder eingesetzt werden kann zum Zwecke der Datenerfassung und dass sichergestellt ist, dass kein Datenabfluss stattfindet. Ich denke, der Besuch von Staatssekretär Fritsche sollte auch diesem Ziel dienen, und wir sind dann zu dem Ergebnis gekommen, dass der Testbetrieb weiter stattfinden kann.

Nina Warken (CDU/CSU): Halten Sie die Entscheidung, mit dem Testbetrieb fortzufahren, nach wie vor für richtig?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja. Wie gesagt, ich halte XKeyscore für ein gutes Instrument der Analyse und Auswertung. Wir haben eine ganze Reihe von Sicherheitsmaßnahmen getroffen - Stand-alone-Gerät, Untersuchung von XKeyscore, dass keine Datenabflüsse stattfinden -, sodass ich hoffe, dass wir bald auch in den Wirkbetrieb mit XKeyscore gehen können.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie da irgendwie ein Zeitfenster nennen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaben: Bald. Mehr möchte ich hier nicht sagen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): In diesem Jahrzehnt!)

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Herr Dr. Rogner sagte aus bei uns, aus der Nutzung von XKeyscore seien keinerlei Daten an die US-Amerikaner abgeflossen. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaben: Das kann ich bestätigen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie hat man das geprüft? Haben Sie da eine Prüfung veranlasst?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaben: Wie ich auch sagte, zum einen haben wir, denke ich, durch unsere Maßnahmen, insbesondere dass es ein Stand-alone-Gerät ist, ausgeschlossen, dass ein unbeabsichtigter Datenabfluss in Richtung Ausland stattfindet. Zum Zweiten finden Datenübermittlungen an ausländische Dienste auf der Grundlage des Bundesverfassungsschutzgesetzes statt, und da, wie auch schon erwähnt, grundsätzlich für Nicht-Intelligence. Das heißt, wenn wir Erkenntnisse aus XKeyscore gewonnen haben, werden sie regelmäßig nicht als Erkenntnis aus XKeyscore deutlich gemacht, sondern wir berichten über die Sachverhalte, insbesondere Gefährdungssachverhalte, die wir dadurch zur Kenntnis genommen haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir hatten ja vorhin schon darüber gesprochen. In der Presse kommt auch immer wieder der Vorwurf, dass es eine Art unsauberen Deal mit der NSA gäbe. „Daten gegen Software“ war ja auch ein Schlagwort. Wenn aber doch die Daten nach einer Einzelfallprüfung und im Rahmen der deutschen Gesetze an die NSA übermittelt werden - so habe ich das auch verstanden -, dann wäre es ja kein verwerfliches Anliegen der NSA, wenn sie sagt, sie will auch dann eben Daten haben.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Suggestivfrage!)

- Schlimm, ganz schlimm.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaben: Es ist zutreffend. Es gab nach meinem Wissen keinen Deal. Wie gesagt, ich war nicht bei den Verhandlungen zugegen gewesen, die 2011 und 2012 stattfanden. Und auch seit meiner Amtszeit gab es keinen Deal zwischen meinem Dienst und der NSA, dass wir entgegen deutschem Recht und Gesetz durch XKeyscore gewonnene Erkenntnisse an die NSA ausliefern. Und wie ich schon sagte: Mein Eindruck, dass die NSA uns dieses wirksame Tool zur Verfügung gestellt hat, war, dass sie das BfV ertüchtigen wollten, dass wir unsere Aufgaben besser wahrnehmen konnten und können. Und das ist, denke ich, auch im nationalen amerikanischen Interesse.

Nina Warken (CDU/CSU): Und kann man auch sagen, dass es für Deutschland von Interesse ist, dass Daten, die dann beispielsweise der Bekämpfung des weltweit agierenden islamistischen Terrorismus dienen, an ausländische Partnerdienste übermittelt werden?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaben: Auf jeden Fall. Wir haben ein hohes Interesse daran, dass Erkenntnisse mit Auslandssachverhalten, die wir gewinnen, die dazu beitragen können, Terroranschläge in anderen Staaten zu verhindern, auch den Partnerdiensten zur Verfügung gestellt werden.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich will beim Thema Datenweitergabe bleiben, aber wieder zum Thema „Können weitergegebene Daten auch für sogenannte Targeted Killings verwendet werden?“ zurückkommen. Es gab ja dann die einschlägigen Presseberichte. Und hat es nach diesen Presseberichten Einschränkungen bei der Datenweitergabe gegeben?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaben: Presseberichte zu welcher Zeit meinen Sie, Frau Abgeordnete?

Nina Warken (CDU/CSU): Zur Tötung eines deutschen Staatsbürgers aus dem Jahr 2010.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wie gesagt, zu diesem Zeitpunkt war ich noch nicht im Bundesverfassungsschutz.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber beim BMI.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Beim BMI. Und nach meiner Kenntnis hat es keine Veränderung gegeben. Am 24. November 2010 ist dann der sogenannte Romann-Erlass herausgegeben worden, was eben zur Grundlage hatte, dass der Bundesverfassungsschutz um eine klarstellende Weisung gebeten hatte, möglicherweise auch aufgrund der Presseberichterstattung. Aber die weiteren Hintergründe sind mir insoweit nicht bekannt.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat es vielleicht zunächst eine Einschränkung des Datenaustausches gegeben? Oder lief alles ganz vertrauensvoll in gewohnten Bahnen weiter?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Soweit ich weiß, jedenfalls zu meiner Zeit, als ich im Innenministerium war, gab es keine Einschränkung des Datenaustausches gegenüber den Amerikanern bis zu dem Erlass von Herrn Romann und auch danach.

Nina Warken (CDU/CSU): Den Romann-Erlass erwähnten Sie eben. Können Sie vielleicht kurz schildern, welche Besprechungen, welche Abstimmungen zu dem Vorgang stattgefunden haben bei Ihnen im Haus, damals im BMI? Sie mit Herrn Dr. Romann? Oder wer war da noch beteiligt? Wie hat man sich da besprochen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung gab es ein Gespräch bei mir, an dem ein Referent von Herrn Dr. Romann teilgenommen hatte, in dem dieser Erlass vorbesprochen worden war. Auch damals waren wir der Überzeugung gewesen, dass die Drohneneinsätze grundsätzlich völkerrechtsmäßig sind, dass keine Straftaten damit verwirklicht werden, dass aber aus politischen und moralischen Gründen an Drohneneinsätzen nicht mitgewirkt werden soll und dass deshalb dieser zweite Passus aufgenommen werden sollte in den sogenannten Romann-Erlass, wonach keine Daten übermittelt werden

dürfen, die unmittelbar zur Geolokalisation mit Blick auf Drohneneinsätze geeignet sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Schindler war ja bei dem Vorgang noch beteiligt. Waren noch weitere beteiligt beim BMI? War die Hausleitung beteiligt? Ging das noch weiter nach oben?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: In der Tat, auch der damalige Abteilungsleiter ÖS, Herr Schindler, war beteiligt. Ich kann mich nicht erinnern, ob der Staatssekretär damals beteiligt war.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gesagt, man habe da dann als Ergebnis der Besprechungen und der Erwägungen dann noch diesen Passus beigefügt. Hat es aber tatsächlich eine Änderung bei der Übermittlung gegeben? Hat man dann anders übermittelt als vorher? Oder war das einfach nur eine Klarstellung aus Ihrer Sicht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Aus unserer Sicht sollte es nur eine Klarstellung sein und den Kollegen beim Bundesverfassungsschutz insoweit auch Sicherheit geben.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hat der Kollege Hahn ja schon die Frage aufgeworfen, wenn man doch als Vorgabe gibt, dass Daten, die man übermittelt, eben nicht zu gezielten Tötungen genutzt werden können, dass man sich ja da dann auch irgendwie vorher ein Bild verschaffen muss und es irgendwie beurteilen können muss, ob die Daten denn von der anderen Seite verwendet werden können in einer Art und Weise, wie man es nicht will. Können Sie vielleicht noch mal für uns erläutern, wie man sich das Bild gemacht hat, wie man zu seinem Urteil gekommen ist? Das war ja eine Auffassung, die man nicht erst 2010 hatte, sondern schon davor und eben auch bis zum heutigen Tag.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung ist man davon ausgegangen, dass GPS-Daten zur Geolokalisation geeignet sind. Gerade sollte ausgeschlossen werden, dass derartige Daten übermittelt werden. Man war damals wie heute davon ausgegangen, dass die bloße Übermittlung anderer personenbezogener Daten wie Name, Vorname, Geburtsdatum und aber auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Handynummer nicht ausreichend sind zur unmittelbaren Geolokalisation.

Nina Warken (CDU/CSU): Weil Ihnen das vielleicht auch das BSI so gesagt hat - oder wie sind Sie zu der Erkenntnis gekommen? - oder Ihre eigenen Techniker?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung hat sich damals das Fachreferat mit Technikern darüber unterhalten. Ich war, soweit ich weiß, nicht eingebunden.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. Dann habe ich im Moment keine weiteren Fragen. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Herr Kollege Ströbele beginnt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Auch von mir guten Tag, wenn auch etwas spät. - Herr Maaßen, Sie haben vorhin auf die Frage der Kollegin gesagt, das Bundesamt für Verfassungsschutz betreibe keine Desinformationskampagne. Sehen Sie sich nicht an der Spitze einer Desinformationskampagne, die das Bundesamt für Verfassungsschutz jetzt betreibt, und zwar nicht nur hier, heute Sie, sondern Sie auch in Zeitungsartikeln - ich lese Ihnen die gleich vor, *Focus*, besonders renommiertes Blatt -, und dass Sie sogar schon Abgeordnete gewonnen haben, sich in diese Desinformationskampagne einzuklinken und Ähnliches zu behaupten? Und geben Sie mir recht, dass Desinformationskampagnen in der Regel mit Halbwahrheiten, mit Unwahrheiten und mit Gerüchten geführt werden, wo man möglichst wenig im Einzelnen belegen und nachweisen muss?

Ich kann Ihnen das auch vorlesen, damit Sie Ihr Gedächtnis noch mal auffrischen. Also im *Focus* steht unter der netten Überschrift „Perfidies Spiel des Whistleblowers Edward Snowden“ am 16.04., unter anderem ein Herr Maaßen ist da interviewt worden, und der sagt als letzten Satz im vorletzten Absatz:

Der Verrat der Geheimdienst-Unterlagen

- gemeint ist Snowden -

ist

- ist, also nicht „könnte sein“ oder „plausibel“ oder „glaube ich“ -

ein Versuch, einen Keil zwischen Westeuropa und die USA zu treiben - den größten seit dem Zweiten Weltkrieg.

Höher geht's nicht. - Haben Sie das gesagt?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Ströbele, ich weise Ihre Behauptung, ich würde Desinformation betreiben, mit Nachdruck zurück. Und wenn Sie mir vorhin zugehört hätten, dann hätten Sie eine ähnliche Formulierung auch in meinem Eingangsstatement gefunden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber haben Sie den Satz in die Welt gesetzt? Oder werden Sie da falsch zitiert?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe gerade gesagt, ich habe einen ähnlichen Satz auch in meinem Eingangsstatement verwendet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Sie gefragt, ob dieser Satz von Ihnen stammt, hier. Ist noch gar nicht so lange her, 16.04.2016. Eine Kampagne, die durch die Republik rollt, genährt von den Diensten.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Ströbele, auf welchen Punkt des Untersuchungsauftrages beziehen Sie sich gerade?

(Lachen auf der Zuschauertribüne)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich beziehe mich auf Ihre eigene Aussage, dass Sie von Desinformationskampagnen hier geredet haben. Und ich frage jetzt nach, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist doch reine parteipolitische Polemik, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ob Sie sich an der Spitze einer solchen Desinformationskampagne befinden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt meldet sich Herr Akmann gerade. - Herr Akmann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, Sie sollten in diesem Augenblick ganz ruhig sein. Sonst frage ich Sie auch noch.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Der Zeuge hat recht. Snowden selbst ist hier nicht Untersuchungsgegenstand. Insoweit muss er darauf auch nicht antworten.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, wie er eben zweimal gesagt hat, in seinem Eingangstatement sich dazu einlässt, dann wird ja wohl eine Rückfrage dazu genehm sein, Herr Akmann! Es ist ja geradezu merkwürdig, dass Sie jetzt erwachen! - Heiterkeit auf der Zuschauertribüne)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege von Notz, auch diese Wertung passt jetzt nicht. Ich glaube, dass die Regierung die ganze Zeit wach ist. Aber er hatte sich gerade gemeldet. - Ich glaube, Kollege Ströbele darf jetzt weiter fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Herr Maaßen, haben Sie sich mal bemüht, Herrn Snowden nach Deutschland zu bekommen? Sie werden vielleicht in der Zeitung gelesen haben, Herr Snowden hat sich schriftlich bereit erklärt, nach Deutschland zu kommen, und zwar schon 2013, im Oktober, schriftlich an die Bundesregierung, hier nach Deutschland zu kom-

men, um hier auszusagen. Wir haben ja auch beschlossen einstimmig, ihn hier zu hören, weil er ein wichtiger Zeuge ist. Haben Sie sich da mal bemüht? Vielleicht hätten Sie ja auch die Möglichkeit gehabt, dann mit ihm mal darüber zu reden, wie er dazu kommt, eine Desinformationskampagne gegen Sie zu führen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich glaube, die Bundesregierung hatte sich zur Frage schon geäußert, ob sie bereit und willens ist, Herrn Snowden die Einreise nach Deutschland zu gestatten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Bitte? Hat sich nicht dazu geäußert?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verweigert bisher die Aussage dazu.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Bitte? Verweigert die Aussage dazu? Ich schließe mich dem an.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben sich nicht bemüht und haben auch nicht das mal überlegt, ihn hierherzuholen. Dann hätten Sie das doch klären können. Und das würde vielleicht sogar Ihre These widerlegen mit der Desinformationskampagne.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, noch ist Herr Snowden nicht in Deutschland.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leider.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wenn Herr Snowden in Deutschland wäre, könnten wir vielleicht auch darüber mal sprechen, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. So. Also, dann frage ich Sie mal und sage aus gegebenem Anlass: Jetzt müssen Sie die Wahrheit sagen, also nicht mit Halbwahrheiten und Ähnlichem hantieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vorher hatte der Zeuge auch schon Wahrheitspflicht, die ganze Zeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Soll ich Sie jetzt befragen, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sagten, jetzt muss er die Wahrheit sagen. Der Zeuge hatte die ganze Zeit Wahrheitspflicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Das ist das Richtige, ja. Das werden wir noch überprüfen.

(Heiterkeit auf der
Zuschauertribüne)

Herr Maaßen, Sie haben vorhin gesagt, es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass aufgrund von der Weitergabe von Handydaten oder anderen an die USA Personen zu Tode gekommen sind. Sie haben betont: in Ihrer Amtszeit. Jetzt frage ich Sie: Vor Ihrer Amtszeit - das ist ja auch schon angesprochen worden -, nämlich im Oktober oder vor dem Oktober 2010, ist Ihnen - - Waren Sie damit auch in diesem Gespräch, was Sie geführt haben über die Frage dieses Erlasses - - War Ihnen da bekannt, dass seitens des Bundesamtes für Verfassungsschutz Handydaten von Dashti und Bünyamin Erdogan an die USA gegangen waren? War Ihnen bekannt, dass darüber hinaus Angaben, die würden sich in Waziristan aufhalten und auch in welchem Ort, weitergegeben worden sind an die NSA oder an die CIA, glaube ich? Und war Ihnen bekannt, dass wenige Tage vorher ein Gespräch in Bagdad oder eine Vernehmung, Befragung, wie auch immer, in Bagram stattgefunden hat, in Afghanistan, wo ein Herr Sidiqi befragt worden ist auch zu diesen beiden Herren? Und wenige Tage später waren die tot. Sind das nicht Anhaltspunkte dafür, dass da möglicherweise ein Zusammenhang besteht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter Ströbele, Sie insinuiieren, dass meine Mitarbeiter mitgewirkt haben an extralegalen Tötungen oder an legalen Drohneneinsätzen. Ich weise diese ungeheuerliche Behauptung zurück.

(Christian Flisek (SPD): Sie sind Untersuchungsgegenstand! - Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen stellen wir hier Fragen!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Sie gefragt, ob das nicht Indizien sein können.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe im Eingangsstatement deutlich gemacht, dass ich mich der Rechtsauffassung des Herrn Generalbundesanwalts anschließe. Ich habe im Eingangsstatement deutlich gemacht, dass bisher kein Beleg dafür vorliegt, dass die von Ihnen benannten Personen Ziel von Drohneneinsätzen waren. Ich habe in meinem Eingangsstatement ferner deutlich gemacht, dass wir keine begründeten Anhaltspunkte dafür haben, dass die Geolokalisation durch diese Handydaten möglich ist. Und ich habe ferner zum Ausdruck gebracht, dass meine Mitarbeiter damals wie heute guten Gewissens und in dem Willen, nicht daran mitzuwirken, Daten übermitteln, und schließlich, dass wir davon ausgehen, dass die amerikanischen Kollegen sich an den Disclaimer auch halten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber da gibt es ja Zweifel, ob die sich immer an Zusagen halten, bei den Amerikanern. Also, Handy der Kanzlerin abhören ist ja auch nicht von deutschen Gesetzen vorgesehen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Was einen Disclaimer angeht, gilt Ähnliches wie bei völkerrechtlichen Vereinbarungen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass diejenigen, die eine derartige Vereinbarung unterzeichnen oder entgegennehmen, sich auch daran halten, es sei denn, es bestehen begründete Zweifel. Dann darf man mit einem derartigen Staat auch keine Vereinbarung abschließen. Im Rahmen der Prüfung, ob und inwieweit wir Daten nach dem Bundesverfassungsschutzgesetz auch an amerikanische Kollegen übermitteln dürfen, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass wir davon ausgehen können, dass sie nicht eingesetzt werden zu Drohneneinsätzen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und jetzt kommen wir zum Handy der Kanzlerin. Ich meine, in diesem einsamen, hervorragenden, herausragenden Fall hatten Sie ja das Opfer dieser Ausspäherei ganz nah. Haben Sie mal mit der Kanzlerin geredet oder die Kanzlerin befragen lassen oder in anderer Weise Kontakt aufgenommen und gefragt, was ihr denn der US-Präsident am Telefon dazu gesagt hat, bevor sie dann empört in der Öffentlichkeit - kann man ja immer wieder im Fernsehen sehen - - bevor sie im Fernsehen aufgetreten ist und gesagt hat: „Unter Freunden ausspähen, das geht gar nicht“? Da war sie in höchstem Maße empört, und die Empörung habe ich geteilt. Haben Sie das zum Anlass genommen, mal zu fragen, welche Informationen denn die Kanzlerin hat, dass sie davon ausgeht, dass sie ausgespäht wurde?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe mit der Kanzlerin darüber persönlich nicht gesprochen, und nach meiner Erinnerung haben auch Mitarbeiter meines Hauses darüber nicht mit ihr gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, warum denn nicht? Also, das ist doch ein exemplarischer Fall von Spionage - oder nicht? - einer auswärtigen Macht, wenn ich mal mit dem Strafgesetz komme.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter Ströbele, Sie haben ja auch die Entscheidung des Herrn Generalbundesanwalts hierzu zur Kenntnis genommen. Herr Generalbundesanwalt hatte im Juni letzten Jahres festgestellt, dass jedenfalls kein Beweis dafür vorliegt. Ob er mit der Kanzlerin hierüber gesprochen hat, kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wieder wechseln, Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch wenn Sie hartnäckig sind, nach zehn Minuten muss ich immer mal sagen, dass die Zeit um ist. Es tut mir auch leid.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, das glaube ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kämen jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Maaßen, was mich eigentlich mal interessieren würde, ist: Warum haben Sie gerade eigentlich so empfindlich reagiert, als der Kollege Ströbele die wie auch immer geartete Desinformationskampagne angesprochen hat? Ich meine, Sie haben das in Ihrem Eingangsstatement heute hier erwähnt. Da haben Sie sich ja ausführlich drüber Gedanken gemacht, was Sie uns heute hier in Ihrem Eingangsstatement sagen. Sie haben es in mindestens einem Interview zusammen mit Herrn Schindler angesprochen. Wieso reagieren Sie dann so darauf, dass wir das dann hier im Untersuchungsausschuss zum Thema machen?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schlechtes
Gewissen!)

Ja, das ist die Frage. Das ist doch deutlich, oder?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich weiß ja nicht, ob Sie fertig sind, Herr Abgeordneter.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das war schon die Frage. - Ich habe das zum Ausdruck gebracht, weil nach unserer Erfahrung russische Nachrichtendienste in geschickter Weise Desinformations- und Einflussnahmekampagnen durchführen und es auch durchaus naheliegt, wenn eine Person wie Edward Snowden sich in Russland aufhält - -

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Muss er ja!)

- über Jahre aufhält -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll er denn
sonst machen? Soll er ins



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gefängnis gehen? -
Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Er wollte gerne
woanders hin!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssen sich aber alle wieder beruhigen, und der Zeuge hat die Gelegenheit, zu antworten.

Christian Flisek (SPD): Da lege ich auch drauf Wert.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: - - und es nahe liegt, wenn man den Schaden ansieht, der inzwischen eingetreten ist in der transatlantischen Zusammenarbeit, im politischen wie im nachrichtendienstlichen Bereich, dass dies auch auf Maßnahmen, sogenannte aktive Maßnahmen, russischer Nachrichtendienste zurückzuführen ist.

Christian Flisek (SPD): Sie haben - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Entschuldigung, ich wollte es noch anfügen.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe auch deswegen so reagiert, weil ich den Eindruck hatte, mir wird Desinformation vorgeworfen, und das habe ich mit Nachdruck zurückgewiesen.

Christian Flisek (SPD): Na ja, ich meine - - Noch mal: entweder - oder, ja? Wir versuchen hier aufzuklären, und Sie stellen sich auf den Standpunkt:

Der Verrat dieser Snowden-
Geheimdienstunterlagen

- ich zitiere jetzt -

ist ein Versuch, einen Keil zwischen Westeuropa und die USA zu treiben - den größten seit dem Zweiten Weltkrieg.

So, das ist Ihre Bewertung. Das ist das, was Sie vermutlich dem *Focus* im Interview zumindest freigegeben haben. Und Sie haben das selber dann heute hier auch noch mal so bewertet. Und

entweder da ist was dran - - Das würde ich Sie jetzt fragen. Gibt es irgendwelche Tatsachen, auf die Sie das stützen können? Weil uns interessieren in der Tat hier nur Tatsachen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich hatte in meinem Eingangsstatement einige Tatsachen dargestellt - der Schaden, der eingetreten ist; die Interessenlage der Russen, die besteht; die Möglichkeiten der Russen, der russischen Nachrichtendienste, die sie haben -, habe darauf hingewiesen, dass es andere Einflussoperationen gibt, die wir derzeit in Deutschland und Europa feststellen, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Edward Snowden nach Russland gekommen ist - ich weiß nicht, ob er eingeschleust worden ist - und sich in Russland aufhält.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Der wollte aber
woanders hin!)

Christian Flisek (SPD): Jetzt lassen Sie mich doch mal reden, Herr Hahn. Sie können ja gleich selber fragen.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Das ist auch
besser!)

Mit Verlaub, Herr Maaßen, bei allem, was Sie jetzt aufgezählt haben, bis auf die Tatsache der Feststellung, wo sich Herr Snowden gerade aufhält, handelt es sich hierbei mitnichten um irgendeine Tatsache, sondern ausschließlich um Vermutungen. So. Und wenn man solche Vermutungen - - Ich meine, Sie sind an der Spitze eines Nachrichtendienstes in diesem Land. Man muss sich entscheiden, ab welcher Stelle man Politik macht als Beamter, auch als Spitzenbeamter. Und wenn man sozusagen diese Schwelle überschreitet und wenn Sie sagen, die einzige Tatsache, die Sie haben, ist die, dass sich Herr Snowden in Russland aufhält - - Das wissen wir alle, vermutlich. Und selbst das - - Also, ich weiß es hundertprozentig nicht, ob es aktuell zum Beispiel der Fall ist. Aber wenn das die einzige Tatsache ist, dann halte ich den Vorwurf, dass Sie hier, ich sage es jetzt mal, neutral - man könnte auch sagen: euphemistisch - Informationspolitik betreiben, für nicht übertrieben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Flisek, worüber wir die ganze Zeit reden, sind Behauptungen. Es wird behauptet, dass aus der amerikanischen Botschaft Spionageangriffe durchgeführt würden. Es wird behauptet, dass dieses Datenblatt mit der Telefonnummer dazu diene, ein Selektor zu sein, um einen Spionageangriff gegen die Kanzlerin durchzuführen. Das sind Behauptungen, keine Tatsachen. Das möchte ich Ihnen entgegenhalten, wenn Sie mir hier unterstellen, ich würde nur Behauptungen anstellen. Ich glaube, was wir machen - -

Christian Flisek (SPD): Darf ich Sie unterbrechen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Christian Flisek (SPD): Doch, ich unterbreche Sie jetzt deswegen, weil Sie von mir keine Behauptungen hören, sondern Sie hören von mir als derjenige, der die Spionageabwehr in diesem Land verantwortet, Fragen zu dem Punkt, ob Ihnen bekannt ist, dass es solche Aktivitäten gibt. Und ich nehme zur Kenntnis, bisher zur Kenntnis, dass Sie und auch Ihre Vorgänger sagen: Wir haben derzeit keinerlei entsprechende Anhaltspunkte dafür gehabt. - Das nehme ich zur Kenntnis. Und auf dieser Ebene bewegen wir uns hier. Und ich bitte Sie auch, hier nicht einfach Behauptungen zu unterstellen, um genau das zu rechtfertigen, was ich Ihnen gerade in der Sache Snowden und Russland vorhalte, dass Sie nämlich Informationspolitik betreiben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssen wir den Zeugen auch antworten lassen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es wird behauptet, aus der amerikanischen Botschaft würden Spähangriffe durchgeführt werden. Ich sehe keine Beweise. Ich sehe keine Beweise. Ich habe vorhin gesagt: Es ist durchaus denkbar, sogar plausibel, dass das stattfinden könnte. - Es wird behauptet, es würde ein Spionageangriff, ein Spähangriff auf das Handy der Kanzlerin durchgeführt werden. Wir haben nichts anderes bislang als ein Datenblatt, das von einem *Spiegel*-Journalisten angeblich abgetippt worden ist. Das sind Behauptungen. Mir unterstellen Sie jetzt, ich

würde in Sachen Snowden Behauptungen aufstellen. Das halte ich für unfair und weise es zurück.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben die Kanzlerin nicht mal gefragt!)

Christian Flisek (SPD): Das bleibt Ihnen unbenommen, dass Sie Dinge zurückweisen. Und das werden wir natürlich dann am Ende auch hier im Untersuchungsausschuss selber beurteilen und bewerten. Ich halte nur jetzt mal fest in Bezug auf die Frage: Bis auf die Tatsache, also gerade in diesem Komplex, dass sich Herr Snowden in Russland womöglich auch noch aktuell aufhält, haben Sie keinerlei Tatsachen, sind Ihnen keinerlei Tatsachen bekannt dafür, dass - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das weise ich zurück. Nehmen Sie bitte mein Eingangsstatement zur Kenntnis, das Sie mit Sicherheit auch schriftlich vorliegen haben.

Christian Flisek (SPD): Nein, das habe ich nicht vorliegen. Und wenn Sie noch weitere Tatsachen hinzufügen wollen aus Ihrem Eingangsstatement, dann, bitte schön. Sie haben jetzt die Gelegenheit dazu.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: In meinem Eingangsstatement habe ich auf die einzelnen Punkte hingewiesen.

Christian Flisek (SPD): Dann wiederholen Sie sie noch mal hier, weil dann habe ich sie tatsächlich nicht als Tatsachenvortrag wahrgenommen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das tut mir leid.

Christian Flisek (SPD): Dann wiederholen Sie es bitte noch mal.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, das tue ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, dass Sie den Zeugen darauf hinweisen, dass er hier einer Wahrheitspflicht unterliegt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und dazu gehört auch gegebenenfalls, wenn er behauptet, er hätte Tatsachen vorgetragen, die von einzelnen Mitgliedern des Ausschusses nicht als solche wahrgenommen wurden, dass er sie dann auf Verlangen noch mal wiederholt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich habe sie zweimal vorgetragen gehört, einmal im Eingangsstatement und einmal gerade noch mal vor kurzem. Und ich bin mir sicher, dass Herr Maaßen sie auch, wenn er sie gesagt hat, so noch einmal wiederholen würde. Das vermute ich. Aber wir müssen auch sehen: Es können jetzt nicht ständig neue Tatsachen hier dazutreten. Wenn er sie einmal gesagt hat, kann er sie mehrmals wiederholen, aber irgendwann kann er dann auch sagen: Jetzt habe ich es mehrmals gesagt.

Christian Flisek (SPD): Ich bitte ihn gerade, es zu wiederholen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Er hat sie einmal wiederholt. Ich frage Herrn Maaßen: Würden Sie sie noch mal wiederholen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Machen wir eine Pause?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das können wir gerne machen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie lange sollen wir sie machen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Viertelstunde?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Viertelstunde ist okay. - Dann ist die Sitzung für 15 Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von
20.09 bis 20.22 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt. Herr Kollege Flisek hatte darum gebeten, noch mal - jetzt sage ich es mal mit meinen Worten -

die Gründe für die Einschätzung dargelegt zu bekommen. Hatte ich das richtig wiedergegeben, Herr Kollege Flisek? - Da würde ich Ihnen das Wort geben, Herr Dr. Maaßen.

Christian Flisek (SPD): Also, ich sage noch mal zur Verdeutlichung: Mir geht es um die Tatsachen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja, Herr Abgeordneter Flisek. Ich sagte auch in meinem Statement und auch vorhin: Wir haben keine Belege, die den unmittelbaren Zusammenhang herstellen, aber wir haben Tatsachen. Das ist nicht nur die Tatsache, dass er in Russland ist. Das ist die Tatsache, dass es einen politischen, erheblichen politischen Schaden gibt. Da ist die Tatsache, dass wir vom KGB und den jetzigen auch russischen Diensten wissen, dass sie in hervorragender Weise in der Lage sind, Desinformations- und Einflussnahmekampagnen durchzuführen. Ich habe auf das Stichwort Lisa hingewiesen. Ich habe auf die Probleme mit Rechtsextremisten in Ungarn und in anderen Ländern hingewiesen, die möglicherweise auch von den russischen Diensten gesponsert werden. Ich habe auf die russische Interessenlage hingewiesen, auch uns zu destabilisieren - Stichwort: Ukraine-Konflikt -, uns mit anderen Problemen zu beschäftigen. Und das alles führt, auch vor dem Hintergrund unserer nachrichtendienstlichen Erfahrung, dazu, dass wir sagen: Das ist durchaus plausibel.

Ich habe vorhin auch den Hinweis gegeben, dass auch hier in diesem Raum mit Blick auf das Thema Botschaft am Potsdamer Platz, mit Blick auf das Handy der Kanzlerin wir hier keine Beweise haben, sondern wir haben Hinweise. Es ist Ihr Auftrag - das nehme ich zur Kenntnis -, das zu bewerten. Aber mit Blick auf unseren Auftrag als Spionageabwehr bewerten wir es auch. Und da bitte ich um Verständnis, dass ich zu dieser Bewertung gekommen bin.

Christian Flisek (SPD): Das Verständnis haben Sie von mir, wenngleich wir wahrscheinlich davon ausgehen müssen, dass wir allenfalls dann unterschiedliche Begriffe von Tatsachen haben; denn das, was Sie mir gerade genannt haben, würde ich jetzt, sage ich mal, als Indizien werten,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die ab einem bestimmten Zeitpunkt eine gewisse Vermutung zulassen, aber mehr eben auch nicht.

Ich will das an der Stelle auch belassen und möchte Ihnen, wenn wir jetzt schon bei Herrn Snowden waren und sind, einmal die Frage stellen: Ich meine, die Veröffentlichung - ich habe ja gerade Ihr Zitat genannt: das ist der Versuch, den größten Keil zwischen USA und Europa zu platzieren seit dem Zweiten Weltkrieg -, das ist ja dann wirklich so was wie eine Zäsur. Und insofern würde mich jetzt interessieren: Was ganz konkret haben Sie als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz unternommen nach dieser Zäsur in Ihrem Amt?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nun, einige Punkte habe ich aufgezählt, auch im Eingangstatement. Aber an dieser Stelle möchte ich gerne diese Punkte auch noch mal aufgreifen. Ich habe natürlich Gespräche geführt mit den amerikanischen Nachrichtendienstchefs, mit dem bekannten Ergebnis, dass sie natürlich nicht einräumten, auch grundsätzlich nicht bestritten, dass es derartige Operationen gegen deutsche Interessen gegeben hat, dass sie deutlich machten, in die Zukunft schauen zu müssen. Ich hatte deutlich gemacht, dass wir hier die SAW, technische Aufklärung durch, ich sage, westliche Dienste eingerichtet haben, die all die Vorwürfe, die in den Medien von uns zur Kenntnis genommen worden sind, versuchte aufzuarbeiten. Es waren 20 oder 21 Vorwürfe, die abgearbeitet wurden. Wir haben Gespräche auch mit anderen ausländischen Nachrichtendiensten geführt, gut verpartnerten Nachrichtendiensten, und sie nach ihrer Einschätzung gefragt. Ich habe den Bereich „360-Grad-Blick“ deutlich erweitert, organisatorisch neu aufgestellt, ihm ein neues Konzept gegeben, das Personal vervielfacht. Aus meiner Sicht sind das eine ganze Reihe von - -

Christian Flisek (SPD): Können Sie kurz - - dass wir da ein bisschen Fleisch an den Knochen bringen. Was heißt das? Also, wir haben ja ein wenig die Zahlen von anderen Mitarbeitern gehört. Vervielfacht, das hört sich jetzt enorm an. Da hieß es, vorher waren da ein, zwei Personen tätig, und dann waren es irgendwie 12 bis 20, oder können Sie das konkret mal sagen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, in dieser Größe ist das.

Christian Flisek (SPD): Also, man hat - er hat es wohl so konkret gesagt - es verzweifelt, aber von einem relativ niedrigen Niveau ausgehend.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist in der Tat so, und das habe ich, glaube ich, auch eingangs eingeräumt, dass zu der Zeit, als ich das Amt übernommen hatte, das Thema ein Schattendasein lebte, in einer ganz geringen Personalarstärke bearbeitet wurde und ich es insoweit vervielfacht habe. Und die Größenordnung, die von Kollegen als Zeugen in diesem Zusammenhang genannt worden ist, kann ich insoweit bestätigen.

Christian Flisek (SPD): Ihr Vorgänger im Amt hat gesagt, als er das Amt verlassen hat, er würde der Spionageabwehr im Amt die Schulnote „ausreichend“ geben. Welche Schulnote würden Sie denn dem Status jetzt geben?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich glaube, so pauschal kann man das auf keinen Fall sagen. Jedenfalls kann ich das heute nicht sagen. Ich glaube, es gibt Bereiche in der Spionageabwehr, die herausragend sind und wo wir auch von ausländischen Diensten sehr gute Noten bekommen, was die Informationsgewinnung angeht. Es gibt Bereiche, da, würde ich sagen, müssen wir einfach besser werden. Und deswegen möchte ich hier keine Schulnote für die gesamte Abteilung vergeben.

Christian Flisek (SPD): Okay. - War denn eine der Maßnahmen auch - das haben Sie ja auch geschildert -, dass dieser Testbetrieb bei dem Tool XKeyscore, bei dem Auswertungstool, erst einmal ausgesetzt wurde? Das war auch eine unmittelbare Maßnahme?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das war im zeitlichen Zusammenhang mit dem Bekanntwerden der Snowden-Dokumente und vor allem der öffentlichen Diskussion über XKeyscore.

Christian Flisek (SPD): Würden Sie mir denn mal erklären, was eigentlich jetzt der Unterschied



Nur zur dienstlichen Verwendung

qualitativ ist zwischen Test- und Wirkbetrieb dieses Tools?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Im Testbetrieb werden zwar auch Echtdateien verwendet, aber es wird eingeschränkt auf eine geringe Zahl von Verfahren, und auch eine geringe Zahl von Mitarbeitern hat Zugang. Es ist also keine Standardmaßnahme, die man im Grunde genommen bei allen derartigen Maßnahmen durchführen könnte.

Christian Flisek (SPD): Und wissen Sie, das ist halt die Frage, die wir uns hier seit wirklich langer Zeit auch stellen, seit wir mit Mitarbeitern Ihres Hauses dieses Thema erörtern, wie es sein kann, dass dieser Testbetrieb, wenn man ja das Tool als ein gutes Tool einschätzt, so lange dauert. Sie haben dazu eine Erklärung gegeben. Würden Sie das für völlig fernliegend halten, wenn ich sage, wenn man so einen Testbetrieb von so einem Tool macht - immerhin hat das ja eine enorme politische Sensibilität, spätestens nach den Snowden-Veröffentlichungen -, dass man irgendwie mal diesen Testbetrieb, wie ich das von vielen IT-Projekten eben kenne als Standard, mit Meilensteinen versieht, ein Pflichtenheft macht, sagt: „Dann und dann wollen wir da sein, und genau zu dem Zeitpunkt wollen wir in den Wirkbetrieb übergehen“? Wir haben in den Unterlagen, die Sie uns übermittelt haben, hierzu nichts gefunden, und die Antwort, wann das passieren soll, war auch gerade relativ vage, weil Sie gesagt haben: „Bald“. Finden Sie, dass das bei einem solchen Tool nicht notwendig ist?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, Ihre Frage in Richtung Pflichtenheft und Meilenstein: Macht man dann, wenn man ein neues IT-Projekt aufstellt, eine neue IT-Architektur aufstellt. Darum geht es hier nicht. Es geht hier darum, dass wir ein Tool haben, das, ich sage mal, wir anflanschen wollen an eine bestehende Anlage.

Christian Flisek (SPD): Da würde ich jetzt mal sagen, laienhaft: ein durchaus nicht ganz so harmloses IT-Projekt von Grundrechtsrelevanz.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nicht harmlos, vor allem im Bereich der Sicherheit der Daten.

Deswegen haben wir ein Sicherheitskonzept hier auch erstellt. Deswegen gab es zahlreiche Gespräche zwischen den in meinem Haus für die IT-Sicherheit Verantwortlichen und den Kollegen in der Fachabteilung, die ein hohes Interesse am Einsatz dieses Tools haben. Aber ich kann Ihnen sagen: In den aus Sicht der Fachabteilung wichtigen und notwendigen Maßnahmen ist auch im Testbetrieb dieses Tool zum Einsatz gekommen. Wenn Sie mich fragen nach dem Wort „bald“, bin ich auch bereit, etwas dazu zu sagen, aber in einer nichtöffentlichen Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Das können wir gerne dort vertiefen. Ich sage Ihnen mal meine Theorie, die ich bisher habe; aber es ist eine Theorie, weil alles, was mir bisher gesagt wurde zu einem dreijährigen Testbetrieb bei einem Tool, das eventuell immerhin dafür sorgt, dass man Dinge, die man sonst nicht sehen kann, endlich sehen kann - Stichwort: WhatsApp; ja, die halbe Welt ist da und was nicht noch alles jetzt kommt - - Das muss man ja sehen können; sonst macht das alles keinen Sinn. Und dass man dann drei Jahre da im Testbetrieb verbringt - - Also, meine Erklärung ist die: Das ging vor der Snowden-Zäsur los, plötzlich tauchen Dokumente in der Öffentlichkeit auf, alle Welt weiß, was XKeyscore ist, und - ich überspitze jetzt mal - man kriegt kalte Füße, will aber den amerikanischen Kooperationspartner nicht vor den Kopf stoßen nach dem Motto: Am liebsten würde man das Zeug wieder loswerden. - Und man sagt irgendwo: Wir kommen jetzt aus der Nummer nur raus, indem wir testen, testen, testen, testen. - Würden Sie sagen, das ist Verschwörungstheorie eines kritisch fragenden Abgeordneten?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ganz genau, Herr Abgeordneter.

Christian Flisek (SPD): Habe ich mir schon gedacht. Aber Sie werden in nichtöffentlicher Sitzung Gelegenheit bekommen, uns das vielleicht mal - - dass wir nicht diesen Verschwörungstheorien hinterherlaufen. Vielleicht haben Sie bis dahin paar bessere Argumente, plausiblere Darstellungen, als Ihre Mitarbeiter bisher hatten, weil - ich sage es noch einmal - meine Bewertung, die ich mir ja auch nicht nehmen lasse, ist die, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich es bisher nicht für plausibel halte, dass man in Ihrem Amt ein solches mächtiges, wichtiges Tool drei Jahre, bei aller Notwendigkeit in Bezug auf IT-Sicherheit usw., testet.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich versuche, Ihnen die Verschwörung zu nehmen, und freue mich dann auf die nichtöffentliche Sitzung, Herr Abgeordneter.

Christian Flisek (SPD): Sehr gut. - Zu XKeyscore habe ich aber noch mal eine Frage. Ich meine, das ist etwas, was ja eben bei Ihnen als Analysetool eingesetzt wird, aber in der Konzeption ja so ist, dass es auch ein Erfassungstool sein kann. Und das ist ein Tool, das jetzt von anderen Diensten - sprich: von den Amerikanern - entwickelt worden ist. Und vielleicht ist auch das jetzt nicht völlig verschwörerisch, zu glauben, dass die Amerikaner nicht nur mit den deutschen Diensten kooperieren und dabei es zu einem solchen Austausch von Software kommt, sondern auch mit anderen Diensten. Das heißt, meine Frage an Sie ist: Kam man irgendwann einmal auf den Gedanken, sich unter dem Gesichtspunkt der Spionageabwehr dieses Tool anzuschauen? Hat man mal dieses Paket auch in die Abteilung Spionageabwehr geschickt und hat gesagt: „Schaut euch das mal an, und zwar unter Erfassungs- und Analysegrundsätzen. Was bedeutet das eigentlich für uns?“

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Auch da habe ich keine Beweise. Ich gehe aber auch davon aus - und das ist plausibel -, dass dieses Tool auch mit anderen Diensten geteilt wurde, dass auch andere verpartnerte Dienste der NSA auf dieses Tool zugreifen können.

Was den zweiten Teil der Frage angeht, ob sich die Spionageabwehr dieses Ding angeschaut hat: Nach meiner Erkenntnis haben die nur drübergeschaut. Sie haben es nicht geprüft, und zwar, weil man mir sagte: Es handelt sich um eine Software, die, wenn man den Quellcode hat, eigentlich keinen eigenen nachrichtendienstlichen Gehalt mit Blick auf die Spionageabwehr hat. - Warum? Es ist so leer, wie wenn man ein Programm hat wie meinetwegen Word. Interessant sind die Dokumente. Interessant wären die Selektoren, die

in XKeyscore von der NSA eingestellt würden. Interessant wäre, wie die Erfassungsinstrumente, die es bei XKeyscore wohl gibt, befüllt würden, um es einzusetzen. All das gibt es in diesem Tool, das wir insoweit nackt bekommen haben von der NSA, nach meiner Kenntnis nicht. Und darum, wurde mir gesagt, ist das aus Sicht der Spionageabwehr kein wirklich interessantes Tool.

Christian Flisek (SPD): Mhm. Ich versuche, das nachzuvollziehen. Also, ich meine, es wäre ja noch schöner, klar, aus Sicht der NSA, wenn man es Ihnen nicht nackt gegeben hätte. Aber, ich meine, Sie als Behörde denken in Gefährdungslagen. Das ist Ihnen ja nicht fremd. Und insofern ist es natürlich so, dass man sich das auch unter diesen Gesichtspunkten anschaut, dass man es natürlich mal angucken kann. Und so ganz ahnungslos ist man ja im Zweifel auch nicht, was Selektoren usw. betrifft. Der Makler, der das Tool ja immerhin vermittelt hat für das Bundesamt, der BND, arbeitet mit Selektoren. Und insofern ist es doch unter der Frage: Was bedeutet der Einsatz eines solchen Tools in Bezug auf die Kommunikationsüberwachung, wo auch deutsche Bürger, deutsche Unternehmen betroffen sein können, deutsche Politiker, Entscheidungsträger betroffen sein können? Was bedeutet das eigentlich unter dem Gesichtspunkt politischer, wirtschaftlicher, allgemeiner Überwachung? Also, ich würde, sage ich jetzt mal - ich kann ja nur von meinem Standpunkt ausgehen -, sagen: Wenn ich so was schon mal in die Hände bekomme, was ja schon mal ein Schritt ist, dann würde ich das unter dem Aspekt eigentlich sehr ordentlich auswerten lassen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich verstehe Ihre Frage. Nur, es ist uns natürlich bekannt, dass die Amerikaner ein Tool haben, mit dem sie - das ist, glaube ich, in dem Zusammenhang mal hier gesagt worden - Daten herausrüsseln aus dem großen Datenstrom. Das ist für uns aber auch nicht neu. Und insoweit ist auch eine Analyse von XKeyscore nicht wirklich gewinnbringend. Dass die Amerikaner dies können, ist klar. Dafür braucht man XKeyscore auch nicht zu untersuchen. Das Entscheidende, und das ist für uns als Spionageabwehr die zentrale Frage: Wird dieses



Nur zur dienstlichen Verwendung

Instrument in den USA genutzt, um auch deutsche Daten, das heißt in erster Linie im Bereich der Spionageabwehr staatliche Daten, zu sammeln und dann auch auszuwerten? Das kann man, wenn man ein nacktes Tool wie XKeyscore bekommt - so wurde mir gesagt -, nicht feststellen.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie gehen davon aus, dass die amerikanischen Dienste das tun, also dass sie in den USA Kommunikationsströme, oder wo auch immer auf der Welt - - mit Kooperationen anderer sich auch mit diesen Instrumenten gegen Deutschland richten.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nun, ich habe im Eingangsstatement gesagt, dass die Amerikaner natürlich eine Dominanz im Cyberraum haben, dass sie die rechtlichen Möglichkeiten haben, und wenn sie es wollen, tun sie es auch. Ob sie es tun, weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Eine Reaktion nach den Snowden-Veröffentlichungen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre vielleicht ein neuer Komplex. Da müssten wir in der nächsten Runde - -

Christian Flisek (SPD): Sehr gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Macht vielleicht an der Stelle Sinn. - So, das war die zweite Runde, mit der wir jetzt am Ende sind. Jetzt kommen wir in die dritte Runde. - Frau Kollegin Renner von der Fraktion Die Linke beginnt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Danke, Herr Vorsitzender. - Ich würde gerne noch mal an der Frage ansetzen, ob man ausreichend die Snowden-Dokumente inhaltlich bewertet hat, um zu solchen Aussagen zu kommen, dass man keine Anhaltspunkte gefunden hat, dass tatsächlich SIGINT-Maßnahmen auch gegen die Bundesregierung durchgeführt wurden. Es gibt ja neben den veröffentlichten Selektoren der NSA auch Gesprächsinhalte der Kanzlerin, aber auch anderer Regierungsmitglieder und Behörden, die auf WikiLeaks am 20.07.2015 zum Beispiel veröffentlicht wurden. Es ist ja dann ein Einfaches, die

entsprechenden Personen in der Bundesregierung oder in den Ministerien danach zu befragen: Gab es dieses Telefonat, und war das der Inhalt? Also, stimmt das, was da WikiLeaks veröffentlicht? - Ist das denn passiert?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja, das sind sehr interessante Notizen, die irgendwie gar nicht in die anderen Snowden-Dokumente hineinpassen. Damit haben wir uns natürlich auch beschäftigt, und nach meiner Erinnerung sind meine Mitarbeiter zu dem Ergebnis gekommen, dass es durchaus plausibel ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah. Okay. Und diese Telefonate hat es also in der Form gegeben?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das kann ich Ihnen jetzt nicht bestätigen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann hat man ja doch einen sehr validen Anhaltspunkt, dass diese Veröffentlichungen zu den Abhörmaßnahmen zu Regierungsstellen stimmen könnten.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nun, so einfach kann man es auch nicht sagen. Wir wissen nicht, ob es wirklich amerikanische Dokumente sind. Ich kann die Authentizität der Dokumente nicht feststellen. Es können natürlich auch Auszüge aus einem Gespräch sein, das ein anderer Dienst aufgenommen hat und das hier camouffiert als Dokument eines amerikanischen Dienstes eingestellt wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo lernt man, so zu denken?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es gibt sogenannte False-Flag-Operationen. Vor dem Hintergrund habe ich auch vorhin mit allem Vorbehalt gesagt: Das ist plausibel. - Wir haben damit aber immer noch keinen Beweis.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt ist es langsam steigerungsfähig. Jetzt ist das Ganze auch noch eine False-Flag-Operation. Ich weiß nicht, wo wir am Schluss enden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe nicht gesagt, dass es eine False-Flag-Operation ist, aber man kann es nicht ausschließen. Wir haben nicht die Originale.

Martina Renner (DIE LINKE): Wow. Manchmal muss man sich wieder sammeln. Zu der Frage - Sie haben gesagt, bei dem Einsatz von XKeyscore haben Sie am Anfang geprüft, dass dort nicht Hunderttausende von Daten verarbeitet werden. Das habe ich mir aufgeschrieben tatsächlich als eine sozusagen von Ihnen am Anfang auch gestellte Ausgangsfrage. Wenn dort im Rahmen von G-10-Maßnahmen Internetverkehre zu IP-Adressen ausgelesen werden und möglicherweise auch zu Kontaktpersonen, die dort auftauchen, ebenfalls Kommunikationserhebungen stattfinden, um wie viele Daten, meinen Sie, handelt es sich dann?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Entschuldigung, ich verstehe Ihre Frage einfach nicht. Ich habe gesagt, dass wir keine Erfassung vornehmen, sondern wir nehmen Auswertungen vor. Zu welcher Frage soll ich jetzt Auskunft geben?

Martina Renner (DIE LINKE): Zu der Frage, ob die Datenmengen, die auch im Rahmen von G-10-Maßnahmen, wenn es IP-Verkehre betrifft, durchaus große Datenmengen werden können, insbesondere dann, wenn auch noch zu Kontaktpersonen der ersten oder zweiten Ebene Daten erhoben werden. Das wäre meine Frage.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich hatte in anderem Zusammenhang schon gesagt: Wir haben Einzelmaßnahmen. - Und ich glaube, ich nannte die Zahl 148 für das Jahr 2014. Ich bin nicht in der Lage, Ihnen sagen zu können, in welchem Umfang, wie viel Terabyte an Daten oder was auch immer zu uns fließen, Einzelmaßnahmen, das heißt, auf Personen bezogen. Und diese Daten werden ausgewertet bei uns. Was ist jetzt Ihre Frage?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Und wir haben auch mit anderen Zeugen vom BfV schon geklärt, dass es durchaus dann sein kann, dass auch zu Personen, die mit diesen Personen in Kontakt ste-

hen, in Chats, in E-Mail-Verkehr sind und Ähnliches, ebenfalls Datenerhebungen stattfinden. Und dann kann man sich einen relativ schnellen Aufwuchs der Datenmenge vorstellen. Deswegen ist die Frage tatsächlich ernst gemeint, ob Sie sich mal informiert haben, wie groß die Datenmenge ist, die dort in XKeyscore verarbeitet wird.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, in einer G-10-Anordnung stehen die jeweiligen Hauptbetroffenen drin.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Nebenbetroffenen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Und die Nebenbetroffenen und die jeweiligen Anschlüsse, soweit es geht. So. Diese Datenmengen werden ausgeführt. Wenn aufgrund einer derartigen G-10-Maßnahme sich feststellen sollte, dass eine Kontaktperson eines Hauptbetroffenen auch eine Zielperson von uns sein sollte, wird ein neuer G-10-Antrag gestellt. Es bedeutet nicht, dass eine G-10-Anordnung dazu führt, dass wir alle Kontaktpersonen automatisch erfassen und dass deren Daten ausgeleitet werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich versuche es jetzt mal andersrum. Das BfV überwacht ja auch soziale Netzwerke, und es ist ja durchaus möglich, dass man mit Daten, die man aus den G-10-Maßnahmen gewinnt, in dieser Überwachung der sozialen Netzwerke weitersucht, also diese beiden Elemente - Soziale-Netzwerk-Überwachung, G-10-Maßnahmen, verarbeitet durch XKeyscore, Generieren von Fingerprints usw. - miteinander verschränkt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ist das eine Frage?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Was wollen Sie wissen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das - - Wird das faktisch technisch so gemacht, Überwachung von sozialen Netzwerken und Datenanalyse und Da-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tenergebnisse aus G-10-Maßnahmen insbesondere durch den Einsatz von XKeyscore - Stichwort: Fingerprints und Ähnliches - miteinander zu verschränken?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Um es vielleicht noch einmal deutlich zu machen: Aus einer G-10-Maßnahme, ob mit XKeyscore oder ohne XKeyscore, gewinnen wir eine Erkenntnis. XKeyscore dient nur dazu - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie generieren Fingerprints mit XKeyscore.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wie bitte? Was meinen Sie unter „Fingerprints“?

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann können wir das an der Stelle beenden, wenn Sie den Begriff nicht kennen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Was wollen Sie mir damit sagen?

Martina Renner (DIE LINKE): Dass es nicht lohnt, weiter zu diskutieren.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Gut. Ich bin hier, um Ihre Fragen zu beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie aber den Begriff nicht kennen, dann brauche ich Ihnen auch nicht - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich kenne den Begriff Fingerprints. Aber was wollen Sie mir sagen im Zusammenhang mit XKeyscore?

Martina Renner (DIE LINKE): Mit den Fingerprints kann ich ja weiter arbeiten, zum Beispiel dort, wo ich Datenanalyse in sozialen Netzwerken betreibe.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich kann mir vorstellen, auf was Sie hinauswollen. Ein derartiger Fingerprint würde in der Erfassung stattfinden. In die Erfassung von XKeyscore - so habe ich dieses amerikanische System verstanden -, bei der Erfassung würde man einen Fingerprint einstellen. Ein Fingerprint könnte sein eine IP-

Adresse oder könnte ein anderes zu identifizierendes Merkmal sein, und das würde eingestellt werden in die Erfassung.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wir nutzen XKeyscore in dieser Weise nicht, weil es ein reines Auswertetool ist. Aus XKeyscore oder aus unserer Perseus-Anlage generieren wir keine Fingerabdrücke.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus XKeyscore und Perseus generieren Sie keine Fingerabdrücke.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann müssen wir die entsprechenden Zeugenaussagen, die wir tatsächlich von anderen Zeugen aus dem BfV zu Fingerprints gehört haben, jetzt schnell rausuchen aus den Protokollen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann müssen wir die später noch mal vorhalten.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich kann Ihnen nur das sagen, -

Martina Renner (DIE LINKE): - was Sie wissen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: - was ich verstanden habe, was mir berichtet worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Dann müssen wir das raussuchen. Das ist jetzt kein Problem. - Dann muss ich ganz kurz - ich wollte eigentlich bei dem Thema bleiben - noch mal auf die Frage - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir das in der nächsten Rundc machen, weil die Zeit um wäre?

Martina Renner (DIE LINKE): Wie viele Minuten habe ich denn noch?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt hätten Sie minus 20 Sekunden.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn jetzt eine Zäsur wäre - - Eine Frage ist immer noch möglich. Aber wenn eine Zäsur wäre, dann würde ich den Block in der nächsten Runde vorschlagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Alles klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? Ich glaube, die geht auch relativ schnell wieder zurück, die Fragemöglichkeit. - Die Fraktion der CDU/CSU hat, glaube ich, keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung. Richtig?

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Im Moment keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. - Dann sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal anknüpfend eben an diese Fragen bezüglich wann man überhaupt anhand der Beweise oder Hinweise, die man hat, feststellen kann, ob es sich um originäre, originale Geheimdienstunterlagen handelt: Also, wie wären da die Erfordernisse, um festzustellen, das sind authentische NSA-Unterlagen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Was wir brauchen bei verschiedenen Dokumenten, ist auch, dass man uns die Zusammenhänge einfach erläutert: Wo ist welches Dokument wie generiert worden? Beispielsweise das Datenblatt mit der Telefonnummer der Kanzlerin: Was ist das für ein Datenblatt? Ist das ein Datenblatt, das man sagen kann: „Es ist aus einem Telefonverzeichnis“? Ist es ein Datenblatt, das angefallen ist im Rahmen der strategischen Fernmeldeüberwachung, wo die Nummer der Kanzlerin als Beifang aufgenommen wurde? War das ein Zielselektor gewesen, wo man sagt: „Das ist quasi - um den Jargon des BfV zu verwenden - eine Hauptbetroffene“? Das müssten wir wissen. Und darüber hinaus: Ist das

Dokument eigentlich echt? Auch wenn vorhin darüber gelächelt worden ist: Der Begriff „False-Flag-Operation“ wird von uns ernsthaft verwendet und auch ernsthaft geprüft. Wir stellen immer wieder False-Flag-Operationen fest, nicht zuletzt im letzten Jahr der Cyberangriff auf TV5MONDE.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber jetzt konkret an den Snowden-Unterlagen oder an diesen WikiLeaks-Unterlagen. Was müsste gegeben sein, damit Sie die Authentizität dieser Unterlagen - - als BfV sagen: „Ja, das ist so“?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Zunächst einmal hätten wir gerne diese Unterlagen. Vielleicht könnten Sie als Untersuchungsausschuss ja beschließen, dass der *Spiegel* - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich mal eine ernste Frage, Herr Maaßen - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, das ist eine sehr ernste Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Ganz kurz, eine ernste Frage, Herr Maaßen, weil das ist ja wirklich ein interessanter Punkt, dass Sie das sagen. Also, wenn ich das ernst nehme, was Sie sagen, mit dem Keil zwischen den Europäern und Russland [sic!]: Ich habe das so verstanden - - Wir waren ja gerade in den USA und haben da ja auch mit Abgeordneten aus den Kontrollgremien gesprochen. Und deren Hauptvorwurf war gegen Snowden - - Die sagen das übrigens nicht, dass das ein russischer Agent sei. Das habe ich von keinem gehört, mit dem wir uns da getroffen haben. Aber sei es drum. Die sagen: Er hat eine bestimmte These gehabt, nämlich dass es globale Massenüberwachung gibt; aber er hat sehr, sehr viele Daten abgegriffen und mitgenommen, die damit nichts zu tun haben; die sind nicht an die Öffentlichkeit gekommen bisher, aber sie sind trotzdem ein ganz krasses Problem für uns. - Das ist ein Argument, was ich mir anhöre. Was wäre eigentlich, wenn Snowden mit den Festplatten käme und er sagen würde: „Herr Dr. Maaßen, bitte schön, hier sind auch die 90 Prozent der Dinge, die wir nicht veröffentlicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben“? Würden Sie sich das tatsächlich angucken?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Interessant wäre es natürlich. Aber, Herr von Notz, ich glaube - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie es sich angucken?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er würde es ungesehen an die Amerikaner zurückgeben!)

- Nein. - Das würde mich jetzt interessieren, weil Sie haben das ja eben gesagt, wenn ich Ihnen das besorgen könnte. Aber wenn man das jetzt ernst nimmt, die Frage, ob Sie sozusagen den Kern der Wahrheit in diesen Unterlagen, die ja sozusagen selbst auf US-Seite zu Gesetzesreformen geführt haben und von denen Sie sagen: „Ich weiß nicht, ob das authentisch ist“ - - Was müsste passieren, damit Sie - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr von Notz, das ist natürlich hochinteressant, wenn wir derartige Informationen bekämen, ohne Zweifel.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wissen Sie ja gar nicht, ob das interessant ist!)

Aber ich möchte noch mal sagen: Wir arbeiten mit Plausibilitäten, ja? Das ist für uns wichtig. Und wir haben vorhin auch über Prävention gesprochen, über Spionageabwehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich brauche keinen Vollbeweis, dass aus der amerikanischen Botschaft Ausspähaktionen durchgeführt werden. Brauche ich nicht, um Prävention zu betreiben. Es reicht einfach aus, wenn es für mich plausibel ist, um zu sagen: Leute, schützt euch besser. Kommunikation muss kryptiert stattfinden oder mündlich stattfinden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie sagen, dass Frau Merkel selbst Schuld hat, dass sie nicht kryptiert telefoniert hat?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich weiß es nicht, ob Frau Merkel abgegriffen worden ist hier in Berlin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn sie es worden wäre, hätte sie selbst Schuld?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich sage das nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben vorhin im Eingangsstatement das im Grunde gesagt, auch die Abgeordneten - Frau Merkel hat, glaube ich, auch ein Mandat -, die wären halt selbst schuld. Sie hätten oft genug gewarnt. Deswegen frage ich mich - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr von Notz, es gibt viele Umstände, unter denen man nicht kryptiert kommuniziert, und ich telefoniere auch oft nicht kryptiert. Und ich vermag einfach nicht zu beurteilen, ob sie konkret abgehört worden ist und was die Umstände waren. Von daher bitte ich um Verständnis, dass ich das nicht bewerten will und schon gar nicht Ihre Schuldfrage beantworten möchte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Letzteres verstehe ich. Aber sozusagen trotzdem ist mir immer noch nicht klar, was an Unterlagen da sein müsste, dass Sie sagen: Da gibt es eine hohe Schlüssigkeit dafür. - Und wir glauben, ehrlich gesagt, dass diese Dinge so stimmen. Boundless Informant, Abgriffe against den Partner, das klingt schlüssig für uns. Also, in welcher Form müssten die Daten Sie erreichen, dass Sie als Behörde, die für Spionageabwehr zuständig ist, sagen: „Das ist ein ernstes Problem“?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr von Notz, Sie erinnern sich, am vergangenen Freitag waren wir zusammen auf einem Podium. Da haben Sie mir doch gesagt: „Bauen Sie nicht Gräben, wo



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir schon nahe aneinander sind“, oder so ähnlich. Ich glaube, wir sind gar nicht so weit entfernt. Ich habe im Eingangsstatement gesagt, dass, was die Aktivitäten der NSA in den USA angeht, die USA sowohl die technischen Möglichkeiten haben, die rechtlichen Möglichkeiten, die Ressourcen haben und, wie wir jetzt durch Snowden - - wie es deutlich wurde, möglicherweise oder wahrscheinlich sogar der Wille besteht, dies in den USA durchzuführen. Ich habe aber auch deutlich gemacht, dass dies nicht Aufgabe ist der Spionageabwehr, das zu ändern. Das müssen andere Instanzen tun. Sie gehören als Parlamentarier auch dazu.

Etwas anderes ist Spionageabwehr im Inland, und da, habe ich deutlich gemacht, haben wir keine Erkenntnisse dafür, dass die NSA in Deutschland Spionageaktivitäten durchführt. Was Pariser Platz angeht, mag es durchaus plausibel sein. Aber ich sage auch: Das reicht mir für die Spionageabwehr auch aus, Plausibilität. Ich brauche keinen Vollbeweis. Plausibilität heißt insoweit: Wir müssen uns einfach schützen, ob das Amerikaner, Briten, Chinesen, Russen oder wer auch immer sind, und besser auf uns aufpassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist sicherlich richtig. - Vielleicht noch mal zu dem Punkt, an dem ich vorhin schon mal angefangen habe, und da würde ich jetzt eigentlich gerne weitermachen, nämlich bei dieser Frage des Einsatzes von XKeyscore im BfV. Wir können das nachher sozusagen sehr vertieft und detailliert machen. Aber die Diskussion lief, glaube ich, im Dezember 2013, wie schnell man jetzt in den Wirkbetrieb kommt. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Detailreich leider nicht, Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber grob?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja, sicher.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat irgendjemand Druck gemacht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja, ich hatte Druck gemacht. Ich wollte, dass XKeyscore schnell in den Wirkbetrieb geht - das ist jedenfalls meine Erinnerung; ich mache oft Druck gegenüber meinen Mitarbeitern, was ihnen nicht immer so gefällt -, weil ich der Überzeugung war: Wenn wir so ein wertiges Tool haben - was man mir gesagt hatte nach der ersten Einschätzung -, dann sollte es auch so schnell wie möglich eingesetzt werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat außer Ihnen noch jemand Druck gemacht? Hat - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Dass es eingesetzt werden soll? Die Fachabteilung hat gesagt: Es wäre wunderbar, wenn wir es jetzt einsetzen könnten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Amerikaner -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder der Bundesnachrichtendienst?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Überhaupt nicht, überhaupt nicht. Wir hatten große Probleme gehabt, Personal zu finden, das damit umgehen kann. Wir haben große Probleme - und das ist ein offenes Geheimnis -, viele gute Leute für diesen Bereich zu bekommen. Inzwischen ist das abgedeckt. Wir haben inzwischen eine ganze Reihe von guten Leuten, die damit umgehen können. Wir haben, ich sage mal, Entwicklungshilfe vom BND bekommen. Ich glaube, der Mitarbeiter war hier auch schon als Zeuge gewesen, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: - der uns hier unterstützt hatte. So. Ich habe dann lernen müssen, dass es nicht so schnell geht, wie ich es mir vorstelle, dass es eine Reihe von Problemen gibt, personelle Probleme, dass die Daten aus Köln nach Berlin geschafft werden müssen, dass das



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch nicht so einfach ist, bis hin dazu - - Ich glaube, Frau Genkova war hier gewesen -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: - und hat gesagt, dass es eine Reihe von Sicherheitsfragen gibt, die gelöst werden müssen. Das war so der Hintergrund gewesen, wo ich sagte: Okay. Ich muss hier klein begeben. Wir können es nicht so schnell einführen, wie ich es mir vorstelle.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soll XKeyscore vom Bundesamt für Verfassungsschutz eingesetzt werden zur Metadatenanalyse in Zukunft?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Um es noch mal zu sagen: Es soll eingesetzt werden zur Analyse von Daten, die wir rechtmäßig aufgrund einer G-10-Maßnahme erfassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir dann wieder wechseln.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte. Wir haben ja einen langen Abend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Wir kämen zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich möchte einen neuen Komplex ansprechen, Herr Maaßen: Was ist ein No-Spy-Abkommen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich glaube, Herr Abgeordneter, es gibt keine Definition dafür, und mir war in der Vergangenheit so etwas auch nicht begegnet. Aber - und so habe ich damals die Diskussion im Jahr 2013 verstanden - es sollte eine Vereinbarung sein, in der beide Seiten darauf verzichten, sich als Ziele anzusehen und Spionageoperationen gegen den anderen Staat durchzuführen. Was die Einzelheiten angeht, Herr Abgeordneter: Ich war nicht in die Verhandlungen eingebunden.

Christian Flisek (SPD): Mich interessiert erst mal nur der Begriff.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, das war jetzt erst mal eine sehr einfache Frage, und insofern: Sie haben es jetzt beantwortet. - Also, nach Ihrem Verständnis: Es gibt da keine Definition. Sie haben darauf verwiesen, dass Ihnen das bis zu diesem Punkt offensichtlich noch nicht begegnet ist im Geschäft, aber vom Verständnis her, dass es eben eine Vereinbarung sei, die dafür Sorge, dass man keine gegenseitige Spionage betreibt, dass man sich nicht gegenseitig zum Ziel macht, nicht gegenseitig ausspioniert.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist richtig.

Christian Flisek (SPD): Ich glaube, das deckt sich auch mit dem, was die meisten Bürgerinnen und Bürger darunter verstehen würden. - Ihnen ist so was noch nicht begegnet. Jetzt im Nachgang: Gibt es nach Ihrer Kenntnis irgendwo auf der Welt so ein Abkommen zwischen Diensten?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter, wir reden hier über eine in Teilen geheime Welt. Ich weiß nicht, was andere Dienste untereinander vereinbaren, und das wird auch nicht auf den Markt getragen.

Christian Flisek (SPD): Na ja, mein Gott, die Nachrichtendienstwelt ist ja auch eben dafür da, dass man gewisse geheime Erkenntnisse vielleicht erlangt. Und meine Frage war auch jetzt gar nicht konkret auf einen spezifischen - - Ich wollte nur wissen, ob Ihnen bekannt ist aufgrund Ihrer Kenntnisse, die Sie als Chef des deutschen Inlandsnachrichtendienstes haben, ob es irgendwo auf der Welt, vielleicht zwischen Five-Eyes-Staaten, ein solches Abkommen - genannt: „No Spy“ - gibt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ist mir nicht bekannt; aber das soll nicht bedeuten, dass es das nicht gibt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ja, das in der Tat. - Haben Sie denn persönlich es jemals für realistisch gehalten, dass dann die USA mit der Bundesrepublik Deutschland wirklich ein Abkommen dieses Inhalts - also dieses Inhalts, dass man sich nicht gegenseitig ausspioniert - abschließt, jemals abschließen wird? Haben Sie das für realistisch gehalten, auch unter Berücksichtigung all dessen, was Sie heute, angefangen von Ihrem Eingangstatement bis gerade, gesagt haben, also Vorherrschaft im Cyberspace und überhaupt in allen Räumen, die man so denken kann?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich sagte ja schon, dass nach meiner Erinnerung die Idee von der amerikanischen Seite, und zwar von der amerikanischen Nachrichtendienstseite, kam. Und ich sage offen: Ich war auch ein wenig darüber überrascht, über dieses aus meiner Sicht Angebot.

Ich muss aber auch sagen, dass dann, wenn uns ein derartiges Angebot, eine derartige Expektanz, eröffnet wird, man eigentlich auch Grund haben muss, zu glauben, dass dies auch ernst gemeint ist oder dass man es auch wirklich durchziehen will.

Christian Flisek (SPD): Mhm.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Später hat sich gezeigt, dass dies nicht zu realisieren war.

Christian Flisek (SPD): Waren Sie jemals dabei, als dieses - - Oder wann ist Ihnen dieses Angebot zum ersten Mal unterbreitet - - oder untergekommen? Waren Sie bei einem Gespräch dabei, wo eine amerikanische Seite, ob Dienst oder Administration, gesagt hat: „Wir könnten uns so was vorstellen“?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich meine mich zu erinnern, dass es bei dieser Dienstreise im August 2013 in Washington war.

Christian Flisek (SPD): Da waren Sie bei einem Gespräch mit dem NSA-Direktor Alexander und dem DNI-Direktor Clapper.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, an die Einzelheiten kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern.

Christian Flisek (SPD): Das war am 5. August 2013. - An was können Sie sich denn erinnern? Ich meine, das ist ja schon ein Hammer, also ein No-Spy-Abkommen - singulär. Das ist ja nicht so irgendwas Beiläufiges.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich sagte gar nicht, dass es singulär ist. Ich sagte, dass ich keine Kenntnis davon hatte, dass es mit anderen Staaten derartige Abkommen gibt.

Christian Flisek (SPD): Genau.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber in der Wahrnehmung eines deutschen Geheimdienstchefs ist ein solches Angebot doch sicher singulär, von einem der stärksten - - also von einem der Länder, wo die stärksten Geheimdienste dieser Welt vereint sind.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es ist vor dem Hintergrund der ganzen Diskussion im Juni, Juli, Anfang August 2013 natürlich eine klare und wichtige Aussage der amerikanischen Seite, dass sie uns Derartiges anbieten.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie können sich daran erinnern - - Wer hat das angeboten?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das mache ich in einer nichtöffentlichen Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Können Sie dazu was sagen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das mache ich in einer nichtöffentlichen Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Wo Sie das gerade sagen, das machen Sie in einer nichtöffentlichen Sitzung: Wissen Sie, was mich bei der ganzen Nummer total verwundert?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sagen Sie es.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Dass man zu Beginn der Verhandlungen in einem Bereich, wo alles „top secret“ ist, wo jedes selbst ausgehandelte Vertragsverhältnis „top secret“ eingestuft ist, wo Sie sagen: „Das mache ich in nichtöffentlicher Sitzung“, jetzt auf meine Frage, dass dann Herr Pofalla am Ende einer Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums vor die interessierte Öffentlichkeit tritt und sagt: Hurra, die Amerikaner haben uns ein No-Spy-Abkommen angeboten. - Wissen Sie, was ich unter den ganzen Regeln Ihres Geschäfts, die ich ja jetzt gelernt habe - - wie ich das interpretiere? Das wäre der größte Vertrauensbruch und der erste Schritt, dass so ein Abkommen nicht zustande kommt, wenn man das so kommuniziert, wie es Herr Pofalla getan hat. Was sagen Sie dazu?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist eine politische Einordnung, Herr Flisek.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Machen Sie doch was draus!)

Christian Flisek (SPD): Ist die verschwörerisch, abwegig, oder trifft sie den Nagel auf den Kopf?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich nehme diese politische Einordnung hier nicht vor. Ich bin hier nicht als Politiker, sondern als Zeuge und als Chef eines Nachrichtendienstes.

Christian Flisek (SPD): Dann frage ich Sie ein bisschen - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Bitte.

Christian Flisek (SPD): Sozusagen bezogen auf - - Also, wenn Ihnen diese Frage zu politisch war: Das mag sein. Aber würde das nicht gegen alle Gepflogenheiten des Geheimdienstgeschäfts verstoßen, also gegen alle Gepflogenheiten -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich habe - -

Christian Flisek (SPD): - ich bin noch nicht mit der Frage fertig -, wenn man ernsthaft zu Beginn einer solchen Verhandlung steht, eines solchen Vertrages, eines solchen Abkommens steht, -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Mhm.

Christian Flisek (SPD): - wo man eigentlich nichts als ein Angebot hat, dann an die Öffentlichkeit zu gehen? Und wäre es nicht sozusagen dann Ihr äußerstes Interesse gewesen als Präsident des Bundesamtes - und ich schließe jetzt mal Herrn Schindler als Präsident des Bundesnachrichtendienstes mit ein -, Herrn Pofalla auf Knien zu bitten, das nicht zu tun, weil, genau wenn er das tut, Sie eigentlich aufgrund Ihrer Kenntnisse von den Gepflogenheiten des Geheimdienstes, und ich unterstelle jetzt mal, Herr Pofalla hat davon gar keine Ahnung - - aber dass Sie ihm sagen müssen: „Tun Sie das nicht, weil wenn Sie das tun, dann gefährdet es genau das, was wir wollen“?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Flisek, als ich vorhin sagte „nichtöffentliche Sitzung“, bezog sich das auf den konkreten Gesprächspartner.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sie sehen, ich bin ja bereit, hier in großem Umfang etwas zu sagen und auch die Öffentlichkeit, die der Untersuchungsausschuss ja möchte, so weit es geht auch mit meinen Aussagen hier auch zu nutzen.

Was Herr Pofalla in der Öffentlichkeit gesagt hat, kann ich nicht bewerten. Ich weiß nicht, ob auf politischer Ebene zuvor auch Gespräche mit dem Weißen Haus geführt worden sind. Ich weiß: Es sind Gespräche geführt worden. Ich weiß aber nicht, zu welchem Zeitpunkt sie geführt worden sind. Ich wies vorhin darauf hin, dass nach meiner Kenntnis es auch Gespräche gegeben haben muss zwischen Herrn Heusgen, Herrn Heiß und dem Weißen Haus. Ich weiß nicht, auf welcher Ebene man vereinbart hat, dass sich die deutsche politische Seite öffentlich dazu äußern kann. Es mag sein, dass es auch damals politisch abgestimmt war mit dem Weißen Haus. Von daher möchte ich das auch fachlich nicht bewerten.

Christian Flisek (SPD): Trotzdem noch mal die Frage, Herr Maaßen - noch mal -: Würde das, was dort stattgefunden hat - und das ist ja immerhin der Chef des Bundeskanzleramtes gewesen, der



Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen das ganze Geschäft der Geheimdienstaufsicht in Deutschland federführend zu diesem Zeitpunkt in den Händen hatte und damit auch der Mann ist, der im Zweifel mit der US-Administration solche Verhandlungen hätte führen müssen -, nicht gegen alle Gepflogenheiten Ihres Geschäftes verstoßen, wenn man zu diesem Zeitpunkt in dieser Form an die Öffentlichkeit tritt und so was öffentlich verkündet, ja oder nein?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: So einfach ist es nicht. Herr Flisek, Sie werden mit Sicherheit auch wissen, dass damals auf zwei Ebenen verhandelt worden ist und zwei Dokumente erstellt werden sollten: ein politisches und ein nachrichtendienstliches Dokument. Und nach meiner Kenntnis ging es bei Herrn Pofalla um das politische Dokument. Aber ich bitte Sie: Fragen Sie diejenigen, die an den Verhandlungen nachher teilgenommen haben. Ich bin darüber im Einzelnen nicht informiert worden.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, Ihre Berührung mit dieser ganzen Thematik war in der Tat - auch wenn Sie sich an das Datum sicherlich jetzt nicht mehr erinnern - im August 2013 bei einem Gespräch, wo Sie mit Herrn Schindler, Herrn Alexander, Herrn Clapper zusammensaßen und wo dann - das werden Sie uns dann noch mal in der eingestuften Sitzung erörtern vielleicht - ein Angebot gemacht wurde. Das ist der einzige Berührungspunkt gewesen, den Sie hatten. Oder gab es danach noch andere?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist der nahezu einzige Berührungspunkt. Es mag sein - - Oder nicht nur: „Es mag sein“. Ich habe nachher am Rande von Gesprächen erfahren, dass die Gespräche weitergingen, hatte dann zur Kenntnis genommen, wie ich sagte, dass auch eine Delegation aus dem Bundeskanzleramt nach Washington gereist ist. Aber das waren Informationen, die ich nur am Rande zur Kenntnis erhielt. Ich war in die Gespräche nicht eingebunden und habe auch keinen Einfluss nehmen können auf den Verlauf der Gespräche.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie noch Gespräche im Weißen Haus zusammen mit dem National Security Council, namentlich mit Frau Donfried, geführt? Waren Sie da irgendwo dabei?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Christian Flisek (SPD): Es gibt einen Vermerk vom Abteilungsleiter 6 im Bundeskanzleramt, dem Herrn Heiß, an die Bundeskanzlerin vom 7. August 2013. Ich darf das mal vorlesen. Da heißt es:

Neben der Darlegung, dass es keine flächendeckende Überwachung deutscher Staatsbürger gebe

- und jetzt kommt es -,

ist die Zusicherung, auf deutschem Boden halte man deutsches Recht ein, respektiere deutsche Interessen und betreibe keine Wirtschaftsspionage, eine entscheidende Aussage im Hinblick auf die Klärung der Snowden-Vorwürfe. Der Vorschlag, diese Aussagen in einem gegenseitigen Abkommen zu erfassen, ist zu begrüßen.

Deckt sich das, was der Herr Heiß da in seinem Vermerk an die Kanzlerin über ein potenzielles No-Spy-Abkommen schreibt, mit dem, wie Sie es gerade verstanden haben?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass ich da einen Widerspruch sehe, weil ein No-Spy-Abkommen aus meiner Sicht, so wie Sie es gerade definiert haben, sagt, dass man sich nicht gegenseitig zum Ziel der Ausspähung macht, und zwar unabhängig davon, wo auf der Welt das territorial angebunden ist. Herr Heiß spricht nur davon, dass sich die Amerikaner auf deutschem Boden, also innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland, an Recht und Interessen halten. Und ich sage mal: In Zeiten paketvermittelter digitaler weltweiter, globaler Internetkommunikation ist die Frage, was auf



Nur zur dienstlichen Verwendung

deutschem Boden stattfindet, interessant, aber nicht die interessanteste Frage. Und Ihren Ansatz, sich nicht gegenseitig zum Ziel zu machen, so wie Sie es gerade definiert haben, den würde ich als den interessanteren Ansatz begreifen, nämlich als den globalen. Sehen Sie das auch so?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Von wann war der Vermerk?

Christian Flisek (SPD): Der Vermerk war vom 7. August 2013, MAT A BK-1/7b_10, Blatt 38. Ich lese Ihnen den noch mal vor, wenn Sie wollen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, brauchen Sie nicht vorzulesen.

Christian Flisek (SPD): Also, ich bin immer gerne bereit, alles noch mal zu wiederholen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, das ist mir in Erinnerung, dass dies seinerzeit auch gesagt wurde. Aber ich gebe noch mal hier zur Kenntnis: Ich war in die weiteren Gespräche nicht eingebunden. Fragen Sie bitte die Beteiligten.

Christian Flisek (SPD): Noch mal - das nehme ich ja zur Kenntnis, und darum frage ich da auch gar nicht nach -: Würden Sie das, was der Heiß über ein No-Spy-Abkommen in seinem Vermerk an die Kanzlerin schreibt, wirklich jetzt noch mal nach diesem Vorhalt, den ich Ihnen ja jetzt gemacht habe, für deckungsgleich mit Ihrem Verständnis eines No-Spy-Abkommens halten?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich bin mir nicht sicher, ob in diesem Gespräch so detailliert darüber gesprochen worden ist. Ich glaube, es ging dem Kanzleramt vor allem darum, dass die Forderung, die seinerzeit von Deutschland aufgestellt worden ist - in Deutschland muss deutsches Recht eingehalten werden -, auch realisiert wird. Nach meinem Eindruck war - - dass die Verhandlungen oder Gespräche über ein No-Spy-Abkommen nach diesem Gespräch im August erst eröffnet werden, und was drinsteht, müsste in den nächsten Gesprächsrunden auf Arbeits- und auf politischer Ebene geklärt werden. Für mich war es offen gewesen, wie dieses Abkommen aussieht oder diese Vereinbarung.

Christian Flisek (SPD): Vielleicht bezog sich das ja auch nur auf die bestehenden Kooperationsprojekte.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich weiß es nicht.

Christian Flisek (SPD): Ich auch nicht. Aber Sie haben daran geglaubt, oder?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: An was habe ich geglaubt?

Christian Flisek (SPD): Dass die Amerikaner ein solches Angebot ernsthaft in Erwägung ziehen und tatsächlich auch bereit sind, substanziell Verhandlungen darüber zu führen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich sagte schon: Der Vorschlag kam von amerikanischer Seite, und ich bin davon ausgegangen: Wenn amerikanische Kollegen etwas Derartiges vorschlagen, meinen sie es auch ernst.

Christian Flisek (SPD): Also, ich werde Ihnen da noch mal in der eingestuften Sitzung auch, soweit es möglich ist, über dieses Gespräch einige Fragen stellen. - Wann haben Sie denn den Eindruck gewonnen: „Das wird nichts“?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich kann mich nicht genau erinnern. Wie gesagt, ich bin am Rande von Gesprächen mal informiert worden - wir sind nicht förmlich beteiligt worden, so meine Kenntnis -, und das war vermutlich erst Anfang 2014 gewesen.

Christian Flisek (SPD): Sie sagen, Sie sind nicht förmlich beteiligt worden. Ist das normal? Also, ich meine, wir haben drei Geheimdienste, davon zwei große - Inland, Ausland -: BND und Bundesamt. Die Bundesregierung - - Also, ich sage mal: Nach Snowden - - Feuer in der Hütte, und man hat so ein Angebot. Und Sie sagen, Sie werden nicht förmlich beteiligt. Fanden Sie das gut?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wir haben ja gerade herausgearbeitet: Das ist ein singuläres



Nur zur dienstlichen Verwendung

Abkommen. Ich kann nicht sagen, dass wir jemals beteiligt worden sind bei derartigen Abkommen.

Christian Flisek (SPD): Darum frage ich Sie: Finden Sie das gut, dass Sie in dem Prozess nicht beteiligt waren?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre dann die letzte Frage.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das war eine Entscheidung gewesen, ich denke, die auch auf politischer Ebene getroffen worden ist. Das habe ich zur Kenntnis genommen. Wir sind nicht zuständig für Verhandlungen mit der NSA oder auch Verhandlungen mit der CIA. Wie Sie mit Sicherheit auch zur Kenntnis genommen haben: Diese Dienste verhandeln mit SIGINT-Diensten oder Auslandsdiensten.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja. - Okay.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Gut. - Dann geht es weiter bei Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei Frau Renner und dem Thema Drohnenkrieg. Ich würde gerne Ihnen eine Übersendung des Bundesamtes für Verfassungsschutz an Herrn Romann und Sie zeigen. Das ist Tagebuchnummer 257/16, MAT A BMI-21/4, Paginierung 44. Dort sind auf diesem Blatt eine ganze Menge von Paraphen, Abzeichnungen, Anmerkungen, und vielleicht können Sie mir erläutern, wer dort was abzeichnet, insbesondere - das können wir wahrscheinlich jetzt nicht vollständig tun, weil die Unterlage eingestuft ist - ob Sie sich hier wiederfinden und - wir hatten vorhin die Frage offen, ob der Staatssekretär beteiligt war; da konnten Sie sich nicht mehr dran erinnern - ob der dabei ist. Ich kann ja nicht wissen, wer welche Paraphe hat.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen
Einblick)

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich sage es mal so: Ich sehe meine Paraphe hier nicht. Ich sehe die von - - Ich glaube, das ist Herr Romann. Und ansonsten: Tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Da stehen ein Haufen drauf, nicht? Aber ich weiß auch nicht, wer das ist.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja, Frau - - Ich nehme an, das sind Mitarbeiter von ihm. Sie sehen: Unten rechts die Paraphe, das ist mutmaßlich die Paraphe von Herrn Romann, und er hat - das ist wahrscheinlich oder mutmaßlich seine Handschrift - dann verfügt an verschiedene Mitarbeiter. Vermutlich ist das hier Herr Brämer, Herr - - Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das Schreiben kennen Sie auch. Es war ja auch an Sie gerichtet.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sagt mir nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Oh! Also, es steht Ihr Name oben.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nachrichtlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Muss nicht sein. Ich weiß nicht, ob ich überhaupt da war. Kann sein, dass mich jemand vertreten hat. Aber fragen Sie mal.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich - - Na ja, also, die Frage ist natürlich, ob Sie materiell mit der Abfassung dieses Erlasses befasst waren, weil mich immer noch interessieren würde: Dort wird ja explizit auf die Frage „unmittelbar geeignet zur Ortung?“ abgestellt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Die haben meinen Namen falsch geschrieben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das habe ich auch gesehen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Unerhört!



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Heiterkeit)

Martina Renner (DIE LINKE): Unglaublich! Das BfV hat damals Ihren Namen falsch geschrieben.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Und das Herr Engelke.

Martina Renner (DIE LINKE): Das würde heute nicht mehr passieren. - Was macht eigentlich den qualitativen Unterschied, ob die Daten mittelbar oder unmittelbar zur Drohnenerfassung geeignet sind, hinsichtlich der Frage, dass man dort ausschließen wollte, selbst wenn Sie damals angenommen haben, es ist völkerrechtlich legal, die politischen und moralischen Implikationen zu beseitigen, dass man sich in Zukunft nicht mehr an diesen Tötungen beteiligt? Dann müsste man ja auch die mittelbare Beteiligung ausschließen. Den Beihilfegedanken kennt ja zum Beispiel das Strafgesetzbuch.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum hat man tatsächlich diese Unterscheidung gewählt zwischen „unmittelbar“ und „mittelbar“? Deswegen: Weil es an Sie gerichtet ist, hatte ich gedacht, Sie haben sich damit dann auch befasst.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, an mich sollte es nachrichtlich gehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Aber ich bin auch schon falsch adressiert; ich bin nicht ÖS II 2 gewesen. Das ist mutmaßlich zu ÖS II 2 gegangen. Das war ein Referat bei mir in der Unterabteilung, und da gibt es keinen Herrn Maaßen. Also, da müssten Sie sich möglicherweise das Parallelstück bei ÖS II 2 anschauen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das habe ich nicht gefunden.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, um es noch mal zu sagen: Sagt mir nichts, das Schreiben. Ich kann nicht ausschließen, dass ich es gesehen habe. Es kann sein, dass ich es gesehen habe. Ich

hatte vorhin schon gesagt, auch im Eingangsstatement: Nach meiner Erinnerung habe ich diesen Erlass mit Herrn Dr. Romann und mutmaßlich auch mit einem Mitarbeiter von ihm vorbesprochen. - Der Ausdruck „unmittelbar“, den kann ich derzeit nur so einordnen, dass wir damals gesagt haben: Wir möchten nicht mitwirken an derartigen Drohnenangriffen. - „Mittelbar“ bedeutet, wenn wir allein einen Namen mitteilen oder aus unserer Sicht eine Handynummer mitteilen, reicht dies nicht aus, um eine Person zu lokalisieren. Dann müssten noch weitere Schritte notwendig sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Aber das heißt, der Wille dieses Erlasses war: Man will nicht mitwirken, wie Sie es eben gesagt haben, an solchen Drohneneinsätzen.

(MR Torsten Akmann
(BMI) meldet sich zu Wort)

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Korrekt. Ich hatte es eingangs schon gesagt: Es ist politisch und moralisch nicht gutgeheißen worden, da mitzuwirken. Meine Mitarbeiter damals wie die Mitarbeiter im BfV wollten auch nicht Daten übermitteln, die dazu führen, dass Menschen durch Drohneneinsätze zu Tode kommen.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Frau Vorsitzende,
Herr Akmann wollte was
sagen! Der hat sich schon
gerade gemeldet!)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Also, ich möchte noch mal was sagen zu dem Schreiben vom 22.11.2010; das hatten Sie Herrn Maaßen ja, glaube ich, eben vorgelegt.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

MR Torsten Akmann (BMI): Da gibt es zwei Fassungen. Und es gibt eben die andere Fassung, und aus der anderen Fassung ist ersichtlich, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Maaßen das auch gesehen hat. Vielleicht legen Sie ihm das dann auch noch mal vor.

Martina Renner (DIE LINKE): Würden Sie mir mal mit der Fundstelle aushelfen, Herr Akmann?

MR Torsten Akmann (BMI): Ja. - Also, bei uns ist das hier Seite 77.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, danke.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist richtig. Also, ich habe es gesehen. Ich habe es Herrn Schindler zur Kenntnis gegeben am 23.11.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie jetzt sagen, man wollte ausschließen, dass man beteiligt ist: Bei wie vielen Fällen von Datenübermittlungen zu sogenannten dschihadistischen Reisegruppen, zu denen das BfV damals Angaben übermittelt hat an NSA, CIA, JIS, ist Ihnen bekannt, dass die betreffenden Personen aus der Reisegruppe dann durch einen Drohneneinsatz gestorben sind?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es mögen vielleicht fünf Personen gewesen sein. Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Und waren diese fünf Personen vor oder nach dem Erlass? Oder wie teilt sich diese Zahl - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das weiß ich nicht mehr, Frau Abgeordnete.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren unter den fünf Personen auch solche, die nach dem Erlass durch einen Drohneneinsatz getötet wurden?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich kann es Ihnen nicht sagen, Frau Abgeordnete.

Martina Renner (DIE LINKE): Sagen Ihnen die Namen Hattour und Barki als islamistische - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Den Namen Hattour hatte ich gehört, der andere Name sagt mir nichts. Aber ich muss auch sagen: Als Unterabteilungsleiter im BMI war ich nicht in die operative Arbeit eingebunden.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn es nach der Abfassung des Erlasses weitere Tötungen via Drohne gegeben hat von Personen, zu denen Daten übermittelt wurden, haben Sie im BMI sich dann noch mal die Datenübermittlungslage vor dem Hintergrund des Erlasses erläutern lassen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das können Sie nicht erinnern, dass da noch mal Fälle besprochen wurden?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich kann mich nicht daran erinnern. Aber ich vermute mal, nicht, weil dieses Thema nach meiner Erinnerung mir nicht oft vorgetragen wurde. Ich bin nicht darüber so informiert worden. Wie ich sagte: Als Unterabteilungs- und als Stabsleiter Terrorismusbekämpfung ist man von der operativen Ebene auch im Ministerium ein Stück weit entfernt. Ich werde mit Erlassentwürfen beschäftigt, wo der Referatsleiter - in diesem Fall Herr Romann - der Auffassung war, das müsste ich sehen, und ich werde mit Berichtsentwürfen oder Berichten wie in diesem Falle befasst als Eingang, weil das BfV zum damaligen Zeitpunkt der Meinung war, dass hier ein klarstellender Erlass notwendig ist. Im Übrigen wurde ich regelmäßig, so aus meiner Erinnerung, mit Operativvorgängen nicht beschäftigt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer wäre dann informiert worden im BMI über solche Operativvorgänge?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung lief das im BMI auf der Sachbearbeiter-, Referenten- bis zur Referatsleiterebene. Wenn eine Entscheidung vom BMI erwartet würde, würde dann möglicherweise der Unterabteilungsleiter oder Abteilungsleiter eben einbezogen werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wieder wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, die Union hat im öffentlichen Teil keine Fragen mehr. - Dann kommen wir zu Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Gleich eine Anschlussfrage daran. Herr Fromm, das haben wir ja jetzt schon mehrfach gehabt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Maaßen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, Herr Maaßen, das ist das Alter.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich bin noch nicht so alt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Also, Herr Maaßen, Sie sind mehrfach schon gefragt worden, wie Sie dazu kommen, zu sagen, allein mit Handydaten kann man nicht orten, kann eine Drohne nicht ins Ziel gebracht werden. Können Sie sagen, von wem Sie das haben? Haben Sie das selber rausbekommen, oder woher stammt diese Erkenntnis? Weil Sie sind da ja ziemlich beharrlich.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ein Jurist ist bekanntlich ein Mann, der alles kann; aber so gut bin ich nicht, dass ich den technischen Sachverstand habe, zu behaupten, mit einer Handynummer sei eine Geolokalisation nicht möglich. Das hat man mir gesagt und nach meiner Erkenntnis auch aufgeschrieben, dass dies nicht möglich ist. Man hat mir auch gesagt, dass die Aussage des Zeugen Bryant hier jedenfalls von meinen Mitarbeitern nicht verifiziert werden kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das war ja ein Drohnenpilot; das machen offenbar immer zwei zusammen. Der hat uns das ja genau geschildert, wie er in den USA sitzt, in dem Zimmer, und er dann die Drohne

nach einem Anruf in Ramstein, ob die Verbindung hergestellt ist von USA zur Drohne, ins Ziel führt, also erst mal die Drohne dahin führt, wo die eingesetzt werden soll, und dann wird die Rakete ins Ziel geschickt. Und er hat uns auch gesagt, die Drohne hat ja ein Auge - die kann auch gucken -, und sie hat so eine Art IMSI-Catcher, wo sie also die Zieldaten dann auch genau erfassen kann. Haben Sie sich - - Sie kennen ja offenbar die Aussage oder haben von ihr gehört. Haben Sie sich da mal mit befasst? Haben Sie den Leuten, die Ihnen erzählt haben: „Das geht gar nicht“, mal gesagt, ob die auch so eine Drohne kennen und schon wissen, was eine Drohne kann und ob das falsch ist, ob der Mann hier gelogen hat?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Ströbele, ich möchte gerne noch einmal sagen, dass diese Drohneneinsätze nach der Entscheidung des GBA völkerrechtlich sind und keine Strafbarkeit begründen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt reden wir doch um den Brei herum. Ich will doch von Ihnen wissen, -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, weil Sie immer insinui -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - woher Sie zu der Aussage kommen, das geht gar nicht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, weil Sie immer insinuiieren mit Ihren Fragen, dass wir an extralegalen Tötungen teilnehmen wollen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das lehne ich ab. Das tun wir nicht, ja?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich ja verstanden. Nur, trotzdem stelle ich die Frage, ob Sie, nachdem Sie gehört haben, dass ein Drohnenpilot, der dafür auch einen Orden bekommen hat, dass er 1 600



Nur zur dienstlichen Verwendung

solcher Einsätze geflogen hat und dabei auch gezielte Tötungen durchgeführt hat - wenn der so was sagt; kann ja sein, dass er uns was Falsches erzählt - - daraufhin noch mal Ihren Fachleuten sagen: „Kann das stimmen, was der Mann sagt?“, und dann vielleicht doch noch mal zu einer anderen Auffassung kommen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe vorhin schon gesagt, mir ist von meinen Mitarbeitern berichtet worden, das sei die Aussage von Herrn Bryant hier im Ausschuss gewesen. Wir sind zu einem anderen Ergebnis gekommen. Ich kann es technisch nicht beurteilen. Ich nehme an, Sie werden als Ausschuss eine eigene Bewertung durchführen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie mal so eine Drohne sich selber angeguckt?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder erklären lassen: Was können die, -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - was ist da alles möglich? Das wird ja auch in Deutschland diskutiert, ob und was da angeschafft werden könnte.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Haben Sie sich die in Washington angeschaut?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Haben Sie sich die in Washington angeschaut?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Washington habe ich sie mir nicht angeschaut.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sie waren ja - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe mich informiert, richtig.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Hoffentlich richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, hoffentlich richtig, genau. - Also, das macht Ihnen offenbar nicht zu schaffen, dass Ihr [sic!] Zeuge so was ganz eindeutig sagt. Er saß da und hat eine sehr klare - in englischer Sprache, wie das dann übersetzt worden ist - Aussage gemacht.

Eine andere Frage: Kennen Sie den Herrn Hayden, den ehemaligen CIA-Chef?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nicht persönlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass der vor kurzem, vor ein paar Wochen, im *Stern* ein größeres Interview gegeben hat, in dem er erklärt hat zu der Frage No-Spy-Abkommen, da sei überhaupt nicht drüber gesprochen worden, das sei auch nie in Betracht gekommen, das würden die USA nie machen. Wo kämen sie da hin, wenn sie so was machen würden? Dann müssten sie es ja auch mit anderen machen. Dann kämen ja auch andere, die sagen - - England, vielleicht Australien oder sonst wer.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Möglicherweise gibt es ja derartige Abkommen mit diesen Staaten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, er hat gesagt: Das machen wir nie.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Tja. Nach meiner Kenntnis ist Herr Hayden schon lange im Ruhestand.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Jedenfalls zu dem Zeitpunkt, zu dem ich die Gespräche - - zu dem ich in Washington war, in 2013, war er schon lange im Ruhestand. Ich weiß nicht, woher er seine Einsichten hat. Ich kann nur aus den Gesprächen berichten, an die ich mich erinnere, und er hat nicht daran teilgenommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, der ist ja nicht der Einzige, sondern - der Name ist vorhin schon erwähnt worden - es haben ja Gespräche stattgefunden - auf politischer Ebene, wie Sie ja vermutet haben - mit Frau Donfried. Sie war zu diesem Zeitpunkt die Zuständige im Weißen Haus für solche Gespräche, und die hat sich dazu auch geäußert - das stand auch schon in der *Süddeutschen Zeitung* - und hat gesagt: Von No-Spy-Abkommen war nie die Rede, war nicht die Rede, geschweige denn Zusage. - Haben Sie eine Erklärung dafür?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe Ihnen gesagt, was ich als Zeuge damals wahrgenommen habe. Und Frau Donfried war nicht bei den Gesprächen dabei. Ich kenne Frau Donfried nicht, und wenn Frau Donfried das gesagt hat, möglicherweise zu einem anderen Zeitpunkt, dann hat Frau - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Januar.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Im Januar 2014?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2014.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich berichtete von August 2013. Ich kann nur aus der damaligen Situation, was ich mitbekommen habe, berichten. Ich weiß nicht, warum Frau Donfried zu einem anderen Zeitpunkt was anderes gesagt hat. Da müssen Sie sie fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, sie hat ja berichtet über die Gespräche, die gelaufen sind, nicht nur, was im Januar war, sondern ihre Kenntnis von den Gesprächen.

Sie waren ja, wenn ich das richtig erinnere, zu einem relativ frühen Zeitpunkt - ich glaube, bei einer der ersten Delegationen nach den Veröffentlichungen - in den USA. Stimmt das?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich glaube.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei einer der frühesten Delegationen von Deutschland aus, ja? - Erinnern Sie sich noch daran, dass es einen Fragenkatalog des Kollegen Oppermann oder der SPD, also aus dem Parlamentarischen Kontrollgremium, gab, ein längerer Fragenkatalog? Ich glaube, 30 Fragen oder so. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich erinnere mich an einen Fragenkatalog, und ich meine mich zu erinnern, wenn das die Reise war, die ich zusammen mit Präsident Schindler durchgeführt hatte, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: - dass Präsident Schindler diese Fragen gegenüber der amerikanischen Seite gestellt hatte, oder einen Teil. Ich meine, es waren sehr viele Fragen gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist auch meine Erinnerung.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sie waren doch gar nicht dabei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber über die Berichte, die damals in der Zeitung standen, über diese Reise. Da soll gesagt worden sein, man könne im Augenblick die Fragen nicht beantworten, aber man müsse da einige Dokumente herabstufen und so in zwei, drei Wochen sei mit einer Antwort zu rechnen. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich meine mich daran zu erinnern, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und? Sind die angekommen, die Antworten?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Jedenfalls nicht bei mir, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind jetzt drei Jahre später.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: - weil - da müssten Sie vielleicht mal im Kanzleramt oder beim BND nachfragen - das auch nicht bei mir lief. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass eine derartige Aussage getroffen worden ist. Aber das lief nicht bei mir.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich meine, es liegt ja nahe, dass man, wenn die in drei Wochen noch nicht da sind oder in vier, da mal nachfragt und beim nächsten Gespräch sagt: Wie lange dauert das denn noch mit dem Herabstufen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich glaube, es ist auch immer wieder nachgefragt worden, ich meine, auf Ebene Kanzleramt oder BND. Das werden Sie wahrscheinlich auch den dortigen Unterlagen entnehmen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Also, nach unserer Kenntnis sind die Fragen nie beantwortet worden, bis heute nicht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja, das erleben wir immer wieder. Auch meine Anfragen gegenüber JIS sind leider nicht so beantwortet worden, wie ich wollte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, überhaupt nicht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Aber das liegt einfach daran, dass unsere Partner nicht immer das machen, was ich möchte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Maaßen, es geht doch darum, ob die überhaupt geantwortet haben. Und überhaupt

nicht antworten, lässt einen das nicht zweifeln an der Wahrheitsliebe solcher Aussagen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich weiß nicht, ob eine Antwort eingegangen ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist keine - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das mal später problematisiert worden?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Ihnen oder in Ihrer Gegenwart?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich kann mich nicht erinnern, dass es in meiner Gegenwart thematisiert worden ist. Ich weiß es einfach nicht. Wie gesagt, auch dies war im Bereich des Kanzleramtes oder auch des BND gelaufen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt müssten wir einmal wieder wechseln und kommen zur Fraktion der SPD.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Darf ich noch was sagen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, natürlich.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Dürfte ich mal auf Toilette gehen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist auf jeden Fall möglich.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann unterbrechen wir zehn Minuten und treffen uns hier wieder um 21.50 Uhr, zehn vor zehn. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
21.37 bis 21.45 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir setzen die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses fort. - Nach der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen ist jetzt die Fraktion der SPD dran. Kollege Flisek stellt die Fragen.

Christian Flisek (SPD): Vielen Dank. - Ich muss noch mal zum No-Spy-Abkommen zurückkommen. Also, Sie sind ja dahin geflogen, in dieser Delegation mit Schindler. Ich meine, so ein Rückflug dauert ja dann auch wieder eine Zeit. Hat man über dieses Angebot geredet dann? Ich meine, man hatte ja irgendwas jetzt in den Händen, im Gepäck, Deutschland lag im Wahlkampf, die NSA-Affäre war ein Knaller, Herr Oppermann hat Fragenkataloge geschrieben.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Jetzt ich?

Christian Flisek (SPD): Genau.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Hm. Ich weiß nicht, ob wir auf dem Rückflug darüber geredet haben; aber ich glaube, wir haben darüber geredet mit Herrn Schindler, ich glaube, auch mit dem Bundeskanzleramt. Meine Erinnerung ist: Das wurde von allen als ein sehr, sehr interessantes Angebot angesehen. Mein Eindruck ist auch, dass man damit eigentlich so nicht gerechnet hatte.

Christian Flisek (SPD): Ich frage Sie mal ganz offen: Gab es von den Amerikanern das Okay dafür, dass man das öffentlich macht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich weiß nicht, was alles noch gelaufen ist, außer diesem Gespräch, von dem Sie vorhin gesprochen haben, das wir in Washington geführt haben. Nach meiner Erinnerung sollte es auch Gespräche auf politischer Ebene geben. Sehen Sie, das eine ist die ND-Schiene, auf der Gespräche geführt werden sollten zwischen BND und NSA, und dann gab es eine politische Ebene, wo Kanzleramt und Weißes Haus - - wohl Gespräche miteinander geführt wurden. Ich weiß nicht, was in diesen Gesprächen besprochen wurde, und ich weiß auch nicht, was der BND mit der NSA in welchem Zeitraum verhandelt hat. Ich weiß, dass es Ge-

sprache gegeben hatte - im August oder im September - zwischen BND und NSA zu diesem Punkt, und ich meine mich zu erinnern, dass es dann auch Gespräche auf politischer Ebene gegeben hat; aber ich weiß nicht, inwieweit aus amerikanischer Sicht eine Erlaubnis gegeben wurde, dies öffentlich zu machen.

Christian Flisek (SPD): Deswegen - - Ich will noch mal zurück. Also, das, was Sie als Definition für ein No-Spy-Abkommen genannt haben - ich verstehe es genauso wie Sie -, und eben dem, was in dem Fall der Herr Heiß der Bundeskanzlerin geschrieben hat, was vielleicht dann das Verständnis des Kanzleramtes war - - Ich sage mal: Das ist nicht deckungsgleich. Bei dem einen geht es nur darum - „nur“ in Anführungsstrichen -, dass sich die US-Dienste auf deutschem Boden an deutsches Recht halten und deutsche Interessen respektieren. In dem anderen Verständnis würde es viel umfassendere Wirkung entfalten, also in Ihrem Verständnis und in meinem Verständnis. Und in dem hier dokumentierten Verständnis, also in dem Vermerk, sage ich jetzt mal, ist das irgendwie nichts anderes als das, was man in allen Kooperationsvereinbarungen ja eh schon geregelt hat.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, auch diese Kooperationsvereinbarungen, die Sie wohl kennen, sind mir nicht bekannt. Eine Kooperationsvereinbarung, in der drinsteht, dass man nicht im anderen Staat spioniert, ist mir so auch nicht bekannt, muss ich sagen.

Christian Flisek (SPD): Nein, aber dass man sich auf deutschem Boden an deutsches Recht hält.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ist mir auch nicht bekannt, dass es solche Kooperationsvereinbarungen gibt.

Christian Flisek (SPD): Wirklich?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): MoA!)

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ist mir jetzt nicht - - Nennen Sie mal eine.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): MoA!)

Christian Flisek (SPD): Ist nicht in Ihrem Geschäftsbereich, aber es gibt Memoranden, in denen das so geregelt ist.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Okay. Das nehme ich mal jetzt so zur Kenntnis. Dann ist das so. Das ist schön.

Christian Flisek (SPD): Gut, also, dann haben Sie auch was gelernt. - Bedeutet das - - Ich versuche jetzt halt mal, das noch mal einzuordnen: Man hat im Endeffekt über was geredet, das innerhalb der Kooperationsvereinbarung eh schon faktisch vereinbart war, und hat das, ich sage jetzt mal, vielleicht umgelabelt? Man hat gesagt - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sie meinen nicht die Bad-Aibling-Vereinbarung, oder?

Christian Flisek (SPD): Doch, doch.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja, gut, aber die Bad-Aibling-Vereinbarung bezieht sich nach meiner Kenntnis nur auf Bad Aibling.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe es so verstanden - - Nein, nein, das macht ja gerade einen Unterschied aus. Nach meiner Erinnerung war es so, dass man die Bad-Aibling-Vereinbarung generell anwenden wollte, also dass man eine generelle Regelung finden wollte.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja, also insofern - -

Christian Flisek (SPD): Auf deutschem Boden.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Bitte?

Christian Flisek (SPD): Dass man sagt: Auf deutschem Boden, auf deutschem Boden halten wir

uns an deutsches Recht und respektieren deutsche Interessen, auf deutschem Boden.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich bitte noch mal um Verständnis. Bei dem Gespräch Anfang August ist es im Allgemeinen geblieben. Die Einzelheiten, ob es eine Ausweitung dieser Bad-Aibling-Vereinbarung, die ich nicht persönlich kenne, auf Deutschland geben soll oder ob es dann, ich sage mal, intergalaktisch geregelt werden sollte, ist da nicht thematisiert worden, -

Christian Flisek (SPD): Ja, ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: - sondern es war, jedenfalls nach meiner Erinnerung, ein Angebot gewesen, wo ich sagte: „Ich war insoweit überrascht“, und ich glaube, wie ich vorhin sagte, auch die Delegation fand, dass das ein gutes Angebot war, und war wohl auch überrascht. Alles Weitere sollte auf Fachebene - Bundesnachrichtendienst mit NSA - und auf politischer Ebene ausgehandelt werden.

Christian Flisek (SPD): Im Übrigen, Ihre gerade so eher ironisch eingestreute Bemerkung „intergalaktisch“ ist gar nicht so abwegig angesichts der vom BND an den Tag gelegten Weltraumtheorie. Also, das finde ich gar nicht so abwegig, wenn man das auch dort regeln würde.

Gut, also, vielleicht haben die einen darüber geredet, zwischen den Diensten, Bad Aibling auf deutschem Boden auszudehnen, und das Ganze ist mit einem Label versehen worden - über die Qualität des Gebrauchs der englischen Sprache haben wir hier schon ausführlich gesprochen -, das eine viel höhere, weitreichendere Erwartung erzielt, politisch und auch in der politischen Kommunikation nach außen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das mag ich nicht beurteilen. Ich sagte: Anfang August war es ein Angebot oder eine Exspektanz gewesen, und die Einzelheiten sollten später besprochen werden.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich will ja nur - - Also, ich würde ja nie auf den Gedanken kommen, dass Herr Pofalla die versammelten deutschen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Journalisten nach einer PKGr-Sitzung irgendwie belügt. Also, insofern würde ich jetzt einfach nur versuchen, herauszuarbeiten: „Was hat er da kommuniziert, auf welcher Grundlage, und wie ist es zu dieser Diskrepanz gekommen?“; denn die Amerikaner sind dem Ganzen ja nicht beigetreten, und Frau Donfried hat ja in ihren im *Spiegel* veröffentlichten E-Mails irgendwann einmal sehr deutlich gesagt: So, Wahlkampf ist vorbei, wir haben jetzt lange genug zugeguckt, aber jetzt reicht es denn nun auch einmal; ihr wisst, was Sache ist.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich versuche ja, so gut es geht, Ihre Fragen zu beantworten. Nur, ich bin nach dieser Gesprächsrunde in Washington nur noch gelegentlich, wie ich sagte, beteiligt worden, und das nur im Rahmen der Kenntnisnahme.

Christian Flisek (SPD): Und das nur im Rahmen der Kenntnisnahme. - Das heißt, Sie haben auch keine Erkenntnisse darüber, ob es irgendeine Vereinbarung gab, dahin gehend, dass man gesagt hat: „Okay, nennt das, wie ihr wollt; wir unterhalten uns allenfalls über eine Erstreckung von so Sachen wie in Bad Aibling auf deutsches Staatsgebiet, vielleicht nur innerhalb von Kooperationsvereinbarungen; nennt ihr das mal - - wir haben schon Verständnis, wir Amerikaner; wir sehen ja gerade, wie der Wahlkampf läuft; wir haben Verständnis für Wahlkämpfe; nennt ihr das mal, wie ihr wollt, und ihr könnt damit auch an die Öffentlichkeit gehen“? - Dass irgendwie so was vereinbart wurde, und sei es auch nur mit einem Augenzwinkern, weil man sagt: „Wir haben ja eine gute Beziehung; eine Hand wäscht die andere; ihr müsst jetzt irgendwie aus der Nummer raus, weil das auch für schwierige Verwerfungen bei euch sorgt“, haben Sie dafür irgendwelche Anhaltspunkte?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, keine.

Christian Flisek (SPD): Keinerlei Anhaltspunkte, okay. - Hat das Bundesamt für Verfassungsschutz irgendwann einmal Kontakt aufgenommen mit Firmen wie Google, Facebook und - Sie wissen, wen ich noch alles nennen könnte - IBM, Micro-

soft, Hewlett Packard? Hat man unter dem Gesichtspunkt dessen, was sozusagen die Snowden-Veröffentlichungen an den Tag gebracht haben, irgendwann einmal mit solchen Firmen Kontakt aufgenommen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Meines Wissens nicht.

Christian Flisek (SPD): Ist das mal in Erwägung gezogen worden?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also auf meiner Ebene ist das nicht angekommen.

Christian Flisek (SPD): Wenn wir uns mit diesen Firmen unterhalten, dann gewinnen wir - - Wir sind der Überzeugung - - Aber ich formuliere es jetzt mal so: Wir gewinnen den Eindruck, dass diese global tätigen Firmen, ohne dass ich jetzt hier Mitleid schüren will, aber - - dass auf deren Rücken ein ziemlich massiver Jurisdiktionskonflikt ausgetragen wird. Die müssen nämlich auch mit ihren Geschäftstätigkeiten hier uns versichern und zusagen, dass sie sich an die Marktregeln in diesem Land, in Deutschland, halten, und gleichzeitig sind sie verpflichtet - ich sage es mal zugespitzt -, den Partnerdiensten in den USA alles zu übergeben, was die Dienste wollen, und im Übrigen darüber nach außen nichts verlautbaren zu lassen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Mein Mitleid mit diesen Unternehmen hält sich in Grenzen. Die weiden unsere Daten aus, machen Milliarden aus deutschen Daten und unterliegen in den USA, wo sie wahrscheinlich aus guten Gründen sind - damit sie im Ausland keine Steuern zahlen müssen -, amerikanischem Recht. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, auch als deutsche Bürger - das sehe ich jetzt nicht als Nachrichtendienstchef -, dass deutsche Daten dann über diese Unternehmen, die sie kommerziell ausnutzen, auch an amerikanische Nachrichtendienste geleitet werden. Das habe ich in meinem Eingangsstatement, denke ich, pointiert hervorgehoben.

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Wenn man das jetzt mal unterstellt, dass die amerikanischen Dienste das im großen Stil natürlich versuchen



Nur zur dienstlichen Verwendung

und dass sie auch froh sind, dass es diese Firmen gibt - - Das sind ja Honigtöpfe. Ich meine, das wäre ja auch schön für Sie, wenn es so was in Deutschland gäbe. Also, die machen das. - Das war eine Unterstellung. Da brauchen Sie jetzt gar nicht drauf antworten, nein.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, ich bin nicht froh. Wir sind ein Inlandsnachrichtendienst, ja?

Christian Flisek (SPD): Ja, ist klar. - Wenn man das jetzt mal zugrunde legt, dass das so ist, dann stelle ich mir jetzt mal einfach die Frage: Wie sehr kann man darauf vertrauen, dass amerikanische Dienste sich tatsächlich an deutsches Recht halten und deutsche Interessen respektieren, wenn sie einem das versprechen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Zunächst einmal gehe ich davon aus, dass amerikanische Dienste sich an amerikanisches Recht halten, das sehr, sehr großzügig ist für die amerikanischen Dienste.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Dann gehe ich davon aus, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sich an internationale Abkommen grundsätzlich halten. Wenn das nicht der Fall wäre, bräuchten wir überhaupt keinen Vertrag mehr mit den USA zu schließen.

Christian Flisek (SPD): Haben wir aber hier nicht, in dem Fall.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein. Also, die USA sind für uns - ich habe es wiederholt gesagt - ein enger Partner und, ich denke, auf politischer Ebene ein Partner und politischer Freund. Wir müssen davon ausgehen, dass die USA sich im internationalen Rechtsverkehr grundsätzlich vertragstreu verhalten, wie es sich auch für Partner gehört. Dies beziehe ich auch auf bilaterale Vereinbarungen auf Ebene der Nachrichtendienste.

Christian Flisek (SPD): Mhm, aber eine gesunde Skepsis wäre vielleicht doch auch angebracht,

wenn sie eigene Unternehmen, milliarden-schwere Unternehmen - da stimme ich Ihnen ja zu, dass die mit der Kommerzialisierung der Daten von Bürgern, aller Leute, sehr viel Geld verdienen -, wenn sie solche Firmen, die aber immerhin in den USA sitzen, in eine solche Situation bringen. Noch mal: Ich will kein Mitleid jetzt hier erzeugen - da würden Sie mich auch falsch verstehen -; aber das ist ja an und für sich - - Ich meine, die Firmen laufen dagegen ja auch Sturm in den USA, intern. Aber wenn die so was schon machen, wenn die darauf schon gar keine Rücksicht nehmen, wenn die eigentlich rigoros sind, dann ist doch eigentlich dieses Interesse an der Informationsvorherrschaft in allen möglichen Räumen das, was oberste Priorität hat.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Na, es gibt ja auch keine völkerrechtlich bindende Vereinbarung für die USA oder für die amerikanischen Nachrichtendienste, das nicht zu tun.

Christian Flisek (SPD): Und in der Tat muss man auch immer diskutieren, welche Bedeutung sozusagen dieser Satz - „auf deutschem Boden“ - in Zeiten globaler, internationaler digitaler Kommunikation hat. Ich befürchte, gar keine.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: So, denke ich, können Sie es nicht sagen. Sie haben ja nun auch hier die Diskussion mitverfolgt oder teilweise mitgewirkt, was die Frage „Pariser Platz und amerikanische Botschaft“ angeht. Oder es ist die Frage gestellt worden, inwieweit Lauschangriffe in Deutschland stattfinden. Dazu hatte ich auch Stellung genommen. Mit Blick darauf ist das durchaus eine wertige Aussage, wenn in einem derartigen No-Spy-Abkommen ein klares Bekenntnis dazu stünde, sich in Deutschland an deutsches Recht zu halten.

Christian Flisek (SPD): Wobei der Fall der Botschaft, glaube ich, eher eben der Fall ist - ohne dass ich das jetzt vertiefen will -, wo man mit guten Gründen sogar sagen könnte, dass das nicht auf deutschem Boden wäre, weil das extraterritorial ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich glaube - - Nach meinem Völkerrechtsverständnis ist das deutscher Boden. Es untersteht zwar der Wiener Diplomatenrechtskonvention, ist aber immer noch Deutschland.

Christian Flisek (SPD): Die Frage ist - - Na ja, lassen wir das. - Gut. Also, Sie sagen uns auch, da gab es ein Angebot. Sie haben keine Erkenntnisse dafür, dass man da irgendwo gesagt hat: Ihr könnt das anders verkaufen; ihr dürft damit in die Öffentlichkeit gehen. - Dass an die Öffentlichkeit gegangen wurde, ist schon, finde ich, sehr bemerkenswert. Aber das werden wir dann abschließend beurteilen, Herr Maaßen. Ich habe jetzt in der öffentlichen Sitzung an Sie keine weiteren Fragen mehr. - Danke erst mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege von Notz beginnt. - Halt, Fehler meinerseits. Runde zu Ende. Die Linke ist dran. Es beginnt eine neue Runde. Sorry, Konstantin. - Die Linke beginnt, Kollege Hahn beginnt. - Sorry.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich komme noch mal kurz zurück zu XKeyscore. Sie haben uns ja gesagt: Alles sicher; Stand-alone-System; vorsichtig sind Sie ganz doll gewesen; keine Ausgänge, keine Eingänge so richtig; deshalb dauert das auch so lange mit der Testphase, weil Sie das alles sicherstellen wollten. Da will ich Sie gerne noch mal fragen: In XKeyscore werden ja G-10-Daten, haben Sie uns gesagt, ver- oder bearbeitet oder durchgesehen, die anderswo gewonnen worden sind, also in Köln, und dann wird das nach Berlin gebracht. Können Sie uns noch mal sagen, wie das praktisch passiert oder wer das macht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Meinen Sie den Transport, oder was meinen Sie jetzt?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, weil Sie ja so vorsichtig sind.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also nach meiner Kenntnis wird es durch einen Kurier transportiert, und soweit ich weiß, ist das ein Kurier

des Bundesnachrichtendienstes, der das transportiert, in einer Verschlusssachentasche von der einen Dienststelle zur anderen Dienststelle. Dies war in einer Übergangszeit notwendig, weil wir da noch keinen Exportserver in Berlin haben. Wir haben jetzt einen Exportserver in Berlin, sodass ein derartiger Transport durch einen menschlichen Kurier nicht notwendig ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich frage mich nur trotzdem: Wenn Sie das alles so absichern - es darf dort nichts reinkommen -, dann sind plötzlich die sensiblen G10-Daten, die ja nur Ihnen zustehen nach der G10-Anordnung und nicht dem BND, auf Datenträgern über Stunden oder Tage in Händen des Bundesnachrichtendienstes? Wie ist das mit dem geltenden Recht und mit dem Datenschutz zu vereinbaren?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Bundestagsabgeordneter, das ist kein genuines XKeyscore-Problem oder eine Fragestellung, die Sie aufwerfen, sondern das ist eine Fragestellung generell des Geheimschutzes. Der Kollege oder die Kollegen, die für den materiellen Geheimschutz zuständig sind, nicht für die IT-Sicherheit, haben dieses Verfahren zertifiziert. So habe ich es verstanden und bestätigt, dass dies so durchgeführt werden kann. Nach dem, was mir berichtet worden ist, wird dieser Kurier nicht nur für solche Fälle eingesetzt, sondern generell eingesetzt für Geheimtransporte zwischen Köln und Berlin. Die Alternative wäre, dass wir einen Mitarbeiter meines Hauses schicken, keinen BND-Mitarbeiter, sondern einen Mitarbeiter meines Hauses schicken oder ein zertifiziertes privates Unternehmen. Eine andere Alternative würde ich auch nicht sehen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nun gibt es ja zwei Möglichkeiten: erstens dass der BND das, was er da in der Tasche hat, selber vorher mal sichtet, weil es für ihn auch interessant sein kann, oder zweitens Ihnen was anderes dort reinsteckt und damit auch in XKeyscore, als was Sie ursprünglich mal gekriegt und rausgezogen haben in Köln. Können Sie das absichern?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist natürlich hochspekulativ, Herr Abgeordneter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe nur gesagt, welche beiden Möglichkeiten es gibt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wir haben - - Beim Bundesnachrichtendienst werden die Mitarbeiter sicherheitsüberprüft; sie haben die höchste Sicherheitsüberprüfung, die möglich ist. Darüber hinaus gibt es Transportbehältnisse für Verschlusssachen, mit denen sichergestellt wird, dass Manipulationen am Transportbehältnis aufgedeckt werden. Was die Einzelheiten angeht, bitte ich um Verständnis, dass ich als Behördenleiter nicht alle Details des Kurierwesens bei uns kenne.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nun haben Sie gesagt, dass die BND-Mitarbeiter ja sicherheitsüberprüft sind. Markus R. war auch sicherheitsüberprüft. Haben Sie irgendeinen Hinweis darauf oder können Sie ausschließen, dass auch Markus R. als Kurier mit diesen Dingen unterwegs war?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Meines Wissens war Markus R. nicht im Kurierwesen tätig.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann würde ich gerne noch wissen: Wenn Sie die Daten dort bei XKeyscore verarbeiten - Sie können nicht alle Details kennen, aber ich frage jetzt mal so direkt -, haben Sie auch eigene Selektoren oder Selektorenlisten in XKeyscore? Wir kennen ja nun NSA-Listen, wir kennen BND-Listen, und jetzt haben Sie dort Telefonate und Mailverkehr und was weiß ich alles in XKeyscore, und da kann es ja sein, dass Sie da auch Suchbegriffe und Selektoren eingeben, nach denen Sie forschen oder regelmäßig was wissen wollen. Haben Sie also eigene Selektoren, die Sie zum Einsatz bringen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach allem, was ich weiß, nein. Das begründet sich daher, dass wir Einzelverfahren haben, Individualmaßnahmen, dass wir keine Erfassung machen. Fingerabdrücke und Fingerprints und dergleichen benötigt man für eine derartige Erfassung. Wir analysieren.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na ja, ich stelle mir vor, wenn Sie von einem Vorgang 300 Telefonate haben oder 500, die alle halbe Stunde gehen,

ist es ja ein Riesenaufwand. Wenn Sie dort nach bestimmten Suchbegriffen suchen würden, würde das manches erleichtern. Deshalb habe ich die Frage gestellt, ob Sie Selektoren haben, die Sie selber einsetzen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: In der Tat, es mag sein, dass im Rahmen des Datenpools, also der G-10-Maßnahmen, also der Daten, die wir haben, Suchbegriffe verwendet werden, um aus diesen E-Mails oder aus anderen Daten, die wir erfasst haben, bestimmte relevante Daten herauszufiltern. In diesem Sinne kann ich mir vorstellen, dass wir da auch Suchbegriffe verwenden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und geben Sie Suchbegriffe oder Selektoren an den Bundesnachrichtendienst? Also: Wir haben da ein paar Sachen, die interessieren uns. Könnt ihr die nicht mal bei euch einstellen an anderen Teilen der Welt oder bei - - in Bad Aibling oder wo auch immer? - Also, geben Sie Suchbegriffe, Selektoren als Verfassungsschutz an den BND?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich denke, dass wir Daten, personenbezogene Daten, auch an den BND geben. Wir teilen nicht nur mit ausländischen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Vergangenheit, im Untersuchungszeitraum. So verstehe ich das, nicht? Nicht aktuell?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja, ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur der Hinweis darauf, dass wir natürlich nicht aktuelle Praxis diskutieren.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber der BND kann diese dann im Zweifel als Suchbegriffe einstellen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis, Herr Abgeordneter. Da



Nur zur dienstlichen Verwendung

müssten Sie mit den Mitarbeitern drüber sprechen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann habe ich noch einen Punkt zum Abschlussbericht SAW. Können Sie noch mal sagen, wann der fertiggestellt worden ist?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung ist er im Sommer 2014 fertiggestellt worden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben am Anfang von der guten Zusammenarbeit gesprochen mit verschiedenen Gremien. Können Sie uns sagen - wir sind ja jetzt hier noch in öffentlicher Sitzung -, warum zum Beispiel das Parlamentarische Kontrollgremium diesen Bericht bis heute nie gesehen hat, in einer so wichtigen Sache?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter, es gibt bestimmte Vorgaben, unter denen wir Informationen dem Parlamentarischen Kontrollgremium vorlegen müssen, insbesondere besondere Ereignisse. Es gibt darüber hinaus von uns Berichte, die wir dem Parlamentarischen Kontrollgremium anbieten, und es gibt Anträge von Mitgliedern des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Meines Wissens ist über Fragen der Spionage gegenüber dem Parlamentarischen Kontrollgremium berichtet worden. Es muss nicht jeder Bericht dem Parlamentarischen Kontrollgremium vorgelegt werden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber, sagen Sie mal, die Sache Snowden war doch nun ein ganz zentraler Punkt. Da hat es etliche Sondersitzungen gegeben, von denen Sie auch gesprochen haben. Dann setzen Sie eine Arbeitsgruppe ein, und die hat auch ein Ergebnis, und wir erfahren, also der Kollege Ströbele und ich, hier das erste Mal im Untersuchungsausschuss, dass es einen Abschlussbericht gibt, mit Bewertungen zu 20, 21 Punkten. Ist das Vorgehen angemessen gegenüber dem Parlament?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir können - Entschuldigung, wenn ich noch einmal darauf eingehen muss - natürlich nicht sagen, was im

Parlamentarischen Untersuchungsgremium berichtet worden ist oder nicht berichtet worden ist, -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Habe ich auch nicht gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - weil die Sitzungen ja Geheim sind.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe nur - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen kann ich gar nicht sagen, ob Sie und Herr Ströbele da zum ersten Mal in diesem Ausschuss davon erfahren haben oder nicht gar im PKGr sogar.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das sage ich jetzt. Dass ich etwas im Ausschuss zuerst erfahre, kann ich sagen, und ich frage den Präsidenten, ob das ein angemessener Umgang mit dem Parlament ist, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Interessant, dass Sie das als ehemaliger Vorsitzender hier sagen können, -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - dass wir zwei Jahre später davon erfahren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass Sie es im PKGr nicht erfahren haben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das kann ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, nehmen wir zur Kenntnis.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter, das ist, denke ich mir, Gegenstand von Gesprächen im Parlamentarischen Kontrollgremium. Das ist außerhalb des Untersuchungszeitraums.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und Sie finden es völlig in Ordnung, dass wir zwei Jahre nichts von diesem Abschlussbericht erfahren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter, das ist nicht Gegenstand des Untersuchungszeitraums. Darüber rede ich mit Ihnen im Parlamentarischen Kontrollgremium, und zwar gerne.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber die Tatsache können Sie nicht leugnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, ich muss mal eben nur gucken. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Da habe ich noch die eine oder andere kleine Nachfrage aufgrund auch der vorherigen Nachfragen, und ich möchte mal auf das No-Spy-Abkommen eingehen.

Wir hatten gefragt - ich glaube, der Kollege Flisek war es, und ich glaube, der Kollege von Notz war es auch; ich weiß nicht mehr genau -, ob Ihnen bekannt ist, dass es irgendwo anders auf der Welt schon mal Gespräche oder Abschlüsse von vergleichbaren Abkommen gegeben hätte. Wissen Sie da was?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Würde man das - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Aber - Entschuldigung, ich wollte noch mal sagen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gern.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: - das bedeutet nicht, dass es das nicht gibt, weil, wie gesagt, im Bereich der Nachrichtendienste wird so etwas vielfach geheim gehalten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre nämlich auch meine Nachfrage gewesen, ob das dann irgendwo veröffentlicht würde; wahrscheinlich eher weniger.

Wäre es Ihnen sehr suspekt, wenn es zum Beispiel im Jahre 2010 Verhandlungen zwischen

Frankreich und den USA über ein No-Spy-Abkommen gegeben hätte? Würden Sie sagen: „Das kann gar nicht sein“?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dass vielleicht Präsident Sarkozy, begleitet von dem französischen Botschafter in Washington, sich am 31. März 2010 mit dem US-Präsidenten getroffen hat und bemüht war, ein No-Spy-Abkommen zu initiieren und abzuschließen, würden Sie das - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Vorsitzender, Sie wecken in mir eine Erinnerung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut! Das ist gut!

(Der Zeuge lacht)

An was erinnern Sie sich denn? Ich hoffe nicht irgendwie - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich erinnere mich an den Sachverhalt, den Sie gerade umschreiben, dass es wohl seinerzeit Gespräche gegeben haben soll zwischen französischen und amerikanischen Diensten oder auch auf politischer Ebene über eine derartige Vereinbarung. Aber die Einzelheiten sind mir nicht bekannt. Wir sind damit auch nicht befasst worden.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn die Quelle?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Quelle ist eine Notiz hier, und die Quelle ist *Spiegel Online* vom 24. Juni 2015: „USA dementieren Spionagevorwürfe nicht“. Darüber kann ich noch eine zweite Quelle nennen. Die zweite Quelle ist WikiLeaks vom 23. Juni 2015: „Espionnage Élysée“.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Bei WikiLeaks wäre ich vorsichtig!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Ich weiß ja auch nicht, ob es stimmt. Deswegen frage ich ja erst mal nach. Sonst hätte ich ja gesagt: Ich weiß schon alles, weil ich in WikiLeaks geguckt habe.

(Zuruf)

- Na ja, aber deswegen frage ich lieber noch mal nach. Aber wenn ein Gesamtbild sich daraus ergibt, aus verschiedenen Indizien, wo man nicht nur sagen kann, das hat einen Prima-facie-Eindruck - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jetzt ist WikiLeaks eine seriöse Quelle?)

- Nein. - Halte mal die Uhr an.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie locken den Präsidenten aufs Glatteis!)

- Ehrlich? Frage ich gleich mal nach, ob er sich aufs Glatteis gelockt fühlt. Ich frage eher nach, ob diese Sache sein kann, und gerade weil ich nicht WikiLeaks ausschließlich glaube, probiere ich, diesen Sachverhalt etwas zu konkretisieren, und nutze einen Zeugen dazu, der ja da ist.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat das ja bestätigt!)

Das ist ja ungefähr das, was viele andere in dieser Sitzung auch machen. Ich glaube, dass es legitim ist.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sagen immer die Quellen!)

- Ja, ich habe ja auch schon mal nach einer Quelle gefragt, und da habt ihr sie dankenswerterweise genannt, und jetzt habe ich die Quellen genauso benannt, und ich glaube, jetzt können wir in der Fragerunde weitermachen.

Gut, also, dieser Sachverhalt, der ist Ihnen erinnerlich, und im Ergebnis - - Jetzt muss ich noch mal nachfragen, weil mich jetzt der Kollege durch seine berechtigte Nachfrage nach der Quelle trotzdem etwas rausgebracht hat. Dieser Abschluss kam nicht zustande nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, natürlich war ich nicht Zeuge der Verhandlungen gewesen, und ich habe es auch nur aus der öffentlichen Berichterstattung wahrgenommen. Französische Kollegen haben mit uns nach meiner Erinnerung nicht darüber geredet; die amerikanischen Kollegen, ich glaube, haben es auch nicht erwähnt. Aber es klingt plausibel; ich mag es nicht ausschließen, dass es derartige Gespräche gegeben hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, das mal als Beispiel genommen, kann man doch eigentlich nicht sagen, wenn man das im Hinterkopf hat, was 2013 so in den einzelnen Wochen abgelaufen ist, dass No Spy, diese Begrifflichkeit oder was sich dahinter verbirgt oder das Ansinnen von Parteien, insbesondere dann, wenn mal irgendwas offenbar geworden ist, total aus der Welt gegriffen wäre, dass - - weil ja manchmal behauptet wird, ein Kanzleramtsminister hätte das erfunden, hätte sich in einem Wahlkampf vor die Kameras gestellt und alles an den Haaren herbeigezogen. Also, so ganz an den Haaren herbeigezogen scheint mir das nicht, und vor dem, was die anderen Zeugen hier alle berichtet haben, auch der Chronologie dieser Verhandlungen, scheint mir das eher an den Haaren herbeigezogen zu sein, wenn man das behauptet. Wie sehen Sie das?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, wie ich vorhin schon sagte: Mir ist zwar nicht bekannt, dass es derartige Vereinbarungen gibt. Aber Sie haben ja nun auch gehört: Das sind Vereinbarungen, die grundsätzlich auf Ebene der Auslandsdienste laufen. - Ich halte es für plausibel, und ich halte es nicht für an den Haaren herbeigezogen, ein derartiges Abkommen zu verhandeln und auch zum Ausdruck zu bringen, dass man ein derartiges Abkommen und eine derartige Vereinbarung schließen möchte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine, Sie hatten es eben tangiert; aber vielleicht, damit es noch mal klar wird: Was könnte nach Ihrer Ansicht 2013 eine besondere Rolle gespielt haben, dass die Amerikaner überhaupt gesprächsbereit waren? Ob es zustande kam oder nicht, ist ja was anderes. Aber man hätte vielleicht aus meiner Sicht ein halbes Jahr vorher gesagt: Liebe Partner in Deutschland, was wollt ihr?

Was könnte 2013 dazu geführt haben, dass die Amerikaner doch verhandelt haben über etwas, was man eigentlich gar nicht erwarten kann, weil das ja Geheimdienste irgendwie vielleicht dann doch im Ergebnis nicht machen? Was hat die in diese Situation gebracht, das zu machen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich glaube, die Amerikaner haben zu diesem Zeitpunkt schon den Keil, von dem ich vorhin sprach, gespürt, dass es in Deutschland, ganz besonders in Deutschland, erhebliche Aufregung gegeben hat mit Blick auf die Vorwürfe im Zusammenhang mit den Snowden-Enthüllungen. Die Amerikaner haben immer wieder deutlich gemacht, sie sind an guten nachrichtendienstlichen Beziehungen interessiert, und nach meinem Verständnis war es dann so gewesen, dass es auch zu dem aus meiner Sicht überraschenden Vorschlag kam, eine derartige No-Spy-Vereinbarung auszuverhandeln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich könnte mir auch vorstellen - - Das habe ich auch schon mal bei Präsident Schindler gesagt und bei anderen. Ich glaube, dieses Zeitmoment spielte eine große Rolle. Ich glaube, dass man sicherlich auf der politischen Ebene, aber auch auf der Nachrichtendienstebene nicht besonders darauf erpicht ist, sich Möglichkeiten zu nehmen, in irgendwelchen schriftlichen Fixierungen. Aber - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist zutreffend. Aus meiner Sicht gab es vielleicht ein Fens-

ter, innerhalb dessen man eine derartige Vereinbarung unterzeichnen konnte. Ich glaube, dass Auslandsnachrichtendienste per se derartige No-Spy-Abkommen nicht lieben, weil, wie Sie sagen, man sich da der Möglichkeiten - - die Möglichkeiten einschränkt. Das Zeitfenster war vielleicht im Sommer 2013 da, nachdem auch auf der anderen Seite des Atlantiks angekommen war, dass wir in Deutschland, in Europa, aber vor allem in Deutschland, ausgesprochen irritiert waren über diese Vorwürfe, und ich kann mir auch vorstellen, dass dieses Fenster relativ schnell wieder geschlossen war, insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Thema NSA in den USA später auch keine Rolle mehr gespielt, jedenfalls nach meiner Wahrnehmung keine wirkliche Rolle gespielt hatte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Mir erscheint das nämlich auch plausibel, um mal dieses Wort des Abends zu benutzen; mir erscheint das plausibel vor dem Hintergrund, weil man unheimlich unter Druck war. Man war in den Medien an den Pranger gestellt, man hatte ein großes Datenleck. Ich sage immer: Es braucht sich keiner aufzuregen, wenn hier ein Untersuchungsausschuss stattfindet. Hier kommen auch beim Ausschuss, aufseiten des Ausschusses, keine Dokumente und Akten raus.

Das große Datenleck in der Vergangenheit ist beim amerikanischen Nachrichtendienst passiert, und da musste man natürlich schauen, wie Vertrauen wiederhergestellt wird, weil: Welcher Partner arbeitet schon gern mit jemandem zusammen, der millionenfach Daten verliert, dem sie abhandenkommen? Das ist sicherlich kein Vertrauensbeweis unter Partnern. Und von daher jetzt etwas zu tun, was wieder Vertrauen herstellt, was unter Partnern die Möglichkeit gibt, dass man wieder zusammenarbeiten kann, was medial möglicherweise auch wieder etwas ausräumt, womit man doch ziemlich eben am Pranger war, das erscheint mir eben, wie Sie beschreiben, ein Zeitfenster gewesen zu sein, wo das möglich war, und da zu sagen, das gibt es gar nicht, erscheint mir dann doch ein bisschen abwegig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben differenziert zwischen Nachrichtendiensten und politischer Ebene. Was meinten Sie damit? Bei Nachrichtendiensten, da wäre dieses Fenster gewesen, hinterher auf der politischen Ebene wäre es eingefangen worden. Das „eingefangen“ habe ich jetzt gesagt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja. - Also, nach meiner Erinnerung kam das Angebot von der nachrichtendienstlichen Ebene, nicht von der politischen Ebene, was daran lag, dass wir damals mit den Nachrichtendiensten gesprochen haben. Es ist dann auf deutscher wie auch auf amerikanischer Seite auch in die politische Ebene kommuniziert worden. Dann sind auch auf dieser Ebene Gespräche geführt worden, und die Gespräche so nach meinem Verständnis - und ich habe immer gesagt: „Ich bin allenfalls dann nur noch am Rande kennntnshalber beteiligt worden“ - sind auf der politischen Ebene dann im Sande verlaufen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine, wenn man sich die einzelnen Wegmarken da mal klarmacht, dann hat es ja unheimlich viele Gespräche gegeben, bis, glaube ich - - das letzte Gespräch sogar 2014, wenn ich es richtig erinnere, Anfang des Jahres auf der Reise von Außenminister Steinmeier, der dann gesagt hat: Da wird nichts mehr draus. - Also, von daher: Ich glaube, dieses Thema No-Spy-Abkommen, das werden wir wahrscheinlich nie im Konsens zu einer Sichtweise führen, aber ich glaube, zu sagen, das hat es - - ist eine reine Erfindung, das ist sehr schwer haltbar.

Wir kommen mal zu einem anderen Thema, und zwar noch einmal der Bereich XKeyscore. Hat der Verfassungsschutz da Geld für bezahlt, gab es da eine Rechnung, oder gab es das für gratis, wie man so bei uns sagt?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schnäppchen!)

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das gab es kostenlos.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das gab es kostenlos. - Die Folge-Updates auch?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Meines Wissens ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wer macht die Updates, der BND oder die NSA?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Meines Wissens kommen die Updates von der NSA über den BND zu uns.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Techniker des BND spielen die auf?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Kann ich jetzt nicht bestätigen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ist da ein System mit bestückt, dieser Stand-alone-Rechner, oder gibt es da mehrere Rechner, oder liegt das auf dem Server, der stand-alone ist, und da hängen mehrere Rechner dran? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es ist ein Server meines Wissens, mit vier Arbeitsplätzen derzeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die sind aber losgelöst, quasi - - Also, die sind stand-alone?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Die sind stand-alone.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und der Techniker, der das Update macht? Da haben Sie gesagt, Sie wissen es nicht genau, ob es der BND ist oder ob der einen von der NSA dabei hat, einen Kumpel.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Hm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. - Da wäre natürlich interessant, ob der dann, wenn er das Update macht, mit seinen Festplatten, wie er da ankommt - - Werden dann die Daten erst mal runter genommen vom Stand-alone-System, oder - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ob das Stand-alone-System leer ist und nur, sagen wir mal, über diese sogenannte Luftschnittstelle gespielt wird, ausgewertet wird und die Daten wieder runtergenommen werden, können Sie dann auch nicht sagen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil das wäre natürlich ein Ansatz, zu sagen: Was hilft es, wenn das Ding stand-alone ist, aber alle Jubelmonate jemand kommt und ein Update macht und gleichzeitig ein Download dabei, nicht? Aber das würden wahrscheinlich - - Da sollten wir vielleicht noch mal nachfragen, ob das gewährleistet ist, in aller Interesse, dass da nicht jemand dann beim Update-Machen sich die Festplatte vollzieht. Dann können wir alle Vorsichtsmaßnahmen natürlich sonst sein lassen. - Okay, so weit noch mal zum Einsatz von XKeyscore.

Haben Sie vergleichbare Programme im Verfassungsschutz bekommen oder ähnliche Softwaretools, von der NSA über den BND möglicherweise?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Kenntnis ist das einzige - - ist dies das einzige Tool, das wir von der NSA haben, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es Kooperationen - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: - jedenfalls in Gebrauch haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es Kooperationen mit den GCHQ, dem britischen Nachrichtendienst?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wir arbeiten mit GCHQ zusammen; aber nach meiner Kenntnis haben wir keine vergleichbaren Tools von GCHQ.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nutzen die auch XKeyscore? Wissen Sie das?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weiß das einer? Also, irgendeiner wird es schon wissen. Aber wissen Sie einen, der es weiß?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der ist vielleicht interessant für uns als Zeuge dann.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. - Wie tauschen Sie denn Daten - - Tauschen Sie Daten, also nicht Sie in Person, sondern der Verfassungsschutz, mit den GCHQ aus?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich denke, dass es auf Arbeitsebene einen Datenaustausch gibt wie mit anderen Diensten auch. Ich bin mir nicht sicher, ob es einen direkten Datenaustausch zwischen uns und GCHQ gibt oder ob das über den britischen Inlandsnachrichtendienst läuft. Dazu kann ich Ihnen aber - - bin ich auch nicht auskunftsfähig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber an Besonderheiten, wo Sie sagen, das ist jetzt was beim Thema GCHQ, würde Ihnen jetzt nichts einfallen, an besonderen Projekten?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, an besonderen Projekten nicht. Wir arbeiten nicht sehr eng mit GCHQ zusammen. Es ist ein SIGINT-Dienst; das ist der geborene Partner des BND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil die im größeren Topf rühren und da probieren, etwas zu finden, um es mal bildlich zu sagen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist in der Tat so. Das einzige Interesse, das wir haben: dass wir von GCHQ meinetwegen über den britischen In-



Nur zur dienstlichen Verwendung

landsnachrichtendienst Informationen über Gefahrenmomente aus dem Ausland in Richtung Deutschland haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, sagen Sie noch mal den letzten Satz; den habe ich gerade nicht richtig gehört.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Unser Interesse ist, von GCHQ genauso wie von anderen SIGINT-Diensten Erkenntnisse über Gefahren, die aus dem Ausland in Richtung Deutschland stattfinden - - Aber regelmäßig würden wir die über den jeweiligen Inlandsdienst erhalten. Das heißt also, nicht direkt GCHQ an uns, sondern GCHQ an MI5 bzw. der SIGINT-Dienst eines anderen Landes an den jeweiligen Inlandsdienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und da bezieht sich das auch ausschließlich auf Finished Intelligence, wie Sie sagen, also wirklich auf die Meldungen, auf konkrete Fälle, oder worauf bezieht sich das dann?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es ist in der Tat so, dass wir Hinweise zu konkreten Fällen haben, teilweise auch zu individualisierten Personen, wenn eine Person möglicherweise Anschlagssplannungen gegen Deutschland vorhat, aus dem Ausland einreisen will. Wir bekommen dann einen Bericht, in dem die Ergebnisse der Analyse verschriftet sind. Wir können regelmäßig nicht erkennen, ob das Erkenntnisse sind, die ausschließlich auf Erkenntnissen des SIGINT-Dienstes, des Auslandsdienstes, des Inlandsdienstes - - oder ob es eine Analyse aus allen Erkenntnissen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal fragen, noch mal: Kriegen Sie dann so ein Bündel an Warnungen, an Meldungen, oder ist das eine Einzelmeldung, wo ein britischer Dienst sagt: „Das ist ein Gefährder, der reist nach A und nach B, und der könnte auch wieder nach Deutschland reisen“, oder wie muss ich mir das grob vorstellen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sie müssen sich das so vorstellen, dass unsere ausländischen Partner regelmäßig - die Inlandsdienste, teilweise auch die Auslandsdienste - uns dann melden,

dass ihnen aus nachrichtendienstlichem Aufkommen bekannt geworden ist, dass der Abu XY vorhat, nach Deutschland zu reisen, und dass denen bekannt geworden ist, dass dieser möglicherweise vorhat, einen Terroranschlag da oder dort in dem und dem Zeitraum zu begehen. Das sind Hinweise, die wir dann von unseren Partnern erhalten, wo wir dann regelmäßig Mutmaßungen anstellen können, ob diese Erkenntnisse aus technischem Aufkommen beruhen, aus menschlichem Aufkommen, aus beidem, oder ob das letztendlich nur ein vager Hinweis ist, der vielleicht von einem ganz anderen Dienst dort eingetroffen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was machen Sie dann mit diesen Informationen? Dann müssen Sie selber dran und das wieder anreichern, damit Sie aus Ihrer Sicht des Verfassungsschutzes da ein entsprechendes Bild kriegen? Oder kann man das so eins zu eins nehmen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist zutreffend. Viele Hinweise, die wir auf diese Art und Weise erhalten, sind recht abstrakt, sind unspezifisch, und die müssen angereichert werden, damit damit überhaupt etwas stattfinden kann. Das heißt, wir versuchen eine Informationsverdichtung durchzuführen, entweder durch eigenes Aufkommen, durch Aufkommen des BND oder indem wir an unsere Partner herantreten, meinetwegen mit Blitzmeldungen die Partner fragen: „Habt ihr hier weiter gehende Erkenntnisse zu diesem Fall, könnt ihr uns helfen?“, um hier ein Mehr an Erkenntnissen zu gewinnen, damit wir etwas Greifbares haben, was möglicherweise auch zu Exekutivmaßnahmen durch deutsche Polizeibehörden führen kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist die deutsche Finished Intelligence - mir fällt jetzt kein besserer Begriff ein - informativer als das, was wir von anderen kriegen, also von den Five Eyes natürlich nur? Ist unsere ergiebiger für die, als deren Dinger, die die liefern, für uns sind, oder ist das ungefähr auf gleicher Ebene, weil man bei Nachrichtendiensten eben auf dieser Inhaltsstufe kommuniziert? Wie kann ich mir das irgendwie erklären?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Da bin ich mir nicht sicher. Ich glaube, in Teilen sind wir präziser. Mein Eindruck ist auch: In den letzten Jahren sind die Ergebnisse, die wir von insbesondere den Five-Eyes-Partnern bekommen, weniger präzise. Ich habe den Eindruck, dass die Zahl der Hinweise unverändert ist. Das heißt, trotz der ganzen Diskussion über die Zusammenarbeit mit den Five Eyes bekommen wir weiterhin Informationen. Die Zusammenarbeit ist da nach wie vor ordentlich. Aber die Informationstiefe ist aus meiner Einschätzung nicht mehr so, wie es vielleicht vor ein paar Jahren war. Das ist mein persönlicher Eindruck. Ich glaube, wir sind, jedenfalls was die Informationstiefe angeht, gut gegenüber ausländischen Diensten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt gibt es ja die SIGINT Seniors. Ist da der Verfassungsschutz irgendwie dran beteiligt, oder sind das eigentlich nur die, die erfassen, die im Grunde im großen Topf rühren, wie ich es eben formuliert haben?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wir sind nicht beteiligt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum eigentlich nicht? Warum nicht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Weil wir kein SIGINT-Dienst sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Nach all dem, was jetzt dargestellt worden ist, auch von Ihrem Vorgänger Herrn Fromm und auch von den anderen Zeugen, habe ich ja den Eindruck, dass Sie keine Erfassung machen, sondern auf G-10-Basis arbeiten, dass Sie keine massenhaften Daten nutzen, sondern eben diese Einzelfälle, 148, und dass das ganze Drama hier ist, dass Sie eine Software nutzen, die XKeyscore heißt, die wir in einem anderen Themenkomplex dementsprechend als besonders auffällig erkannt haben.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist zutreffend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Dann müssen wir uns das gleich mit den Drohnen noch

mal angucken; da hätte ich noch einiges an Fragen zu. Aber ich will jetzt nicht zu lange fragen, sonst kommen die anderen Fraktionen nicht mehr ausreichend heute Abend dran. Da können wir das gleich machen. - Dann ist jetzt aber die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dran. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich komme auch noch mal, bevor ich zu den Drohnen komme, zu XKeyscore und der Frage der Umstände beim Einsatz in der Diskussion im Dezember 2013. War denn geplant, dass der Bundesnachrichtendienst vielleicht Daten weitergeben würde an das BfV, die man dann damit verarbeitet?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein. Ist mir nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen nicht bekannt. - Was würde man darunter verstehen, dass XKeyscore produktiv eingesetzt wird?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wie meinen Sie das? In den Wirkbetrieb meinen Sie?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Aus der Testphase in den Wirkbetrieb, oder?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß ich nicht genau. Ich frage mich, was das heißt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: In welchem Zusammenhang haben Sie den Ausdruck gelernt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus den Akten habe ich den Ausdruck gelernt, und ich kann, glaube ich, nicht sagen, in welchem Zusammenhang, es sei denn, wir gehen in den nichtöffentlichen Teil. Aber wenn jemand erwartet, dass XKeyscore produktiv eingesetzt wird, was meint er denn damit?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich weiß es nicht. Ich kann mir nur vorstellen, dass es ein Ausdruck ist, den man für die Erfassung verwendet. Und, wie ich sagte, wir erfassen damit nicht, sondern wir werten aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es die Erwartung in der damaligen Situation, dass Sie mit XKeyscore erfassen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Natürlich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie da sicher, Herr Maaßen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Kenntnis hat man den amerikanischen Kollegen dargestellt, wie hier in Deutschland die Rechtslage ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben die das trotzdem erwartet?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Kenntnis haben die amerikanischen Kollegen nicht erwartet, dass wir damit erfassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch als das verhandelt wurde nicht? Das ist so, wir werden heute wahrscheinlich nicht mehr in den nichtöffentlichen Teil kommen, und dann wird man das wahrscheinlich korrigieren können. Deswegen wirklich, Herr Maaßen, war das nicht Teil der Diskussion irgendwie?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sollte denn die Gegenleistung sein, wenn es das schon umsonst gibt? Was hatte man vereinbart, was als Gegenleistung kommt?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Um es noch mal deutlich zu machen: Ich habe das Amt erst am 01.08.2012 angetreten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Die grundlegenden Verhandlungen waren vorher geführt worden. Die Terms of Reference kamen nachher. Meines Wissens hat man bei den vorangegangenen Gesprächen dieses Geschenk, sage ich mal, entgegengenommen. Lediglich haben die Amerikaner uns dies übermittelt, oder die Amerikaner haben uns dies zur Verfügung gestellt, um aus deren Sicht uns zu ertüchtigen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Erwartung, dass Sie das zur Erfassung einsetzen, und die Erwartung, dass Sie Daten, die Sie analysieren mit dem Analysetool XKeyscore, dass Sie die zurückgeben an die Amerikaner, das war damit nicht verbunden?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Den Amerikanern ist klar, dass wir kein SIGINT-Dienst sind. Den Amerikanern ist klar, dass wir nur Einzelmaßnahmen durchführen dürfen, und nach allem, was ich weiß, ist auch zu keinem Zeitpunkt drüber gesprochen worden, dass wir damit erfassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Sie haben jetzt mehrfach - damit komme ich zu den Drohnen - gesagt, dass Sie diesen Drohnenkrieg, der da in verschiedenen Regionen der Welt abläuft, nicht als illegal oder völkerrechtswidrig ansehen. Die interessante Frage ist ja: Wie würden Sie es rechtlich bewerten, wenn das Bundesamt für Verfassungsschutz sozusagen in diesem Kontext Daten weitergibt? Das ist ja noch mal was anderes. Also, wie schätzen Sie den rechtlichen Rahmen ein, unter dem das Bundesamt für Verfassungsschutz Daten weiterreicht, die dann eben in diesem Drohnenkrieg legal oder illegal eine Rolle spielen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das Maßgebende ist die Datenübermittlungsvorschrift § 19 III Bundesverfassungsschutzgesetz bzw. G-10-Gesetz. Eine andere Datenübermittlungsvorschrift gegenüber ausländischen Diensten sehe ich nicht. Wir geben keine Daten und haben auch keine Rechtsgrundlage, Daten an ausländisches Militär weiterzugeben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und im G-10-Gesetz, wie ist das da? Dürfen Sie denn - - Die Daten, die Sie bekommen, bekommen Sie aus G-10-Maßnahmen, und wonach richtet sich das rechtlich?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich meine, nach § 4 G-10-Gesetz. Aber, wie ich vorhin auch schon gesagt habe, übermitteln wir grundsätzlich keine G-10-Informationen, sondern wir übermitteln Finished Intelligence an ausländische Partner. Ausnahmen gibt es. In Einzelfällen wird das dann auch übermittelt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn Sie Handynummern weitergeben oder IMEI-Nummern oder Kontakte von bestimmten Leuten, sind das dann keine G-10-Daten mehr für Sie?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wenn sie nicht aus G 10 gewonnen sind, sind es keine G-10-Daten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Aber wir reden ja nun über die Dinge, die Sie aus den G-10-Maßnahmen rausziehen, und die Informationen, die Sie da gewinnen. Was ist denn mit diesen Informationen? Wonach werden die weitergereicht, diese G-10-Daten? Wie ist das rechtlich? Und sozusagen, vielleicht können Sie auch darlegen, wozu diese Daten dann - - Die sind ja erhoben worden, um eben Erkenntnisse in einem ziemlich klar rechtlich eng gefassten Rahmen eben zu vertiefen des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Und wenn man die dann für andere Zwecke weitergibt, also nach welchen Normen macht man das? Und gab es da vielleicht mal eine Diskussion bei Ihnen im Haus, ob das geht nach § 3 und § 4 G-10-Gesetz und so?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, darüber gab es nach meiner Erinnerung keine Diskussion in meiner Zeit. Wie es unter der Zeit von Herrn Fromm war, weiß ich nicht. Ich finde es schade, dass Sie dazu nicht meine G-10-Juristen fragen. Ich bin da nicht versiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir gemacht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja. - Ich habe keine darüber hinausgehende Expertise.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Ihnen ist keine rechtliche Diskussion darüber bekannt, ob ein Datentransfer diesbezüglich überhaupt sozusagen rechtlich unter die Norm, die Sie jetzt genannt haben, passt?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Datentransfer überhaupt von - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): G-10-Daten an die Amerikaner mit der Wahrscheinlichkeit, dass die vielleicht nicht unmittelbar zur Tötung einer Person - darüber kann man lange diskutieren -, aber eben in diesen Drohneneinsätzen bei der Arbeit der CIA, des Wars on Terror, eben eine Rolle spielen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Um es noch mal zu sagen: Die Mitarbeiter des BfV sind bisher immer davon ausgegangen, dass diese Daten nicht für Drohneneinsätze verwendet werden. Wir haben eine Sperrerklärung abgegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Maaßen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten eine eisenharte Diskussion. Da waren Sie nicht Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sondern da waren Sie noch im Innenministerium. Zur Zeit des Romann-Erlasses, da war das doch eine ganz relevante und krasse Frage. Und an diese Diskussion erinnern Sie sich doch bestimmt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein. Ich erinnere mich nicht an diese Diskussion, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tatsächlich nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie da - - Den Romann-Erlass, kennen Sie den aus der damaligen Zeit?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Darüber haben wir heute schon gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich weiß.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das habe ich bestätigt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Darüber haben wir heute schon gesprochen. Das habe ich bestätigt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und an die mit dem Romann-Erlass zusammenhängende Diskussion erinnern Sie sich nicht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich hatte heute auch schon gesagt, dass ich mich erinnern kann, dass es eine Rücksprache bei mir wohl gegeben hat mit Herrn Romann und möglicherweise mit einem Mitarbeiter. Aber an die Details der Rücksprache bei mir kann ich mich nicht erinnern. Darüber hinaus war ich wahrscheinlich nicht bei allen Gesprächen bei der Ausarbeitung dieses Erlasses zugegen. Ich bin nicht der Referatsleiter oder Sachbearbeiter damals gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie waren damals Unterabteilungsleiter. Also, es ging um rechtliche Fragen. Das war die Kern- - Was meinen Sie denn, was Gegenstand des Romann-Erlasses war?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Dann bitte ich um ein Vorhalt, was mir seinerzeit in der Rücksprache vorgetragen wurde. Ich kann mich nicht daran erinnern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben haben Sie noch gesagt, Sie können sich daran erinnern, nicht an Details, aber sozusagen an den Erlass selbst, und Sie waren auch beteiligt als Unterabteilungsleiter.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das habe ich ja bestätigt. Ich kann mich erinnern, dass es eine derartige Rücksprache wohl gegeben hat. Ich habe auch gesagt, dass der Hintergrund dieses Erlasses der Bericht des BfV war, dass man sicher sein wollte, eine klare Aussage vom BMI haben wollte. Ich habe auch zum Ausdruck gebracht, dass das BMI nicht mitwirken wollte an Drohneinsätzen und es nicht guthieß, auch wenn es rechtlich zulässig ist, aber es politisch und moralisch nicht guthieß.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was war der Auslöser dafür?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich sagte, der Auslöser war der Bericht des BfV gewesen, der im BMI durch den Erlass vom 24. November 2010 beantwortet wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann gibt es doch einen Kausalzusammenhang, der hergestellt wurde im Bundesamt für Verfassungsschutz. Die wollten die Daten nicht mehr weiterreichen, weil die Angst hatten, dass sie sich strafbar machen. Und dafür - - Das ist ja das Problem. Deswegen vergeude ich gerade meine Minuten auf diese Frage, weil Sie sagten, Ihnen ist ein solcher - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vergeuden tue ich die jetzt hier auf zehn gerade.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass die sozusagen - - diese Kausalität, das BfV ist Teil dieses Drohnenkrieges, dass die Ihnen gänzlich neu ist. Die müsste Ihnen eigentlich total bekannt sein, weil Sie 2010 mit dieser Frage schon mal befasst waren, lange bevor Sie beim Amt waren.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter, Sie hatten mich vorhin mit dem G-10-Gesetz konfrontiert, und ich habe Ihnen dazu gesagt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass ich mich nicht erinnern kann, dass über das G-10-Gesetz in dieser Rücksprache mit mir gesprochen worden ist. Es mag sein, aber ich kann mich daran nicht erinnern. Ich habe vorhin auch zum Ausdruck gebracht, dass über diesen zweiten Absatz, wo es da um die Frage der Geolokalisierung ging, gesprochen worden ist. Dazu habe ich mich vorhin auch schon verhalten und habe auch zum Ausdruck gebracht, dass dieser Absatz zur Klarstellung aufgenommen werden sollte, damit die Mitarbeiter des BfV eine klare Grundlage haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dass das Thema war, das bestreiten Sie jetzt nicht, ob das Bundesamt für Verfassungsschutz durch diese Datenweitergaben eventuell an irgendwie gesetzeswidrig oder moralisch problematisch - werten Sie es, wie Sie wollen - - sozusagen Teil dieses Drohnenkrieges ist? Dass das Thema war und dass Sie das auch damals wahrgenommen haben, das bestätigen Sie?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das bestreite ich nicht nur. Davon habe ich vorhin auch schon gesprochen. Sie haben mich vorhin mit dem G-10-Gesetz konfrontiert und habe gesagt, ich kann mich nicht erinnern, dass in dieser Rücksprache darüber gesprochen wurde. Aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der Rücksprache 2010?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Bei der Rücksprache 2010. - Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass zu einem anderen Zeitpunkt mit mir über G-10-Gesetz und den Zusammenhang mit Drohnen gesprochen wurde. Wenn dies der Fall gewesen wäre, bitte ich um einen Vorhalt. Ich habe, was den Erlass vom 24. November 2010 angeht, nach meiner Erinnerung eine Rücksprache gehabt. Und in dieser Rücksprache ist insbesondere über diesen zweiten Absatz gesprochen worden, die Frage der Geolokalisierung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Und ich habe auch zum Ausdruck gebracht, dass aus Sicht des

BMI - auch wenn die Drohneneinsätze rechtmäßig sind - wir nicht aus politischen und aus moralischen Gründen dran mitwirken wollten. Das war aus meiner Wahrnehmung auch die Position des damaligen Präsidenten des BfV. Aber es war um eine klare Erlasslage gebeten worden, die wir mit dem Erlass vom 24. November 2010 auch hergestellt hatten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was haben Sie genau sozusagen analysiert, geklärt, rechtlich oder tatsächlich, dass dieser Erlass dann aus dem BMI kam?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich gucke mal zur Fraktion der SPD.

Susanne Mittag (SPD): Wir haben keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann sind wir wieder bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Wir gehen wieder zurück zur Perseus-Anlage. Und ich frage mich - - Sie haben ja geschildert, dass eben XKey-score auch notwendig wurde, weil diese Anlage so viele Probleme hat mit den ganzen neuen Protokollwerten, von zum Beispiel Messengersystemen, Apps, die sich andauert ändern usw. Nun nutzen ja ein Teil dieser Apps auch Verschlüsselungsalgorithmen. Und ich frage mich: Was passiert eigentlich mit den ganzen Kommunikationen, die auf der Perseus-Anlage auflaufen und möglicherweise fürs BfV nicht lesbar sind, weil sie verschlüsselt sind? Werden die weggeworfen, oder werden die an einen AND geschickt oder an den BND?

(MR Torsten Akmann
(BMI) meldet sich zu Wort)

- Oh, zu so später Stunde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Dr. Maaßen, Herr Akmann meldet sich.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, also diese Frage ist nicht Untersuchungsgegenstand. Ich sehe da keinen Zusammenhang zu XKeyscore.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Wir untersuchen ja nicht nur das XKeyscore, wir untersuchen ja die Zusammenarbeit mit Diensten der Five Eyes. Ja? Und wenn das ein Dienst der Five Eyes wäre, der dort aushilft und dafür die Daten kriegt aus Perseus, wäre es ja für uns interessant.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das dürfen wir doch nicht, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie bitte?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das dürfen wir nicht. Wir dürfen nicht G-10-Daten einfach einem ausländischen Dienst geben, damit er sie für uns entschlüsselt.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann wirft man sie weg?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Man wirft sie weg?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wir können sie im Zweifel nicht verwenden, und die Daten werden entsprechend der Lösungsfristen und Voraussetzungen nach dem G-10-Gesetz dann irgendwann vernichtet. Wir können sie nicht lesen - das sind Steuerungszeichen oder was auch immer -, und wir können sie nicht verwenden, und sie werden dann vernichtet.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich würde gerne noch zu technischen Spionagemassnahmen der Five Eyes fragen und Ihnen einen Vorhalt machen, einen stillen, aus der Akte Tagebuchnummer 54/14, das ist MAT A BND-8b. Es ist vom BND. Da geht es um einen Vorgang aus 2005 - ich weiß, da waren Sie noch lange nicht BfV-Präsident -: Nachrichtendienstliche Aufklärung deutscher Behörden und Hochtechnologie-

unternehmen durch US-Nachrichtendienste mithilfe von Sicherheitstechnik zur Raumüberwachung. Und ich würde Sie bitten, einfach da mal kurz den Sachverhalt anzulesen - das ist Paginierung 32; auf Seite 33 unten ist noch mal was markiert - und mir zu sagen, ob Sie irgendwann im Zusammenhang mit auch der SAW oder so was so etwas gehört haben, dass es so was gibt: kompromittierte Technik, die deutschen Behörden angedient wird, die dann aber ganz andere Sachen machen, als sie sollen, und so Geschichten.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
sowie ein Vertreter der
Bundesregierung nehmen
Einblick)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Akmann, wollen Sie zwischendrin?

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, ich will nur eben in der Zwischenzeit - - Die Zwischenzeit möchte ich nutzen. Das ist ja ein eingestuftes Dokument. Das können Sie hier, Frau Renner, auch nicht zusammenfassen, wie Sie es eben gemacht haben. Ich bitte, das jetzt gleich zu beachten.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Herr Even, den haben wir das auch gefragt, in öffentlicher Sitzung, und er hatte dann gesagt: Er hat jetzt erst davon erfahren im Rahmen der Ermittlungen des GBA zu diesem Vorgang. Der ist ja für die Spionageabwehr zuständig.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Even ist der zuständige Abteilungsleiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Wieso erfährt er das nicht vom BND, sondern muss darauf warten, bis der GBA sich der Sache annimmt?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich weiß es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Vereinbarung hat man denn untereinander? Wenn ihr solche Spionagesachen technischer Art erfahrt, BND, gebt die uns doch bitte zur Kenntnis?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich war 2005 nicht im Dienst. Ich weiß nicht, wie die Zusammenarbeit damals war. Mein Eindruck ist, dass wir - jedenfalls seitdem ich Präsident des BfV bin und Herr Schindler Präsident des BND ist - die Zusammenarbeit sehr gut ist. Ich kann mich dazu nicht verhalten.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Even kannte das eben auch nicht. Also, er hat es jetzt durch Zufall erfahren. Das ist ja ein interessanter Vorgang. Sie haben sich das ja jetzt durchgelesen. Ich darf ja da nicht ins Detail gehen. Aber das ist ja schon eine ziemlich ausgebuffte Variante, nicht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe das zur Kenntnis genommen. Ich bin nicht in der Lage, das zu bewerten. Ich weiß auch nicht, wie die weitere Bewertung im BND ist und wie die weitere Bewertung bei uns aussehen würde.

Martina Renner (DIE LINKE): Würde, wenn man es kennen würde. - Hat man mal so was an anderer Stelle - also ganz weg jetzt von dieser Akte - irgendwo mal in Erfahrung bringen können, dass hier US-Technik, Router, Überwachungstechnologie oder Ähnliches, im Einsatz ist, was nicht das macht, was es soll?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Keine Erkenntnisse.

Martina Renner (DIE LINKE): Das BSI würde das BfV informieren, wenn es davon etwas erfährt?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es sollte so sein, ja. Und ich habe auch die Erwartung, dass jedenfalls unter Präsident Schindler ein Informationsaustausch über derartige Vorgänge stattfindet.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn es so etwas gibt, dass man Technik kompromittieren kann?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wollen wir nicht lieber in einer nichtöffentlichen Sitzung darüber reden, Frau Abgeordnete?

Martina Renner (DIE LINKE): Wird die hier im Bundestag verbaut? Müssen wir uns Sorgen machen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich mache mir immer Sorgen, Frau Abgeordnete.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ja so die eine Variante, die möglich wäre. Die andere ist, dass Personen hier unterwegs sind der Five Eyes, die sich aber nicht als solche zu erkennen geben, sondern zum Beispiel über Tarnfirmen operieren, die im Bereich Telekommunikationsanbieter legendiert sind. Ist so was mal aufgetaucht als Fragestellung?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Als Fragestellung taucht das natürlich auf. Das ist eine übliche Begehungsweise von ausländischen Nachrichtendiensten, nicht offen zu operieren, sondern legendiert. Aber dazu möchte ich hier in öffentlicher Sitzung auch nichts sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt machen Sie mich so neugierig, dass ich fast noch Lust habe, in die eingestufte Sitzung heute zu gehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir können sofort einen Beschluss fassen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das erwarte ich doch. Dafür bin ich doch hier.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich warte mal ab, wie viele Fragen noch vonseiten meiner Oppositionskollegen gestellt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber erst einmal ist die Koalition dran, und zwar die CDU/CSU. Die hat auch noch Fragen, und zwar - - Jetzt muss ich mal gucken, welchen Themenblock ich da noch nehme, weil es ja doch ein bisschen viel ist.

Ich gehe noch mal auf die Fragen ein, die so ein bisschen auch aus den Erkenntnissen von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Edward Snowden herrühren. Wenn Sie das jetzt mal als Indizien nehmen, das, was veröffentlicht wurde, auch wenn man da nicht nachhalten kann: Ist das ein Originaldokument, ist das kein Originaldokument? Sie werden sich ja auch wahrscheinlich die Masse der Daten angeschaut haben, die im Internet dann zu finden waren von Edward Snowden. Sie werden sich die Deutschland-Akte angeschaut haben von Edward Snowden, das, was bei *Spiegel Online* im Internet steht, das, was man halt so ergattern konnte. Da gab es ja auch viele Anfragen in der Zeit, Ende der letzten Legislaturperiode, und da haben Sie ja zugeliefert auch auf die Anfragen aus dem Bundestag, und dann werden Sie auch analysiert haben. Was für Szenarien für die Spionageabwehr haben Sie daraus ableiten können? Also, was sind die, sagen wir mal, Erkenntnisse, nicht in konkreter Form, das ist belegbar, das ist beweisbar, aber welche Ableitungen hat man denn daraus ziehen müssen, außer: „Gefährlich sind sie alle“? Also, alle Nachrichtendienste, meine ich damit, muss man potenziell eben nicht als Freunde ansehen, sondern als Partner und Partner, die eben auch schon mal nicht so ganz kongruent einhergehen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also eine Aussage, die ich vorhin schon getroffen habe, ist die, dass die USA in den USA auf der Grundlage amerikanischen Rechts mit ihrer Technik Daten auswerten, und zwar wenn es in ihrem nationalen Interesse ist. Was Deutschland angeht, haben wir den Eindruck - und das versuchte ich vorhin auch eingangs jedenfalls mit HUMINT-Operationen deutlich zu machen -, dass die amerikanischen Kollegen sich ab und an statuswidrig verhalten und wir gezwungen waren, sie an das deutsche Recht zu erinnern. Kurzum: Mein Eindruck ist, dass es durchaus sein kann, wenn auf amerikanischer Seite ein hohes Interesse besteht, dass man auch nachrichtendienstlich aktiv ist, um Informationen auch gegen deutsche Interessen zu generieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was versprechen sich die Amerikaner für Erkenntnisse? Sie hatten ja gesagt - ich bezeichne das jetzt mal als Industriespionage -, da sehen Sie keine Anknüp-

fungspunkte für; also dass die herausfinden wollen, wie der Abgasfilter funktioniert, das wohl nicht. Aber was wollen sie denn dann herausfinden? Geht da irgendwas aus den Dokumenten von Snowden hervor?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also aus den Dokumenten von Snowden aus meiner Sicht geht nicht hervor, was die Zielrichtung im Einzelnen ist, mit Ausnahme, dass es politische Ziele sein können. Wenn es tatsächlich der Fall ist, dass das Handy der Kanzlerin ausgespäht wurde, wenn es tatsächlich der Fall ist, dass die Liste mit Telefonnummern aus der Bundesregierung eine Selektorenliste darstellt und auch eingesetzt worden ist zur zielgerichteten Aufklärung der Zielpersonen, handelt es sich um politische Spähangriffe, die das Ziel haben, bestimmte politische Informationen zu bekommen.

Nach meiner Einschätzung haben ausländische Nachrichtendienste nicht das Interesse, fortlaufend Informationen zu erhalten. Also, ich halte es für unwahrscheinlich, dass permanent Angriffe gegen Telefone und gegen Einzelpersonen durchgeführt werden von ausländischen Nachrichtendiensten, von SIGINT-Diensten, sondern dass dies regelmäßig dann stattfindet, wenn ein konkreter Auftrag besteht. Der Auftrag, der von einem anderen Dienst, wenn es eben der Auslandsdienst ist, kommt, der von der Auswertungsabteilung kommt, dass gesagt wird: „Wir brauchen zu diesem oder jenem politischen Sachverhalt jetzt eine Aussage“, und sei es, dass man in Erfahrung bringen will: Wie verhält sich Deutschland zum Beispiel bei einer Ratssitzung des Rates der Finanzminister? Wie stellt sich Deutschland zur aktuellen Politik gegenüber dem oder jenem Staat? Das sind aus meiner Sicht Aufträge, die die Auswertung beschreibt und die auch an die SIGINT-Dienste gegeben werden.

Es kann auch sein, dass ein ausländischer SIGINT-Dienst den Auftrag bekommt, Kompromate festzustellen, das heißt Sachverhalte, mit denen man ausländische Politiker unter Druck setzt, das heißt erpressen kann. All dies kann die Zielrichtung derartiger Operationen sein. Kurz: Aus Snowdens Dokumenten, wenn sie alle authentisch sind, können wir jedenfalls nicht die



Nur zur dienstlichen Verwendung

konkrete politische Zielrichtung der Auswertung ablesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte es sein, dass solche Aktionen speziell zum Beispiel vor Regierungsgipfeln, EU-Gipfeln, Verhandlungen - zum Beispiel wie Abkommen von TTIP - stattfinden, dass das so ganz die spannenden Zeitpunkte sind und dass man da politische Nachrichtendienstgewinnung tätigt? Ist das das, was die NSA nach Ihrer Vermutung macht? Ist das nicht sogar das, was die NSA auf ihrer Internetseite als ihre Aufgabe beschreibt - natürlich nicht, dass da draufsteht: „Vor den nächsten TTIP-Verhandlungen wollen wir mal gucken, was die anderen im Köcher haben“? Aber muss man das so verstehen sogar, wenn man mal das Aufgabenprofil der NSA gelesen hat, oder gehe ich da zu weit?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Vorsitzender, auch dafür haben wir keine Beweise oder Belege; aber nach allem, was wir wissen und was Auslandsdienste tun, was die Auswertung tut, geht es auch gerade darum, dass SIGINT-Dienste einen entsprechenden Aufträge bekommen - meinetwegen im Zusammenhang mit einem G-7-Finanzminister-Gipfel, meinetwegen im Zusammenhang mit dem anstehenden G-20-Gipfel -, Informationen zu generieren, wie sich die deutsche Bundesregierung zu bestimmten Positionen aufstellt.

Ich kann mir vorstellen, dass gerade in den Zeiten kurz vor diesen Gipfeln die Spähangriffe ganz erheblich zunehmen - sowohl im Bereich der technischen Aufklärung als auch im Bereich der HUMINT-Aufklärung, aber auch besonders im Bereich der Cyberangriffe. Das beziehe ich jetzt hier nicht ausdrücklich auf die NSA. Ich habe dazu keine Erkenntnisse, aber aus unserer Wahrnehmung ist es plausibel, dass viele Auslandsnachrichtendienste so verfahren, SIGINT-Dienste so verfahren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn man da jetzt noch mal so massiv darauf hingewiesen worden ist durch diesen ganzen Themenkomplex „Edward Snowden“, und wenn man vielleicht auch schon in den Jahren vorher

Erkenntnisse hat auf deutsche Ziele, EU-Ziele: Wie hat man denn in dieser Phase - ich sage mal -, bis wir mit dem Untersuchungsausschuss begonnen haben, darauf reagiert? Was macht man denn? Ich meine, es ist ja zu Recht, dass Sie darauf hinweisen: Wir tun da zu wenig.

Die Bundesregierung hat, glaube ich - wie viele? -, 6 500 Kryptohandys angeschafft - oder ungefähr so viele. Auf jeden Fall: So stand es in der Zeitung. Die liegen wahrscheinlich überall in den Rollcontainern neben dem Schreibtisch. Die Frage ist: Was machen wir denn? Reagieren wir da richtig drauf? Was haben Sie gemacht an Gegenmaßnahmen, und was haben Sie an Empfehlungen gemacht, und warum sind wir so träge bei den notwendigen Umsetzungen, wenn wir das alles wissen? - Das ist der dritte Teil unseres Untersuchungskomplexes.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja. - Also, für uns war insoweit Snowden überhaupt gar nichts Neues - bzw. was die NSA macht. Wir sagen ja seit Jahr und Tag: Ausländische SIGINT-Dienste haben ein hohes Maß an Interesse, die deutsche Politik auszuforschen, und mein Eindruck ist, dass die Kollegen in meiner Spionageabwehr gebetsmühlenartig dafür Werbung machen, ein höheres Maß an Eigenschutz an den Tag zu legen.

Wir machen jetzt wieder mit Blick auf den G-20-Gipfel, der in China im September stattfinden wird, weil wir hohe Sorge haben, dass dieser G-20-Gipfel von vielen SIGINT-Diensten, aber auch im Bereich HUMINT und Cyberangriffen zum Anlass genommen wird, uns auszuforschen - - Wir machen insoweit eine Sensibilitätskampagne, wie wir es auch in der Vergangenheit gemacht haben. Nur - und das ist ein Punkt, glaube ich, auch für Ihren dritten Teil des Berichtes - mein Eindruck ist besonders, dass je höher Personen im Verantwortungsbereich sind, desto nachlässiger sind sie im Schutz mit eigenen Informationen. Und da ist es, glaube ich, ganz besonders wichtig, dass hohe Verantwortungsträger sich auch ganz besonders schützen. Und ich habe nicht ohne Grund Herrn Rösler als früheren Wirtschaftsminister zitiert, wo ich auch den Eindruck habe: Es kann nicht sein, dass jemand in einer derart hohen Funktion ist und dann auch noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

fast stolz erklärt, er lässt jegliche Schutzmaßnahmen außer Acht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine, es soll ja auch selbst amerikanische Minister gegeben haben, die von privaten Accounts her gearbeitet haben. Manchmal kann das ja vielleicht sogar sicherer sein als ein dienstlicher Account - in der Regel aber wohl nicht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist zutreffend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Vonseiten des Verfassungsschutzes: Was haben Sie da gemacht zur Gegenspionage, zur Abwehr?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Zur Gegenspionage: Ist ein anderes Thema. Das ist im Bereich der Verantwortung des Bundesnachrichtendienstes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das betrifft die Aufklärung unseres Gegenübers. Was wir in diesem Bereich machen können, im Bereich der Spionageabwehr, ist im technischen Bereich relativ wenig - ich weiß, dass ist nicht zufriedenstellend; das habe ich heute auch hier zum Ausdruck gebracht -, weil wir regelmäßig technische Aufklärung nicht wirklich abwehren können. Sie ist passiv und kann von uns in Teilen noch nicht mal als Angriff wahrgenommen werden.

Deswegen: Schwerpunkt bei der technischen Abwehr auf Prävention. Und Prävention bedeutet zum einen eine technische Prävention, ein höheres Maß an technischer Abschottung, Ertüchtigung der Geräte - Stichwort: Kryptohandy - und jedenfalls, was Verhaltensprävention angeht, und das bedeutet, dass die Zielpersonen, mutmaßlichen Zielpersonen, ausländischer Nachrichtendienste ein höheres Maß auch an Selbstschutz an den Tag legen.

Und das, was wir als Verfassungsschutz machen, ist, dass wir hier sensibilisieren, dass wir Gespräche mit den Geheimschutzbeauftragten der vielfältigen Ressorts - auch des Bundestages - führen,

die als Multiplikatoren dann auch an die jeweiligen mutmaßlichen Zielpersonen ausländischer Nachrichtendienste herantreten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine letzte Anmerkung zu dem Thema: Vielleicht wäre es da hilfreich, wenn wir mal gemeinsam überlegen: Wie kriegen wir vernünftige kryptierte Telefonie, aber auch E-Mail-Versand im Bundestag, aber auch zwischen Bundestag und Bundesregierung hin? Das klappt nämlich schon zwischen den beiden nicht. - Aber gut.

Letzte Frage zu dem Komplex: Ist Ihnen was bekannt über Erkenntnisse im Bereich Überwachung der diplomatischen Vertretungen der EU, der EU-Ratsgebäude - auch in Brüssel; klar, Brüssel ist nicht Deutschland, nichtsdestotrotz kann ja auch dem Verfassungsschutz was bekannt sein - und des gerade schon von Ihnen erwähnten G-20-Gipfels, aber jetzt konkret der 2009 in London? Haben Sie da als Verfassungsschutz Erkenntnisse drüber?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Zum letzteren Punkt, G-20-Gipfel London, habe ich keine Erkenntnisse.

Was Einrichtungen der EU-Kommission angeht, ist mir jedenfalls berichtet worden, und daher sind das auch Erkenntnisse aus zweiter Hand, weil sie dann wohl von belgischen Kollegen generiert worden sind, dass mutmaßlich Dienste der Five Eyes - Stichwort: „Belgacom“, Stichwort aber auch: „Räumlichkeiten“ - europäische Einrichtungen technisch angegriffen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gut, ich hätte jetzt einen neuen Themenkomplex. Den würde ich aber erst mal zurückstellen - weil sonst sind wir mit der Zeit hinten knapp -, in der Hoffnung, dass ich noch mal drankomme.

Ich würde die Fragerunde - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Vorsitzender, dürfte ich noch mal um eine kleine Pause bitten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar; ist ja auch schon spät.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Fünf Minuten?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Fünf Minuten: Ist super. - Dann unterbrechen wir die Sitzung für fünf Minuten und machen um Viertel nach weiter.

(Unterbrechung von
23.08 bis 23.14 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt.

Es ist jetzt dran die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Fragen, und Kollege Ströbele beginnt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Maaßen, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement - na, ich sage mal - nach meinem Gefühl etwas klagend und nachher auch noch mal wiederholt den großen Schaden, der entstanden ist durch diese Veröffentlichungen und allem, was danach gekommen ist - - Das haben Sie ja mehrfach betont. Wem rechnen Sie das zu? Ist das die Schuld von Edward Snowden? Ist das die Schuld der Abgeordneten, des Parlaments? Ist es die Schuld von der NSA oder/und dem Bundesnachrichtendienst? Es klang so vorwurfsvoll irgendwie.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe versucht, einfach nur einen Schaden festzustellen. Ich will überhaupt gar keine Vorwürfe machen und vor allem keine Schuldvorwürfe.

Ich glaube, es ist vorhin auch schon angeklungen: Abseits von Herrn Snowden, wo wir, denke ich mir, dezidiert unterschiedlicher Meinung sind, war ein großer Fehler - ich glaube, Herr Flisek oder Herr Sensburg hat es vorhin gesagt - aufseiten der NSA, dass die NSA diesen - ich sage mal - Nachrichtendienst-GAU überhaupt ermöglicht hat, dass in einem derart großen Umfang Daten abgeflossen sind.

Und ich muss sagen: Der Schaden, den ich sehe, ist, dass unser Gegenüber - insbesondere im Bereich Terrorismus - mittlerweile weiß, nicht nur wie die NSA tickt, sondern wie SIGINT-Dienste insgesamt ticken und was sie machen. Und die können sich darauf einstellen, Gegenmaßnahmen zu unternehmen, um zu verhindern, dass ihre Kommunikation aufgeklärt wird. Das sehe ich als Schaden an.

Damit plagen wir uns, sage ich mir, fast jeden Tag herum: dass wir zum Beispiel kryptierte Kommunikation unseres Gegenübers haben, die wir nicht aufbrechen können, die wir nicht zur Kenntnis nehmen. Wir wissen, dass diese Terroristen miteinander reden, aber wir kriegen diese Inhalte nicht mehr mit, und das ist aus meiner Sicht ein Schaden für die Sicherheit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Maaßen, der GAU, den Sie jetzt beschreiben: Ist der GAU die Veröffentlichung, oder ist der GAU der Skandal, den die NSA gemacht hat in den USA? Sie haben ja - also, ich rede jetzt mal nur von den USA - in den USA ganz offensichtlich das Gesetz verletzt, das dort geltende Gesetz, indem sie Metadaten - wie viele auch immer - abgezogen haben bei der eigenen Bevölkerung, und Snowden sagt ja auch immer, dass seine Veröffentlichungen - - „I have done it for my people“: Also deshalb habe er den Gang in die Öffentlichkeit gemacht, um das abzustellen. Und es gibt ja inzwischen in den USA auch eine Reaktion - auch vom Gesetzgeber - nach einigem Hin und Her, wo diese Praxis abgestellt worden ist und jetzt anders geregelt ist. Das muss man nicht gut finden, aber es ist jedenfalls anders.

Also, dann ist doch eigentlich der GAU der massenhafte, der millionenfache - oder noch viel mehr - Rechtsbruch der NSA. Da kann sich die NSA, wenn das dann rauskommt, doch nicht darüber beschweren, dass da jemand das veröffentlicht hat.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Abgeordneter, lassen Sie uns doch unterscheiden. Das eine ist der - ich kann es nicht beurteilen - Rechtsbruch in den USA, und wir beide wissen, dass in den USA unterschiedliche Regelungen gelten für



Nur zur dienstlichen Verwendung

US-Amerikaner und den Rest der Welt. Die US-Amerikaner werden bevorzugt und ganz anders behandelt als wir.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier auch - die Deutschen!

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Na ja, das ist, glaube ich, in Amerika noch etwas anders. Aber das brauchen wir, glaube ich, gar nicht so zu diskutieren. Es ist so.

Es gab wohl einen Rechtsbruch mit Blick eben auf die US-Amerikaner. Aber das ist nicht mein Thema mit Blick auf einen Schaden.

Wenn ich die Leute in Syrien, Irak betrachte: Beim IS, die möglicherweise in Europa Terroranschläge begehen, geht es nicht um US-Amerikaner, sondern es geht darum, dass durch die Offenlegung der Tätigkeit von SIGINT-Diensten auch diesen Figuren, sage ich offen, bekannt ist, wie sie arbeiten.

Was die NSA als SIGINT-Dienst in den USA macht - und das versuchte ich, im Eingangsstatement deutlich zu machen -, war oder hätte sein können im großen Umfang bekannt. Dass die NSA ein sehr starker Dienst ist, dass die Amerikaner die Dominanz im Cyberraum und im IT-Bereich haben, dass die Amerikaner eine Rechtsgrundlage haben mit Blick auf das Ausland, die vieles ermöglicht, und dass sie auch den Willen haben, war bekannt, oder man hätte es unterstellen können. Insoweit sind für mich die Snowden-Dokumente nichts wirklich Neues.

Was neu ist, sind die vielen, vielen Details, die es darin gibt, die letztendlich - die Details an sich - allerdings politisch aus meiner Wahrnehmung nicht diesen wirklichen Mehrwert haben, aber die für unser Gegenüber einen Mehrwert haben, wie nämlich also mit kryptierter Kommunikation umgegangen wird, was die NSA kann. Und das, denke ich mir, ist ein Schaden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber glauben Sie nicht, dass der GAU, von dem Sie gesprochen haben - und Sie sagen jetzt auch: Rechtsverletzung - - Nehmen wir mal

an, Snowden wäre rausgegangen, hätte nur das ganz abstrakt formuliert: „Die NSA greift da millionenfach Daten ab, die sie nicht abgreifen darf“, um das mal mit meinen Worten zu sagen - - in den USA, da hätte sich irgendjemand drum gekümmert? Erst durch die konkreten Veröffentlichungen und die Urkunden, die Dokumente, ist die Sache ja so brisant worden - auch in den USA ja. Wir wissen, dass mindestens am Anfang ja auch dort die Medien und die Öffentlichkeit sehr, sehr breit darüber diskutiert haben.

Aber wir wollen gar nicht bei den USA bleiben. Auch die Behauptung, deutsche Nachrichtendienste haben da mitgemacht - also vor allen Dingen der BND -, scheint ja mindestens in großen Teilen richtig zu sein. Also, ganze „Eikonol“-Unternehmungen, die über Jahre gelaufen sind, sind nach Auffassung vieler - zum Beispiel von mir - glatt rechtswidrig und verfassungswidrig gewesen, was sie da gemacht haben, also durch kein Gesetz gedeckt und eklatante Verletzungen von Grundrechten.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Sie sagen: „nach Auffassung vieler“. Da meinten Sie wahrscheinlich ein Pluralis Majestatis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das meine ich nicht. Da gibt es schon - - Wir haben hier auch Sachverständige gehört, die auch durchaus noch einen besseren Namen haben als ich, die das teilen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, was das US-amerikanische Recht angeht und das Abhören US-amerikanischer Staatsangehöriger, kann ich mich dazu nicht äußern; ich weiß es nicht. Ich bin kein Experte für das US-amerikanische Recht. Bitte sehen Sie mir das nach.

Was jedenfalls die Zusammenarbeit zwischen BND und der NSA angeht, habe ich auch keine Kenntnisse. Ich habe bisher - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie lesen Zeitung.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Bitte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie lesen Zeitung.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich lese keine Zeitung. Das habe ich aufgegeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das jetzt, weil es kurz vor Mitternacht ist, oder ist das versackt?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich lese Presseauswertungen, aber ich lese keine Zeitungen mehr. Das ist was von gestern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber solche Artikel werden Sie ja lesen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe dazu keine Kenntnisse.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, Sie haben dazu keine Kenntnisse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich fürchte, die Zeit ist jetzt abgelaufen, und wir müssen jetzt zur nächsten Fraktion kommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich nicht noch eine Frage nach Herrn Obama stellen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine geht; eine geht immer.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selbst der US-Präsident Obama hat in seiner Rede Anfang 2014 zum ersten Mal so öffentlich klargemacht - das, was Sie vorhin auch erwähnt haben -, dass es ein Problem ist, ein Rechtsproblem, moralisches Problem, dass beispielsweise in den USA Ausländer - also Nicht-US-Amerikaner - überhaupt nicht geschützt sind, und hat hinzugefügt, er beauftragt seine Regierung, den zuständigen Sekretär, und verlangt das auch vom Kongress, dass sie sich überlegen, wie das in Zukunft besser geregelt werden kann. Eine ganz, ganz fortschrittliche Erkenntnis, die durch - - Und er hat sich ausdrücklich auf Snowden berufen dabei, dass er auf dieses Problem durch Snowden gestoßen wurde.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: War das eine Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ob Sie da nicht einen großen Verdienst drin stehen, dass überhaupt die Diskussion da - - Ich meine, das kann vielleicht Ihre Arbeit leichter oder schwerer machen - das will ich jetzt gar nicht beurteilen -, aber das ist doch für die Gesamtbevölkerung, die dem ausgesetzt ist in den USA, wenn das dort selbst der Präsident so formuliert, doch schon mal ein ungeheurer Verdienst.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich glaube, Herr Abgeordneter Ströbele, wir sind in vielen Punkten unterschiedlicher Meinung, aber - aber! - die Diskussion um die Snowden-Veröffentlichungen hatte auch Positives, und das sage ich auch an anderer Stelle. Lob und Anerkennung für den US-amerikanischen Präsidenten, dass er zu dieser Einsicht gekommen ist! Es hätte vielleicht keines Snowden bedurft, dass auch die Amerikaner ihre Standards anpassen. Ich hoffe, es kommt dazu.

Aus meiner Sicht ist es auch ausgesprochen positiv, dass infolge der Snowden-Dokumente es auch eine Diskussion zumindest zeitweise gab, ob wir in Europa eine gewisse Autarkie im IT-Bereich wieder anstreben sollten. Auch gut! Leider sehe ich da noch keine Ergebnisse. Es wäre schön, wenn es dazu käme.

Und es ist auch positiv - das räume ich auch ein, Herr Abgeordneter Ströbele -, dass ein höheres Maß an Sicherheitsbewusstsein in Deutschland, in der deutschen Wirtschaft, in der Politik, in Europa überhaupt entstanden ist.

Dass es ein Verdienst von Snowden ist, will ich hier nicht direkt sagen; aber es ist gut, dass es diese Diskussionen - leider so spät - gegeben hat. Vielleicht, Herr Ströbele, sind wir in diesem Punkt nicht ganz so weit auseinander wie in anderen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. Gibt es noch Fragen im öffentlichen Teil?

Christian Flisek (SPD): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke.

Martina Renner (DIE LINKE): Das gilt für die Fraktion Die Linke auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann wären wir bei der Fraktion der CDU/CSU. Wir haben noch einige Fragen.

Sie hatten gerade - und der Kollege Ströbele ist darauf gekommen - diese PPD-28 des amerikanischen Präsidenten vom 17.01.2014 angesprochen, also diese Praxis, jetzt den Schutz deutlich auszuweiten. Also so, dass da kein Schutz wäre, ist es ja nicht. Wie bewerten Sie denn das mit Blick auf Deutschland? Müssten wir nicht auch so was machen? Müssten wir nicht auch so eine Regelung schaffen wie diese PPD-28?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Der Inhalt ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Vielleicht können Sie mir es noch mal etwas sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, der steht im Netz; kann man im Netz abrufen. - Also es geht im Endeffekt um die Privatheit von sowohl Auslands-Auslands-Verkehren, aber auch natürlich von Ausländern im Inland, dass man also nicht sagen kann: „Das sind ja gar keine Amerikaner; die sind gar nicht geschützt“, sondern die fallen eben auch unter den Schutz dieser - wenn ich mal eben hochgehe - Presidential Policy Directive vom 17. Januar 2014. Und da geht es eben hauptsächlich um Signal Intelligence Activities, wo er eben ausdehnt, ohne das Ganze jetzt vorzutragen, den Schutz auch auf Nicht-US-Citizens.

Und da haben wir ja die Diskussion: Wie sieht es denn aus? Wir haben so Erklärungsmuster wie die Weltraumtheorie, wir haben andere Erklärungsmuster: Ausdehnung der Grundrechte auch auf Ausländer im Ausland.

Sehen Sie da - - Ich meine, ist der Verfassungsschutz, nicht der BND, klar. Aber sehen Sie da Notwendigkeiten, auch mal nach Amerika zu gucken? Wir sagen ja immer: Bei Amerikanern, da geht gar nichts; da ist keiner geschützt. Und jetzt haben wir schon im Jahre 2014 so eine Regelung.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, sehen Sie mir bitte nach: Ich rede nicht für den Bundesnachrichtendienst. Was das Inland angeht - und da geht es um das G-10-Gesetz -, haben wir eine Regelung, die nicht unterscheidet zwischen Inländern und Ausländern, solange die Personen sich in Deutschland aufhalten. Das ist auch gut; das ist auch richtig. Und wir machen in Deutschland insoweit auch keinen Unterschied zwischen Inländern und Deutschen mit Blick eben auf diesen Grundrechtsschutz.

Was das Ausland angeht und Ausland-Ausland-Verkehre, kann ich Ihnen dazu keine Antwort geben. Das wäre eine rein politische Bewertung, ob man das für notwendig hält. Eine fachliche Bewertung könnte nur der Präsident des Bundesnachrichtendienstes abgeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. Dann fragen wir ihn da noch mal nach. - Gut, die anderen Fragen kann man auch ein anderes Mal in eingestufte Sitzung stellen, glaube ich. - Dann wären wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte noch mal nachfragen zu einer Einschätzung der Diskussion jetzt mal fernab des No-Spy-Abkommens und wie Sie das in den Verhandlungen damals erlebt haben, auch weil das in Ihrem Eingangsstatement ja so ein bisschen mitgeschwungen ist. Hat eigentlich die Bundesregierung damals mit offenen Karten gespielt, als diese Snowden-Veröffentlichungen publik wurden? Haben Sie das so empfunden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Wie meinen Sie das?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war eigentlich die Verteidigungslinie der Bundesregierung? Also, was haben Sie von dem Ausspruch „Abhören unter Freunden geht gar nicht“ gehalten?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das ist eine politische Aussage. Wie ich vorhin schon gesagt habe: Wir haben keine Freunde. Und mein Eindruck ist, dass es eben eine klare politische Aussage in Richtung Washington gewesen ist, eine Erwartungshaltung, die auch ein gewisses Maß an Enttäuschung ausdrückt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ist es nicht eine geheuchelte Enttäuschung, und bedient sie nicht letztlich antiamerikanische Stereotype, wenn man sich anguckt, wen der Bundesnachrichtendienst so alles abhört von Freunden, unsere engen Partner in Frankreich, die ganze Frage der Selektorenproblematik?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Meinen Sie, dass ich da der richtige Ansprechpartner bin? Vielleicht sollten Sie Herrn Schindler fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es würde mich wirklich interessieren, weil Sie sich ja auch so explizit, Herr Maaßen, eingeladen haben zu dieser Frage No-Spy-Abkommen. Und das hängt ja damit unmittelbar zusammen.

Und um einfach mal den Hintergrund zu erläutern: Wir waren ja in den USA und haben da mit vielen gesprochen. Und es gibt aufseiten der Amerikaner, weil Sie das vorhin auch angesprochen haben, dass die Informationen vielleicht nicht mehr ganz in der Tiefe kommen, die man erwartet - - Also, die Leute, mit denen wir gesprochen haben, die schienen vor allem bitter, dass die deutsche Bundesregierung im Bundestagswahlkampf 2013 diese Debatte mit so einem antiamerikanischen Zungenschlag gefahren hat. Man hat eben nicht gesagt: „Ach so, Snowden, ja klar; passt auf, das ist folgendermaßen: Wir sind ja selbst mit den Amerikanern auf der Glasfaser

in Frankfurt, wir [sic!] haben dem Bundesamt für Verfassungsschutz“ - Sie werden lachen - „dieses Programm XKeyscore zur Verfügung gestellt“, sondern man war empört. Man hat sich medial empört, und man hat mit dem Finger in die USA gezeigt und hat gesagt: Abhören unter Freunden geht gar nicht.

Deswegen: Gab es da eine Diskussion drüber, und haben Sie vielleicht gesagt als jemand, der an dem vitalen und aufrichtigen Kooperationsverhältnis zwischen den USA und Deutschland und Europa sowieso - und kein Keil zwischen die Länder - Interesse hatte, dass das irgendwie bigott war, wie das damals im Bundestagswahlkampf 2013 gefahren wurde?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, den Eindruck hatte ich nicht, dass es bigott war. Ich hatte den Eindruck gehabt, dass die Kanzlerin diesen Ausdruck ehrlich meinte und dass sie auch zutiefst erschüttert war über das, was sie gelesen und wie sie es interpretiert hatte. Mein Eindruck war auch aus dem Gespräch Anfang August in Washington, dass die Amerikaner, zumindest auf der Dienstebene, es ernst meinten mit einer derartigen No-Spy-Vereinbarung und dass im weiteren Verlauf die Bundesregierung dies auch im Rahmen der Bundestagswahl dann verkündet hatte.

Aber ich hatte nicht den Eindruck, dass es hier bigott war oder dass man hier eine andere Agenda verfolgte oder dass man hier etwas vorgaukelte, sondern mein Eindruck war, dass das reell war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber war denn der Vorwurf überhaupt an die Amerikaner, wenn Sie nicht nachweisen können - - Sie haben ja vorhin darauf verwiesen, dass der Bundesnachrichtendienst dann gesagt hat: Diese LA- und LB-Abgriffsstellen in Deutschland, die Heatmap, so wie der *Spiegel* es geschrieben hat, stimmt das gar nicht, das sind alles nur Afghanen. Da gibt es kein Problem. - Wo lag denn die große Enttäuschung? Wo war denn das Problem, und warum brauchte man überhaupt ein No-Spy-Abkommen? Was war denn der harte Kern? Sie waren nicht sicher, ob das Merkel-Fon



Nur zur dienstlichen Verwendung

abgehört wird. Also, was hat man denn den Amerikanern da vorgeworfen, und warum wollte man überhaupt diese historische Möglichkeit, ein No-Spy-Abkommen zu verhandeln? Also, das habe ich jetzt noch nicht verstanden, weil Sie ja gesagt haben, Erkenntnisse, dass die tatsächlich hier irgendwas Illegitimes machen, haben Sie gar nicht hart machen können.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich hatte eingangs auch gesagt, dass es diesen *Spiegel*-Bericht von Anfang Juli 2013 gegeben hatte mit dem Vorwurf, hundertmillionenfach würden Daten aus Deutschland in diesen riesigen Datenpool der NSA fließen. Ich hatte das so verstanden, dass es dem BND zunächst auch nicht klar war, um was es hier überhaupt geht. Deswegen hatten auch Gespräche dann in Washington stattgefunden, um dies aufzuklären.

Dies war dann politisch natürlich in Deutschland auch in der Zeit des Vorwahlkampfes aus meiner Wahrnehmung auch hochemotional aufgeladen worden und führte dann dazu, Klarheit zu schaffen. Und mein Eindruck war in Gesprächen in Washington, dass die Amerikaner schon sahen, dass die Zusammenarbeit mit Deutschland beschädigt ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber warum?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Hierdurch und natürlich durch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wodurch?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Hier durch diese Behauptung: 500-Millionen-fach oder so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das stimmte ja gar nicht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das stimmte nicht, das ist richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie kann das dann das Verhältnis beschädigen? Das verstehe ich nicht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Na ja, das Verhältnis insoweit beschädigen, als dass Deutschland jedenfalls politisch deutlich gemacht hatte: Wir haben hier ein Problem mit der NSA.

Wir haben - - Und das, denke ich, war vielen Menschen in Deutschland auch nicht so klar - ich sagte vorhin: Herr Körper sagte, er war überrascht, dass so viele überrascht waren -, dass die NSA in den USA auf der Grundlage der technischen Möglichkeiten und des amerikanischen Rechts so viel machen kann und es in Teilen auch tut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, jetzt Prism zum Beispiel.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Prism zum Beispiel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dass man in den großen Datenpools der großen IT-Unternehmen rumwühlen kann und da eben deutsche Grundrechte verletzt, millionenfach.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ja, „deutsche Grundrechte“ würde ich nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, gut. Also, meine Daten haben die, und irgendwie bin ich Grundrechtsträger, und irgendwie soll mich meine Verfassung schützen, und das scheint nicht zu funktionieren.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Na, Sie transportieren dann diese Daten in die USA, meistens freiwillig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt können Sie wieder sagen, ich bin selbst schuld, aber - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: So ist es.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, dann passt ja wieder alles, Herr Maaßen. Dann ist ja alles gut. Aber wofür brauchen wir denn dann dieses historische No-Spy-Abkommen? Ich verstehe das überhaupt nicht. Das ist irgendwie unschlüssig.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein, das ist nicht unschlüssig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann erklären Sie es mir noch mal. Was ist der Vorwurf an die Amerikaner? Wo verstoßen sie gegen deutsches Recht? Was sind Ihre Erkenntnisse als Spionageabwehrbehörde?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, Herr von Notz, wir sind seinerzeit in die USA gefahren vor dem Hintergrund des Vorwurfs: hunderte Millionenfacher Datenabfluss aus Deutschland. Wir sind hingefahren in der Erkenntnis, dass die Amerikaner aufgrund amerikanischen Rechts in den USA - Stichwort: Prism - auch deutsche Daten auswerten könnten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie mir gerade gesagt, da wäre ich selbst schuld. Das ist ja offensichtlich nicht Ihr Thema.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ganz genau. Ganz genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, was ist jetzt das No-Spy-Abkommen? Worum sollte es gehen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Dies alles hat dazu geführt, dass hier die Diskussion war: Was machen die Amerikaner in Deutschland? Auch die Frage: Wird hier in Deutschland irgendein Breitbandkabel angezapft?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: So.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war es das?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich habe es doch vorher gesagt. Wir haben keine Erkenntnisse.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wozu brauchen Sie dann ein No-Spy-Abkommen, Herr Maaßen? Ich verstehe das nicht. Sie haben eben - - Der Vorsitzende hat Ihnen hier lang und breit irgend so eine Liste von „Es gab doch gute Gründe für ein No-Spy-Abkommen“ und „Es gab Hoffnung“ und so Fragen vorgelesen. Das haben Sie alles bestätigt. Und jetzt frage ich mich: Warum überhaupt? Weil Sie sagen, der eine Punkt, den Sie eben angeführt haben, für den Sie in die USA gefahren sind, der hat sich in Wohlgefallen aufgelöst: hunderte Millionenfache Grundrechtsverletzung. Das wurde aufgeklärt. Kein Problem. Sozusagen dass man in den Facebook-, Microsoft-, Google-, Apple-Daten mit Prism rumgoogelt, da haben halt die Leute selbst Pech, und das sind schon gar keine Grundrechtsverletzungen; denn ich lege meine Grundrechte ja ab, indem ich diese AGB akzeptiere. Das ist ja, glaube ich, Ihre These. Und deswegen die Frage - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Teilen Sie meine These?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Teilen Sie meine These?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Schade.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist - - Also, rechtlich ist das eine merkwürdige Auffassung, gerade für jemanden, der für Spionageabwehr zuständig ist. Sie können auch deutschen Unternehmen sagen: Dass ihr Cisco-Server benutzt, ihr seid ja alle so lattenhohl,



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wahnsinn. - Oder so. Aber das wird eben der Wahrheit, der Lebenswahrheit der Menschen nicht gerecht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr von Notz, es geht doch nicht um den Cisco-Server.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es geht doch darum, dass die Politik auch zulässt, dass in hohem Maße Daten in den USA gehostet werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie recht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Endlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da sind Sie ja mit mir ein ganz harter Streiter für die europäische Datenschutzverordnung. Das macht uns zu Verbündeten in der Frage.

So, trotzdem habe ich jetzt, um 23.40 Uhr, immer noch nicht verstanden, Herr Maaßen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ihre letzte Frage in dieser Runde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - warum Sie ein No-Spy-Abkommen mit den USA verhandeln wollten und da eine historische Chance drin sahen, Hoffnung sozusagen für Deutschland, mit den Amerikanern da was Gutes zu verhandeln. War das vielleicht doch ein Popanz, oder, was ich vermute, haben Sie vielleicht doch valide Hinweise darauf, dass hier in Deutschland substanziell deutsches Recht verletzt wird? Wenn ja, würden Sie das bitte benennen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, Herr von Notz, ich habe nicht gesagt, dass ich ein No-Spy-Abkommen verhandeln wollte. Ich habe es auch nicht verhandelt. Ich habe gesagt, dass das ein überraschendes Angebot von der US-Seite war. So meine Erinnerung. Und ich sage: „überraschend“. Ich fand es auch gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nun, Sie haben mir ja anfänglich sicherlich aufmerksam zugehört, wo ich angefangen habe mit dem Geschichtsprojekt über den BKA-Präsidenten Paul Dickopf, über Markus R. und mögliche Plausibilitäten mit Blick eben auch auf technische Aufklärung. So, mögliche Plausibilitäten. So. Von daher finde ich es einfach Klasse, sage ich mal, wenn man eine derartige Zusage bekäme.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage. Darf ich? - Der Zeitpunkt, zu dem Markus R. enttarnt wurde, hat der eigentlich für Diskussionen gesorgt im BfV, oder ist das Zufall, dass man eigentlich den relevantesten Innentäter seit, ich glaube, drei Jahrzehnten oder so, justament entdeckt, enttarnt, wenn diese Nach-Snowden-Debatte kocht und implizit mit dieser Enttarnung von Markus R. einhergeht, dass offenbart wird und auch nicht mehr zu leugnen ist, dass auch der BND amerikanische Außenminister/-innen abgehört hat in der Vergangenheit? War das ein Zufall oder - -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Was war jetzt ein Zufall?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Enttarnung von Markus R. zu diesem Zeitpunkt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Eigentlich ist das nicht Untersuchungsgegenstand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist halt die große Frage. Sie haben Markus R. jetzt eben angesprochen im Zusammenhang mit dem No-Spy-Abkommen, und ich versuche jetzt, mich darauf einzulassen.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich sage mal was dazu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es war ein toller Erfolg, dass Markus R. enttarnt worden ist. Ich sehe keinen Zusammenhang zu den Snowden-Dokumenten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde auch nicht diskutiert?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich sehe nicht, dass es noch bei einer Fraktion - - Doch. Dann machen wir erst mal eine Runde. - Dann ist erst noch die CDU/CSU-Fraktion dran, Kollege Ströbele.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Ströbele noch Fragen hat, hat Sensburg auch noch Fragen!)

- Genau. Genau, weil dann mache ich auch noch nicht Schluss.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich immer unterbrochen werde!)

- Ich habe auch nur noch eine kleine, Herr Kollege Ströbele. Dann sind Sie sofort wieder dran, und dann passt es auch.

Ich würde einmal noch gerne auf diesen Brief eingehen von Ende 2013. Da geht es um den Brief, um eine schriftliche Auskunft beim US-Botschafter in Berlin, Emerson, wie viele Agenten in Deutschland als Diplomaten akkreditiert sind.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das sagt mir jetzt nichts. Meinen Sie den von Oktober an JIS?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nicht an den Botschafter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Den JIS.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben ja auch eben schon was dazu gesagt und zu den Ergebnissen. Ich würde noch gerne wissen: Wie üblich sind denn solche Briefe, dass man sagt: Wie viele Spione habt ihr hier? - Weil ich sage mal: Eigentlich war immer so meine Erkenntnis, dass das illegal ist, bei anderen zu spionieren.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es geht nicht um Spione, es geht um Mitarbeiter ausländischer Nachrichtendienste in Deutschland. Nach meiner Kenntnis haben wir auch eine Umfrage gemacht bei anderen Residenturen oder Botschaften in Berlin, um herauszufinden, wer als ausländischer, als Vertreter eines ausländischen Nachrichtendienstes hier in Berlin tätig ist. Es betrifft also insoweit nicht nur die USA, sondern eine derartige Anfrage ist meines Wissens auch an andere gestellt worden. Spione insoweit nicht, als dass es darum geht, dass wir einfach das nachrichtendienstliche Personal benannt haben wollten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, sprich: die dann auch in den Botschaften als solche akkreditiert sind, benannt sind und dann quasi offiziell da sind.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Genau. Also, nicht nur Botschaften, sondern - ich habe es auch eingangs gesagt - bei den USA haben wir jedoch die Besonderheit, dass nachrichtendienstliches Personal nicht nur in den diplomatischen oder konsularischen Vertretungen tätig ist, sondern auch auf den Militärliegenschaften, weil die Nachrichtendienstler auf den Militärliegenschaften eine Sonderstellung haben. Sie unterstützen eben die amerikanischen militärischen Planungen oder Bestrebungen durch ihre nachrichtendienstliche Expertise. So etwas haben wir bei anderen Diensten in der Weise nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wären das auch die, die zum Beispiel früher in Bad Aibling waren, ganz offiziell?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Was meinen Sie jetzt damit?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In dem Standort Bad Aibling waren ja früher Mitarbeiter der NSA.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Meines Wissens war das auch eine militärische Liegenschaft; aber ich bin jetzt hier überfragt.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ist übergeben worden!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja, die ist dann irgendwann übergeben worden. Genau. Dann wäre es ja interessant, ob das auch so welche Standorte dieserart einschließen würde. Die waren ja offiziell da, die waren ja jetzt nicht getarnt.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das sollte auch diese Standorte umfassen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gut, dann bin ich erstmal durch. - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Maaßen, können Sie sich noch erinnern, wie und unter welchen Umständen Sie erfahren haben von dem Abhören des Handys der Kanzlerin, Sie als oberster Spionejäger? War das am selben Tag, als das in der Zeitung stand, oder haben Sie einen Anruf vom Kanzleramt schon vorher bekommen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Schwer zu beantworten, Herr Ströbele. Ich erinnere mich schwer daran. Ich meine, ich hätte es aus der Zeitung erfahren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus der Zeitung?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich meine, ich hätte es aus der Zeitung erfahren, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als das veröffentlicht wurde - ich erinnere mich noch relativ genau an die Situation -, gab es - das war abends irgendwann - diese Meldung - vom *Spiegel*, glaube ich, kam die -, dass das jetzt festgestellt worden sei, und das Kanzleramt habe dies bestätigt oder irgendwas so in dieser Richtung.

Da müssten Sie doch, vermute ich mal, noch vorher damit befasst gewesen sein. Also, können Sie sich erinnern, wie Sie als Person jetzt damit zum ersten Mal befasst wurden? Oder waren Sie da gar nicht in Berlin?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich kann mich nicht mehr erinnern, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich nicht erinnern. - Deshalb können Sie auch nicht sagen, was man Ihnen da erzählt hat. Also, hat man gesagt: „Es gibt hier einen Verdacht“, oder hat man nur gesagt: „Da steht jetzt was in der Zeitung; das ist sehr fraglich“, oder hat man gesagt: „Wir haben versucht, das auch gleich zu verifizieren, und es scheint was dran zu sein“?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, nach meiner Erinnerung war dieses Dokument, wenn man das mal so sagen darf, dieses Papier nicht dem BfV als Erstes zugeleitet worden, sondern ich meine, gehört zu haben, es sei zuvor von einem Journalisten des *Spiegel* oder von mehreren Journalisten an das Kanzleramt herangetragen worden. Ich meine mich daran zu erinnern, dass es sogar über einen Vertreter des Bundespresseamts dort hingeleitet worden ist. Ich meine dann, mich auch zu erinnern, dass das Bundeskanzleramt, so hörte ich, das dem Bundesnachrichtendienst zur Prüfung gegeben hat. Nach meiner Erinnerung haben wir es oder ich habe es nicht bekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Später auch nicht? Also, jetzt nicht aus dem Internet oder so, sondern vom Kanzleramt? Ich meine, Sie waren doch eigentlich der Zuständige und nicht der BND.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, nach meiner Erinnerung ging es wohl auch darum, die Authentizität dieses Dokumentes anhand der Kürzel zu verifizieren, ob dies ein Dokument sein kann, das frei erfunden ist, oder ob das ein Dokument sein kann, wo was dran ist. Ich glaube, das Bundeskanzleramt hat dieses Dokument dem BND vor dem Hintergrund seiner Expertise im Umgang mit amerikanischen Nachrichtendiensten, also diese Kürzel der NSA, zur Prüfung zugeleitet. Wir haben es erst später nach meiner Erinnerung - das sagte ich vorhin - - habe ich erst aus der Zeitung Kenntnis genommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und von diesem Telefonat, was die Kanzlerin in ihrer ersten Empörung mit dem US-Präsidenten geführt hat: Wann - - Haben Sie da irgendwann - - Wurden Sie da mal damit befasst?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, davon habe ich, glaube ich, auch erst aus den Medien Kenntnis genommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nach meiner Erinnerung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als der oberste Spionageabwehrer. Auch etwas eigenartig.

So, jetzt kommt meine vorläufig letzte Frage. Ich war schon so weit. Sie hatten ja berichtet, dass Sie mit Alexander Anfang Juni schon gesprochen hatten, gleich als die erste Meldung kam, und dass er da das relativ gelassen aufgenommen hat, und dann haben Sie auch berichtet, dass Sie dann in den USA danach waren. Ich nehme an, dass war da das nächste Zusammentreffen mit Alexander. Und da waren ja die Behauptungen alle schon im Land. Hat sich denn Alexander in den USA dann auch noch mal zu den Veröffentlichungen von Snowden verhalten? Hat er gesagt: Dieser Kerl oder dieser Mistkerl oder dieser Verräter?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich glaube nicht „Mistkerl“. Ich glaube, das hat er nicht gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß es ja nicht. Also, ich habe da viel schlimmere Ausdrücke gehört, als wir in den USA waren.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Gut. Also, Verräter - es klingt sehr wahrscheinlich, dass er diesen Ausdruck verwendet hatte. Ich kann mich auch erinnern, dass er sich für die Unannehmlichkeiten, die uns bereitet worden sind, entschuldigt hatte, ohne damit allerdings zum Ausdruck zu bringen, dass er in der Sache in irgendeiner Weise die Enthüllungen bestätigt oder auch bestritten, sondern es ging darum, dass er das Leck in der NSA schließen musste und dass durch dieses Leck uns eben große Probleme bereitet worden waren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Leck in der NSA setzt doch voraus, dass da tatsächlich was aus der NSA kommt, dass die Dokumente aus der NSA kommen. Das ist doch eine Bestätigung. Wenn er gesagt hätte: Ist alles Quatsch, aber jetzt habt ihr Ärger, aber den werden wir schon irgendwie wegkriegen - - Aber so war es doch nicht. Also, auch die Äußerungen, die ich in den USA gehört habe, auch von Nachrichtendienstleuten, die war immer so Empörung, dass man hier zutreffende Argumente veröffentlicht hat.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nun, es war von ihm nicht bestritten worden, dass Snowden Contractor war und für die NSA gearbeitet hatte und dass Dokumente oder Informationen aus der NSA rausgelangen. Ich sprach selbst von einem GAU und von einem der größten Informationsverluste. Nur, das, was rausgegangen ist, welche Informationen rausgegangen sind, hat er in keiner Weise bestätigt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, aber das nehmen Sie auch nicht als Bestätigung, wenn einer sagt - - Das wird ja in den USA offenbar auch als Diebstahl bezeichnet oder verfolgt. Da sind uns Dokumente gestohlen worden, und die werden jetzt veröffentlicht. Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind doch die Dokumente, um die wir hier schon jetzt seit Jahren verhandeln. Oder gibt es da noch andere?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es geht ja nun auch um die Frage, inwieweit also beispielsweise dieses Datenblatt, auf das Sie mich gerade angesprochen haben, mit der Telefonnummer der Kanzlerin ein Original NSA-Dokument ist. Dafür haben wir keinen Beleg. Ich habe gesagt: Es ist plausibel, aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es ja auch wahrscheinlich auch gar nicht. Wenn das aus dem Internet rausgedruckt worden ist, wie wollen Sie da einen Beleg haben?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Na ja, es ist auch noch gesagt worden, dass ein Journalist es eigenhändig geschrieben hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Möglicherweise.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Das hat er eingeräumt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber da sagt Ihnen der Zuständige, der es wissen muss: Bei uns sind unendlich viele Dokumente gestohlen worden, und das hat jetzt jemand veröffentlicht. - Und jetzt tauchen unendlich viele Dokumente auf. Was wollen Sie denn noch mehr als Beweis dafür, dass sie daher kommen? Sollen da noch mal zusätzlich welche, um Ihnen noch mehr Ärger zu machen oder der Kanzlerin, erfunden worden sein? Oder was ist Ihre Theorie?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Also, ich hatte auch schon gesagt, dass wir jetzt Dokumente aus verschiedenen Quellen haben, die alle Snowden zugerechnet werden. Wir haben die WikiLeaks-Dokumente, wir haben die Dokumente, die an die *Süddeutsche* gespielt worden waren, wir haben

die *Spiegel*-Dokumente. Ich kann nicht verifizieren, ob die angeblichen Gesprächsmitschriften von Telefonaten der Kanzlerin auf Snowden zurückzuführen sind, auf die NSA zurückzuführen sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich auch nicht.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: So, das ist aber für mich als Inlandsdienst von großer Bedeutung. Für mich ist weniger von Bedeutung, wie Prism funktioniert. Und da habe ich vorhin auch schon gesagt, auch im Gespräch vorhin mit Herrn von Notz: Was die Amerikaner in den USA aufgrund amerikanischen Rechts machen, ist aus meiner Sicht nicht Gegenstand meiner Spionageabwehr, sondern was die Amerikaner gegen deutsche Interessen in Deutschland machen und gegen die Bundesregierung möglicherweise auch durch Spionageangriffe auf Telefongespräche im Ausland.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn einer Dokumente hat und offenbar viele und die rausgibt, warum soll er dann noch welche dazuerfinden -

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Es ist die Frage, ob er sie dazuerfunden hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder schreiben oder weiß ich was oder pinseln?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Herr Ströbele, mein Eindruck ist, dass es durchaus unterschiedliche Quellen sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nun, auf der einen Seite haben wir *Guardian* und *Spiegel*, auf der anderen Seite haben wir WikiLeaks, dann tauchen Dokumente woanders auf. Ich möchte gerne wissen, ob das die gleiche Quelle ist und ob diese Dokumente echt und authentisch sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Haben Sie den Film *Citizenfour* gesehen?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sollten Sie mal sich angucken. Da werden Sie lernen können - den Satz noch zu Ende -, aus dem Film werden Sie lernen können, dass offenbar auf Datenträger die Dokumente übergeben worden sind und dann die Journalisten damit verantwortlich umgegangen sind. Und dann sind die halt da veröffentlicht und da veröffentlicht worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, jetzt sehe ich aber neben dieser Information noch eine letzte Frage vom Kollegen von Notz. Die möchte ich nicht abwürgen. Aber dann sind wir mit 12 Uhr an unserer Deadline, insbesondere an der Deadline der Stenografen angekommen. Wenn das noch geht: eine Frage vom Kollegen von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und zwar würde ich Ihnen gerne, Herr Präsident, meine Lieblings-Snowden-Folie vorlegen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist aber jetzt um 12 Uhr eine harte Sache, der Vorhalt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das stehen wir durch. Wenn Herr Maaßen Ströbele eben noch abkonnte, dann geht auch das.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das stimmt, und schön, dass das aus der eigenen Fraktion kommt.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Fundstelle steht - - Das kann vielleicht Herr Maaßen kurz vorlesen. Ich habe das nur als eigene Kopie. Da oben steht eine MAT-Nummer. Wenn Sie die kurz sagen könnten, wäre nett. Das

ist die RAMPART A Typical Operation. Haben Sie das schon einmal gesehen, diese Folie?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist interessant, weil das ist eine der zentralen Snowden-Folien, die vermuten lassen, dass die Operation „Eikonol“ schon so was wie ein trojanisches Pferd war und dass die LA- und LB-Stellen vielleicht doch nicht afghanische Daten waren, sondern andere.

Ich darf Ihnen sagen, dass diese Begrifflichkeiten Site A, Site B, Site C, sich auch in Unterlagen des Bundesnachrichtendienstes wiederfinden, die ich Ihnen jetzt nicht noch vorlege. Aber der interessante Punkt ist eben die Datenweitergabe zwischen dem Processing Center und D, dem Punkt in den USA. Und dazwischen ist ein so genanntes Secret COMINT Network. COMINT - wissen Sie wahrscheinlich auch, was das ist. Da geht es um Communication, und das ist eben secret. Und es ist wohl so, dass eben die Amerikaner in diesen Kooperationen, diesen RAMPART-A-Kooperationen verdeckt am Processing Center Daten abgreifen, wahrscheinlich da, wo XKeyscore eingesetzt wird zum Durchsortieren der Daten. Wenn Sie die Folie noch nicht kennen und noch überlegen, wo man vielleicht Substanz ranbringen kann, warum es auch lohnen würde, ein No-Spy-Abkommen zu verhandeln, dann könnte vielleicht das BfV doch mal im Abgleich mit den Akten des Bundesnachrichtendienstes nachgehen, ob nicht „Eikonol“ genau diese RAMPART-A-Kooperation war und die Daten eben nicht über Bad Aibling, Site C, erst in die USA gingen, sondern über das Secret COMINT Network schon bei Site B abgeflossen sind, direkt in die USA.

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Haben Sie die Charts auch meinem Leiter Spionageabwehr Dr. Even gezeigt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß ich nicht genau. Ich glaube, nicht. Ich habe nur von Herrn Dr. Even mit Erstaunen gehört - deswegen glaube ich, dass eben was grundsätzlich falsch gelaufen ist -, dass eben



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Hinblick auf diese Spionagesachen und insbesondere das Kanzlerinhandy das BSI und der BND eingesetzt wurden und nicht das BfV, was ich mir überhaupt nicht erklären kann, warum das eigentlich so ist, außer dem BND wird unterstellt, er hätte so einen guten Draht zur NSA, dass man lieber das macht. Aber der Bundesnachrichtendienst scheint mir doch auch gerade aufgrund dieser Folien und „Eikonol“ etwas befangen in diesen Fragen. Dem widersprechen Sie nicht?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Ich kann es nicht erklären, warum das Handy dann auch BND und BSI zur Auswertung oder -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie damals mal nachgefragt?

Zeuge Dr. Hans-Georg Maaßen: Weiß ich nicht. Ich glaube, es ist drüber gesprochen worden; aber ich weiß es nicht. Ich kann jetzt mit diesen Charts - tut mir leid - nichts anfangen, ich kann sie nicht einordnen. Ich weiß nicht, ob meine Spionageabwehr diese Charts gesehen hat und geprüft hat. Darum meine Frage auch, ob Sie das Herrn Even gezeigt haben oder Herrn Wingerath, ob die beiden das identifizieren können. Also, mir sagt das nichts.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können ja Folgendes vereinbaren, Herr Maaßen: Wir werden uns ja wahrscheinlich noch mal für eine nichtöffentliche Besprechung hier treffen, und vielleicht können wir dann noch mal über diese Folie reden und wie das Bundesamt da drauf guckt.

Ich danke Ihnen ganz herzlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich sehe zwar, dass es noch Fragen gibt, die wir aber heute nicht mehr klären können, weil es 24 Uhr ist. Darum müssen wir jetzt zum Ende der Sitzung kommen.

Herr Dr. Maaßen, das Protokoll dieser Sitzung wird Ihnen zugesandt. Ich hatte ja am Anfang gesagt: Sie haben dann zwei Wochen Zeit, es dem-

entsprechend zu prüfen und gegebenenfalls Korrekturen an der Überarbeitung oder Richtigstellungen uns zu übersenden.

Ich danke Ihnen ganz herzlich, dass Sie jetzt, glaube ich, knapp 7,5 Stunden, 428 Minuten, wenn wir richtig gezählt haben, uns zur Verfügung gestanden haben und auf viele Fragen Antworten gegeben haben. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend, einen guten Nachhauseweg, allen anderen im Ausschuss auch. Einige sehe ich ja morgen früh um 8 Uhr wieder im Unterausschuss Europarecht.

Ich bedanke mich bei der Öffentlichkeit, dass Sie so lange ausgeharrt haben. Sie sehen, manchmal kann man auch bis 24 Uhr dabei sein und hat dann kein Problem mehr, sich für den Abend Gedanken zu machen, was man sonst noch so machen kann. Ich danke Ihnen für die Berichterstattung. Allen Ausschussmitgliedern einen schönen Abend!

Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Schluss: 0.02 Uhr)

ANLAGE 1

Mitarbeiter16 PA25

Von: PA25 1.Untersuchungsausschuss 18.WP Postfachaccount PA25
Gesendet: Montag, 27. Juni 2016 07:25
An: Mitarbeiter16 PA25
Betreff: WG: Geschäftszeichen: PA 25-5503, Protokoll der 102. Sitzung des 1. UA


Sekretariat PA 25
- 1. Untersuchungsausschuss -

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030-227-39217
Fax: 030-227-30084

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: @gmx.net [mailto:@gmx.net]
Gesendet: Samstag, 25. Juni 2016 13:07
An: PA25 1.Untersuchungsausschuss 18.WP Postfachaccount PA25
<1.untersuchungsausschuss@bundestag.de>
Betreff: Geschäftszeichen: PA 25-5503, Protokoll der 102. Sitzung des 1. UA

Sehr geehrter Herr Georgii,

meine Aussage in der öffentlichen Vernehmung am 9. Juni 2016 ist in dem mir übermittelten stenographischen Protokoll korrekt wiedergegeben.

Ich bitte um Korrektur folgender Passage (S. 14, 2. Spalte):

".....aber selbstverständlich ist niemand auf die Idee gekommen zu sagen: Bevor wir nicht diese Sicherheitsangelegenheiten wirklich überzeugend geprüft haben, zu einem Ergebnis gekommen sind, schmeißen wir die Maschine nicht an. "

Wie aus dem Gesamtzusammenhang meiner Aussage ersichtlich ist, habe ich das Gegenteil zum Ausdruck bringen wollen, nämlich: alle Beteiligten stimmten darin überein, dass unabdingbare Voraussetzung für die Inbetriebnahme des Systems der Abschluss der Sicherheitsüberprüfung sei.

Für entsprechende Berücksichtigung in der Endfassung des Protokolls bin ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Fromm